

# Deutscher Bundestag

## Stenographischer Bericht

### 111. Sitzung

Bonn, Freitag, den 25. November 1988

#### Inhalt:

#### Tagesordnungspunkt XI:

##### Wahl der Präsidentin/des Präsidenten des Deutschen Bundestages

Vizepräsident Frau Renger . . . . .	7835 A
Dr. Dregger CDU/CSU . . . . .	7835 A
Ergebnis der Wahl . . . . .	7839 C
<b>Amtsübernahme durch die Präsidentin</b>	
Präsidentin Dr. Süßmuth . . . . .	7839 D

#### Tagesordnungspunkt XII:

Beratung des Antrags der Fraktion DIE GRÜNEN:

##### Erhöhung der Anzahl der Stellvertreterinnen/Stellvertreter der Präsidentin/des Präsidenten

— Drucksachen 11/3457, 11/3458 —

Kleinert (Marburg) GRÜNE . . . . .	7836 A
Dr. Bötsch CDU/CSU . . . . .	7837 A
Jahn (Marburg) SPD . . . . .	7837 D
Wolfgramm (Göttingen) FDP . . . . .	7838 C
Wüppesahl (fraktionslos) . . . . .	7839 A

#### Tagesordnungspunkt XIII:

- a) Zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (**Gesundheits-Reformgesetz**) (Drucksachen 11/2237, 11/2493, 11/3320, 11/3480, 11/3402)
- b) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu dem Antrag der Abgeordneten Dreßler, Frau Fuchs (Köln), Egert, wei-

terer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Reform des Gesundheitswesens** (Drucksachen 11/2500, 11/3320, 11/3480)

- c) Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung der Reichsversicherungsordnung** (Drucksachen 11/280, 11/3320, 11/3480)
- d) Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Krankenhausesfinanzierungsgesetzes** (Drucksachen 11/1623, 11/3320, 11/3480)
- e) Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Beseitigung der Sonderstellung von psychisch Kranken in der Krankenversicherung (PsychKVG)** (Drucksache 11/2594)
- f) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Einordnung der Vorschriften über die Meldepflichten des Arbeitgebers in der Kranken- und Rentenversicherung sowie im Arbeitsförderungsrecht und über den Einzug des Gesamtsozialversicherungsbeitrags in das Vierte Buch Sozialgesetzbuch — Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung —** (Drucksachen 11/2221, 11/2265, 11/3445)

Wüppesahl fraktionslos (zur GO) . . . . .	7841 D
Dr. Becker (Frankfurt) CDU/CSU . . . . .	7843 A
Dreßler SPD . . . . .	7849 B
Cronenberg (Arnsberg) FDP . . . . .	7855 D, 7922 A

Frau Wilms-Kegel GRÜNE . . . . .	7860D, 7923 A	<b>Anlage 1</b>	
Dr. Blüm, Bundesminister BMA . . . . .	7865 C, 7914 C	Liste der entschuldigten Abgeordneten . . . . .	7929* A
Egert SPD . . . . .	7875 A	<b>Anlage 2</b>	
Seehofer CDU/CSU . . . . .	7877 D	Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über das Haushaltsgesetz 1989 — Drucksachen 11/2700, 11/2966, 11/3119 —	7929* B
Wüppesahl fraktionslos (zur GO) . . . . .	7882 C	<b>Anlage 3</b>	
Bohl CDU/CSU (zur GO) . . . . .	7883 A	Alphabetisches Namensverzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl der Bundestagspräsidentin teilgenommen haben . . . . .	7930* D
Frau Unruh GRÜNE . . . . .	7883 B	<b>Anlage 4</b>	
Dr. Thomae FDP . . . . .	7884 C	Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Werner (Ulm), Geis, Sauter (Epfendorf), Zierer, Dr. Uelhoff, Dr. Laufs, Dr. Friedmann, Seesing, Dr. Unland, Kroll-Schlüter, Dr. Fell, Dr. Schroeder (Freiburg), Petersen, Dr. Abelein, Jäger, Dr. Czaja, Dr. Kunz (Weiden), Hinsken, Schemken, Dr. Möller, Müller (Waldern), Weiß (Kaiserslautern), Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Dr. Jobst, Carstens (Emstek), Bayha, Dr. Schwörer, Dörflinger, Rossmann, Dr. Götz, Sauer (Stuttgart), Pfeffermann, Böhm (Melsungen), von Schmude, Roth (Gießen), Tillmann, Dr. Pohlmeier, Müller (Wesseling), Bühler (Bruchsal), Austermann	
Heyenn SPD . . . . .	7887 D	zur Abstimmung über das Gesundheits-Reformgesetz — GRG . . . . .	7932* B
Günther CDU/CSU . . . . .	7890 B	<b>Anlage 5</b>	
Wüppesahl fraktionslos . . . . .	7894 C	Erklärung nach § 31 GO des Abgeordneten Lattmann zur Abstimmung über das Gesundheits-Reformgesetz — GRG . . . . .	7933* A
Kirschner SPD . . . . .	7897 B	<b>Anlage 6</b>	
Frau Limbach CDU/CSU . . . . .	7899 D	Amtliche Mitteilungen . . . . .	7933* C
Haack (Extertal) SPD . . . . .	7901 C		
Hoss GRÜNE . . . . .	7905 B		
Dr. Hoffacker CDU/CSU . . . . .	7906 B		
Frau Weiler SPD . . . . .	7908 B		
Frau Beck-Oberdorf GRÜNE . . . . .	7910 A		
Urbanik SPD . . . . .	7911 B		
Andres SPD . . . . .	7912 C		
Heyenn SPD (Erklärung nach § 31 GO) . . . . .	7916 B		
Wüppesahl fraktionslos (Erklärung nach § 30 GO) . . . . .	7916 D		
Dr. Knabe GRÜNE (Erklärung nach § 31 GO) . . . . .	7917 C		
Zink CDU/CSU . . . . .	7918 C		
Jaunich SPD . . . . .	7920 B		
Namentliche Abstimmungen*)	7916 A, 7924 D, 7925 D 7927 C, 7927 D, 7928 A		
Ergebnis und Namensliste der Schlußabstimmung (namentliche Abstimmung) über das Gesundheits-Reformgesetz — GRG . . . . .	7926 A		
Nächste Sitzung . . . . .	7928 D		

\*) Die Ergebnisse und die Namenslisten der namentlichen Abstimmungen werden in einem Nachtrag zu diesem Stenographischen Bericht abgedruckt.

(A)

(C)

# 111. Sitzung

Bonn, den 25. November 1988

Beginn: 9.00 Uhr

**Vizepräsident Frau Renger:** Die Sitzung ist eröffnet.

(Neben Vizepräsident Frau Renger nehmen zwei Schriftführerinnen Platz — Beifall)

Ich rufe Punkt XI der Tagesordnung auf:

## Wahl der Präsidentin/des Präsidenten des Deutschen Bundestages

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Dregger.

(B) **Dr. Dregger** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe die Freude und die Ehre, im Namen meiner Fraktion, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Frau Kollegin Professor Dr. Rita Süßmuth zur neuen Präsidentin dieses Hauses vorzuschlagen zu dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

**Vizepräsident Frau Renger:** Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag gehört: Die Fraktion der CDU/CSU hat für die Wahl zur Präsidentin des Deutschen Bundestages die Abgeordnete Frau Dr. Rita Süßmuth vorgeschlagen. Andere Vorschläge liegen nicht vor.

Wir kommen dann zum Wahlverfahren. Dazu muß ich Ihnen einiges sagen. Die Wahlausweise haben Sie in den Fächern im Vorraum des Ersatzplenarsaals

(Heiterkeit)

gefunden. Ich bitte Sie, sich zu vergewissern, daß der Wahlausweis, den Sie jetzt bei sich haben, auch wirklich Ihren Namen trägt

(Heiterkeit)

— es muß sein; Sie glauben nicht, was alles vorkommt, meine Damen und Herren —, damit es draußen in der Eingangshalle zu keiner Verwechslung kommt.

Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erhält. Die für die Wahl allein gültigen weißen Stimmkarten werden am Stenographisch und im Eingangsbereich ausgegeben. Sie dürfen Ihre Stimmkarte nur in der Wahlkabine ankreuzen und müssen ebenfalls noch in der Wahlka-

bine die Stimmkarte in den Umschlag legen. Die Schriftführer müssen jeden zurückweisen, der seine Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Umschlag gelegt hat. Die Wahl kann jedoch in diesem Fall vorschriftsmäßig wiederholt werden.

Gültig sind nur Stimmkarten mit einem Kreuz bei „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“. Ungültig sind Stimmen auf nichtamtlichen Stimmkarten sowie Stimmkarten, die mehr als ein Kreuz, andere Namen oder Zusätze enthalten. Bevor Sie die Stimmkarte in die Wahlurne geben, müssen Sie Ihren Wahlausweis dem Schriftführer an der Wahlurne übergeben. Ich darf Sie noch darauf hinweisen, daß allein die Abgabe Ihres Wahlausweises als Nachweis der Teilnahme an der Wahl gilt.

(D)

Ich bitte jetzt die Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Wahl.

Kann ich davon ausgehen, daß alle Stimmkarten abgegeben sind? — Wir müssen noch etwas warten.

Ich frage noch einmal: Sind alle Stimmkarten abgegeben? — Dann schließe ich die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, wir müssen während der Auszählung die Sitzung für eine Viertelstunde unterbrechen.

(Zurufe: Nein!)

— Dies haben wir ausgemacht. — Einen Augenblick, bitte! Bitte bleiben Sie im Raum. Es wird gerade überlegt, ob wir nicht doch fortfahren können.

Meine Damen und Herren, wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß wir die Zeit nutzen können, um den nächsten Tagesordnungspunkt zu behandeln.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt XII auf:

Beratung des Antrags der Fraktion DIE GRÜNEN

## Erhöhung der Anzahl der Stellvertreterinnen/ Stellvertreter der Präsidentin/des Präsidenten

— Drucksachen 11/3457, 11/3458 —

**Vizepräsident Frau Renger**

(A) Interfraktionell sind eine gemeinsame Beratung dieses Tagesordnungspunkts und ein Beitrag bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart worden. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Kleinert (Marburg).

**Kleinert** (Marburg) (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Unruhe)

— Wenn es etwas leiser wäre, wäre es einfacher.

(Glocke der Präsidentin)

Der Alterspräsident des 11. Bundestages, Willy Brandt, hat in seiner Rede zu Beginn der ersten Plenarsitzung dieser Legislaturperiode folgendes ausgeführt — ich zitiere —:

Abgeordnete höheren und niederen Ranges gibt es nach der Verfassung nicht. Für mich ergibt sich hieraus, daß alle Fraktionen über die gleichen Chancen der Mitwirkung verfügen sollten.

Das Protokoll dieser Sitzung verzeichnet nach dem ersten Satz — ich zitiere aus dem Protokoll —:

Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und bei Abgeordneten der GRÜNEN

(B) Meine Damen und Herren, Sie haben an dieser Stelle Beifall geklatscht, obwohl Sie wissen, daß die Praxis in diesem Bundestag seit 1983 eine andere Praxis ist. Seit 1957 sind alle Fraktionen des Bundestages im **Präsidium** des Bundestages vertreten, nur die GRÜNEN nicht, seitdem es sie hier gibt. Die Berücksichtigung aller Fraktionen im Präsidium entsprach einem 30 Jahre alten Brauch, bis die GRÜNEN kamen. Und das ist ja nicht alles: Die Mehrheit des Hauses hat uns aus dem G-10-Ausschuß ausgeschlossen, sie hat uns von der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste und ihrer Finanzen ausgeschlossen,

(Beifall bei der CDU/CSU)

und es gibt hier viele politische Alltagsvorgänge, die immer wieder zeigen, daß viele hier im Hause, die Beifall für die damalige Aussage von Willy Brandt zum Ausdruck gebracht haben, mit dem Anspruch in der Praxis bis heute überfordert sind. Jüngstes Beispiel dafür war der Ausschluß der GRÜNEN von den Beratungen der Fraktionsvorsitzenden über die Konsequenzen der Jenninger-Rede.

(Zuruf von den GRÜNEN: Unmöglich!)

Das Problem ist folgendes. Auf dem Papier gibt es keine Abgeordneten zweiter Klasse; in der Praxis gibt es diese Abgeordneten sehr wohl. Gerade diejenigen, die immer so sehr auf Recht und Verfassung pochen, sollten wissen, daß das Hauptproblem dabei nicht nur die unterschiedliche Behandlung von Abgeordneten ist. Sie produzieren damit nicht nur **Abgeordnete** zweiter Klasse, Sie schaffen auch **Wähler** zweiter Klasse. Es geht dabei immerhin um drei Millionen Wähler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C) Unser Antrag, die **Anzahl der Stellvertreter des Bundestagspräsidenten** auf fünf zu erhöhen, ist eigentlich eine demokratische Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es würde nur einem demokratischen Grundprinzip entsprechen, wenn alle Fraktionen im Bundestag am Präsidium beteiligt wären. Die Arbeitsfähigkeit des Präsidiums würde gewiß nicht zusammenbrechen, wenn statt vier nun fünf Stellvertreter des Präsidenten gewählt würden. Alle Gegenargumente, sofern solche heute noch vorgetragen werden sollten, sind vorgehoben und fadenscheinig.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es seit 30 Jahren fester Brauch war, daß alle Fraktionen im Bundestag am Präsidium beteiligt waren, bis wir kamen. Die FDP hat seit 1957 immer einen Vizepräsidenten gehabt, obwohl sie seither in vier Wahlperioden weniger stark an Mandaten war, als die GRÜNEN es jetzt sind.

(Hört! Hört! bei den GRÜNEN — Zuruf von der CDU/CSU)

Die Anzahl der Vizepräsidenten hat sich seit 1949 mehrfach geändert. Zunächst gab es zwei, dann gab es drei, seit 1961 gibt es vier. Es gibt keinen vernünftigen Grund, sich auf die Zahl von vier Stellvertretern zu versteifen. Es gibt auch überhaupt keinen vernünftigen Grund für die Auffassung, eine solche Änderung könne man nur zu Beginn einer Legislaturperiode vornehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Wenn die Neuwahl einer Präsidentin ansteht, dann ist dies allemal ein Grund, die Korrektur eines ungunstigen und vordemokratischen Zustands hier im Bundestag vorzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen möchte ich zum Schluß sagen: Lassen Sie uns doch gerade nach den Vorgängen der letzten Wochen wenigstens in diesem einen Punkt hier den Anfang einer Normalisierung der Verhältnisse machen. Lassen Sie uns Schluß machen mit dieser Ungleichbehandlung. Lassen Sie uns an diesem wichtigen und symbolträchtigen Punkt den Anfang mit der Beendigung einer diskriminierenden Praxis gegenüber einer Fraktion dieses Hauses machen. Deswegen fordere ich Sie auf: Lassen Sie uns die Anzahl der Stellvertreter auf fünf erhöhen.

Versuchen Sie jetzt nicht, mit irgendwelchen Ausflüchten oder formalen Hinweisen oder solchen besonders wenig plausiblen Argumenten wie „Das kann man nicht mittendrin machen“ oder so etwas diese Sache wegzudrücken.

Wir haben eine vorzügliche Kandidatin, die für dieses Amt bestens geeignet wäre. Das ist Frau Nickels. Sie ist vielen von Ihnen seit Jahren bekannt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Kleinert** (Marburg)

- (A) Lassen Sie uns also diese notwendige Korrektur vornehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Frau Renger:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Bötsch.

**Dr. Bötsch** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU/CSU-Fraktion lehnt den Antrag der GRÜNEN, die **Zahl der Vizepräsidenten** von vier auf fünf zu erhöhen, ab.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aus gutem Grund hat der Deutsche Bundestag die Zahl der Stellvertreter des Präsidenten zu Beginn der 11. Legislaturperiode auf vier festgelegt. Es besteht kein Anlaß, von dem damaligen, für die Dauer der gesamten Legislaturperiode vorgesehenen Beschluß jetzt abzuweichen.

(Dr. Knabe [GRÜNE]: Nicht lernfähig!)

Wie schon damals festgestellt wurde, gibt es keinen Gesichtspunkt, nach dem die Fraktion DIE GRÜNEN einen „Anspruch“ auf das Amt eines Vizepräsidenten geltend machen könnte.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Undemokratisch!)

Es gibt auch keine parlamentarische Übung oder Tradition — schauen Sie bitte auch in die Landtage —, wonach jede im Parlament vertretene Fraktion oder Partei nach Gewohnheitsrecht im Präsidium vertreten sein müßte.

- (B) Sie haben nichts vorgebracht, was es jetzt aus Anlaß der Wahl einer neuen Präsidentin zwingend erscheinen lassen würde,

(Dr. Mechtersheimer [GRÜNE]: Das haben Sie schon vorher aufgeschrieben!)

die Zahl von vier auf fünf zu erhöhen.

Wenn die GRÜNEN hier durch den Kollegen Kleinert vortragen lassen, daß sie in diesem Hause nicht gleichbehandelt würden oder vielleicht die anderen Fraktionen — zumindest meine Fraktion — ihnen mit Skepsis gegenüberträten, dann möchte ich Ihnen die alte Volksweisheit entgegenhalten: „Wie du hineinfuchst in den Wald, das Echo dir entgegenschallt“, meine sehr verehrten Damen und Herren;

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

ein jedenfalls früher gerne gewähltes Thema für Besinnungsaufsätze. Diese Besinnung sollten Sie bei sich vornehmen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Aufhören!)

Zwar — das möchte ich zugeben — haben die GRÜNEN im Laufe der Zeit manche Praktiken ihrer frühen Anfangszeit des Einzugs hier in den Deutschen Bundestag abgelegt, sei es, daß sie sich dem Zwang beugten, sei es aber auch, daß die Bequemlichkeit in ihren Reihen etwas überhandnahm, wie etwa ihre Ankündigung, daß alle immer an allen Plenarsitzungen teilnähmen, natürlich der Wirklichkeit überhaupt nicht standhält.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Frau Nickels ist gut!)

Dennoch sind die GRÜNEN nach der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung noch weit davon entfernt, eine Partei wie die übrigen Parteien in diesem Hause zu werden. (C)

(Frau Unruh [GRÜNE]: Frau Nickels ist gut!)

Gedenktage wie der 17. Juni werden von Ihrer Partei nach wie vor boykottiert. Sie nehmen sich auch das Recht heraus,

(Frau Adler [SPD]: Sind Sie der Oberinspektor?)

an Plenartagen, anstatt hier teilzunehmen, auswärts zu Demonstrationen zu fahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da sind natürlich schon Fragen nach Ihrem Verständnis von Parlamentarismus durchaus erlaubt.

Ein Kandidat oder eine Kandidatin dieser politischen Gruppierung wäre dann möglicherweise zwar als Vizepräsident eingeteilt, könnte den Einsatz aber überhaupt nicht wahrnehmen, weil er bzw. sie vielleicht nach Mutlangen oder Wackersdorf zu einer Demonstration unterwegs ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Unruh [GRÜNE]: Aufhören! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es war schon ein Fehler, Ihnen diese Plätze in der Mitte des Deutschen Bundestags zu überlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Vogel [SPD]: Das ist ein Demokrat! Wählerbeschimpfung!)

Ich habe damals, Herr Kollege Vogel, in meiner Fraktion nicht aus Liebe zu den GRÜNEN dafür geworben, sondern weil ich es einer traditionellen Partei wie der Ihren nicht zumuten wollte, daß man Ihnen mit Mehrheit Plätze zuweist, die Sie nicht haben wollen. Meine Rücksicht galt damals den Sozialdemokraten und nicht den GRÜNEN. Das möchte ich auch einmal ganz klar gesagt haben. (D)

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Jeder blamiert sich, so gut er kann, Herr Bötsch!)

Meine Damen und Herren, die Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags haben eine hohe Verantwortung für die Einhaltung der parlamentarischen Regeln und für eine überparteiliche Amtsführung. Wir haben Zweifel, ob jemand aus den Reihen der GRÜNEN diesem hohen Anspruch gerecht werden könnte.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag nicht stattzugeben.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Frau Renger:** Das Wort hat der Abgeordnete Jahn.

**Jahn** (Marburg) (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde, wenn wir über die eigenen Angelegenheiten unseres Hauses reden, wären Sachlichkeit und Ruhe ein guter Ratgeber.

(Beifall bei der SPD)

**Jahn** (Marburg)

- (A) Der Deutsche Bundestag bestimmt in freier Entscheidung, wieviel **Stellvertreter** der **Präsident** oder die Präsidentin haben soll.

(Dr. Langner [CDU/CSU]: Und das mit Mehrheit!)

Für diese Wahlperiode haben wir die Entscheidung darüber in der ersten Sitzung am 18. Februar 1987 getroffen. Wir als SPD-Fraktion haben damals für unseren Antrag, die Zahl der Stellvertreter auf fünf zu bestimmen und in dem dann sechsköpfigen Präsidium dem Präsidenten die entscheidende Stimme zu geben, keine Mehrheit gefunden. Deshalb ist es bei der jetzigen Regelung geblieben.

Die GRÜNEN, um deren Mitwirkung im Präsidium es damals ging, stellen ihren damaligen Antrag heute erneut. Der Anlaß dazu ergibt sich daraus, daß wir mitten in der Wahlperiode, fast auf den Tag genau, sozusagen zur Halbzeit, die Person des Präsidenten neu zu wählen haben. Da bietet es sich schon an, auch die Größe und die Zusammensetzung des Präsidiums, also die Zahl der Stellvertreter, neu zu bedenken.

Wir sind dazu bereit. Die SPD-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, die Zahl der Stellvertreter um einen zu erweitern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Na bravo!)

Es ist richtig: Ein förmlicher Anspruch auf Mitwirkung im Präsidium besteht für keine Fraktion. Richtig ist auch, daß nicht in jedem Bundestag ausnahmslos alle Fraktionen einen Vizepräsidenten gestellt haben.

- (B) Aber richtig ist auch, das mit Ausnahme der GRÜNEN

(Marschewski [CDU/CSU]: Und Herrn Wüppesahl!)

einer Fraktion von 43 Mitgliedern immer ein Stellvertreter gegeben worden ist und sogar — darauf ist mit Recht hingewiesen worden — einer Fraktion, wenn sie noch weniger Abgeordnete hier im Hause hatte.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, parlamentarische Demokratie lebt von und durch geordneten Streit, auch und gerade mit denen, die uns in der Auseinandersetzung unbequem sind. **Streit** läßt sich aber nur ordnen, wenn alle, die miteinander zu streiten haben, an dessen **Ordnung** mitwirken, gerade auch diejenigen, mit denen der Streit schwieriger zu führen ist.

Wenn die GRÜNEN einen Sitz für einen Vizepräsidenten erhalten und an der Leitung und Ordnung unserer Arbeit durch das Präsidium beteiligt werden, dann wäre das möglich, ja, es wäre besser möglich. Das ist nicht nur eine Frage des Stils. Das ist auch eine Frage der politischen Klugheit und des redlichen parlamentarischen Umgangs miteinander.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich muß nach einigem, was hier gesagt worden ist, wohl daran erinnern: Wir, die frei gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages, haben alle die gleiche Grundlage für unsere Arbeit, den nach freier Entscheidung begründeten Auftrag der Wähler. Nie-

mand hat das Recht, dabei einen Unterschied zu machen. Wer es dennoch tut, handelt willkürlich. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Für Willkür darf im Deutschen Bundestag kein Platz sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Recht jedes Abgeordneten im Deutschen Bundestag ist gleich, ebenso seine Pflicht. Dem muß die innere Ordnung folgen. Sie, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktionen, sollten sich dem nicht verschließen. Es wäre für die Glaubwürdigkeit der Arbeit des Deutschen Bundestages gut, wenn Sie sich entschließen würden, die Entscheidung vom Februar 1987 bei einer Gelegenheit, die das durchaus glaubwürdig macht, abzuändern und der Zahl der Erhöhung der Stellvertreter zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Frau Renger:** Das Wort hat der Abgeordnete Wolfgramm.

**Wolfgramm** (Göttingen) (FDP): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben zu Beginn dieser 11. Legislaturperiode einen Beschluß über die Institutionen dieses Hauses zu fassen gehabt. Dazu gehören natürlich auch die Vizepräsidenten. Das Hohe Haus hat damals beschlossen, daß die **Zahl der Vizepräsidenten** gegenüber dem bisherigen Brauch seit der 2. Legislaturperiode, vier Vizepräsidenten zu haben, nicht erweitert werden soll. (D)

Im übrigen ist die Wahl der Vizepräsidenten keine Anteilswahl. Es ist nicht wie bei den Vorsitzenden

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Deswegen sind sie auch immer dabei!)

der Ausschüsse, wo das System Hare/Niemeyer, durch Schepers verbessert gilt, sondern hier geht es um eine geheime Wahl, wie wir sie bei der Wahl der Frau Bundestagspräsidentin im Augenblick vornehmen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist eine geheime Wahl. Deswegen braucht derjenige, der kandidiert, das Vertrauen der Mehrheit des Hauses.

Übrigens hat die FDP, Herr Kollege Kleinert, seit 1949 einen Vizepräsidenten gestellt, weil sie seit dieser Zeit durch die Mehrheit des Hauses das Vertrauen bekommen hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Wolfgramm, glauben Sie das?)

Frau Kollegin Nickels von den GRÜNEN hat vor einem Jahr hier in geheimer Wahl kandidiert. Sie hat mit 119 Stimmen nicht die Mehrheit des Hauses erhalten

(Jahn [Marburg] [SPD]: Also darauf würde ich mich nicht berufen, Herr Wolfgramm!)

**Wolfgramm** (Göttingen)

- (A) Die Fraktion der FDP bestätigt deswegen den Beschluß, den wir zu Beginn der Legislaturperiode für diese Legislaturperiode getroffen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Frau Renger:** Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Herr Wüppesahl.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

**Wüppesahl** (fraktionslos): Meine Damen und Herren! Auch an dieser Stelle freue ich mich über Ihre Vorfreude. Aber ich möchte folgendes sagen.

Herr Wolfgramm, Ihre Begründung sieht doch ungefähr so aus: Weil Sie es zu Beginn der Legislaturperiode so bestätigt haben, wie es zur Zeit geregelt ist, wollen Sie davon nicht abweichen. Das würde bedeuten, daß Sie z. B. auch dafür votieren müßten, daß Herr Jenninger nach wie vor Bundestagspräsident ist. Es ist völlig absurd, was Sie an Argumentation anführen.

Ein weiterer Vorsatz zu Herrn Jahn! — Ich denke, die anspruchsvollen Äußerungen, die Sie über die angeblich gleichen Grundlagen aller Abgeordneten im Deutschen Bundestag gemacht haben, werden sehr genüßlich noch in das Organstreitverfahren in Karlsruhe eingeführt werden, das geführt wird, um meine Rechte so herzustellen, wie sie tatsächlich notwendig sind.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nun sechs!)

- (B) Zur Sache! Dieser Antrag der GRÜNEN ist für sich nicht nur demokratisch, er ist nach dem gesunden Menschenverständnis schlicht und einfach vernünftig. So etwas abzulehnen ist nicht nur eine Torheit, sondern drückt vor allen Dingen aus, mit welcher Brust Sie hier Ihre Mehrheit ausspielen. Mich wundert in der Tat, wie sich bestimmte Personen, im besonderen in der FDP-Fraktion — Sie wissen genau, wen ich meine, auch ohne daß ich den Namen erwähne —, verhalten wollen.

Der Anspruch, den Herr Jahn formuliert hat, ist der Anspruch, den z. B. auch die Initiative Parlamentsreform für sich formuliert. In dieser Initiative sind in der Tat auch sehr viele Kollegen und Kolleginnen aus den Koalitionsfraktionen vertreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein anderer Gesichtspunkt — der letzte bei der kurzen Redezeit, die mir zu diesem Punkt zugestanden wurde —: Im Interesse der Koalitionsfraktionen müßte es liegen, so eine Stellvertreterposition aus einem noch ganz anderen Gesichtspunkt zu befürworten, und zwar aus folgendem: Die Kandidatin, die wahrscheinlich bereits zur neuen Bundestagspräsidentin gewählt ist, hatte in ihrer vorherigen Funktion überhaupt nicht die Chance, etwas zu bewegen. Sie wird zwar von allen Seiten mit Beifall bedacht, aber gleichzeitig weiß auch jeder, daß sie tatsächlich kaum etwas bis gar nichts bewegt hat.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Das ist dummes Zeug!)

Diese Kandidatin hat im Vorfeld gesagt, daß sie es begrüßen würde, wenn eine Person aus den Reihen der GRÜNEN auf dem Podium des Bundestagspräsidenten sitzen könnte. Wenn Sie in dieser Situation

dieser Kandidatin bereits im Vorfeld ihres Amtsantrittes — und zwar unmittelbar, ganz zeitnah im Vorfeld des Amtsantrittes — anzeigen, daß Sie mit ihr wieder so verfahren wollen wie in ihrer Eigenschaft als Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, ist das eine wirklich bodenlose Torheit, die Sie begehen.

Die Essenz meiner Ausführungen: Es ist eine Werbung dafür, dem Änderungsantrag der GRÜNEN zuzustimmen.

**Vizepräsident Frau Renger:** Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zur Erhöhung der Zahl der Stellvertreter des Präsidenten stimmt, die bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Meine Damen und Herren, die Mehrheit war eindeutig für Ablehnung dieses Antrags. Der Antrag ist abgelehnt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Auszählen!)

— Das Präsidium ist sich in der Beurteilung der Stimmabgabe einig.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt das Abstimmungsergebnis für die Wahl der Präsidentin des Deutschen Bundestages bekanntgeben:

Abgegebene Stimmen: 475 Mitglieder des Hauses.

Davon gültig: 473 Stimmen. Mit Ja stimmten 380 Mitglieder des Hauses.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP, der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Mit Nein stimmten 72 Mitglieder des Hauses. Enthaltungen haben sich 21 Mitglieder des Hauses.

Die Abgeordnete Frau Professor Dr. Rita Süßmuth hat die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Hauses erhalten. Sie ist damit zur Präsidentin des Deutschen Bundestages gewählt.

Ich frage Sie, Frau Kollegin Süßmuth: Nehmen Sie die Wahl an?

**Frau Dr. Süßmuth** (CDU/CSU): Ja, ich nehme die Wahl an.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD sowie Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

**Vizepräsident Frau Renger:** Frau Präsidentin, ich darf Ihnen von dieser Stelle des Hauses aus für das ganze Haus meinen herzlichen Glückwunsch aussprechen, Ihnen Glück und Erfolg in diesem Amt wünschen und Sie bitten, hier Platz zu nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP, der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

**Präsidentin Dr. Süßmuth** (mit Beifall der CDU/CSU, der FDP, der SPD und von Abgeordneten der GRÜNEN begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir mit Ihrer Stimmabgabe ausgesprochen haben.

**Präsidentin Dr. Süssmuth**

- (A) Zunächst möchte ich meinem **Amtsvorgänger**, Herrn **Dr. Philipp Jenninger**, im Namen der Abgeordneten für sein großes persönliches Engagement danken, das er in den vergangenen vier Jahren für den Deutschen Bundestag bewiesen hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU, der FDP, der SPD sowie Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Er hat in seiner Amtsführung Sachbezogenheit und Toleranz in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung vor alles andere gestellt und entscheidende Impulse für eine lebendige Weiterentwicklung der parlamentarischen Arbeit gegeben.

Seine Entscheidung, das ihm übertragene Amt dem Parlament zurückzugeben, verdient unseren Respekt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Danken möchte ich ihm auch für die vielen Initiativen, die er gerade in bezug auf Israel und für den deutsch-israelischen Jugendaustausch immer wieder gesetzt und auch durchgeführt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben heute zum zweitenmal eine Frau an die Spitze des Parlaments gewählt. Ich freue mich darüber, daß sich damit eine Tradition auszubilden beginnt,

- (B) (Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

von der ich hoffe, daß sie auch anderen **Frauen** Mut macht, **politische Verantwortung** zu übernehmen. Schließlich gilt, wenn wir auf unser Parlament schauen, immer noch der Satz, den Annemarie Renger bei ihrer Wahl 1972 sprach, daß die Frauen im Parlament – ich zitiere – „zahlenmäßig nicht so stark vertreten sind, wie es ihre Rolle in Staat und Gesellschaft erfordern würde“.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Hier liegt eine Herausforderung für alle politischen Parteien.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Besonders für die CDU/CSU!)

Ihnen allen versichere ich, daß ich das mir anvertraute Amt unparteiisch, gerecht und mit der notwendigen Offenheit nach allen Seiten führen werde. Ich will die Präsidentin aller Mitglieder des Deutschen Bundestages sein, so wie es alle meine Vorgänger waren. Ich bitte dabei um Unterstützung und kollegiale Zusammenarbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Weil ich die hohen **Maßstäbe** achte, die die **Amtsführung des Präsidenten des Deutschen Bundestages** stets bestimmt haben, bedeutet auch dieses Amt für mich in erster Linie politisches Engagement und vorbildliche Arbeit im Dienst aller Bürger unseres Landes. Daher werde ich auch weiterhin aktiv für Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit, Engagement für

die Schwachen und Hilfesuchenden in unserer Gesellschaft eintreten. (C)

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wenn ich dem Vorschlag meiner Fraktion gefolgt bin, so beruht das auf der Überzeugung, daß dem „Herzen unserer Demokratie“ – wie der Verfassungsrechtler Maunz das Parlament genannt hat – unser ganzes Engagement gehört und daß sich jeder Abgeordnete fragen muß, welchen Beitrag er hierzu zu leisten hat.

Demokratie ist für mich ein Wert, der höchste Einsatzbereitschaft erfordert, auch unter Zurückstellung persönlicher Präferenzen und Planungen. In diesem Sinne verspreche ich Ihnen allen mein ganzes Engagement für diese Aufgabe.

Die gefüllte Tagesordnung läßt es heute nicht zu, grundsätzliche Fragen der Aufgaben des Parlaments an dieser Stelle ausführlicher zu behandeln. Dies möchte ich gern in der nächsten Woche tun.

Ich danke Ihnen und grüße namens des Deutschen Bundestages von diesem Platz aus alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Vizepräsident Frau Renger:** Wir müssen nun die Wahlkabinen wieder abräumen, damit die Vertreter des Bundesrates wieder Platz nehmen können.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

– Für den Fall, daß jemand anwesend ist. Es ist unsere Pflicht, ihnen den Platz einzuräumen. – Deswegen einige Minuten Pause, bitte. (D)

(Unterbrechung von 10.02 bis 10.10 Uhr)

**Vizepräsident Frau Renger:** Wir fahren in den Beratungen fort.

Ich rufe Tagesordnungspunkt XIII a bis f auf:

- a) Zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (**Gesundheits-Reformgesetz – GRG**)
  - Drucksachen 11/2237, 11/2493 –
  - aa) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)
    - Drucksachen 11/3320, 11/3480 –
    - Berichterstatter:  
Abgeordnete Dr. Becker (Frankfurt)  
Kirschner  
Dr. Thomae  
Frau Wilms-Kegel
  - bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gem. § 96 der Geschäftsordnung
    - Drucksache 11/3402 –
    - Berichterstatter:  
Abgeordnete Sieler (Amberg)  
Strube



**Vizepräsident Frau Renger**

- (A) Zywietz  
Frau Rust  
(Erste Beratung 78. und 85. Sitzung)
- b) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Dreßler, Fuchs (Köln), Egert, Haack (Extertal), Heyenn, Jaunich, Andres, Becker-Inglau, Dr. Dobberthien, Dr. Hauchler, Gilges, Hasenfratz, Ibrügger, Schanz, Kirschner, Peter (Kassel), Reimann, Schmidt (Salzgitter), Schreiner, Seuster, Steinhauer, Urbaniak, Weiler, von der Wiesche, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
- Reform des Gesundheitswesens**  
— Drucksachen 11/2500, 11/3320, 11/3480 —  
Berichterstatter:  
Abgeordnete Dr. Becker (Frankfurt)  
Kirschner  
Dr. Thomae  
Frau Wilms-Kegel
- c) Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung der Reichsversicherungsordnung**  
— Drucksache 11/280 —  
Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)  
— Drucksachen 11/3320, 11/3480 —  
Berichterstatter:  
Abgeordnete Dr. Becker (Frankfurt)  
Kirschner  
Dr. Thomae  
Frau Wilms-Kegel  
(Erste Beratung 78. Sitzung)
- d) Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes**  
— Drucksache 11/1623 —  
Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)  
— Drucksachen 11/3320, 11/3480 —  
Berichterstatter:  
Abgeordnete Dr. Becker (Frankfurt)  
Kirschner  
Dr. Thomae  
Frau Wilms-Kegel  
(Erste Beratung 78. Sitzung)
- e) Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Beseitigung der Sonderstellung von psychisch Kranken in der Krankenversicherung (PsychKVG)**  
— Drucksache 11/2594 —
- Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)  
— Drucksache 11/3411 —  
Berichterstatter:  
Abgeordneter Dr. Becker (Frankfurt)  
(Erste Beratung 100. Sitzung)
- f) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Einordnung der Vorschriften über die Meldepflichten des Arbeitgebers im Kranken- und Rentenversicherung sowie im Arbeitsförderungsrecht und über den Einzug des Gesamtsozialversicherungsbeitrags in das Vierte Buch Sozialgesetzbuch** — Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung —  
— Drucksachen 11/2221, 11/2265 —  
Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)  
— Drucksache 11/3445 —  
Berichterstatter:  
Abgeordneter Hoss  
(Erste Beratung 78. Sitzung)
- Zum Gesundheits-Reformgesetz liegen zahlreiche Änderungs- und Entschließungsanträge auf den Drucksachen, wie ausgedruckt, vor. Zu vielen dieser Änderungsanträge und Entschließungsanträge ist namentliche Abstimmung verlangt worden. Auch die Schlußabstimmung findet namentlich statt. (D)
- Meine Damen und Herren, für die gemeinsame Beratung dieser Tagesordnungspunkte sind für die zweite Beratung sechs Stunden vorgesehen. Innerhalb dieser sechs Stunden werden auch die verschiedenen Änderungsanträge begründet. Hierzu gibt es erst eine Bemerkung des Herrn Berichterstatters.
- Vorher muß ich noch zur Geschäftsordnung wieder wegen der Redezeit dem Herrn Abgeordneten Wüppesahl das Wort geben.
- Wüppesahl** (fraktionslos): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier stehen zwar 35 Minuten Redezeit, Sie dürfen aber sicher sein, das wird kürzer werden.
- Es geht um folgendes. Ich habe gestern nachmittag 74 Änderungsanträge für die zweite Lesung eingebracht. Von diesen 74 Änderungsanträgen haben ungefähr 55 bis 60 substantiellen Gehalt, die anderen 15 bis 20 beinhalten mehr redaktionelle Änderungen. Sie wissen, daß ich nicht in erster und auch nicht in dritter Lesung Änderungsanträge einbringen kann.
- Ich kann auch in die Ausschußberatung keine Änderungsanträge einbringen, weil Sie es so wollen, weil Sie die Geschäftsordnung so ausgeformt haben, wie sie jetzt ausgeformt ist. Ich halte dies, wie Sie wissen, für verfassungswidrig. — Wie dem auch sei, in diesem Sachzwang befinde ich mich: wenn ich also Einfluß auf die Entscheidungsfindung zu dieser sogenannten Gesundheitsstrukturreform nehmen möchte,

**Wüppesahl**

- (A) dann kann ich das nur in dieser zweiten Lesung machen.

Nun kann es aber auch nicht angehen, daß ich in dem mir üblicherweise zur Verfügung gestellten Kontingent von 15 Minuten, das sowieso für eine sechsstündige Debatte viel zuwenig ist, in denen man lediglich Grundsatzpositionen zu dem gesamten Gesetzeswerk äußern kann, diese Änderungsanträge vorstellen kann.

(Zuruf von der SPD: Unsinn!)

— Das ist genau richtig!

Ich habe gestern einen Brief an den Ältestenrat geschrieben, in dem ich darum gebeten habe, daß mir zu den Änderungsanträgen mit substantiellem Gehalt auch ein gesondertes Rederecht eingeräumt wird, weil ich nur auf diese Art und Weise überhaupt in der Lage sein könnte, Sie zu überzeugen, daß an bestimmten Stellen der Vorlage aus dem Ausschuß, wie sie uns jetzt vorliegt, die ich, wie Sie wissen, in den meisten Punkten als katastrophal empfinde — ich weiß mich da mit der gesamten übrigen Opposition in diesem Hause einig —, Veränderungen bewirkt werden sollten.

(Lachen bei der SPD — Zurufe von der SPD)

— Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß ich mich sprachlich genauso verhalten kann wie Sie, wenn Sie von der übrigen Opposition sprechen.

Das ist also der Sinn dieses Geschäftsordnungsbeitrages. Ich möchte darum bitten, daß mir zu jedem Änderungsantrag mit substantiellem Gehalt ein gesondertes Rederecht eingeräumt wird, und zwar über das Rederecht hinaus, das mir zu dem gesamten Gesetzeswerk sowieso zusteht.

(B)

Ich denke, daß dieser Antrag für sich sehr plausibel ist und aus der Sachzwanglogik, die Sie mir mit der Ausformung der Geschäftsordnung aufgedrückt haben, von mir gar nicht anders eingebracht werden kann, als ich es jetzt getan habe. Ansonsten könnte ich gleich darauf verzichten, überhaupt Änderungsanträge zu stellen. Wenn das also einen Sinn haben soll, muß ich auch dazu reden dürfen.

Ich weiß nicht, wie wir da verfahren wollen, Frau Präsidentin. Vielleicht könnte in einer generellen Abstimmung beschlossen werden, daß ich beispielsweise zu zunächst 20 Änderungsanträgen 30 Minuten Redezeit bekomme oder wie auch immer oder dann für die nächsten 20 Änderungsanträge weitere 30 Minuten Redezeit. Das ist das einzige, was man in vereinfachender Form vornehmen könnte.

Ich bitte jedenfalls, darüber eine Abstimmung herbeizuführen.

**Vizepräsident Frau Renger:** Meine Damen und Herren, wird weiterhin das Wort zur Geschäftsordnung gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann müssen wir uns darüber einig werden, wie wir verfahren. Wir können Herrn Wüppesahl eine Gesamtredzeit für alle seine Anträge bewilligen — das stelle ich anheim —, und dann kommen wir dazu, wie viele Minuten wir ihm im Verhältnis zu den anderen

518 Abgeordneten hier im Hause zumessen. Dieses muß man natürlich dabei berücksichtigen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir können auch den Weg gehen, daß wir, wie Herr Wüppesahl gewünscht hat, ihm je eine Minute Redezeit für die Begründung jedes seiner Anträge geben. Auch das wäre eine Möglichkeit, um ihm konkret zu helfen.

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Das wäre ja eine Stunde!)

— Das tut mir leid. Das Haus muß es entscheiden. In der Geschäftsordnung ist das nicht so vorgesehen. Deswegen ist das Haus also souverän, darüber zu entscheiden.

(Dr. Vogel [SPD]: Die Geschäftsführer sollen sich einigen!)

Ich schlage Ihnen vor — Herr Kleinert hat mir das zugerufen —, daß wir Herrn Wüppesahl eine Redezeit von insgesamt 30 Minuten innerhalb dieser sechs Stunden geben. —

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber nicht heute!

— Dr. Vogel [SPD]: Frau Präsidentin, da kommt ein Vorschlag! — Die Geschäftsführer der Fraktionen beraten neben dem Rednerpult)

— Ich frage ja. Sie können anders entscheiden. — Einen Moment. Wie das bei uns üblich ist, müssen sich erst die Parlamentarischen Geschäftsführer beraten. Dafür bitte ich um Geduld. Es ist immer gut, wenn man sich einigt. — Ich frage mich langsam, was der Parlamentspräsident hier eigentlich noch machen soll. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Die Zeit nach § 35! — Dr. Vogel [SPD]: 15 Minuten, und dann ist es gut!)

— Meine Damen und Herren, ich habe nicht den Eindruck, daß man sich hier einigt. — Ich darf noch einmal zu meinem Vorschlag zurückkommen. Ich hatte insgesamt 30 Minuten vorgeschlagen. Aber nach unserer Geschäftsordnung ist nur eine Zeit von bis zu 15 Minuten für den einzelnen Abgeordneten vorgesehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch die Geschäftsführer sind der Meinung, die Redezeit, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, auf 15 Minuten festzulegen. Ist das Haus damit einverstanden? — Gegen den Widerspruch von Herrn Wüppesahl so beschlossen.

(Abg. Wüppesahl [fraktionslos] meldet sich zur Geschäftsordnung)

— Sie können nicht in derselben Sache noch einmal das Wort zur Geschäftsordnung bekommen.

Meine Damen und Herren, Dr. Becker hat jetzt das Wort als Berichterstatter.

**Dr. Becker** (Frankfurt) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Berichterstatter habe ich Ihnen folgendes mitzuteilen: Bei der Beschlußempfehlung auf der Drucksache

**Dr. Becker** (Frankfurt)

- (A) 11/3320 ist eine Korrektur anzubringen. Auf Seite 216 der Beschlußempfehlung muß bei Art. 8 Nr. 10 an Stelle der dort aufgeführten Texte entsprechend dem Beschluß des Ausschusses das Wort „unverändert“ gesetzt werden. Der hier aufgeführte Text ist durch ein Büroversehen in die Beschlüsse aufgenommen worden.

**Vizepräsident Frau Renger:** Ich eröffne die Debatte. Herr Kollege, ich darf Ihnen sofort das Wort erteilen.

**Dr. Becker** (Frankfurt) (CDU/CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Heute treten wir hier in die Schlußberatungen des Gesundheits-Reformgesetzes ein, der ersten Stufe der Reform im Gesundheitswesen. Dieses Gesetz zählt sicher zu den umfangreichsten, aber auch zu den schwierigsten Gesetzen in dieser Legislaturperiode. Es betrifft nahezu jeden Bürger in unserem Land.

(Dreßler [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Es hat so viele Details, daß nur noch die Experten der Sozialpolitik einen Durchblick haben.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Vielleicht! — Frau Weyel [SPD]: Daran gibt es Zweifel!)

Daher war es für die Kritiker auch leicht, die Menschen, vor allem die Kranken und Rentner, zu verunsichern.

- (B) Unser **Gesundheitsversorgungssystem** ist im allgemeinen gut. Aber es hat **Schwachstellen** und droht unfinanzierbar zu werden. **Kostenentwicklung** und Lohnentwicklung klaffen auseinander. Vier Kostendämpfungsgesetze von 1977 bis 1983 hatten nur Kurzzeitwirkung. Die Defizite stellten sich umgehend bei den Krankenkassen wieder ein. Die geringen Steuerungsmechanismen versagen. Die Folge sind seit Jahren steigende Beitragssätze. Hinzu kommen in der Sozialpolitik noch die Finanzprobleme in der Rentenversicherung. Sie machen die Beitragssatzstabilität in den nächsten Jahrzehnten in der Krankenversicherung dringend notwendig.

Heute wird von allen Parteien und allen großen Gruppen und Verbänden in der Gesellschaft — bis auf wenige Kurzdenker bei Ärztegruppen und Egoisten —

(Dreßler [SPD]: Oh!)

die Reform des Gesundheitswesens als vordringliche Aufgabe angesehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Über das „Ob“ sind sich alle einig, nur bei dem „Wie“ gehen die Auffassungen auseinander. Die einen Extremgruppen neigen zu mehr Selbstbeteiligung bei der Inanspruchnahme von Leistungen. Das schröpft und belastet jedoch besonders die Schwachen, die Alten und chronisch Kranken. Dann müssen aber verstärkt soziale Abfederungen eingebaut werden, und unter dem Strich kommt nicht mehr viel heraus.

Das andere Extrem will das Geld vornehmlich bei den Leistungserbringern, Ärzten, Zahnärzten, Phar-

maindustrie, Apothekern und den vielen Gesundheitsberufen holen. Auch das führt zu nichts, denn dann sinkt gewiß die Qualität der Versorgung, beispielsweise bei Fall- oder Kopfpauschalen. Die Dummen sind die Patienten, und der Schritt in die Zweiklassenmedizin ist vorgezeichnet. (C)

Die Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP haben sich bei der **Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung** für einen Weg der Mitte entschieden. Sie soll sich an folgenden **Zielvorstellungen** orientieren.

(Urbaniak [SPD]: Mit Abkassierung!)

Erstens. Die **Solidarität** der sozialen Krankenversicherung wird neu bestimmt.

(Heyenn [SPD]: Was immer das heißt!)

Die Leistungen werden auf das medizinisch Notwendige beschränkt. Versorgungsdefizite werden ausgeglichen. Zur häuslichen Pflege leistet die Krankenversicherung einen Beitrag.

Zweitens. Die **Eigenverantwortung** der Versicherten für ihre Gesundheit wird gestärkt. Gesundheitsvorsorge und Krankheitsfrüherkennung werden aufgewertet.

Drittens. Die **Wirtschaftlichkeit** der Leistungserbringung wird erhöht.

Viertens. Die **Strukturen der Krankenversicherung** werden modernisiert.

Fünftens. Das **Recht der gesetzlichen Krankenversicherung** wird neu kodifiziert, um es dem Bürger verständlicher zu machen. (D)

(Lachen des Abg. Andres [SPD])

Meine Damen und Herren, die Reform war ein hartes Stück Arbeit, das Norbert Blüm und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Arbeits- und Sozialministerium geleistet haben. Das Handeln geschah in dem Bewußtsein, daß die Krankenversicherung nur gerettet werden kann, wenn sie reformiert wird. Wenn sie nur fortgeschrieben würde, wäre sie schnell unfinanzierbar. Deshalb fordert diese Reform zwangsläufig Opfer von allen.

Es herrscht allgemeine Übereinstimmung, daß in dem System der gesetzlichen Krankenversicherung hohe **Wirtschaftlichkeitsreserven** stecken. Alle stimmen zu, daß hier gespart und noch einmal gespart werden muß, sollen die Krankenkassenbeiträge nicht ins Unermeßliche steigen. Es weiß aber auch jeder, wo gespart werden kann, nämlich beim anderen. Das eigene Sparopfer soll nur ein kleiner, am besten aber gar kein Beitrag sein. Gemeinwohl scheint in unserer Wohlstandsgesellschaft eine fremde Vokabel geworden zu sein,

(Frau Unruh [GRÜNE]: Bei der CDU, ja!)

und Anspruchsdenken fördert Verschwendung.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Weil aber sehr viele vom Sparen betroffen werden, haben wir den politischen Lärm und die maßlose Kritik um diese Reform. Meine Damen und Herren, diese

Dr. Becker (Frankfurt)

- (A) Reform in der Krankenversicherung ist seit hundert Jahren die erste Reform mit Aussicht auf Erfolg.

(Sellin [GRÜNE]: Desaster!)

Es gab schon zweimal unter Arbeitsminister Theo Blank und Bundeskanzler Konrad Adenauer Anfang der 60er Jahre Versuche, das Gesundheitswesen zu reformieren. Beide Versuche scheiterten.

(Kirschner [SPD]: Kläglich!)

Schon damals trafen sich die seltsamsten Verbündeten:

(Opel [SPD]: Aller guten Dinge sind drei!)

Ärzte und Gewerkschaften saßen mit der Opposition in einem Boot und lehnten das damalige Reformkonzept in Bausch und Bogen ab. Die Reform ging zu Bruch, weil es den vielen Interessengruppen gelang, die Regierungsfaktionen auseinanderzudividieren. Blank stand allein.

Jetzt, nach 25 Jahren, wollen wir die dringend notwendige **Reform** abermals auf den Weg bringen. Wieder ist der **Widerstand** gewaltig, wieder sitzen die gleichen Partner von damals in einem Boot: SPD und Ärzte, Gewerkschaften und Pharmaindustrie und die GRÜNEN dazu, wahrlich seltsame Koalitionen.

(Louven [CDU/CSU]: Karl Becker aber nicht!)

Da wird mit allen Mitteln gefochten, Kranke und Rentner werden vor den eigenen Karren gespannt, verängstigt, verunsichert, verdimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Die Eigennutzbrigaden rollen zuhauf durch die bundesdeutsche Landschaft.

(Zuruf von der SPD: Mit der Dampfwalze!)

Die alten Parolen wurden wieder aus dem Keller geholt und entstaubt. Neue Parolen kamen hinzu: „Weil Du arm bist, mußt Du früher sterben“, „Betrug am Patient“, „Preisdiktat“, „Todesstoß für viele Gesundheits-Betriebe“, „Ermächtigungsgesetz“, „Festbetrag — ein genial-teufliches Monstrum“, „Überbürokratismus“, „Gläserner Patient“, „Mammutbehörde“ und viele andere mehr.

Bei polemischen Parolen waren die Reformverhinderer groß. Aber bei der Frage nach tragbaren und machbaren Alternativen herrschte Funkstille.

(Sehr wahr! bei der CDU/CSU — Scharrenbroich [CDU/CSU]: Da kam gar nichts!)

Die Opposition redet vom „Abkassiermodell“, die Leistungserbringer im gleichen Boot fürchten vor allem das Abkassieren bei sich selbst.

Alles geschieht, wie vor 25 Jahren gehabt. Nur eines ist heute anders: Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP sind sich heute einig. Sie stehen zur **Reform**, sie stehen zu Norbert Blüm.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie wissen, daß der ausgewogene **Weg der Mitte** der richtige ist. Sie wissen, daß es höchste Zeit für die Reform ist, weil sonst — nun hören Sie gut zu! — das „Hineinschneiden in das soziale Fleisch“, von dessen Notwendigkeit 1982 der SPD-Kanzler Schmidt schon

sprach, noch viel stärker sein wird und von allen dann noch viel mehr Opfer verlangt werden müssen. (C)

Das Gesundheitsreformgesetz ist der erste Schritt der Reform. Die Kritiker monieren, weil nicht alles auf einmal gemacht werde, wie etwa die Reform der Organisationsstruktur der Krankenkassen, die Überprüfung der Krankenhausstruktur und die Begrenzung der Überkapazitäten im Gesundheitswesen, insbesondere bei den Arztlizenzen.

Die Zweistufigkeit hat Gründe. Sie liegen zum einen einmal in den unterschiedlichen Zuständigkeiten und damit im höheren Beratungsbedarf. Zum anderen hängen sie mit dem riesigen Berg von Problemen zusammen, die nicht von heute auf morgen lösbar sind. Aber die Kritiker sollen zur Kenntnis nehmen, daß auch diese Probleme von der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen gelöst werden, wie sie schon erklärt haben. Die Koalition wird daran zügig weiterarbeiten.

Im Ausschuß hatten wir viel Arbeit und eine hohe Belastung. Sie traf aber alle in gleicher Weise, die Mitglieder der Koalition wie die der Opposition. Die Oppositionsredner werden hier gewiß das Lied von der unzumutbaren Belastung singen. Alles sei bis an den Rand der psycho-physischen Erschöpfung gegangen.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Natürlich!)

Nun, Politiker sind im allgemeinen keine Neurotiker,

(Sellin [GRÜNE]: Aber sie haben auch eine Gesundheit!)

sollten es wenigstens nicht sein. Sie sind auch schon an einiges gewöhnt, auch in alter Zeit, als die SPD an der Regierung war. (D)

(Zuruf von der CDU/CSU: In uralter Zeit!)

Nur eines will ich hervorheben. Zu später Stunde, um 22 Uhr, waren im Ausschuß immer noch 30 oder 32 der Mitglieder bei der Arbeit und nicht am Trinken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage dies auch vor den Bürgern in unserem Land, weil eine Fernsehsendung in dieser Woche glauben machen konnte, im Parlament wimmelte es von alkoholisierten Abgeordneten.

(Dr. Friedmann [CDU/CSU]: Das war eine Unverschämtheit!)

Als Arzt, dem dies noch am ehesten auffiele, fühle ich mich verpflichtet, das hier klarzustellen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Überstunden und die Sondersitzungen stehen uns durchaus gut an. Wir wollen doch kein „faules“ Parlament sein. Die Opposition wird davon reden, sie habe zu wenig Beratungszeit gehabt, die Koalition hätte schon früher beraten können und anderes mehr. Das Klagegedicht ist nicht neu — die Platte läuft wie immer — und wird durch Wiederholungen nicht wahrer. Vor vier Wochen habe ich Ihnen hier erklärt, daß wir 1977 acht Wochen hatten, um das Krankenversicherungskosten-Dämpfungsgesetz, 1977 unter

Dr. Becker (Frankfurt)

- (A) Ihrer Führung, unter Ihrer Regierung damals über die Runden zu bringen.

Die Fakten des Gesundheitsreformgesetzes kamen bereits im Herbst 1987 auf den Tisch.

(Abg. Egert [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Vizepräsident Frau Renger:** Keine Zusatzfragen.

**Dr. Becker (Frankfurt) (CDU/CSU):** Sie haben nachher genügend Zeit, wenn Sie reden. —

(Günther [CDU/CSU]: Wir haben sechs Stunden Beratungszeit!)

Der Vorentwurf vom Dezember 1987, der Referentenentwurf vom 21. Januar 1988 lag auch der Opposition vor. Die erste Lesung im Parlament fand vor einem halben Jahr statt.

Wir hatten eine überaus gründliche Einführung, über neun Ausschußtage hinweg, so wie ich es jedenfalls in meinen zwölf Parlamentsjahren noch nie erlebt habe.

(Heyenn [SPD]: So ein Gesetz hat es auch noch nie gegeben!)

Zu jeder Einzelvorschrift wurde seitens der Regierung ausführlich informiert und von der Opposition intensiv nachgefragt.

- (B) (Günther [CDU/CSU]: Das muß einmal festgehalten werden!)

Die Regierung hat mehr als 80 zusätzliche Anfragen ausführlichst und detailliert schriftlich beantwortet.

Sieben **Anhörungen** fanden schon vor der Sommerpause statt, bei denen 75 Verbände und 40 Einzelsachverständige gehört wurden. Sie gaben 179 schriftliche Stellungnahmen ab; bis zum Ende der Beratungen waren es 320 Stellungnahmen. Die Wortprotokolle über die Anhörungen und auch über die Einführung standen jedem Ausschußmitglied seit Sommer zur Verfügung.

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP und die Bundesregierung werteten die Anhörungen und Stellungnahmen aus und legten 80 substantielle **Änderungsanträge** vor. Diese bringen vor allem Verbesserungen und finanzielle Entlastungen für die Kranken, aber auch erhebliche Verminderungen der bürokratischen Verfahren für die Selbstverwaltung und sichern den Datenschutz. Die weiteren 120 Anträge betrafen überwiegend rechtstechnische und redaktionelle Änderungen; sie lösten keinen Beratungsbedarf aus.

Über die Änderungsanträge der Koalition, aber auch die recht stattliche Anzahl der Anträge der Opposition, die übrigens erst am 26. Oktober und teils noch später, zuletzt am 9. November, eingereicht worden sind, wurde in neun weiteren Ausschußsitzungen beraten und abgestimmt.

(Urbaniak [SPD]: Das sind doch Ungeheuerlichkeiten!)

Meine Damen und Herren, 25 Voll-Ausschußberatungen — einschließlich der Anhörungen — hat es für ein Gesetz meines Wissens bisher nicht gegeben. (C)

(Egert [SPD]: Doch!)

Was soll also das Feldgeschrei über die mangelnden **Beratungsmöglichkeiten?**

(Dreßler [SPD]: Wenn Sie Zwischenfragen zulassen würden, könnten wir Ihnen das alles erklären! — Günther [CDU/CSU]: Sie reden doch gleich, Herr Dreßler!)

Gewiß war es keine einfache Beratungsmaterie. Aber über weite Strecken wurde im Ausschuß Nachhilfeunterricht im Sozial- und Krankenversicherungsrecht erteilt und damit wertvolle Beratungszeit verbraucht.

(Heyenn [SPD]: Eine Frechheit ist das!)

Meine Damen und Herren, trotz aller gegensätzlichen Auffassungen danke ich dem Vorsitzenden, den Obleuten und allen Mitgliedern im Ausschuß, aber insbesondere auch dem Ausschußsekretariat für die geleistete Arbeit und ebenso für die faire und kollegiale Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das Sperrfeuer der **Opposition** und auch der vereinigten Protestierer aus den Reihen der Ärzte, Zahnärzte, Zahntechniker, Optiker, Apotheker, Pharmaindustrie, Heilbäder, Taxifahrer, Masseur, Bademeister und Bestattungsunternehmer sollte nun endlich verstummen.

(Zuruf von der SPD: Und Patienten?! — Heyenn [SPD]: Gibt es jemanden, der für dieses Gesetz ist?) (D)

Es hat ohnehin nur zur allgemeinen **Verunsicherung** beigetragen,

(Zuruf der Abg. Frau Unruh [GRÜNE] — Gegenruf von der CDU/CSU: Ja, er hat die Grauen Panther vergessen!)

aber die Reform nicht gefährdet.

Eine Folge hatte das Geschrei allerdings: Es hat zu einem Run auf neue Zähne, Brillen und Hörgeräte geführt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Völlig unnötig!)

Eine rätselhafte Seuche scheint die Deutschen in diesem Jahr befallen zu haben, die auf einmal schlechter kauen, schlechter sehen und hören können, wie dies in der „Welt“ stand. Hier möchten sich die Versicherten noch schadlos halten, ehe sie im nächsten Jahr selbst höhere Eigenleistungen erbringen müssen.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine Abstimmung mit den Füßen! — Weitere Zurufe von der SPD)

An diesen Auswüchsen, meine Damen und Herren, zeigt sich, wie sich unser System fast zu einer Art Selbstbedienungsladen verändert hat.

(Beifall bei der CDU/CSU — Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Dies gilt für Leistungserbringer wie auch für Leistungnehmer.

**Dr. Becker** (Frankfurt)

- (A) Es hat mit Solidarität gewiß nichts mehr zu tun, wenn Optiker aus ihrer Kundenkartei Kunden anschreiben, daß ihre Brille jetzt drei Jahre alt sei und sie dann wieder Anspruch auf eine neue Brille hätten.

(Louven [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Auch die Neujahrsgrüße der Kurheime an die Kurlauber der vergangenen Jahre haben viel Erinnerungswert, in zweierlei Hinsicht. Hier wären noch viele Beispiele zu bringen.

Meine Damen und Herren, die Sparabsichten wurden breit ausgewalzt, die **Verbesserungen** und die **Reformschritte** aber kaum erwähnt oder völlig totgeschwiegen.

(Zuruf von der SPD: Weil es sie nicht gibt!)

Dies hat die Diskussion nur auf die Kostendämpfung abgedrängt. Die Reformschritte wurden kaum wahrgenommen und wenn überhaupt, nur mit negativen Schlagzeilen besetzt wie: „Das kostet mehr Geld“ oder „Entsolidarisiert die Krankenversicherung!“.

(Zuruf von der SPD: Zu Recht! — Gegenruf des Abg. Günther [CDU/CSU]: Völlig zu Unrecht!)

In unserem Krankenversicherungssystem kommen die Gesundheitsförderung, die Vorbeugung und die Verhinderung von Krankheiten bisher entschieden zu kurz. Daher ist es ein vorrangiges Ziel unserer Reform, jetzt die **Prävention** zu stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Die Aufklärung über Gesundheitsgefährdungen, die Beratung über die Vermeidung von Gefährdungen einschließlich der Mitwirkung bei der Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren gehören jetzt mit zu den Aufgaben der Krankenkasse.

Bisher wurde zuwenig dafür getan, neue Erkenntnisse in der Medizin so rasch wie möglich in die Breitenversorgung umzusetzen.

Überdiagnostik und Übertherapie nützen dem Patienten nicht. Nicht die Gesundheit bedarf der Reform, sondern der Umgang der Menschen mit ihr.

(Louven [CDU/CSU]: Fragen Sie einmal, wer sie bezahlt!)

Unendlich viel wäre gewonnen, wenn es gelänge, durch gezielte Beratung die schädlichen Wirkungen von Nikotin, Alkohol, Medikamentenmißbrauch, Bewegungsmangel und Übergewichtigkeit in aktives Verhalten umzusetzen. Der Gesundheit wäre in hohem Maße gedient, den einzelnen koste es kein Geld, und den Krankenkassen würden enorme Summen erspart.

(Kirschner [SPD]: Ja, schafft einmal die Werbung ab!)

Dies gehört zur Eigenverantwortung. Gesundheitsreform beginnt mit **vernünftigem Leben. Umdenken der Versicherten** ist nötig, wir helfen dabei.

(Beifall bei der CDU/CSU — Frau Unruh [GRÜNE]: Helfen Sie den Ärzten!)

Zu den Aufgaben der Krankenkasse gehören auch in Zukunft Unterstützung und Zuschüsse an **Selbsthilfegruppen**, die im Satzungsrecht geregelt werden

können. Bei der Durchführung von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Krankheitsverhütung soll in Rahmenrichtlinien die enge Zusammenarbeit der Krankenkassen mit Kassenärzten, Gesundheitsämtern und mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gefördert werden. (C)

Zu den wichtigen Reformschritten in diesem Bereich der Prävention gehören auch Prophylaxemaßnahmen bei der **Verhütung von Zahnkrankheiten** vom Kindesalter an. Die Teilnahme an solchen Maßnahmen zahlt sich auch für den Patienten aus, wenn er einmal Zahnersatz benötigt, weil er dann einen Bonus zum Zuschuß erhält.

**Gesundheitsuntersuchungen** zur Früherkennung und frühzeitigen Behandlung der häufigsten **Volkskrankheiten** wie Herz-, Kreislauf-, Zucker- und Nierenkrankheiten sollen den Patienten bei seiner Eigenverantwortung für die eigene Gesundheit unterstützen.

Die ambulanten und stationären medizinischen Vorsorgeleistungen werden neu geregelt und erweitert. Gerade die frühe **Rehabilitation** kann chronischen Krankheiten vorbeugen und Siechtum verhindern. Deshalb gehört auch die Verbesserung der Rehabilitation zu unseren Reformzielen.

Einer der wichtigsten Reformschritte ist die Verbesserung der Leistungen bei der **häuslichen Pflege**. Dies ist ein Anliegen, das seit mehr als zehn Jahren verfolgt wird. Wir packen es endlich an. Gewiß ist dieser Schritt nur ein Teilaspekt bei der Gesamtlösung der großen Probleme der Pflegebedürftigkeit. Die häusliche Pflegehilfe wird aber die einzige Aufgabe bleiben, die die Krankenversicherung hier zu übernehmen hat. Ein umfassendes Gesamtkonzept unter Einbeziehung anderer Träger und anderer Finanzmittel wird erarbeitet. (D)

Auch für die **Versorgung der psychisch Kranken** werden in diesem Gesetz die Grundlagen verbessert.

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

— Nachlesen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Lachen bei der SPD — Kirschner [SPD]: Auf welcher Seite?)

Der vor wenigen Tagen übergebene Expertenbericht über die Ergebnisse der Modellversuche nach der Psychiatrie-Enquete wird nun in Bund, Ländern und Gemeinden ausgewertet.

(Abg. Urbaniak [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Hier werden später weitere Verbesserungen notwendig sein.

**Vizepräsident Frau Renger:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege?

**Dr. Becker** (Frankfurt) (CDU/CSU): Nein.

**Vizepräsident Frau Renger:** Tut mir leid. — Generell nein? Dann brauchen wir nicht immer wieder zu fragen.

(A) **Dr. Becker** (Frankfurt) (CDU/CSU): Generell, das hatte ich schon vorhin gesagt.

**Vizepräsident Frau Renger:** Das hört man hier so schlecht.

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Das ist eine aufklärende Rede, die muß im Zusammenhang vorgetragen werden!)

**Dr. Becker** (Frankfurt) (CDU/CSU): Dies ist eine Aufklärung, meine Damen und Herren, deshalb trage ich sie im Zusammenhang vor. An der Aufklärung hat es bisher am meisten gemangelt.

(Beifall bei der CDU/CSU und Abgeordneten der FDP)

Ein besonders wichtiger Reformschritt ist die **Einführung von Festbeträgen für Arznei-, Verband- und Hilfsmittel**. Wir sehen darin eine Steuermöglichkeit für mehr Wettbewerb und für die Senkung der Preise. Dabei haben wir Vorkehrungen getroffen, daß die Innovationsfähigkeit unserer pharmazeutischen Industrie erhalten bleibt, denn niemand will das Ende der Pharmaforschung in Deutschland. Aber niemand kann auch überhöhte Preise zu Lasten der Krankenkassen verlangen. Wo Festbeträge gebildet sind, entfallen für die Patienten in Zukunft die Zuzahlungen.

(Günther [CDU/CSU]: Das wird immer verschwiegen!)

Die verbleibenden Zuzahlungen werden durch **Härtefall- und Überforderungsklauseln** erheblich gedämpft. Eine Witwe mit 600 DM Renteneinkommen braucht bei Arzneimitteln, bei Massagen, bei Heilmitteln, bei Zahnersatz oder bei Fahrten nichts zuzuzahlen.

(B)

(Frau Unruh [GRÜNE]: Wie soll die von 600 DM etwas bezahlen?)

— Nur weiter zuhören! —

Auch die Witwe mit 1 000 DM Renteneinkommen bleibt zuzahlungsfrei, und auch bei 1 200 DM Renteneinkommen im Monat entfallen die Zuzahlungen in Zukunft.

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Das muß hier einmal ganz deutlich gesagt werden!)

Ich spreche dies hier so deutlich an, weil in der Bevölkerung, vor allem bei den Rentnern und auch bei den Geringverdienern, eine große Verunsicherung durch die Desinformationskampagne entstanden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch bei **Beziehern** mittlerer Einkommen werden, vor allem bei chronisch Kranken, die Belastungen durch die neue Überforderungsklausel gemindert. Sie legt fest, daß bei Arznei- und Heilmitteln sowie bei Fahrkosten alle Zuzahlungen, die über 2% des Einkommens bis zu 4 575 DM liegen, von der Krankenkasse übernommen werden. Dadurch werden sich vor allem chronisch Kranke besserstellen als nach geltendem Recht und geringere Zuzahlungen haben; denn bisher gibt es keine Obergrenzen bei den Zuzahlungen für Arzneimittel, Heilmittel und Fahrkosten.

(Zuruf von der SPD: Sie mit Ihren getürkten Beispielen!)

Auch nach den Vorstellungen der SPD bleibt es bei den alten Regeln der Zuzahlungen und damit bei höheren Belastungen für die chronisch Kranken.

(Zuruf von der SPD)

— Völlig d'accord, Herr Dreßler; Sie können es noch verbessern.

(Dreßler [SPD]: Keinen Rufmord hier!)

In unserem System gibt es große **Wirtschaftlichkeitsreserven**, die durch kostenbewußtes Verhalten bei Ärzten, Zahnärzten und Krankenhäusern und sonstigen Leistungserbringern zu mobilisieren sind. Dies soll durchgesetzt werden, auch durch mehr Wettbewerb. Im Vertragswege werden von der Selbstverwaltung Ärzte — Krankenkassen für verordnete Leistungen globale Vorschläge festgelegt. Bei ihrer Überschreitung folgen Wirtschaftlichkeitsprüfungen, bei nachgewiesener Unwirtschaftlichkeit Beratung und gegebenenfalls auch Regresse.

Um diese Wirtschaftlichkeitsprüfungen wirksam durchführen zu können, war eine größere **Transparenz** in dem System erforderlich. Hier wurden die ursprünglich vorgesehenen umfangreichen Datensammlungen in den Beratungen ganz erheblich beschnitten. Auf Versicherte bezogene Daten werden nur noch für die Stichprobenprüfung benötigt. Die Selbstverwaltung kann darüber hinaus Vereinbarungen für eine Reduzierung der Überprüfungszahlen und der Datensammlung treffen, wenn das angestrebte Ziel auf einfacherem Weg erreicht wird. Das sollten die Leistungserbringer einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im Gesetz sind jetzt neue Regelungen über das Sammeln von Daten, das Verarbeiten und die Löschung der Daten getroffen worden. Leistungskonten sind damit nicht möglich, und das Gerede vom „gläsernen Patienten“ ist zerplatzt.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Haben wir Gott sei Dank abwenden können!)

Auch die Kosten werden dadurch erheblich reduziert. Sie werden bei allen, d. h. bei Krankenkassen, Ärzten, Apotheken und den anderen Leistungserbringern, insgesamt bei ca. 200 Millionen DM liegen und nicht, wie behauptet, bei 2 Milliarden DM.

Auch der neue **medizinische Dienst** wurde von den Leistungserbringern oft als ein Monstrum aufgebaut. Er ist jetzt zu einem eigenständigen Beratungsdienst der Krankenkassen mit begrenzten Aufträgen unter Vorrang von Honorarkräften umgestaltet. Er wird kaum mehr kosten, als die Krankenkassen bisher schon dafür aufwenden mußten.

Meine Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen werden in ihren Reden auf weitere Einzelheiten des Gesundheitsreformgesetzes eingehen. Ich will jetzt auf die Alternativen der Opposition zu sprechen kommen.

Es lohnt sich kaum, bei den Vorschlägen der GRÜNEN länger zu verweilen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

(D)

**Dr. Becker** (Frankfurt)

- (A) Außer einem Streichungskonzert betreffend 135 Paragraphen und acht Artikel hatten ihre Vorschläge nur das Wegstreichen jeglicher Selbstbeteiligung, die besondere Förderung von Naturheilmitteln sowie die Streichung der Transparenzkapitel und des medizinischen Dienstes zum Inhalt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist doch klar!)

Sie sprachen im Ausschuß davon, Sie hätten sich nicht in der Lage gesehen, bessere Anträge vorzubereiten.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Die **Anträge der GRÜNEN** verfehlen das notwendige Stabilisierungsziel völlig.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Überhaupt nicht!)

Einsparungen gibt es keine. Die Abschaffung sämtlicher heute bereits geltender Selbstbeteiligungen führt zu Mehrausgaben für die Krankenkassen von rund 4 Milliarden DM.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

Die Einführung neuer und die Anhebung bestehender Leistungen bringen weitere 6 Milliarden DM Mehrausgaben,

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt doch gar nicht!)

von den 12 Milliarden DM für ein neues Pflegegesetz erst gar nicht zu reden. Beitragszahler und Steuerzahler werden damit enorm belastet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Die GRÜNEN können anscheinend sowieso nicht mit den eigenen Finanzen umgehen.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Besser rechnen als die CDU; da haben Sie recht!)

Man kann da nur rufen: Wehe dem Staat, der einmal in solche Hände fällt!

(Frau Unruh [GRÜNE]: Mein Gott, Sie sind ja total schwach! Das hätte ich nicht von dem Mann gedacht!)

Nach den **Vorschlägen der SPD-Fraktion** sollen zur Durchführung der Versorgung mit medizinischen Leistungen drittelparitätisch besetzte **regionale Gesundheitskonferenzen** gebildet werden, die je zu einem Drittel mit Vertretern der Krankenkassen, der Leistungserbringer und der Länder besetzt sein sollen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Gesundheitskonferenz stellt den Bedarf an Gesundheitsleistungen fest. Sie erstellt — wie könnte es bei Genossen anders sein? — einen Gesundheitsbedarfsplan

(Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: Saubere Planung! — Louven [CDU/CSU]: Mehr Staat!)

und legt die Zahl der Praxen, der Krankenhäuser und Krankenhausbetten sowie der weiteren Leistungserbringer bzw. Versorgungseinrichtungen bis hin zum letzten Gesundheitshandwerker fest. Hier werden **gesundheitspolitische Entscheidungen** einer **Proporzbürokratie** überantwortet und nachher über sie abge-

wickelt. Die medizinische Versorgungsstruktur wird dann durch die Interessenkonstellation der in der Gesundheitskonferenz vertretenen Gruppierungen bestimmt. Innerhalb dieser Gruppen bestehen aber unterschiedliche Interessenslagen. Der Entscheidungsprozeß würde in diesen Gremien durch vielfältige Sonderinteressen und taktische Koalitionen geprägt sein. Die Krankenkassen wären in den Gremien in einer Minderheitenposition, hätten jedoch die Kosten der medizinischen Versorgung in vollem Umfang zu tragen.

(Zuruf von der SPD: Heute haben sie gar nichts zu sagen!)

Es ist absehbar, daß die Interessen der Leistungserbringer und der Ländervertreter gemeinsam auf eine Ausweitung des Leistungsangebotes gerichtet sein werden. Dann ist es nicht mehr weit, bis die Krankenkassen in die Rolle von Melkkühen geraten. Die Auswirkungen auf die Ausgabenentwicklung wären unkalkulierbar.

(Zuruf von der CDU/CSU: Der Bankrott ist vorhersehbar!)

Auch bei der **Zulassung der Krankenhäuser** nach den Vorschlägen der SPD bestehen auf Grund der drittelparitätischen Zusammensetzung im Zulassungsgremium erhebliche Zweifel hinsichtlich der Erreichbarkeit einer notwendigen Begrenzung. Viel eher werden die Krankenkassen auch hier dem Diktat einer Mehrheit von Ländern und Leistungserbringern ausgeliefert.

Bei Arzneimitteln sollen nach den Vorstellungen der SPD die Krankenkassen-Spitzenverbände mit den Arzneimittelherstellern auf der Grundlage einer Positivliste die **Preise der Arzneimittel** vereinbaren.

(Beifall bei der SPD)

Dies bedeutet aber die Abschaffung eines Preiswettbewerbs auf der Ebene der Hersteller.

(Lachen bei der SPD — Zuruf von der SPD: Wieso denn?)

Dies ist aus ordnungspolitischen Gründen, aber auch wegen mangelnder Effektivität und Praktikabilität abzulehnen. Denn die Krankenkassen werden kaum über eine ausreichende Verhandlungsmacht verfügen, um Preissenkungen durchzusetzen. Hier werden die Instrumente der Koalitionsparteien, nämlich Festbeträge und wirksamere Wirtschaftlichkeitsprüfungen, viel eher zum Erfolg führen.

(Zuruf von der SPD: Vor allem bei den Kranken!)

Wer sich die finanziellen Auswirkungen der SPD-Anträge einmal ansieht, stellt fest, daß durch die Ablehnung von Leistungseinschränkungen und Zuzahlungen außer bei Bagatellarznei- und -hilfsmitteln mögliche Einsparungen von 4,5 Milliarden DM entfallen. Da die Festbeträge von der SPD abgelehnt werden, entfallen weitere 3 Milliarden DM.

Rechnet man die zusätzlichen Ausgaben für Pflegeleistungen, für den Pauschbetrag bei Entbindungen und für die Gleichstellung psychisch Kranker in einer Größenordnung von 2 Milliarden DM hinzu, so ergibt sich gegenüber den Vorschlägen der Koalition durch



**Dr. Becker** (Frankfurt)

(A) die **SPD-Anträge** eine **zusätzliche Gesamtbelastung** von über 9,5 Milliarden DM.

Neue Geldquellen sind also erforderlich. Daher will die SPD die Beitragsbemessungsgrenze und die Sozialversicherungsspflichtgrenze aufheben.

Meine Damen und Herren, mit solchen Vorschlägen läßt sich aber die gesetzliche Krankenversicherung nicht reformieren.

Wir sind überzeugt, daß unser Konzept besser ist, daß es der richtige Weg ist, um unser freiheitlich orientiertes und gegliedertes gesundheitliches Versorgungssystem zu verbessern und auf Dauer finanzierbar zu halten. Schon sprechen die Fachleute davon: Diese Reform ist besser als ihr Ruf.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —  
Lachen bei der SPD)

Das wird noch deutlicher werden, wenn die vielen Strukturveränderungen des GRG erst einmal bekannt sind und die Bürger am 2. Januar 1989 merken, daß sie bei Krankheit wie bisher eine gute, ausreichende und zweckmäßige Versorgung erhalten, ohne daß sie überfordert werden.

(Andres [SPD]: Ein böses Erwachen wird es geben!)

Meine Damen und Herren, zum Abschluß lassen Sie mich noch einiges hervorheben. Ohne einen Mann mit dem Mut, der Tatkraft und Aktivität, mit dem Beharrungs- und Durchsetzungsvermögen, wie es unser Arbeitsminister Norbert Blüm immer wieder gezeigt hat, wäre diese Reform nicht durchzusetzen gewesen.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Daher gilt ihm unser besonderer Dank.

Ein gleicher Dank gebührt auch den Beamtinnen und Beamten und Angestellten seines Ministeriums, allen voran dem Leiter der Abteilung Krankenversicherung, Karl Jung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Einen besonderen Dank will ich aber auch noch der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wie auch der Arbeitsgruppe „Sozialpolitik“ der FDP-Fraktion aussprechen, die in unermüdlichem Einsatz und hervorragender Zusammenarbeit das Reformwerk mit getragen haben.

Besten Dank für das Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Frau Renger:** Das Wort hat der Abgeordnete Dreßler.

**Dreßler** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute in zweiter und dritter Lesung ein Gesetzesvorhaben, das Bundesregierung und Koalitionsfraktionen zu den zentralen Aufgaben der Sozial- und Gesundheitspolitik dieser Wahlperiode des Deutschen Bundestages erklärt haben.

(Zurufe von der CDU/CSU: Das ist richtig! —  
Genauso ist es!)

(C) Mit Ihrem sogenannten Gesundheitsreformgesetz wollen Sie die Antworten auf die Probleme und Herausforderungen unseres Gesundheitswesens geben.

Für die SPD-Bundestagsfraktion stelle ich erstens fest: Ihr sogenanntes Gesundheitsreformgesetz geht an den eigentlichen Problemen des Gesundheitswesens vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle zweitens fest: Ihr Gesundheitsreformgesetz ist gesundheitspolitisch schädlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle drittens fest: Ihr sogenanntes Gesundheitsreformgesetz ist sozialpolitisch ein schwerwiegender Rückschritt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie lösen mit Ihrem Gesetz keines der wirklichen Probleme des Gesundheitswesens, Sie weichen diesen Problemen aus; denn wo sind Ihre Vorschläge, mit denen Sie die gravierenden und sozial ungerechten **Beitragsatzunterschiede** zwischen den **Krankenkassen** von bis zu 8% beseitigen? Wo sind sie?

(Kolb [CDU/CSU]: Woher kommen die? —  
Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Finanzausgleich!)

Wo sind Ihre Vorschläge zur Gleichstellung aller Versicherten, insbesondere zur **Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten**?

(Seehofer [CDU/CSU]: Wo waren Sie im Ausschuß?)

Wo, Herr Seehofer, sind Ihre Vorschläge zur **Neuordnung des unübersichtlichen Krankenversicherungssystems** mit fast 1 200 Krankenkassen?

(Seehofer [CDU/CSU]: Wo waren Sie die ganzen Wochen?)

Wo sind Ihre Vorschläge zur **Stärkung der Selbstverwaltung**, damit die Krankenkassen die Interessen der Versicherten besser gegenüber Ärzten, Zahnärzten und der Pharmaindustrie durchsetzen können? Wo sind Ihre Vorschläge zur Beseitigung von Überkapazitäten im Gesundheitswesen, zur **Neuordnung des Krankenhauswesens**, zur Neuordnung des Arzneimittelmarkts und der Arzneimittelpreisbildung?

(Kolb [CDU/CSU]: Fangen wir in Nordrhein-Westfalen an!)

Wo sind Ihre Vorschläge zur Neuordnung der Krankenhauspflegesätze, der ärztlichen und zahnärztlichen Honorierung?

Nichts, überall Fehlanzeige auf der ganzen Linie. Das ist das Faktum.

(Beifall bei der SPD)

Genau dies sind die eigentlichen Probleme des Gesundheitswesens. Dies sind die Fragen, die beantwortet werden müßten, um deren Beantwortung sich der Bundesarbeitsminister und die gesamte CDU/CSU-FDP-Koalition drücken.

Was machen Sie statt dessen, meine Damen und Herren? Sie unterlassen nicht nur die Beseitigung der

(D)

**Dreßler**

- (A) sozialen Ungerechtigkeiten, die durch die vielen Fehler und Mängel des Gesundheitswesens hervorgerufen werden; nein, Sie fügen den bestehenden Ungerechtigkeiten durch Ihr Gesetz neue Ungerechtigkeiten hinzu.

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie heute verabschieden wollen, ist keine Gesundheitsreform, sondern dies ist ein Gesetz zur **Zerstörung der sozialen Krankenversicherung**, meine Damen und Herren.

(Günther [CDU/CSU]: Das ist weit übertrieben!)

Sie werden den Rentnern und Alten die Krankenkassenbeiträge erhöhen und gleichzeitig den Gesunden Beiträge zurückerstatten. Sie wissen: Dies zerstört die Solidarität.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie werden für Zahnersatz und Kieferorthopädie die Kostenerstattung einführen, und Sie wissen: Dies zerstört das Sachleistungsprinzip.

(Beifall bei der SPD)

Nein, Sie wollen unser Gesundheitswesen und unsere Krankenversicherung nicht reformieren. Sie wollen ein ganz anderes Gesundheitswesen, eine andere Krankenversicherung. In der Krankenversicherung, die Sie wollen, werden Worte wie „sozial“ und „solidarisch“ zu Fremdwörtern. Sie wollen die Fundamente unserer sozialen Krankenversicherung untergraben.

- (B) (Louven [CDU/CSU]: Wem wollen Sie das einreden?)

Sie wollen eine Krankenversicherung, in der nicht mehr die Gesunden für die Kranken, sondern die Kranken zuallererst für sich selbst einstehen. Ihr Motto heißt für viele Kranke: Hilf dir selbst! — Das sind die Tatsachen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Unruh [GRÜNE] — Louven [CDU/CSU]: Wer soll Ihnen das denn glauben?)

Dies, meine Damen und Herren, ist zutiefst unchristlich, ja steht in krassem Widerspruch zu den Geboten der Mitmenschlichkeit und des Füreinander-Einstehens.

(Beifall bei der SPD)

Ihre sogenannte Gesundheitsreform schließt sich nahtlos an Ihre unsoziale Steuerreform an: Den Kleinen wird genommen, und den Großen wird gegeben. Das ist das Ergebnis.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie wollen im Gesundheitswesen sparen; 14 Milliarden DM, so sagen Sie. Wieso eigentlich 14 Milliarden DM? Warum nicht 20 Milliarden DM oder 7 Milliarden DM oder 15 Milliarden DM oder 9 Milliarden DM? Ist Ihnen eigentlich bewußt, daß Ihre 14 Milliarden DM eine völlig willkürlich gegriffene Zahl sind, die Sie mit der gleichen Berechtigung durch irgendeine andere Zahl ersetzen können? Willkürlich ein Einsparvolumen vorgeben, dann die politischen Maßnahmen auf die Erfüllung dieser willkürlichen Vor-

- gabe ausrichten — was hat dies mit rationaler, zielgerichteter oder gar gestaltender Gesundheitspolitik zu tun? — Gar nichts hat das damit zu tun! (C)

Dies alles wissen die Damen und Herren der Koalition, und das weiß natürlich auch der Arbeitsminister. Wenn Sie sich trotzdem nicht danach richten, wenn Sie bei Ihrer völlig **willkürlichen Sparoperation** bleiben, zeigt dies Ihr wahres Ziel: Sie wollen keine Strukturreform, Sie wollen abkassieren, den Patienten in die Tasche greifen. Das ist alles.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Kolb [CDU/CSU]: Und diejenigen, die Beiträge zahlen, interessieren Sie gar nicht?)

Weil Einsparungen das Ergebnis einer Reform sein können, aber nicht zu deren Voraussetzungen gehören, wird jede **Zahlenangabe über Sparvolumina** zum jetzigen Zeitpunkt blanke **Spekulation**.

(Dr. Thomae [FDP]: Bei Ihnen hört man keine Zahlen!)

Sie kann bestenfalls Hoffnung sein. Reden Sie also den Bürgerinnen und Bürgern nicht ein, Sie würden 14 Milliarden DM einsparen. Sagen Sie ihnen die Wahrheit: Sie hoffen, daß Sie 14 Milliarden DM einsparen werden. Ich sage Ihnen: Ihre Hoffnung wird Sie trügen. Ihre Rechnereien über vermeintliche Einsparungen sind abgrundtief unseriös.

(Louven [CDU/CSU]: Dann ist das Gesetz also nicht so schlimm, wie Sie es hinstellen!)

- Ruhig, meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu Ihren Fakten. (D)

Lassen Sie mich das beispielhaft erläutern. In Ihrer Einsparrechnung gibt es eine Position „Struktureffekte“, was immer das auch sein mag. Sie beziffern sie mit 3,6 Milliarden DM. Wie kommen Sie eigentlich auf diese Zahl? Wenn Sie behaupten, daß durch verschiedene Effekte, die sich aus dem Zusammenwirken der von Ihnen vorgesehenen Maßnahmen ergeben würden, Einsparungen von 3,6 Milliarden DM entstehen, was ist denn das anderes als Spekulation? Das sind doch Taschenspielertricks. Ihre 3,6 Milliarden DM sind nicht belegbar. Sie sind Luftbuchungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Unruh [GRÜNE] — Günther [CDU/CSU]: Fragen Sie einmal die Leistungsanbieter!)

Nun hat der Bundeskanzler am Dienstag in der Haushaltsdebatte gesagt, die SPD würde sich mit ihrer Kritik am sogenannten Gesundheits-Reformgesetz hinter den Interessenverbänden verstecken.

(Günther [CDU/CSU]: Arm in Arm!)

In welcher Welt lebt Herr Kohl eigentlich? Erkennen Sie nicht, daß der Widerstand gegen dieses Gesetzesmachwerk einhellig ist, von den Arbeitgeberverbänden, den Handwerksverbänden bis zu den Gewerkschaften, von den Sozialverbänden über Städte und Gemeinden bis zu Patienten und Versicherten?

(Zuruf von der FDP: Das beweist die Augengleichheit!)

**Dreßler**

- (A) Mit anderen Worten: Wir verstecken uns nicht. Wir haben ein eigenes Konzept vorgelegt, mit dem Sie sich überhaupt nicht sachlich auseinandersetzen wollen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Wir **Sozialdemokraten** fühlen uns nämlich den breiten Schichten der Bevölkerung eng verbunden. Und genau gegen diesen großen Teil der Bevölkerung, gegen Versicherte und Patienten, richtet sich Ihr Gesetz zuallererst.

(Beifall bei der SPD — Kolb [CDU/CSU]:  
Sprechen Sie einmal vom Beitragszahler!)

Wir verstecken uns nicht, meine Damen und Herren, wir tun unsere Pflicht, wenn wir den Stimmen dieser Bürgerinnen und Bürger hier im Deutschen Bundestag Ausdruck verleihen und Ihr unsoziales Gesetzesvorhaben bekämpfen. Was fällt Ihnen eigentlich ein, eine solche **bürgernahe Position** zu diffamieren? Was fällt Ihnen eigentlich ein?

(Beifall bei der SPD)

Wie kommen Sie eigentlich dazu, den **Protest der Bevölkerung**, den Protest der Versicherten und Patienten als **Lobbyismus** zu verunglimpfen? Was hat es eigentlich mit Lobbyismus zu tun, meine Damen und Herren, wenn sich eine Rentnerin mit 1 500 DM Rente im Monat dagegen wehrt, daß sie für ihre Zahnprothese statt 400 DM dank Ihres famosen Gesetzes zukünftig 1 000 DM zu zahlen hat?

- (B) (Beifall bei der SPD und den GRÜNEN —  
Günther [CDU/CSU]: Schon falsch! — Kolb  
[CDU/CSU]: Rechnen lernen! — Weiterer  
Zuruf von der CDU/CSU: Stimmt nicht!)

Ich will Ihnen sagen: Diese Frau wehrt sich dagegen, weil sie das nicht bezahlen kann, und sie wehrt sich zu Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden auch deshalb weiter am Thema bleiben.

(Feilcke [CDU/CSU]: Sagen Sie doch einmal die Wahrheit! Er sagt nicht die Wahrheit! —  
Frau Unruh [GRÜNE]: Das ist die Wahrheit!)

Wir werden weiter mit Ihnen über eine Gesundheitsreform streiten. Glauben Sie nicht, Verbalinjuren könnten vom Thema ablenken! Glauben Sie nicht, wir würden Ihnen auf den Leim kriechen, damit in dieser Republik nur noch über Ihre Vokabeln, aber nicht mehr über die Unanständigkeit in Ihrem Gesetz diskutiert wird! Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Unruh  
[GRÜNE])

Nun rufen die Damen und Herren laufend, ich sollte die **Wahrheit** sagen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Nur einmal die  
Wahrheit!)

Nun, meine Damen und Herren, wenden wir uns dem Kapitel Wahrheit zu: Der Bundeskanzler hat vor drei Tagen von diesem Pult aus erklärt,

(Zuruf von der CDU/CSU: Endlich Wahrheit!)

wir würden von A bis Z die Unwahrheit sagen. Beifall? — Kein Beifall, gut. — Nun schließen sich die Damen und Herren der Koalition dem an.

Nun kommen wir einmal zur angeblichen SPD-Unwahrheit. Ich frage: Ist es unwahr, daß den Patienten für die Erhöhung der Zuzahlung bei Zahnersatz 2,3 Milliarden DM abgenommen werden sollen? Ist das unwahr?

(Andres [SPD]: Nein!)

Ist es unwahr, daß für die Einschränkungen bei der Kieferorthopädie 200 Millionen DM abkassiert werden?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Ist es unwahr, daß bei den Einschränkungen bei Fahrtkosten 580 Millionen DM abkassiert werden?

(Zurufe von der SPD: Nein! — Dr. Friedmann  
[CDU/CSU]: Alles für die alten Menschen!)

Ist es unwahr, daß für die Kürzung des Sterbegeldes 910 Millionen DM abkassiert werden?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Sie kassieren ab für die Erhöhung der Zuzahlungen im Krankenhaus 270 Millionen DM. Ist das unwahr?

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN:  
Nein!)

Ist es unwahr, daß für die Kürzung des Kurzuschusses 165 Millionen DM abkassiert werden?

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN:  
Nein!)

Für den Leistungsausschluß bei sogenannten Bagatellarzneimitteln 300 Millionen DM! Für die Erhöhung der Ordnungsgebühr bei Heilmitteln 100 Millionen DM!

(Dr. Vogel [SPD]: Alles wahr!)

Für Leistungskürzungen bei Brillen und Kontaktlinsen 1,05 Milliarden DM!

(Zuruf von der SPD: Abkassieren!)

Für Leistungsbegrenzung bei Hörgeräten 170 Millionen DM!

(Dr. Vogel [SPD]: Schlimm genug!)

Für Leistungsausschluß von Bagatellhilfsmitteln 230 Millionen DM!

(Zuruf von der SPD: Abkassieren!)

Für Leistungsbegrenzung auf Festbeträge bei Arzneimitteln 1,95 Milliarden DM! Für Erhöhung der Rezeptgebühr bei Arzneimitteln zunächst 100 Millionen DM und ab 1992 mindestens das Zehnfache!

(Louven [CDU/CSU]: So kommt man auf  
14 Milliarden DM!)

**Dreßler**

- (A) Es wird eingesammelt, besser: abkassiert. Das sind die Tatsachen. Sie wollten die Wahrheit hören; ich habe Sie Ihnen serviert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nun bin ich mir ja darüber im klaren, daß die CDU/CSU-Abgeordneten bei den 24-Stunden-Schichten, die der Ausschuß hat fahren müssen, nicht mehr alle Drucksachen lesen konnten. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß die Zahlen, die ich gerade vorgetragen habe, in Ihren eigenen Drucksachen stehen — nur, damit Klarheit darüber besteht.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Auch auf unseren Flugblättern, die Sie so heftig kritisieren, stehen doch Ihre Zahlen. Was regen Sie sich also auf?

Herr Kollege Cronenberg, Sie möchten sicherlich eine Zwischenfrage stellen. Nachdem der Kollege Becker — ich nehme an, aus Hemmungen — keine zugelassen hat — durch eine Zwischenfrage könnte ja die Wahrheit bekanntwerden —, wollen wir beide uns jetzt der Wahrheit widmen. — Bitte.

**Cronenberg (Arnsberg) (FDP):** Ich glaube nicht, Herr Kollege Dreßler, daß die Unterstellung, die Sie gerade vornahmen, der Sachlichkeit der Debatte dient. Aber würden Sie die Güte haben, zuzugestehen, die von Ihnen eben aufgelisteten Einsparungen, die im wesentlichen, was die Positionen anbelangt, ja nicht falsch sind, niemandem anderen als dem Beitragszahler und dem Patienten in Form von weniger Beitrag, stabilisiertem Beitrag und neuen Leistungen zur Verfügung gestellt werden?

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU — Frau Nickels [GRÜNE]: Das stimmt nicht, Herr Cronenberg! — Zuruf von der SPD: Das ist die Unwahrheit!)

**Dreßler (SPD):** Herr Kollege Cronenberg, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu,

(Zuruf von der SPD: Das war die Unwahrheit!)

daß diese ganzen Summen, die ich hier genannt habe, und von denen Sie gerade gesagt haben, Sie seien zutreffend — es kann ja auch nicht anders sein, Sie stehen ja in Ihren Drucksachen —, den Patienten, den Versicherten und den Kranken ab dem 1. Januar 1989 abgenommen werden sollen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die kriegen sie wieder! — Louven [CDU/CSU]: Jetzt beantworten Sie doch bitte die Frage! — Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Herr Kollege Dreßler — —)

— Jetzt möchten Sie eine weitere Frage stellen?

**Cronenberg (Arnsberg) (FDP):** Lieber Herr Kollege Dreßler, ich habe es nicht nötig, eine weitere Frage zu stellen. Ich bitte eigentlich nur um die Beantwortung der ersten, die da lautete — um es in Ihre Erinnerung zurückzurufen —, ob die eingesparten Mittel außer den Beitragszahlern und Versicherten in Form von Beitragssenkungen oder in Form von neuen Leistungen jemandem anderen zur Verfügung gestellt werden!

**Dreßler (SPD):** Herr Kollege Cronenberg, ich hatte bereits in der ersten Lesung zu diesem Gesetzentwurf darauf hingewiesen — das ist nachzulesen im Protokoll —, daß zum erstenmal in der zweiten deutschen Republik, soweit ich sozialpolitisch zurückdenken kann, ein Arbeitsminister mit Unterstützung dieser beiden Fraktionen — der FDP gehören Sie selbst an — eine Sozialpolitik macht, die **Benachteiligten der Gesellschaft**, nämlich Kranken, Geld abnimmt und es anderen Benachteiligten gibt, daß es noch keinen Arbeitsminister in der Bundesrepublik gegeben hat, egal, ob er CDU- oder SPD-Mitglied war, der mit diesem Mechanismus — den bestätige ich Ihnen jetzt ausdrücklich — mit einer solchen Unverfrorenheit das Geld diesen Benachteiligten aus der Tasche gezogen hat. Das bestätige ich ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Zuruf von der CDU/CSU: Antworten!)

Damit kein Mißverständnis besteht — ich will das eben gern ausführen —: Wir werden Ihnen nicht durchgehen lassen, daß das Thema hier heute nachmittag sozusagen abgehakt wird. Hier in diesem Hause Leistungskürzungen und zusätzliche Selbstbeteiligungen von rund 9 Milliarden DM zu beschließen und den Patienten und Versicherten im Land weismachen zu wollen, es bleibe alles beim alten, das geht nicht, meine Damen und Herren, das geht wirklich nicht. — Bitte.

**Vizepräsident Frau Renger:** Herr Urbaniak.

**Urbaniak (SPD):** Herr Kollege Dreßler, da es um die Wahrheit geht: Können Sie mir bestätigen, daß die Zahlen, die Sie genannt haben, im Bericht auf Seite 138, 139 und 140 aufgeführt sind, und müssen wir nicht davon ausgehen, daß die Berichterstatter und der Vorsitzende des Ausschusses, der diesen Bericht unterzeichnet, Zahlen, die die Bundesregierung selber vorgelegt hat, wahrheitsgemäß wiedergeben?

(Louven [CDU/CSU]: Das ist doch schon bestätigt worden!)

**Dreßler (SPD):** Herr Kollege Urbaniak, ich gestehe Ihnen alles zu bis auf einen kleinen Punkt: Bei diesem Stapel von 1,78 m Unterlagen hatte ich die Seitenzahlen nicht mehr im Kopf. Ansonsten ist alles korrekt.

(Beifall bei der SPD)

Nun brüsten Sie sich mit Ihrer unsäglichen Sparoperation. Also stehen Sie auch dafür gerade, und hören Sie auf, bei den Bürgerinnen und Bürgern so zu tun, als wäre gar nichts geschehen und als würde sich gar nichts ändern!

Da wird gesagt: Stimmungsmache gegen die Regierung. Wenn ich das schon höre! Sie ernten mit den heftigen Protesten der Bürgerinnen und Bürger nur das, was Sie mit Ihrer Liste von Boshaftigkeiten in Ihrem Gesetz gesät haben.

Aber da wir gerade beim Thema „zutreffend oder „unzutreffend“ sind, noch ein Wort. Der Kollege Günther, sozialpolitischer Sprecher seiner Fraktion, hat in der vorigen Woche in einem Pressegespräch die Botschaft verkündet, im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung sei beschlossen worden, in Sachen **Zahner-**

**Dreßler**

(A) **satz** von der **Vorleistungspflicht des Patienten** Abstand zu nehmen.

(Zurufe von der SPD: Das ist die Unwahrheit!)

Der Patient brauche nun doch nicht, wie ursprünglich geplant, die gesamte Zahnarztrechnung vorzulegen. Ich stelle fest: Ein solcher Beschluß ist im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung nie gefaßt worden.

(Zuruf von der SPD: Leider wahr! — Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Das brauchen wir auch nicht! Das kann die Selbstverwaltung selbst bestimmen!)

Das Gesetz enthält keine — ich betone: keine — solche Bestimmung. Herr Kollege Günther, wie ist das denn nun mit der Unwahrheit?

(Günther [CDU/CSU]: Die Antwort kriegen Sie!)

Warum verschweigen Sie, daß im Sinne einer echten Rollenverteilung Ihr Koalitionspartner ausdrücklich darauf bestanden hat, daß im Ausschußbericht festgehalten wird, bei Zahnersatz werde die Kostenerstattung eingeführt? Also das genaue Gegenteil Ihrer Verlautbarung.

(Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Das widerspricht sich doch nicht!)

Jetzt versuchen Sie, den Bürgern einzureden, die Kostenerstattung, die Sie beschlossen haben, sei eigentlich gar keine. Wer sagt denn hier wohl die Unwahrheit? Wer streut denn hier den Bürgern Sand in die Augen?

(B) (Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Herr Dreßler, zu kurz gedacht!)

Wenn Sie nicht wollen, meine Damen und Herren von der CDU, daß der Patient beim Zahnarzt den gesamten Rechnungsbetrag vorlegt, dann schreiben Sie es doch in Ihr Gesetz. Sie haben es aber nicht hineingeschrieben, weil Sie es nämlich nicht wollen. Sie wollen, daß der Patient zahlen muß. So ist das nämlich.

(Beifall bei der SPD — Günther [CDU/CSU]: So ist es genau falsch!)

Ihre neueste Masche ist jetzt die Wiederbelebung des Gespenstes von der **Erblast**. Sie müßten das jetzt alles machen, so behaupten Sie, weil die sozialliberale Koalition, weil also die SPD und die Kolleginnen und Kollegen von der FDP,

(Louven [CDU/CSU]: Das ist das erste Richtige, was Sie jetzt sagen!)

mit denen Sie ja jetzt in einer Regierung sitzen, das während Ihrer Regierungszeit nicht gemacht habe. Welch ein Unsinn! Dank der erfolgreichen gesetzlichen Bemühungen der sozialliberalen Koalition in den Jahren 1977 und 1981

(Zurufe von der CDU/CSU)

— nun hören Sie genau zu — haben sich die Krankenversicherungsbeiträge in dieser Republik bis in das Jahr 1984, also bis weit in Ihre Regierungszeit hinein, bei 11,4 % stabilisiert. Die Gesetze, die das bewirkt haben, haben Sie samt und sonders abgelehnt. Wir haben die Stabilisierung der Krankenversicherung

Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre gegen Ihren erbitterten Widerstand durchsetzen müssen. (C)

Und was ist seit 1984? Von 1984 bis heute sind die Krankenversicherungsbeiträge von 11,4 % auf 13 % gestiegen. Das sind 1,6 % zu Ihrer Regierungszeit. Was ist daran eigentlich Erblast? Wenn es eine Erblast in der Krankenversicherung gibt, dann werden die Sozialdemokraten sie nach dem Regierungswechsel 1990 abzutragen haben. Diese Erblast werden nämlich Sie hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD — Kolb [CDU/CSU]: Ein Glück, daß Sie heute so reden! Dann wissen die Leute, was kommt! — Feilcke [CDU/CSU]: Es ist ja Karneval!)

Nun hat der Arbeitsminister wiederholt beredt Klage geführt, die in den letzten Monaten sprunghaft gestiegenen Ausgaben für Zahnersatz, für Brillen, Hörgeräte seien ein Akt der Plünderung der Krankenversicherung durch die Patienten. Ich nenne diese Äußerung, Herr Blüm, eine schnöde Verunglimpfung und weise sie auf das entschiedenste zurück.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Hier werden nämlich Ursache und Wirkung auf den Kopf gestellt. Richtig ist doch, daß erst der Arbeitsminister selbst mit seinem unsozialen Machwerk diesen **Ausgabenschub** verursacht hat. Die Patienten haben erkannt, was da an Belastungen auf sie zukommt, und wollen die Leistungen, die sie ohnehin benötigen, zu sozial erträglichen Bedingungen. Tun Sie also nicht so, als würden hier Zahnprothesen, als würden hier Hörgeräte, Rollstühle oder Massagen auf Vorrat verordnet! Wenn Sie, Herr Blüm, ein vernünftiges Gesetz vorgelegt hätten, gäbe es keinen Ausgabenschub. (D)

Im übrigen: Das, was jetzt an Mehrausgaben entsteht, sind doch die **Minderausgaben im nächsten Jahr**. Der Versicherte, der seinen Zahnersatz jetzt erhält, benötigt ihn nicht im nächsten Jahr. Wenn Sie also im nächsten Jahr Ihr unsoziales Gesetz feiern wollen, weil es angeblich Kosten begrenzt, werden wir Sie an die Ursachen erinnern; dies kündige ich Ihnen schon heute an.

Nun, meine Damen und Herren, ganz ohne Zweifel gehört das Thema **Entbürokratisierung** zu den Lieblingsthemen dieser Koalition. Das allerdings, was Sie unserem Land mit Ihrem sogenannten Gesundheits-Reformgesetz an Bürokratisierung zumuten, ist wirklich ein Alptraum. Die Versicherten werden sich zu Fachleuten im Krankenversicherungsrecht weiterbilden müssen, wenn sie alles das verstehen oder gar nachvollziehen wollen, was Sie ihnen mit Ihren Beschlüssen abverlangen.

(Jung [Lörrach] [CDU/CSU]: Das ist eine Beleidigung der Selbstverwaltung!)

— Nun paß mal auf, Kollege! — Nehmen wir einmal das Beispiel der Arzneimittelversorgung — wir kommen ja immer direkt den Wünschen der Herren nach und machen das an konkreten Beispielen fest —: Zukünftig wird es erstens Arzneimittel geben, die die

**Dreßler**

- (A) Krankenversicherung nicht bezahlt, die also der Patient voll selber tragen muß,

(Zuruf von der CDU/CSU: Das gibt es schon jetzt!)

zweitens Arzneimittel, die unter einen Festbetrag fallen, die also der Patient ohne Zuzahlung voll von der Krankenkasse erhält,

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist eine Verbesserung für ihn!)

drittens Arzneimittel, die mit einem Festbetragspräparat konkurrieren, bei denen also der Patient den Unterschiedsbetrag zwischen dem Festbetrag und dem Arzneimittelpreis selber tragen muß, viertens Arzneimittel, die nicht festbetragsfähig sind, bei denen also der Patient die Rezeptgebühr von 3 DM und später dann 15 % des Preises, höchstens 15 DM, zu tragen hat — vier verschiedene Erstattungsstufen nur bei Arzneimitteln!

(Louven [CDU/CSU]: Und damit soll die Selbstverwaltung nicht fertig werden?)

Selbst wir hier, die wir uns mit der Materie befaßt haben, tun uns doch schwer, die Unterschiede zwischen diesen vier **Erstattungsstufen bei Arzneimitteln** zu erkennen.

(Kolb [CDU/CSU]: Ja, Sie!)

Welcher Patient soll dies eigentlich später noch nachvollziehen können? Können Sie sich eigentlich vorstellen, was nach Inkrafttreten Ihres Gesetzes in den Apotheken los sein wird? Hat das alles nach Ihrer Auffassung etwas mit Entbürokratisierung zu tun? Haben Sie sich eigentlich einmal überlegt, wie Ihre Härtefallklausel, insbesondere Ihre Überforderungsklausel bei der Festlegung der Höhe der Selbstbeteiligung des einzelnen Patienten im Verwaltungsverfahren wirkt?

(B)

Ich will einmal ein Beispiel eines freiwillig Versicherten nennen, dessen Verdienst über der Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 4 500 DM liegt. Für ihn gilt nämlich die Überforderungsklausel: Er muß 4 % seines Einkommens im Jahr an **Selbstbeteiligungsleistungen** aufbringen.

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Bis zu 4 %!)

— Achtung!

Erstes Problem: Die Krankenkasse kennt das Jahreseinkommen des Versicherten nicht. Sie weiß nur, daß er monatlich über 4 500 DM verdient. Sie muß also in einem ersten Schritt durch einen Fragebogen beim Versicherten das Jahreseinkommen feststellen, und dies müssen alle anderen Krankenkassen bei Millionen von freiwillig Versicherten, die über der Beitragsbemessungsgrenze liegen, auch.

Zweites Problem: Die Krankenkasse muß die Leistungen des Versicherten im ablaufenden Jahr feststellen und die von ihm gezahlten Zuzahlungen ausrechnen, und das müssen alle anderen Krankenkassen bei Millionen von Versicherten auch.

(Feilcke [CDU/CSU]: Wenn Sie im Ausschuß gewesen wären, wüßten Sie es besser!)

Drittes Problem: Die Krankenkasse muß die Zuzahlungen auseinanderrechnen, und zwar in Zuzahlun-

gen, die auf die 4 % angerechnet werden, und Zuzahlungen, die nicht auf die 4 % angerechnet werden, wie etwa Zahnersatz oder Krankenhaus, und das müssen alle anderen Krankenkassen für Millionen freiwillig Versicherter auch. (C)

Viertes Problem: Die Krankenkasse muß für den Versicherten vergleichen, welche Zuzahlungen er nach der 4 %-Klausel hätte leisten müssen und wieviel Zuzahlungen er tatsächlich geleistet hat, und das müssen alle anderen Krankenkassen für Millionen von freiwillig Versicherten auch.

Fünftes Problem: Stellt die Krankenkasse beim Versicherten fest, daß er zuviel an Zuzahlungen geleistet hat, muß sie ihm den überschießenden Betrag zurückerstatten, und das müssen alle anderen Krankenkassen für die Millionen freiwillig Versicherten auch.

(Dr. Vogel [SPD]: Zuzahlungsrückerstattungsamt!)

— Sind Sie mitgekommen, meine Damen und Herren? —

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist die Entbürokratisierung, wie sie sich Konservative und diejenigen, die von sich behaupten, liberal zu sein, vorstellen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Mit anderen Worten, meine Damen und Herren: Wir begrüßen die Christlich-Bürokratische Union im Verbund mit der Freien Bürokratischen Partei.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

(D)

**Vizepräsident Frau Renger:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Matthäus-Maier? — Bitte.

**Frau Matthäus-Maier (SPD):** Herr Dreßler, kann ich Sie nach all dem, was Sie ausgeführt haben, so verstehen, daß wir in Zukunft neben dem Stoltenbergschen Quellensteueramt ein Blümsches Zuzahlungsrückerstattungsamt brauchen?

(Heiterkeit bei der SPD — Louven [CDU/CSU]: Ich sehe ihn zum erstenmal in seinem Leben lachen!)

**Dreßler (SPD):** Ja, das ist eine besonders gute Wortschöpfung. Wir sollten sie weiterempfehlen, damit auch jeder weiß, woran er ist.

Meine Damen und Herren, das, was ich Ihnen hier für einen freiwillig Krankenversicherten vorexerziert habe, gilt so oder etwas abgewandelt für alle anderen Versicherten, und das sind immerhin 39 Millionen in dieser Republik. Ich weiß nicht, ob die Krankenkassen in dem Zeitraum von Anfang Januar bis Ende März überhaupt noch zu etwas anderem kommen, als auszurechnen und Ihren bürokratischen Unfug nachzuvollziehen.

(Kolb [CDU/CSU]: Kennen Sie neue Techniken?)

Aber eines weiß ich mit Gewißheit: Das, was Sie den Krankenkassen hier an zusätzlicher Bürokratie abverlangen, hat mit ihren originären Aufgaben, nämlich

**Dreßler**

- (A) für ihre Versicherten da zu sein und ihnen bei Krankheit zur Seite zu stehen, nichts, aber überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich weiß noch eines: Wenn es Ihnen darum geht, die kleinen Leute zu piesacken, dann ist Ihnen keine bürokratische Hürde hoch genug. Wenn es Ihnen aber darum geht, den Großen zu mehr Geld zu verhelfen, dann kann es Ihnen nicht unbürokratisch genug zugehen. — Aber so sind die eben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Nun lassen Sie sich ja gerne als Erfinder und Verteidiger der **Marktwirtschaft** feiern. Das, was Sie auf dem Arzneimittelmarkt mit Ihrem sogenannten **Festbetragskonzept** derzeit anrichten, hat mit Marktwirtschaft nichts, aber überhaupt nichts zu tun. Was Sie dort praktizieren wollen, ist blanker **Interventionismus**; Herr Kolb, zum Mitschreiben: ein ungeeigneter staatlicher Eingriff in den Wirtschaftsablauf.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich das an einem Beispiel deutlich machen. Sie haben in Ihrem Gesetz vorgesehen, daß die Festbeträge für wirkstoffgleiche Arzneimittel bis zum 30. Juni des nächsten Jahres von der Selbstverwaltung festgelegt werden müssen. Die Betroffenen haben also ganze sechs Monate Zeit. Alle Betroffenen sagen Ihnen, das sei in sechs Monaten nicht zu schaffen.

- (B) (Zuruf von der CDU/CSU: Die sind ja schon fertig!)

Wenn diese Sechsmonatsfrist von der Selbstverwaltung nicht eingehalten wird, dann legt der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Festpreise fest. Das heißt, wir haben eine staatliche Preisfestsetzung, genauer gesagt: eine staatliche Festpreisfestsetzung.

Man stelle sich vor, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Diejenigen, die — wie Sie — das Wort Marktwirtschaft in ihre Sofakissen eingestickt haben,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Beifall bei der FDP)

landen in der Arzneimittelversorgung letztendlich bei einer staatlichen Preisfestsetzung. Das ist ja toll. Das Eindrucksvollste dabei ist: Sie werden dabei noch nicht einmal rot, Herr Cronenberg, sondern bezeichnen diese Art von Preisfestsetzung als marktwirtschaftliches Element. Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Sie haben nun in einem zweiten Schritt zur Gesundheitsreform angekündigt, die Fragen der **Organisationsreform der Krankenkassen** und die Fragen des **Krankenhauses** lösen zu wollen. Wir Sozialdemokraten haben Ihnen — ich möchte Sie daran erinnern — zu Beginn Ihrer Überlegungen zu dieser sogenannten Gesundheitsreform unsere Mitarbeit angeboten. Dieses Angebot bezog sich auf die gesamte Gesundheitsreform. Sie haben unser Angebot brüsk zurückgewiesen. Spekulieren Sie also nicht darauf, daß die SPD bei

dem von Ihnen geplanten zweiten Schritt ihr Angebot wiederholt! Dieses Angebot kommt nicht wieder. Sie haben den Weg alleine begonnen, obwohl es möglich war, ihn gemeinsam zu gehen. Jetzt müssen Sie ihn alleine zu Ende gehen.

(Louven [CDU/CSU]: Das werden wir tun!)

Die politische Verantwortlichkeit muß klar bleiben im Deutschen Bundestag.

Im übrigen, wie haben Ihnen unsere Vorschläge zur Organisations- und Krankenhausreform als Änderungsanträge zu Ihrem Gesetz vorgelegt. Sie haben sie abgelehnt. Sie liegen Ihnen heute wieder vor. Sie werden sie wieder ablehnen.

Zudem: Die Vorschläge, die Sie heute hier zum zweitenmal abschmettern, sind auch die Vorschläge der SPD-geführten Bundesländer. Ich sage dies nur für den Fall, daß Sie vergessen haben sollten, wo die Zuständigkeit im Krankenhausbereich liegt. Die Zahl der SPD-geführten Bundesländer wird sich weiter vermehren. Da können Sie so sicher sein, wie wir es schon sind.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Koalition ihr schlimmes Gesetz — ich nenne es nach wie vor „Abkassierungsmodell“ — heute mit ihrer Mehrheit durchgesetzt haben wird, sollte sie nicht darauf spekulieren, daß dann alles vergessen sein wird. Bedenken Sie, Ihre Liste der Gemeinden mögen Sie heute verabschieden, bedenken Sie aber auch, ab dem 1. Januar 1989 tritt sie in Kraft! Jeder Patient wird ab 1. Januar 1989 am eigenen Leib spüren, was Sie an sozialer Ungerechtigkeit angerichtet haben. Ab 1. Januar 1989 wird nicht mehr über soziale Ungerechtigkeit theoretisch geredet und gestritten, dann wird sie Tag für Tag ganz hautnah von vielen Bürgerinnen und Bürgern erlitten. Dies, meine Damen und Herren von der CDU/CSU und FDP, ist der Grund, warum wir Sozialdemokraten, die seit 125 Jahren für soziale Gerechtigkeit kämpfen, keine Ruhe geben werden.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

**Vizepräsident Frau Renger:** Jetzt hat der Herr Abgeordnete Cronenberg das Wort.

**Cronenberg (Arnsberg) (FDP):** Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Dreßler hat einiges Neue und einiges Richtige hier heute morgen gesagt. Bedauerlicherweise war das Neue nicht richtig und das Richtige nicht neu.

Wir legen Ihnen einen Katalog notwendiger Maßnahmen zu einem späten, aber, wie ich meine, nicht zu späten Zeitpunkt vor. Kollege Dreßler, unser Vorschlag ist meiner festen Überzeugung nach kein Rückschritt, sondern Fortschritt, der auf veränderte gesellschaftliche Strukturen, auf veränderte Bedürfnisse und veränderte Heilmöglichkeiten Rücksicht nimmt.

(Heyenn [SPD]: Das können wir doch am Zahnersatz beispielhaft zeigen!)

— Herr Kollege Heyenn, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie wenigstens den Versuch unternehmen wür-

**Cronenberg** (Arnsberg)

- (A) den, einem Teil zunächst mal zuzuhören, ehe Sie mit Ihren Zwischenrufen mich zu verunsichern versuchen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen mache ich kein Hehl daraus, daß ich froh bin, daß die Gesundheitsreform allen Unkenrufen und Protesten zum Trotz heute hier voraussichtlich verabschiedet wird.

Zunächst gilt mein Dank den Mitarbeitern des Ministeriums und Ausschusses und mein Respekt den Kollegen, die sich an der kontroversen Diskussion engagiert beteiligt haben. Ich möchte auch insbesondere meinem Kollegen Dr. Thomae und dem Mitarbeiter Baum, der sich in dieser Sache sehr engagiert betätigt hat, von hier aus meinen herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mein Dank gilt auch denjenigen Verbandsvertretern und unzähligen Bürgern, die mit sachlichen Beiträgen das Gesetz begleitet haben.

(Kolb [CDU/CSU]: Aber bewußt „sachlichen“!)

Ich verhehle aber nicht, daß es unzulässige Beeinflussungsversuche gegeben hat, und stelle mit großem Bedauern und großer Besorgnis fest, daß einige **Interessentenproteste** nicht nur geschmacklos waren, sondern die Grenze des Erträglichen nach meiner Bewertung bei weitem überschritten haben.

(B)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Mit AIDS Stimmung gegen die Reform zu machen, das finde ich nicht nur geschmacklos, dafür habe ich null Verständnis.

(Frau Steinhauer [SPD]: Aber die Akquisiteure der Privatversicherungen haben Sie vergessen!)

Interessenvertretung ist legitim. Anregungen, Kritik wie auch Wünsche der Betroffenen und von Verbänden können hilfreich sein. Sie sind für uns Abgeordnete — mit Verlaub gesagt, auch für mich — notwendiges Gegengewicht zur übermächtigen Ministerialbürokratie. Wenn aber Rat in Diffamierung, wenn Anregung in Beschimpfung umschlagen, wenn mit sachlicher Kritik Emotionen geschürt werden, wenn mit Unwahrheiten und Überziehungen Ängste geweckt werden, dann halte ich dies für nicht akzeptabel.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in der Sache auch feststellen, daß das Gesetz nach meiner Überzeugung gründlich vorbereitet worden ist und sich alle Beteiligten — hier schließe ich ausdrücklich die Opposition ein — intensiv mit der Problematik beschäftigt haben. Dabei verhehle ich nicht, daß dies für die in dem Bereich aktiv Tätigen eine fast unzumutbare Überbelastung gewesen ist. Aber ausdrücklich möchte ich den Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion für die letztlich gezeigte Kooperation in den Ausschußberatungen hier von dieser Stelle meinen Dank aussprechen. Dies gilt ganz besonders für

- die faire Verhandlungsführung des Ausschußvorsitzenden. (C)

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, worum geht es in diesem Gesundheits-Reformgesetz? Wir haben es mit kontinuierlich steigenden **Abgabenlasten** zu tun, wobei man feststellen muß, daß die Steuerlastquote konstant zwischen 23 und 25 % des Bruttosozialprodukts pendelt. Die Summe aller Sozialausgaben allerdings ist kontinuierlich auf 32 % des Bruttosozialprodukts gestiegen, wobei die beitragsfinanzierten vier Säulen unserer sozialen Sicherheit, Renten-, Arbeitslosenversicherung, Berufsgenossenschaft und eben die gesetzliche Krankenversicherung in ganz erheblichem Umfang zu diesem überproportionalen Anstieg beigetragen haben. Meine Damen und Herren, vom Bruttoverdienst des Arbeitnehmers bleibt nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen netto erschreckend wenig übrig. Ich empfehle auch den Kollegen der SPD, sich mal in die Lohnbuchhaltung der Betriebe zu begeben, um zu sehen, was die Leute verdient haben — dafür haben sie gearbeitet — und was sie ausgezahlt kriegen.

(Zuruf von der SPD: Wer hat gestern die Steuern erhöht?)

Und die steigenden Krankenversicherungsbeiträge haben zu dieser Entwicklung beachtlich beigetragen.

Unsere Aufgabe war es und ist es, Veränderungen in der **gesetzlichen Krankenversicherung** vorzunehmen, um einen überproportionalen **Anstieg der Beiträge** zu verhindern und die notwendigen Leistungen — und das war ebenso wichtig — für die Versicherten sicherzustellen. Es ist mit Recht vom Kollegen Dreßler darauf hingewiesen worden: Das sind 90 % unserer Bevölkerung. Mir, meine Damen und Herren, war von Anfang an klar, daß der Beifall der Beitragszahler spärlich, die Proteste derjenigen, ob Leistungserbringer oder Versicherte, die Opfer zu bringen haben würden, aber um so lauter sein würden. Wer also Beifall erwartet hat, meine Kolleginnen und Kollegen aus der Koalition, der hat sich gründlich geirrt, mit Verlaub zu sagen, dem möchte ich bescheinigen, daß er die Problematik überhaupt nicht begriffen hat.

(Günther [CDU/CSU]: So ist es!)

Die hohen **Sozialabgaben**: Immerhin werden — machen Sie sich das bewußt — bei einem Jahreseinkommen von 54 000 DM brutto 20 000 DM an Sozialversicherungsbeiträgen abgeführt. Diese hohen Sozialabgaben sind beschäftigungsfeindlich, verteuern den Faktor Arbeit, sind Gift für eine exportorientierte Wirtschaft. Und außerdem: Zu hohe Abgaben führen zu einer Taschengeldgesellschaft. Den Leuten wird ja weniger ausgezahlt, als ihnen weggenommen wird. Da ist nach unserem Verständnis unerträglich.

(Beifall bei der FDP)

Auch deswegen war und ist die Reform erforderlich.

Es gibt einen müßigen Streit. Die einen sagen: reine Kostendämpfung — haben wir eben wieder gehört —, die anderen sagen: echte Strukturreform. Natürlich ist das Ziel möglichst große Beitragsstabilität bei Wah-

(D)



**Cronenberg** (Arnsberg)

- (A) rung aller notwendigen Leistungen. Dabei bedienen wir uns selbstverständlich auch reiner **Kostendämpfungsmaßnahmen**. Ich will gar nicht darum herumreden. Wer wollte denn bestreiten, daß die Beschränkungen auf das Notwendige beim Zahnersatz, beim Sterbegeld, bei der Bagatellmedizin, bei den Fahrtkosten klassische Kostendämpfungsmaßnahmen sind? Niemand bestreitet, daß die Zuzahlungen z. B. im Krankenhaus die Ausgaben der Krankenkassen entlasten sollen. Alles andere ist dummes Gerede.

Aber, meine Damen und Herren, kann denn eigentlich mit Anspruch auf Seriosität irgend jemand bestreiten, daß die Einführung der Prävention, der Vorsorgeuntersuchungen, die Bonusregelung und Kostenerstattung bei Zahnersatz und Kieferorthopädie, die steuernden prozentualen Zuzahlungen, die viel diskutierten Festbeträge und Festzuschüsse, die ich gleich, Herr Kollege Dreßler, da Sie das im Gegensatz zu anderen nicht begriffen haben, noch erläutern werde, die Teilarbeitsfähigkeit, die Rückvergütungsmöglichkeiten, die zusätzliche Transparenz, die Förderung der häuslichen Pflege zur Entlastung des Krankenhauses, die Einführung der Versicherungspflichtgrenze für Arbeiter **strukturelle Veränderungen** sind?

(Beifall bei der FDP)

Man mag das ja ablehnen oder begrüßen, aber man kann doch nicht bestreiten, daß das strukturelle Veränderungen sind.

Es wird wohl niemanden überraschen, so hoffe ich, daß ich die Realisierung oder Teilrealisierung von liberalen Forderungen wie Kostenerstattung, wie mehr Wettbewerb, wie mehr Selbstbeteiligung als beachtlichen Erfolg unserer Politik bewerte.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die **Neubestimmung der Aufgaben der gesetzlichen Krankenversicherung** ist ein Kernpunkt dieser Reform. Das Eintreten der Solidargemeinschaft wird in Zukunft dort beginnen, wo der einzelne überfordert wäre. Diese Grenze ist heute anders als vor fünfzig Jahren. Selbstverständlich müssen dabei soziale Härten ausgeschlossen werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Westphal)

Dafür sind ja auch Härtefallregelungen vorgesehen, übrigens bessere als bisher. Kollege Becker hat mit Recht darauf hingewiesen. Meine Damen und Herren, wer dies verschweigt, sagt nur die halbe Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Und wer die halbe Wahrheit sagt, sagt auch manchmal die Unwahrheit.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine Feststellung treffen. Mit Genugtuung haben wir vermerkt, daß in diesem Zusammenhang ein bestimmter Ausdruck des Bundeskanzlers mit Bedauern zurückgenommen wurde. Entsprechend dem Wunsch meines Kollegen, des Herrn Vizepräsidenten Westphal, von gestern möchte ich hier im Bundestag diesen Ausdruck auch nicht verwenden und auch nicht mehr verwendet sehen.

Meine Damen und Herren, die Verunsicherung der **chronisch Kranken** zum Beispiel beruht im wesentli-

chen auf Halbwahrheiten. Wir haben für die Zuzahlung bei Arzneimitteln, Heilmitteln und Fahrtkosten eine vom Einkommen abhängige **Zuzahlungsobergrenze** festgelegt. Das heißt konkret, daß bei einem Monatsverdienst von 2 200 DM brutto im äußersten Fall zu Arzneimitteln, Heilmitteln und Fahrtkosten 40 DM zugezahlt werden. Selbstverständlich sind Sozialhilfempfänger, Arbeitslosenhilfeempfänger, Personen mit Einkommen unter 1 260 DM wie auch Kinder von den Zuzahlungen ausgenommen worden.

(C)

Wir wollen 13 bis 14 Milliarden DM, 10% der gesamten GKV-Ausgaben, für **Beitragssenkungen**, Kollege Dreßler, und für **neue Leistungen**, also ausschließlich im Interesse der Versicherten und für niemanden anders, zusammenholen.

(von der Wiesche [SPD]: Für die neuen Leistungen ist die gesamte Gesellschaft zuständig!)

Ausschließlich die Versicherten haben Vorteile von diesen neuen Leistungen und von den niedrigeren Beiträgen. Niemand anders profitiert davon. Proteste der Leistungserbringer dürften auch für Sie ein hinreichender Beweis für die Richtigkeit dieser These sein.

(von der Wiesche [SPD]: Nein!)

Ob die Rechnung letztlich aufgeht, hängt davon ab, ob die Selbstverwaltung mit den neuen Instrumenten, insbesondere mit den Festbeträgen und Festzuschüssen, fertig wird. Der Vorrang der **Selbstverwaltung** war, ist und bleibt für uns eine Selbstverständlichkeit.

(D)

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei allem Respekt vor der Phantasie intelligenter, aber gelegentlich regelwütiger Beamter: Mein Vertrauen in die Selbstverwaltung ist weitaus größer als ins ganze BMA.

(Beifall bei der FDP — Dreßler [SPD]: Das haben wir jetzt im Protokoll stehen! Das war eine wichtige Aussage!)

Deswegen hat die FDP so großen Wert darauf gelegt, daß dort, wo die Selbstverwaltung die Angelegenheiten besser regeln kann, auf die ursprünglich vorgesehenen Rechtsverordnungen verzichtet wurde, z. B.: Bewertung zahnärztlicher und zahn technischer Leistungen, Arzneimittelverträge, Wirtschaftlichkeitsprüfung, Datenerfassung. Konsequenterweise haben wir eine gesetzliche Deckelung der Beiträge, Norbert Blüm, weil systemfremd und ordnungspolitisch bedenklich, abgelehnt. Ganz nebenbei, lieber Norbert Blüm: Mein Vertrauen in die Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen ist so groß, daß ich noch nicht einmal eine Notwendigkeit dafür gesehen habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unverantwortlich wäre, alles beim alten zu belassen und in der Bevölkerung die Illusion zu nähren, daß **Totalversorgung** vom Heftpflaster über Augenklappen bis zur

**Cronenberg** (Arnsberg)

- (A) Herzoperation weiterhin uneingeschränkt von den Kassen bezahlt werden kann.

(Kolb [CDU/CSU]: Vollkasko mentalität! — Egert [SPD]: Sie laufen mit zwei Augenklappen rum!)

Ich habe nichts gegen Heftpflaster oder Augenklappen. Allerdings sind die Abrechnungskosten dafür manchmal höher als die Produkte selber.

Das führt letztendlich zum Kollaps eines Systems. Und der Kollaps, meine Damen und Herren, ist der Beginn der bürokratisch gesteuerten **Zuteilungsmedizin mit zentralen Planungsinstanzen**.

(Fuchtel [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die Opposition nennt das vornehm „Gesundheitskonferenz“, was aber nichts anderes als die totale Verplanung unseres Gesundheitswesens ist, lieber Rudolf Dreßler,

(Zuruf von der SPD — Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Nicht mit uns!)

indem der Staat sogar vorgibt, welche Medikamente verschrieben werden dürfen. Auch das umschreibt man dann vornehm als Positivliste. Das heißt mit anderen Worten: Ein Großteil der Medikamente kann von der Kasse nicht mehr bezahlt werden, kann nicht mehr verordnet werden. Das ist eine Einschränkung der Therapiefreiheit.

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Nicht mit uns!)

- (B) Das ist kein Horrorgemälde. Sie können das alles im Ausschußbericht im Detail nachlesen. Und das ist nachlesenswert.

Dabei, Frau Wilms-Kegel, muß ich Ihnen sagen, interessiert mich relativ wenig, wer der Urheber der ganzen Geschichte ist. Da gibt es ja offensichtlich einen Streit zwischen den GRÜNEN und der SPD. Aber ich empfehle mit allem Nachdruck jenen Verbandsvertretern, die gemeinsam mit GRÜNEN und SPD diese Gesetzesvorlage bekämpfen, sich die Alternativen ihrer neuen Bündnispartner in aller Ruhe anzusehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Kolb [CDU/CSU]: Da gibt es viele Pferdefüße!)

Wir Liberalen haben Angriffe auf die **freiheitliche Ordnung unseres Gesundheitssystems** auch zu sozial-liberalen Zeiten, seinerzeit unter Führung meines Lehrmeisters Hannsheinrich Schmidt (Kempton) mit Erfolg abgewehrt. In konsequenter Verfolgung dieser Linie haben wir selbstverständlich auch bei den Beratungen dieses Gesetzes darauf geachtet, daß freiheitliche Strukturen nicht beeinträchtigt, sondern wo immer möglich ausgebaut werden.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich an dieser Stelle, mein lieber Rudolf Dreßler, in aller Ruhe und Zurückhaltung folgendes feststellen. Die Verhaltensweisen der damaligen Opposition gegen unsere Maßnahmen unterscheiden sich bestenfalls graduell von den Verhaltensweisen

der derzeitigen Opposition. Deswegen nehme ich beides nicht so fürchterlich ernst. (C)

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Mit Recht!)

Wir vertrauen auf **marktwirtschaftliche Steuerungselemente**, auf **ökonomische Anreize** und auf das **Verantwortungsbewußtsein** aller Beteiligten. Uns sind freiberuflich niedergelassene, eigenverantwortlich tätige Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Masseure, Krankengymnastinnen und eigenverantwortlich arbeitende Optiker, Zahntechniker und Orthopäden dreimal lieber als eingesetzte Vollzieher eines wie auch immer ausgestalteten Bedarfsplans. Ich bin davon überzeugt, daß ein im SPD-Bedarfsplan vorgesehener quasi beamteter, einkommens- und leistungs-gedeckelter, in seiner Therapiefreiheit eingeschränkter Arzt ein uneffektiver, ein teurer und ein demotivierter Arzt ist.

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Genau!)

Wer unseren engagierten Einsatz für freiheitliche Strukturen als Lobbyismus für bestimmte Berufsgruppen diffamiert, tut uns bitter, bitter unrecht.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind überzeugt, daß möglichst **freiheitliche Strukturen** effektiver, preiswerter und humaner sind als ein mehr oder weniger **verstaatlichtes Gesundheitssystem**. An Negativvorbildern in dieser Welt fehlt es nicht. Ich empfehle allen, den nächsten Osterurlaub — Weihnachten ist dafür zu schade — zu opfern, um sich die Lage in England anzusehen. Sie kommen kuriert wieder.

(Reimann [SPD]: Das macht es bei uns nicht besser!) (D)

Lassen Sie mich nun zu einzelnen besonders umstrittenen Maßnahmen Stellung nehmen.

Es ist, wie gesagt, das Ziel unserer Bemühungen, notwendige Leistungen sicherzustellen und die Beitragszahler zu entlasten. Dagegen kann ja niemand etwas haben.

In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Dreßler, sind Medikamente, Hilfsmittel, Brillen und Hörgeräte von großer Bedeutung. Es versteht sich für einen Liberalen von selbst, daß dabei ein vielfältiges Angebot wichtig ist, und es ist ganz selbstverständlich, daß auch hier möglichst viel Preiswettbewerb herrschen sollte. Wir haben versucht, eine Methode zu finden, wo die mit Pflichtbeiträgen finanzierten Ausgaben für Medikamente, Hilfsmittel, Hörgeräte und Brillen so organisiert werden, daß nicht mehr bezahlt werden muß, als notwendig ist. Deswegen halte ich persönlich **Festbeträge und Festzuschüsse** für ordnungspolitisch vernünftig, weil wettbewerbsfördernd, und für effektiv, weil Überzahlungen ausgeschlossen werden.

Insoweit nehme ich den Spruch von dem Sofakissen nicht übel, sondern werde dies zur Veranlassung nehmen, mir ein solches machen zu lassen.

(Kolb [CDU/CSU]: Als Markenzeichen!)

Bei vergleichbaren Medikamenten wird die Zahlungsverpflichtung der Kassen auf das qualitative Gleichwertige und Preisgünstige begrenzt. Kollege Dreßler, das ist vernünftig. Das ist marktwirtschaft-

**Cronenberg** (Arnsberg)

- (A) lich. Die Preisbildungsautonomie der Hersteller – Kollege Dreßler, ich bitte, zuzuhören – wird dadurch überhaupt nicht berührt.

(Frau Wilms-Kegel [GRÜNE]: Leider nein!)

Wenn jemand mehr als sein Konkurrent verlangt, hat der Käufer das Mehr zu bezahlen. Für mich ist es selbstverständlich, daß Festbeträge nur bei vergleichbaren Therapiemöglichkeiten gebildet werden können. Es war nicht einfach, das genau zu definieren. Aber ich hoffe und meine, wir sind zu einer vernünftigen Lösung gekommen.

Dabei war es für die FDP selbstverständlich, daß bei wirkstoffgleichen Medikamenten die **Bioverfügbarkeit** berücksichtigt werden muß, wenn dies für die Therapie von Bedeutung ist.

(Beifall bei der FDP)

Es war und ist für uns selbstverständlich, daß die **Arzneimittelforschung** angemessen berücksichtigt werden muß. Wir wünschen uns eine innovative, forschungsintensive und erfolgreiche Arzneimittelindustrie.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Zink [CDU/CSU])

Wir wissen, daß die effektiven Patentnutzungszeiten durch lange Erprobungszeiten, aber auch durch allzu lange Zulassungszeiten stark verkürzt werden. Deswegen war es für uns selbstverständlich und notwendig, daß die **Festbeträge** bei wirkstoffgleichen Arzneimitteln erst **drei Jahre nach Ablauf des Patents** gebildet werden können – ein Zeitraum, in dem sich Wettbewerb auch bilden kann.

(B)

Und es war für uns selbstverständlich, **patentgeschützte Arzneimittel** aus der Festbetragsregelung bei Gruppe 2 und 3 herauszunehmen, aber auch nur dann, wenn sie neue Wirkungsweisen haben oder wenn sie neue therapeutische Möglichkeiten eröffnen, also Indikationspatente sind, oder aber auch, wenn sie weniger Nebenwirkungen haben. Solche Arzneimittel sind, weil sie nicht vergleichbar sind, für Festbeträge eben nicht geeignet.

Meine Damen und Herren, nun gibt es unter den Fachleuten einen großen Streit, ob 40, 50, 60 oder 70 % der Medikamente festzuschußfähig sind. Ich kann das mit letzter Sicherheit, ehrlich gesagt, auch nicht beurteilen.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Aber eines weiß ich: Je geringer der Anteil der Medikamente ist, für die Festbeträge gebildet werden können, um so notwendiger ist es, die **Selbstbeteiligung** einzuführen.

(Dr. Thomae [FDP]: Sehr richtig!)

Deswegen war es für uns unverzichtbar, ab 1992 eine sozial verträgliche Selbstbeteiligung von 15 % mit einer Obergrenze von 15 DM einzuführen. Eine prozentuale Zuzahlung fördert den sparsamen Umgang und wird ebenfalls Wettbewerbsdruck auf die Arzneimittelhersteller ausüben. Das ist, wie die Kollegen von der SPD wissen, ja ein Uraltanliegen von mir, das wir nun endlich – wenn auch in zu bescheidenem Maß – durchsetzen können.

Meine Damen und Herren, noch etwas: Wer behauptet, die **Pharmaindustrie** wird geschont, irrt gewaltig. Das marktwirtschaftliche Instrument der Festbeträge wird einen ganz erheblichen Beitrag zur Stabilisierung unseres Gesundheitssystems leisten. Dabei stimmt manches Horrorgemälde, das die Industrie uns vorlegt, nicht. Aber der von uns eingeschlagene, ordnungspolitisch saubere – weil wettbewerbsfördernde – Weg ist sicher bedeutsamer, wichtiger und aus meiner Bewertung auch richtiger als Preisstopp mit Zwangspreissenkungen, die vornehm mit Solidarbeitrag umschrieben werden.

(C)

Durch die Festbeträge – auch das wird nicht geleugnet – werden die **Apotheker** ebenfalls betroffen. Deshalb habe ich Rabatterhöhungen, Veränderungen des Kalkulationssystems und andere Spitzfindigkeiten abgelehnt,

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Gott sei Dank!)

weil das ein die flächendeckende Arzneimittelversorgung gefährdendes Sonderopfer eines Berufsstandes gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, in unserem Gesundheitssystem weiß im Grunde genommen niemand so richtig, was Heilen kostet.

(Kolb [CDU/CSU]: Ja!)

Unter dem Motto „Die anonyme Kasse zahlt“ geht das Gefühl für den sparsamen Umgang verständlicherweise verloren. Ich verkenne nicht gewisse Vorteile des **Sachleistungssystems**, aber es hat auch entscheidende Nachteile. Die Liberalen setzen sich deswegen schon lange für Kostenerstattung ein.

(D)

(Heyenn [SPD]: Dabei kann man besser kassieren!)

Deswegen wird mir wohl niemand verübeln, Herr Kollege Heyenn, daß die Einführung des **Kostenerstattungssystems** bei Zahnersatz und Kieferorthopädie von mir begrüßt, ja, als Erfolg unserer jahrelangen Bemühungen bewertet wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir hoffen, verehrte Kollegen von der SPD, daß dieser erste, aber entscheidende Schritt die Kritiker so überzeugen wird, daß die Erweiterung auf andere Bereiche in Zukunft keine allzu großen Schwierigkeiten auslösen wird.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, auch auf die Gefahr hin, erneut als Lobbyist für Zahnärzte beschimpft zu werden: Ich rechne es den Zahnärzten hoch an, daß sie in dieser Frage ihre Haltung, obwohl ihren Interessen widersprechend, nicht aufgegeben haben.

Es war nicht leicht, die Grenzen zwischen notwendiger Transparenz und unzulässiger Datenschnüffelei zu ziehen. Nach langen und ausführlichen Diskussionen auch mit dem Datenschutzbeauftragten ist jetzt ein akzeptabler Kompromiß gefunden worden. Der Bundesdatenschutzbeauftragte hat den überarbeiteten Vorschriften zugestimmt.

Für alle diejenigen, die es noch immer nicht glauben oder bewußt nicht wahrhaben wollen, sei es noch

**Cronenberg** (Arnsberg)

- (A) einmal klar und deutlich gesagt: Es wird keine Zusammenführung aller ärztlichen Leistungsdaten mit allen veranlaßten Leistungen auf den Versichertenkonten geben. Die ärztliche Schweigepflicht bleibt uneingeschränkt gewahrt. Nur im Falle des Stichprobenprüfverfahrens, also nur für 2 % der Ärzte, werden ärztliche Leistungen und veranlaßte Leistungen überhaupt zusammengebracht. Selbst dabei wird die Diagnose den Kassen selbstverständlich nicht übermittelt, und das Ganze wird sofort nach der Prüfung gelöscht.

Mit diesem Ergebnis sind wesentliche Forderungen, die wir Freien Demokraten von Anfang an in die Diskussion eingebracht haben, erfüllt worden. Wir danken uns dafür beim Koalitionspartner. Wir hätten uns aber die ganze Diskussion ersparen können, wenn wir alle Leistungen auf Kostenerstattung umgestellt hätten. Das wäre wirkliche Transparenz, und **Datenschutzprobleme** hätten wir auch nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wegen der Kürze der Zeit kann ich auf die Probleme ambulante Versorgung, Wirtschaftlichkeitsprüfungen, Zahnersatz, Organisationsreform, Pflege und Krankenhaus nicht eingehen. Das wird mein Kollege Dr. Thomae gleich im zweiten Durchgang machen.

Wir legen Ihnen heute ein Reformkonzept vor, mit dem nicht alle Probleme des Gesundheitswesens gelöst werden. Mit dem, was wir Ihnen heute vorlegen, kommen wir aber beachtliche Schritte in die richtige Richtung weiter, und zwar mit ordnungspolitisch sauberen Instrumenten. Die Grundlagen unseres **freiheitlichen Gesundheitssystems** werden uneingeschränkt erhalten. Die freie Arztwahl ist und bleibt die einzige vernünftige, nicht der Staat bestimmt, zu welchem Arzt ich gehe. Der Arzt bleibt Freiberufler. Die Therapiefreiheit bleibt erhalten. Es wird niemandem vorgeschrieben, zu welchem Optiker, zu welchem Masseur oder zu welchem Akustiker er zu gehen hat oder gehen soll.

Meine Damen und Herren, zum Schluß möchte ich mit dem Unsinn aufräumen, der immer erzählt wird und offensichtlich in der politischen Auseinandersetzung eine gewisse Resonanz findet: Hier die Leistungserbringer, dort die Beitragszahler. Hier wird so viel gebracht, dort wird so viel gebracht. Der wird so viel in Anspruch genommen etc.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole es; folgendes ist richtig: Die **Auswirkungen** erstrecken sich quer durch die Bank auf alle.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Einbußen der Leistungserbringer und das, was wir den Versicherten unbestritten zumuten, kommt, Herr Kollege Dreßler, nur einem zugute: dem **Beitragszahler** und dem **Patienten**; niemandem anders.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es geht bei dieser Reform auch um eine **gesellschaftspolitische Weichenstellung**.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Aha!)

Es geht um die Anpassung eines wichtigen sozialen Sicherungssystems, Frau Kollegin Fuchs, an die **veränderten Bedingungen unserer Gesellschaft**.

(Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Falsche Richtung!)

Heute werden in der gesetzlichen Krankenversicherung Risiken von der Solidargemeinschaft abgedeckt, die in einer Wohlstandsgesellschaft ohne weiteres dem einzelnen übertragen werden können.

(Widerspruch bei der SPD)

Vieles, allzu Vieles ist zum bequemen Besitzstand geworden.

Kein Solidarsystem, meine Damen und Herren, kann funktionieren, wenn Eigennutz und Gemeinnutz auseinanderlaufen, wenn nur **Solidarität** gefordert wird, **Selbsthilfe, Eigenverantwortlichkeit und Subsidiarität** aber überhaupt nicht stattfinden. Das ist gefährlich; das ist falsch. Sozialpolitik, die den einzelnen aus seiner persönlichen Verantwortung entläßt, geht zu Lasten der Freiheit, sowohl zu Lasten der Freiheit des einzelnen wie der Gesellschaft. Mit dieser Gesundheitsreform wird dieser Entwicklung entgegen gewirkt.

Dieses Reformgesetz wird unseren liberalen Grundsätzen in wesentlichen Teilen gerecht — bei allem Verständnis für die Kritik in diesem oder jenem Detail, die auch ich habe. Meine Damen und Herren, wer sich den Blick für das Wesentliche erhalten hat, wer Notwendiges von Nichtnotwendigem zu trennen weiß, wer mehr Vertrauen in die Selbstverwaltung als in staatliche Bürokratie hat, wer eine hervorragende medizinische Versorgung sicherstellen will, wer ein **freiheitliches Gesundheitssystem** erhalten will, der wird zu diesem Gesetz ja sagen können.

Meine Damen und Herren, wer ja sagt — davon bin ich überzeugt — wird seiner Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, gegenüber den Patienten und den Versicherten und gegenüber den Beitragszahlern, aber auch gegenüber den Heilberufen gerecht. Sie können, meine Damen und Herren, dieses Gesetz ruhigen Gewissens annehmen, ihm zustimmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zurufe von der SPD: Nein! — Kolb [CDU/CSU]: Die besten Vorschläge nützen nichts!)

Dies empfehle ich der Opposition auch. Ich bin sogar überzeugt, Herr Dr. Vogel, sollten Sie einmal wieder Regierungsverantwortung übernehmen, werden Sie den größten Teil der in diesem Gesetz vorgenommenen Maßnahmen ebenso pfleglich behandeln wie die Kollegen von der Union heute unsere gemeinsame Ostpolitik.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Wilms-Kegel.

**Frau Wilms-Kegel** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Sie, Herr Blüm, auch im Namen vieler Bürgerinnen und Bürger darum bitten, die Debatte um Ihr Gesundheitsruinge-

**Frau Wilms-Kegel**

(A) setz und die damit verbundene Diskussion heute einmal nicht in eine Karnevalsbüttendrede umzumünzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es würde Ihre Achtung vor den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, wenn Sie heute der Bevölkerung endlich einmal die Wahrheit sagen würden, warum Sie dieses Gesundheitsruinggesetz wollen. Der Gesetzentwurf zu einer angeblichen Reform des Gesundheitswesens ist nicht dazu angetan, in der Maske eines biederen Clowns billige Sprüche und abfällige Bemerkungen über die Versicherten und Verharmlosungen über die Zwei-Klassen-Medizin der Zukunft vorzutragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD — Widerspruch bei der CDU/CSU — Bundesminister Dr. Blüm: Haben Sie noch mehr solche Beleidigungen?)

Für die Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN kann ich Ihren Gesetzentwurf nur als einen diagnostischen und finanziellen Overkill bewerten. Sie haben unserem Gesundheitswesen die falsche Diagnose gestellt und damit die völlig falsche Therapie verordnet.

**Vizepräsident Westphal:** Frau Kollegin, ich muß Sie unterbrechen. Ich habe das eben verbal nicht verstanden, aber meine Kollegen haben mich eben unterrichtet, daß Sie eine Bezeichnung für den Arbeitsminister oder einen unserer Kollegen verwendet haben, die ich hier nicht dulden kann.

(Zustimmung bei der CDU/CSU — Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

(B)

**Frau Wilms-Kegel (GRÜNE):** Ich habe damit niemanden persönlich angegriffen.

**Vizepräsident Westphal:** Wir müssen uns alle daran halten, daß wir parlamentarisch durchhaltbares Vokabular verwenden, gegenüber jedem von uns.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

**Frau Wilms-Kegel (GRÜNE):** Ich denke, ich habe diese Bezeichnung auf niemanden persönlich gemünzt, sondern eine ganz allgemeine Aussage getroffen.

(Louven [CDU/CSU]: Ganz persönlich angesprochen! — Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Eine Akademikerin sollte das wissen!)

— Nein. — Das werden Sie dem Protokoll entnehmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe gesagt, ganz allgemein, daß dieser Gesetzentwurf nicht dazu angetan ist, „in der Maske eines biederen Clowns billige Sprüche und abfällige Bemerkungen über die Versicherten

(Kolb [CDU/CSU]: Exakt!)

und Verharmlosungen über die Zwei-Klassen-Medizin der Zukunft vorzutragen“.

(Kolb [CDU/CSU]: Wird doch nicht besser!)

**Vizepräsident Westphal:** Frau Kollegin, im Zusammenhang mit dem, was Sie gesagt haben, war es nur so verständlich, daß es auf eine bestimmte Person gezielt war.

(Frau Wilms-Kegel [GRÜNE]: Okay! — Kolb [CDU/CSU]: So ist es!)

Deswegen rüge ich.

(Kolb [CDU/CSU]: Haben Sie Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache?)

**Frau Wilms-Kegel (GRÜNE):** Das war ein Satz, der sich auf jeden anderen hätte beziehen können, denke ich,

(Feilcke [CDU/CSU]: Auf Sie selbst?)

aber ich akzeptiere die Entscheidung des Präsidenten.

Sie begründen Ihren Gesetzentwurf mit der Behauptung, die versicherten Bürgerinnen und Bürger seien nichts anderes als Hamsterer und Plünderer der Krankenkassen, und deshalb seien Sie geradezu gezwungen gewesen, dieses unsoziale Reformwerk ins Parlament einzubringen, also gewissermaßen als Strafe für die Versicherten.

Sie, Herr Blüm, und Ihre politischen Freunde sind der Meinung, das Gesundheitswesen sei unbezahlbar geworden und sei daher reformbedürftig. Wahr ist doch vielmehr, daß Sie den Unternehmern und der Industrie entgegenkommen wollten, daß Sie, eingekesselt von Lobbyisten, denen etwas Gutes tun wollten, die am Gesundheitswesen verdienen. Die Bilanzen der pharmazeutischen Industrie bersten weiter, auch die Hersteller von medizinischen Großgeräten haben eine rosige Zukunftsperspektive, und kranke und schwerstkranke Menschen müssen das mit Sondersteuern bezahlen. Zugleich fahren Sie einen Frontalangriff auf die **Solidargemeinschaft**, die sowieso nur bruchstückhaft vorhanden war, wenn ich daran erinnere, daß Besserverdienende, Selbständige und Beamte und Beamtinnen mit ihren guten Risiken nie gezwungen waren, der Solidargemeinschaft der Krankenversicherten beizutreten. Jetzt wollen Sie gerade denen den Zutritt zur gesetzlichen Krankenversicherung völlig verbieten. Auch Studenten über 30 Jahre und über dem 14. Fachsemester dürfen nicht mehr pflichtversichert sein. Wie diese Regierung mit Studenten umgeht, ist in dieser Woche ja schon ausführlich diskutiert worden.

Herr Blüm, Sie werden nicht müde, zu behaupten, auch in Zukunft werde jeder das bekommen, was er brauche. Diese Unwahrheit werden Sie auch heute dem Deutschen Bundestag wieder kundtun. Da lohnt es sich, Sie wirklich beim Wort zu nehmen. Denn das, was die 10 Millionen Brillenträger, die 5,7 Millionen Schwerhörigen, die 1 Million Prothesenträger und die 300 000 Rollstuhlfahrer brauchen, dürfen die Betroffenen nicht selbst festlegen, sondern ein Minister Blüm schwingt sich auf und maßt sich an, bürokratisch festzulegen, was für den einzelnen ausreichend ist.

(Beifall bei den GRÜNEN — Bundesminister Dr. Blüm: Ich?)

(C)

(D)

**Frau Wilms-Kegel**

- (A) Das zeigt ganz allein die Einführung einer **Festbetragsregelung**, die individuelle Bedürfnisse nicht mehr berücksichtigt.

(Louven [CDU/CSU]: Haben Sie nie was von Kassen gehört?)

Der Standard und die medizinische Versorgung, die Sie für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger vorgesehen haben, sind, wie ich finde, eine Verletzung der Menschenwürde, eine Bevormundung der Betroffenen

(Beifall bei den GRÜNEN)

und eigentlich nur von Ihnen selbst, Herr Blüm, noch zu übertreffen. Denn genau das tun Sie, wenn Sie jetzt landauf, landab, behaupten, die Bürgerinnen und Bürger hätten gerade in den letzten Wochen eine weitere niederträchtige Eigenschaft an den Tag gelegt, nämlich ihre **Mitnahmentalität**.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Blüm, sind Sie tatsächlich der Meinung, daß Menschen ohne medizinische Notwendigkeit Hörgeräte haben wollen, etwa als Schmuckstück oder Statussymbol? Gerade den Mehrbedarf an Hörgeräten prangern Sie in letzter Zeit ständig an. Hörgeräte werden aber verschrieben, sicherlich nicht als Kapitalanlage.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Wer eine solche sucht, wird vielleicht Aktien der Pharmaindustrie kaufen, aber bestimmt kein Hörgerät.

Überhaupt, Herr Blüm, ich verstehe Ihre Aufregung über den sogenannten **Blüm-Bauch** nicht. Sie werden nicht müde, von Patientinnen und Patienten Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu fordern. Genau das, Herr Blüm, setzen die Versicherten zur Zeit um. Sie tun nichts anderes, als Ihren Reden zu folgen. Die Bürgerinnen und Bürger denken doch sparsam, wenn sie sich in den letzten Wochen des Jahres noch unter den für sie günstigeren Bedingungen mit lebensnotwendigen Dingen — ich betone: lebensnotwendigen Dingen — versorgen lassen,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

die sie nach dem Willen der Bundesregierung im nächsten Jahr nur zu viel höheren Preisen und bei einem niedrigeren Standard erhalten dürfen.

Sie vergleichen die angebliche Mitnahmentalität mit der Haltung, die durch das Schlagwort „Freibier macht durstig“ gekennzeichnet ist. Herr Blüm, welches Menschenbild haben Sie eigentlich, wenn Sie den Versicherten mit solchen platten Sprüchen unterstellen, sie gingen völlig überflüssig und aus Lustgewinn zum Zahnarzt, der dann ebenso völlig überflüssig und ohne jeglichen medizinischen Grund Zahnersatz verschreibt.

(Zuruf von der CDU/CSU)

Glauben Sie wirklich, irgend jemand ließe sich nur deswegen noch in diesem Jahr die Gallenblase herausoperieren, weil Sie die Zuzahlung für den Kran-

kenhausaufenthalt im nächsten Jahr von 5 DM auf 10 DM erhöhen werden? (C)

(Beifall bei den GRÜNEN — Frau Limbach [CDU/CSU]: Irrtum!)

— Herr Blüm, die Bürgerinnen und Bürger sind keine Masochisten, aber sie haben Angst,

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angst vor Ihnen, vor Ihrer Bürokratie, vor Ihrem Gesetzentwurf zu einer Strukturreform des Gesundheitswesens. Ich denke, sie haben zu Recht Angst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zeit reicht nicht aus, um alle Scheußlichkeiten im Bereich der sogenannten **Selbstbeteiligung** aufzuzählen. Ich habe auf Veranstaltungen oft geschlagene drei Stunden gebraucht, um diese zu erläutern. Lieber möchte ich darauf eingehen, daß Sie gleich hier am Pult sagen werden, Ihre **Härtefallregelung** und Ihre **Überforderungsklausel** garantierten angeblich eine optimale gesundheitliche Versorgung.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Dies, Herr Blüm, ist falsch und zynisch. Es zeigt deutlich, wie weit Sie sich schon von den Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger entfernt haben. Sie gestehen die Härtefallregelung einem Alleinstehenden bis zu einem Bruttomonatseinkommen von 1 232 DM zu.

(Zuruf von der SPD)

Das heißt, er wird von einigen Zuzahlungen verschont, andere muß er selbst tragen. Verdient er aber nur eine Mark mehr, dann ist er kein Härtefall mehr, sondern muß sich von Ihnen zu den Wohlhabenden zählen lassen. Das bedeutet dann für diesen Bürger, daß er von seinem Jahresbruttoverdienst zusätzlich zu seinen Krankenversicherungsbeiträgen 2% zahlen muß, (D)

(Feilcke [CDU/CSU]: Aber nur, wenn er krank ist!)

wenn er nicht das unverdiente Glück hat, gesund zu sein und zu bleiben. Die Krankheiten sind ja üblicherweise von uns nicht beeinflussbar.

(Seehofer [CDU/CSU]: Wie ist es heute? Heute gibt es keine Überforderungsklausel! Da muß er auch zahlen!)

Dieses Gesetz wird in jedem Fall den Einstieg in die **Totalverdattung** aller Krankenversicherten bringen. Ich bestehe darauf; denn eben hat Herr Cronenberg deutlich ausgeführt, was alles erfaßt werden muß; Herr Dreßler hat das ebenfalls herausgestellt. Sie können mir nicht erzählen, daß das alles handschriftlich und mit kleinen Zettelchen passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit werden sicherlich nicht der Ausbau und die Verbesserung unseres Sicherungssystems erreicht werden. Neben zahlreichen Verzeichnissen bei den Krankenkassen, den maschinenlesbaren Krankenversicherungskarten und der kompletten Datenerfassung aller Versicherten und Leistungserbringer, schon um sie den Stichproben zuzuführen, gibt es über den legalen Umweg über Forschungsvorhaben schließlich

**Frau Wilms-Kegel**

- (A) auch Dateien über Krankheiten, z. B. auch eine AIDS-Datei. Dazu kommt die Erfassung aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und vieler Menschen mehr durch die neue **personenbezogene Zentraldatei bei den Berufsgenossenschaften**, also den gesetzlichen Unfallversicherungen.

(Bundesminister Dr. Blüm: Stimmt nicht! — Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Das ist schlicht falsch!)

Nach Art. 1 § 20 dieses Gesundheits-Reformgesetzes sollen die noch fehlenden Angaben unverzüglich von den Krankenkassen übermittelt werden. Das ist etwas, was Sie ganz eindeutig in der Ausschußberatung selber gesagt haben und was uns genau in dieser Weise von der Bundesregierung erläutert worden ist.

Ich kann allen Versicherten nur raten, ab dem 1. Januar 1989 alle Belege sorgfältig zu sammeln. Denn nur wenn sie diese vorlegen, haben sie die Möglichkeit, die eben angesprochene Überforderungsklausel überhaupt in Anspruch zu nehmen, und auch das nur, wenn es ihnen gelingt, auch die Verdienst- und Rentenbescheide der Familienangehörigen zusammenzubekommen; denn diese müssen sie mit vorlegen. Das alles ist sehr verwirrend und sehr schwer nachvollziehbar, aber wohl so gewollt.

(Dr. Thomae [FDP]: Das haben Sie auch beim Finanzamt!)

- Das machen sie beim Finanzamt ebenfalls. Aber ich glaube nicht, daß die gesetzliche Krankenversicherung vor hat, ein zweites Finanzamt zu werden. Das wäre sicherlich auch nicht angemessen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Diesen Dschungel zu durchblicken, wird in Zukunft, wie ich denke, ein sehr enges Verhältnis der Versicherten zu ihren Ärzten und Ärztinnen und zu ihren Krankenkassen voraussetzen, damit die Versicherten keinen finanziellen Nachteil erleiden. Für mich steht jedenfalls fest: Die Reformen, die Herren Blüm und Kohl, plündern ihre Opfer aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Druckmittel in Ihrem sogenannten Reformwerk wird in Zukunft der neue **medizinische Dienst** sein. Der medizinische Dienst wird als Nachfolgeorganisation des vertrauensärztlichen Dienstes, der ja jetzt schon in breiten Kreisen der Bevölkerung auf Ablehnung stößt, perfektioniert. Überwachung, Bevormundung und Anweisungen werden das Hauptbetätigungsfeld des medizinischen Dienstes sein.

(Zuruf von der SPD: Schlimmer als in alten Zeiten!)

Nicht nur, daß der medizinische Dienst die Kranken jederzeit ohne Vorankündigung — so ist uns ausdrücklich erläutert worden — im Krankenhaus aufsuchen kann, um sie dort zu begutachten, und ihnen damit, wie ich denke, auch die Möglichkeit nimmt, in Ruhe und ohne Sorgen alle Kraft auf das Gesundwerden zu konzentrieren; der medizinische Dienst hat auch das Recht, allein nach Aktenlage, also ohne den Patienten überhaupt zu sehen, Gutachten zu erstellen. Das wird dann voraussetzen, daß der behandelnde

Arzt geradezu schriftstellerische Fähigkeiten besitzen muß, damit der medizinische Dienst in der Lage ist, ein angemessenes Gutachten zu erstellen, das die Patienten nicht schon im voraus benachteiligt, weil der behandelnde Arzt eben nur ein guter Arzt und kein guter Schriftsteller war.

(C)

Ein weiterer Höhepunkt dieses sogenannten Reformwerkes ist die Absicht, den medizinischen Dienst zu beauftragen, **Teilarbeitsfähigkeit** festzustellen. Ich halte das für einen wirklichen Skandal. Teilarbeitsfähigkeit im Sinne des Arbeitsministers Blüm bedeutet, daß erkrankte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen während ihrer Krankheit dem Arbeitgeber stundenweise zur Verfügung stehen müssen. Das wird aber nicht der behandelnde Hausarzt oder die behandelnde Hausärztin entscheiden, sondern eben der Medizinische Dienst, der im Interesse des Arbeitgebers in die Wohnung kommt und die Kranken dann zur Teilarbeit verdonnert.

(Louven [CDU/CSU]: Und worin liegt der Skandal, Frau Kollegin?)

Das, Herr Blüm, ist menschenunwürdig und unsozial.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist aber auch ein Eingriff in die **Therapiefreiheit** der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte.

Wenn hier schon von Therapiefreiheit die Rede ist, so möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, daß Herr Blüm und seine Beamten es nicht unterlassen haben, nach wachsweißen Formulierungen zu suchen, um der **Naturheilkunde** und den **besonderen Therapierichtungen** in diesem Gesetz keine sichere Zukunft zu gewährleisten.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN — Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Ihre Behauptung!)

— Ihre Regelungen, Herr Becker, besagen nichts anderes, als daß die entsprechenden Stellungnahmen entgegengenommen und abgeheftet werden müssen. Einen Rechtsanspruch für die besonderen Therapierichtungen bauen Sie nicht ein.

Millionen Menschen wenden sich Jahr für Jahr an Naturheilärzte und -ärztinnen und an Heilpraktiker und Heilpraktikerinnen, weil sie der Ruckizucki-Behandlung von Schulmedizinern kein Vertrauen mehr entgegenbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade ich als Ärztin bin der festen Überzeugung, daß wir beides brauchen: Schulmedizin und Naturmedizin, und zwar gleichberechtigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil wir beide Therapierichtungen brauchen, ist es wichtig, daß die Therapiefreiheit für beide Bereiche gleichberechtigt gesetzlich geregelt ist.

(Seehofer [CDU/CSU]: Das steht jetzt im Gesetz!)

— Nein, Herr Seehofer, das steht nicht im Gesetz. Im Gesetz steht, daß sie „berücksichtigt“ werden müs-

**Frau Wilms-Kegel**

- (A) sen. „Berücksichtigung“ ist überhaupt keine verbindliche Regelung. Das wissen Sie auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie darüber hinaus noch solche Regelungen treffen wie die, daß die Leute gehalten sind, das nächste preisgünstigste Krankenhaus aufzusuchen, und ihren Arzt nicht wechseln sollen, dann wissen Sie ganz genau, daß diejenigen, die gern einen naturheilkundigen Arzt oder eine naturheilkundige Klinik oder eine Rehabilitationseinrichtung in Anspruch nehmen wollen, durch die Vorschrift daran gehindert werden.

Sie haben uns vorgeworfen, daß dies möglicherweise mehr kosten würde. Wir haben gesagt: Ja; es ist uns auch wichtig, daß die Menschen diese Therapie weiter in Anspruch nehmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN — Kolb [CDU/CSU]: Was die anderen bezahlen, ist Ihnen alles recht!)

Die Bundesregierung und Sie, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, wollten das nicht, wie Ihre unverbindlichen Formulierungen klar beweisen. Nichts davon ist als Rechtsanspruch geregelt.

Wir GRÜNEN haben deshalb heute 15 Änderungsanträge und einen Entschließungsantrag dazu eingebracht, die wir hier zur namentlichen Abstimmung stellen, damit jede Bürgerin und jeder Bürger feststellen kann, welche Abgeordneten sich für den sicheren Bestand der Naturheilkunde ausgesprochen haben und welche nicht.

- (B) Ich sage ganz deutlich an die Damen und Herren der Koalitionsfraktionen gerichtet: Sie müssen nicht wieder wie beim Flugbenzin der Fraktionsdisziplin folgen. Sie können Ihrer freien Entscheidung folgen und unseren Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres trauriges Kapitel dieses sogenannten Reformwerks stellen die Paragraphen dar, die sich mit einer angeblichen **Pflegeabsicherung** befassen. Sie, Herr Blüm, werden dies auch heute wieder als tolle Leistung hochjubeln

(Louven [CDU/CSU]: Zu Recht!)

und dabei bewußt verschweigen, daß Schwerkranke und Pflegebedürftige zuerst zwei Jahre erhöhte Selbstbeteiligungen zu zahlen haben, bis dann ein kleiner Teil von ihnen von dieser fragwürdigen Regelung eingeholt wird.

(Louven [CDU/CSU]: Das ist auch falsch, was Sie da sagen! — Gegenruf der Abg. Frau Unruh [GRÜNE]: Lesen Sie doch!)

— Wird es noch länger als zwei Jahre dauern, bis sie in den Genuß dieser Regelung kommen sollen?

Diese angebliche soziale Wohltat ist geradezu eine Beleidigung für den Pflegebedürftigen wie auch für den Pflegenden.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Richtig!)

Ihr Gesetzentwurf sieht vor, daß der Pflegebedürftige eine Stunde pro Tag gepflegt wird und 23 Stunden offenbar sich selbst überlassen bleibt. Dieser Dienst

am Kranken soll z. B. von Sozialstationen wahrgenommen werden, die für diesen Einsatz monatlich 750 DM erhalten. Entscheidet sich aber ein Pflegebedürftiger bzw. eine Pflegebedürftige dafür, von einem Familienangehörigen gepflegt zu werden, erhält er bzw. sie nicht etwa auch 750 DM wie eine fremde Pflegeperson, sondern nur 400 DM. (C)

(Louven [CDU/CSU]: Das sind 400 DM mehr als bisher!)

Das bedeutet, daß der Angehörige bzw. die Angehörige — meistens sind es ja Frauen — einen Stundenlohn von 1,80 DM erhält, während der Stundenlohn für die fremde Pflegeperson 25 DM beträgt.

(Kolb [CDU/CSU]: Bei 25 Stunden!)

Sicher werden Sie gleich wieder ausführen, daß immerhin zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Regierung überhaupt etwas für Schwerpflegebedürftige tut. Richtig; aber daß niemand in den letzten 40 Jahren das Interesse und den politischen Willen hatte, den Schwerkranken in unserer Gesellschaft ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, entschuldigt die jetzt geplante Hungerlohnregelung nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN — Louven [CDU/CSU]: Was gab es dann bisher, Frau Kollegin?)

Die GRÜNEN im Bundestag haben bereits im Jahre 1983 festgestellt, daß die Pflege von Pflegebedürftigen in unserer Gesellschaft eine staatliche Aufgabe ist und daß daher eine **steuerfinanzierte Pflegeabsicherung** geschaffen werden muß. (D)

Doch Sie, Herr Blüm, sehen für die Zukunft nicht einmal eine Möglichkeit, diesen Hungerlohn von 400 DM zu erhöhen. Sie sehen auch keine Veranlassung, die Voraussetzungen zu schaffen, daß Schwerpflegebedürftige 24 Stunden am Tag eine optimale und selbstbestimmte Versorgung haben. Nein, diese Schwerkranken werden von Ihnen gleich zweimal bestraft: Zum einen werden sie zusätzlich kräftig zur Kasse gebeten. Zum anderen entledigen Sie sich Ihrer Verantwortung mit 25 Pflegestunden im Monat für 750 DM oder aber 720 Stunden im Monat für 400 DM.

(Louven [CDU/CSU]: Wie ist es denn bislang, Frau Kollegin!)

Dann, Herr Blüm, haben Sie sich noch eine wehrlose Gruppe der Bevölkerung ausgesucht, denen Sie eiskalt die Krankenversicherungsbeiträge erhöhen und die damit kräftig zur Kasse gebeten werden: Ich spreche von den **Rentnerinnen und Rentnern**. Das ist eine Gruppe, die sich im Laufe dieses Jahres nicht über Lobbyisten bei Ihnen hat Gehör verschaffen können. Nicht nur, daß Rentnerinnen und Rentner mit 2 % Selbstbeteiligung zusätzlich zur Kasse gebeten werden, nein, darüber hinaus erhöhen Sie den Krankenversicherungsbeitrag um 0,4 %. Das bedeutet für die Rentnerinnen und Rentner, daß sie im nächsten Jahr anstatt mit einer wenigstens kleinen Rentenerhöhung mit einer deutlichen Rentenminderung zu rechnen haben.



**Frau Wilms-Kegel**

- (A) Ein besonders trauriges Kapitel im doppelten Sinne wird in dem sogenannten Gesundheits-Reformgesetz unter dem Stichwort „**Sterbegeld**“ abgehandelt.

(Frau Garbe [GRÜNE]: Ja!)

Sie besitzen die Gefühllosigkeit und Verachtung gegenüber Hinterbliebenen, daß Sie ganz brutal das seit Jahrzehnten gezahlte Sterbegeld drastisch zusammenstreichen. Das, Herr Blüm, macht Ihre Zweiklassenmentalität deutlich. Nun wird man auch auf dem Friedhof sehen können, wer zu den Sozialschwachen und zu den Sozialstarken in unserer Gesellschaft gezählt hat. Für mitversicherte Familienangehörige gibt es gar nur die Hälfte.

(Louven [CDU/CSU]: Das ist ja makaber, was Sie sagen! Schämen Sie sich nicht?)

– Schämen Sie sich nicht, daß Sie eine solche Regelung geschaffen haben?

(Louven [CDU/CSU]: Sie sollten sich was schämen! Das spricht für Sie, was Sie sagen!)

Für 2 100 DM oder gar der Hälfte wird man ein ordentliches christliches Begräbnis mit Pfarrer, Glockengeläut und Orgel sicher nicht bezahlen können. Wenn Sie das so planen, wäre es also auch angebracht, daß Sie jetzt das Wort „christlich“ aus Ihrer Parteizugehörigkeit streichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Sterbegeld für Abgeordnete wollen Sie allerdings in voller Höhe beibehalten,

- (B) (Günther [CDU/CSU]: Das ist ja dummes Zeug, was Sie da reden! – Zuruf von der CDU/CSU: Unverschämtheit!)

und das beträgt auch ein Vielfaches von dem, was Sie den gesetzlich Krankenversicherten gönnen.

Allerdings werden wir einen Antrag einbringen, damit alle, auch die Abgeordneten, ein einheitliches Sterbegeld von 3 500 DM erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus alledem wird nur zu klar, wie unsozial Ihre sogenannte Gesundheitsreform ist. Nach dem Motto „Wer nichts zu beißen hat, der braucht auch keine Zähne“ – so hat der schleswig-holsteinische Sozialminister kürzlich diese Reform zusammengefaßt – wollen Sie die Kranken und Schwachen zur Kasse bitten: Die Behinderten werden die Bettlägerigen finanzieren. Für kranke, behinderte und chronisch kranke Menschen werden Sondersteuern eingeführt. Es ist zynisch, wenn Sie durch diesen Reformentwurf diesen Menschen einen Anreiz zum Gesundleben vorgaukeln. Das ist doch ironisch gemeint, Herr Blüm? Sonst ist es eine Beleidigung für alle die Menschen, die nie mehr den Zustand des Gesundseins erreichen können. Ich denke an alle chronisch Kranken und Behinderten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es ist Ihnen gelungen, die heiligen Kühe des Gesundheitswesens – Pharmaindustrie, Medizingerätehersteller, Einzelleistungsvergütungen im ärztlichen Bereich – weiter auf der Gesundheitswiese der Bundesrepublik Deutschland ruhig grasen zu lassen.

Sogar Neue werden verdienen, wie private Krankenversicherungen, Sterbegeldversicherungen, Auslandskrankenversicherungen und auch Hauskreditbanken für Zahnarztpraxen. Und heute abend werden Sie stolz sagen können: Operation „Gesundheitsreform“ gelungen, Patient tot.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

**Dr. Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung:** Herr Präsident! Den Großen geben und den Kleinen nehmen – damit läßt sich der ganze Einwand von SPD und GRÜNEN zusammenfassen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich frage Sie, meine Damen und Herren, ich frage die deutsche Öffentlichkeit: Sind die Pflegebedürftigen, die für 5 Milliarden DM Pflege bekommen, die Großen? Sind das die Großen? Ist der Protest der Pharmaindustrie, der Zahnärzte, Ärzte und Apotheker der Protest der Kleinen?

(Frau Unruh [GRÜNE]: Es sind ja keine 5 Milliarden!)

Meine Damen und Herren, verkehrte Welt!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen wir uns von dieser Art Polemik nicht irritieren. Das ist in vier Jahrzehnten der dritte Anlauf zur Gesundheitsreform und der erste, der ins Ziel kommt. Deshalb bin ich stolz auf alle, CDU, CSU und FDP, die dem Sturm der Lobbyisten, dem Dauerbeschuß, den Verdrehungen, den Unwahrheiten, die auch heute morgen vorgeführt wurden,

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

und den Geschmacklosigkeiten, den zynischen Geschmacklosigkeiten, standgehalten und durchgehalten haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der CDU/CSU: Siehe GRÜNE! – Abg. Frau Unruh [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Frau Kollegin, ich möchte zunächst im Zusammenhang meine Gedanken vortragen.

Wir kommen heute im Deutschen Bundestag zum Ziel. Das Reformgesetz zeigt seine ersten Wirkungen. Trotz einer beispiellosen Kampagne – ich wiederhole jetzt den Vorwurf: eine Kampagne, mitzunehmen, auszunutzen, was immer mitzunehmen und auszunutzen ist – kommt es nicht zur Beitragssteigerung, weil offenbar die Krankenkassen die Reformfolgen für das nächste Jahr schon heute kalkulieren. Die haben dieser Reform mit ihrer Kalkulation offenbar mehr vertraut, als alle Einreden heute morgen vermuten lassen.

Lassen Sie mich zu meinem Vorwurf – „Mitnehmen“, „Ausnutzen“ –, den ich in ganzer Härte bestehen lasse, folgendes zeigen. Wenn Optiker schreiben „Noch alles schnell mitnehmen – zu VK Optik“, wenn Optiker schreiben „Noch alles mitnehmen –

(C)

(D)

**Bundesminister Dr. Blüm**

- (A) schnell zu Optik Bobkop“, wenn Anzeigen aufgegeben werden „Noch ist es nicht zu spät für eine neue modische Brille zum Nulltarif, ohne müde Mark Zahlung“, dann ist das eine Einladung zum Mitnehmen und Ausnutzen. Meine Damen und Herren, es wird doch wohl niemand hier im Saal sein, der behauptet, daß, wenn die Ausgaben für Hörgeräte im letzten Jahr um 26 % gestiegen sind, das einem lebensnotwendigen Bedarf entspreche. Glaubt jemand, der Hörschaden habe im Jahr 1988 um ein Viertel zugenommen? Glaubt das wohl jemand?

(Frau Wilms-Kegel [GRÜNE]: Daran sind die Ärzte schuld und nicht die Patienten!)

Im übrigen, Frau Wilms-Kegel, die Gallenoperation, die Sie anführen, die niemand gern in Anspruch nimmt — da sind auch die Ausgaben nicht gestiegen. Darüber habe ich mich nie beklagt. Ich habe mich darüber beklagt, daß Anbieter zum Mitnehmen dessen einladen — ist das Solidarität? —, was schließlich von den Malochern bezahlt werden muß, nicht von den Leistungsanbietern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der CDU/CSU: So ist das! — Sellin [GRÜNE]: Alles Quatsch!)

- (B) Nachdem es jahrelang, in den letzten Jahren Jahr für Jahr, in schöner Regelmäßigkeit zu Beitragserhöhungen kam, den Versicherten rund 4 Milliarden DM Jahr für Jahr aus der Tasche gezogen wurden, wird zum erstenmal an dieser Jahreswende aller Voraussicht nach der durchschnittliche Beitragssatz nicht steigen. Das ist ein Erfolg unserer Reform, schon bevor sie beschlossen wurde. Also, schneller geht es überhaupt nicht.

Die ersten Profiteure werden die Rentner sein, denn der **Rentenkrankenversicherungsbeitrag** steigt nicht so, wie wir es selber geschätzt haben. Von Rentenkürzungen haben Sie gesprochen. Welche Mathematik haben Sie eigentlich? Im nächsten Jahr wird die Rentenanpassung weit über der Preissteigerungsrate liegen. Renten werden steigen, und reale Einkommen der Rentner werden steigen — so, wie das in den letzten Jahren der Fall war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Unruh [GRÜNE]: Da ist null drin! Null ist drin!)

Wenn hier von Abkassieren gesprochen wird, muß ich sagen: Es ist bei den Beitragszahlern abkassiert worden, und damit machen wir jetzt Schluß.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Wir sind die Vertreter der Versicherten. Wir sind die Vertreter, die darunter leiden, daß die Krankenversicherungsbeiträge immer mehr steigen. Die Lobbyisten toben, meine Damen und Herren, die SPD klebt Plakate und verteilt Flugblätter mit Halb- und Unwahrheiten,

(Louven [CDU/CSU]: Und sie betreibt Hetze!)

und wir setzen das Vernünftige durch. Während die SPD noch das Scheitern der Reform voraussagt, ist der Erfolg schon da. Die Beiträge steigen nicht, und ab 1. Januar 1989 erhalten die **Schwerpflegebedürftigen**

- zum erstenmal eine handfeste Unterstützung von ihrer Krankenversicherung. Ist das den Großen geben und den Kleinen nehmen, und das bei Beitragsstabilität? Halten Sie die Mutter, die ihr schwer pflegebedürftiges Kind rund um die Uhr pflegt, für eine Große? Ich halte sie für eine Kleine, die gestützt werden muß.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ist denn die Optik der Sozialdemokratischen Partei schon so durcheinandergekommen, daß sie das Einkommen der Zahnärzte mit einer pflegenden Mutter verwechselt? Seid ihr schon so durcheinandergekommen in eurer Polemik, daß ihr schon die Größen verwechselt?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Abg. Reimann [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Nein, ich stelle jetzt den Zusammenhang dar.

Hilfe für Hilfsbedürftige und Entlastung für die Beitragszahler — das ist der Sinn unserer Reform. Hilfsbedürftig ist nicht der Hartmannbund, Verband der deutschen Ärzte. Hilfsbedürftig ist nicht der Freie Verband der Zahnärzte. Hilfsbedürftig ist nicht der Pharmaverband, der vom Kollegen Rappe unterstützt wird. Hilfsbedürftig ist nicht der Apothekerverband. Hilfe brauchen die Kranken und die Pflegebedürftigen. Denen helfen wir.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hilfe brauchen die stillen Samariter des Sozialstaates. Das sind die Helfer der Schwer- und Schwerstpflegebedürftigen. Entlastungen brauchen Millionen von Arbeitnehmern, denen immer weniger vom Lohn übrigbleibt und die derzeit zusammen mit den Betrieben weit über 100 Milliarden DM an Beiträgen zahlen.

Der durchschnittliche Höchstbeitrag der gesetzlichen Krankenversicherung stieg von 98 DM im Jahre 1970 auf 585 DM in diesem Jahr. In 18 Jahren! Übrigens sind darin die dicken Beitragssteigerungen aus der Zeit enthalten, in der Sie regiert haben, meine Damen und Herren von der SPD. 1970 8,4 % Beiträge, 1982 12 %. Und da stellt sich der Kollege Dreßler — ich denke, er muß doch rot werden; oder hat er Gedächtnisschwund — als Wächter, als Muster der Beitragsstabilität hin. Nein.

Sollten diese Steigerungen weitergehen? Wenn wir nicht eingreifen würden, müßte derjenige, der im Jahre 1970 98 DM Beitrag gezahlt hat, im Jahre 2000 1 142 DM Beitrag zahlen. So kann es doch gar nicht weitergehen. Wir sind die Retter des Sozialsystems. Wir sind mit dieser Reform die Retter der Solidarität.

Immer höhere Beiträge führen in die Sozialisierung des Lohnes. Die Ausgaben der Krankenversicherung sind seit 1960 dreimal schneller gestiegen als die Löhne. Jeder, der rechnen kann, kann den Zeitpunkt ausrechnen, wann eine ungehemmte Fortsetzung dieser Entwicklung die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer auf Null gebracht hätte.

Gewerkschaften können doch mit einer solchen Entwicklung nicht einverstanden sein. Ich frage, warum sie uns nicht stärker unterstützen. Die werden

**Bundesminister Dr. Blüm**

(A) doch auch um den Erfolg ihrer Tarifverhandlungen gebracht. Was haben Arbeitnehmer von einer Lohnerhöhung, die anschließend durch höhere Beiträge wieder abkassiert wird?

Beitragsstabilität ist möglich und nötig. Selbst ohne Beitragserhöhungen fließen rund 3 Milliarden DM mehr in die Kassen der Krankenversicherung; denn die Krankenversicherung partizipiert ja an jeder Lohnerhöhung. Insofern kann daraus auch der medizinische Fortschritt finanziert werden. Wir machen ja gar keinen Einnahmestopp. Medizinischer Fortschritt muß im übrigen ja auch bedeuten, daß Menschen länger gesund bleiben und, wenn sie krank werden, auch schneller wieder gesund werden.

Was ist nicht alles gegen diese Reform aufgefahren worden? Ich will das gar nicht mit Vollständigkeit vortragen. Die deutschen Arzneimittelhersteller schämen sich nicht, in einer bundesweiten Anzeige zu behaupten: „Keine neuen Medikamente mehr gegen Krebs und AIDS aus Deutschland.“ Überlegen Sie einmal, wie das auf Krebspatienten wirkt.

(Zurufe von der CDU/CSU: Unerhört! — Unverantwortlich!)

Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte verglich unseren Gesetzentwurf mit dem Ermächtigungsgesetz. Erinnern Sie sich daran, was durch das Ermächtigungsgesetz ausgelöst wurde. Der Interessenverband der Dialysepatienten sagt: „Englische Verhältnisse. Nämlich, wer unter 12 oder über 55 Jahren ist, muß sterben.“

(B) Hören Sie das einmal mit den Ohren einer Mutter,

(Zuruf von der CDU/CSU: Unglaublich!)

die ein Kind unter zwölf Jahren hat. Unverschämt! Zynisch! Mir fehlen die Worte!

Apothekervereine mobilisieren Patienten mit der Parole: „Wer jetzt krank wird, kann sich gleich erschießen.“ Und in einem anderen Flugblatt heißt es: „Weil Du arm bist, mußt Du früher sterben.“

Den Vogel schießt die Sozialdemokratische Partei ab,

(Feilcke [CDU/CSU]: Und Dreßler lacht!)

und zwar mit einem **Flugblatt** mit dem Titel: „Ab 1. Januar dürfen Sie nicht mehr krank werden.“

(Zuruf von der CDU/CSU: Pfui!)

Noch einmal: Die SPD behauptet in einem Flugblatt: „Ab 1. Januar dürfen Sie nicht mehr krank werden.“ — Lesen Sie das mit den Augen einer Rentnerin, die Angst hat und die das möglicherweise glaubt, was Vogel und Genossen behaupten. Bodenloser Zynismus!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD)

Nein, meine Damen und Herren, ich streite nicht. Ich frage hier im Deutschen Bundestag vor der deutschen Öffentlichkeit

(Zuruf des Abg. Dreßler [SPD])

— lassen Sie mich doch in aller Ruhe fragen; wenn Sie die Frage beantworten, ist es ja gut — den Partei- und

Fraktionsvorsitzenden, ich frage Hans-Jochen Vogel, welchen Ausdruck er vorschlägt, mit dem diese **Geschmacklosigkeit** qualifiziert werden soll. Ich nehme Vorschläge entgegen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP — Zurufe von der CDU/CSU: Hetze! — Volksverhetzung! — Kolb [CDU/CSU]: Verdummung!)

Laßt uns nicht über die Qualifizierung streiten, laßt uns über den Anlaß streiten. Wer in diesem Saal hat den Mut, eine solche Behauptung: „Ab 1. Januar dürfen Sie nicht mehr krank werden“ aufrechtzuerhalten angesichts vieler Mitmenschen, die die Krankenkasse brauchen und die sie auch am 1. Januar noch haben werden, die zu ihrem Arzt gehen können wie bisher, die versorgt werden wie bisher? Wer diese Behauptung aufrechterhalten will, soll den Mut haben und hier herkommen. Wie wollen Sie das bezeichnen? — Als fair? Wollen Sie das als fair bezeichnen? Wollen Sie das als sachlich, wollen Sie das als korrekt bezeichnen? Dem obersten Fairneßwächter der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Jochen Vogel, antworte ich mit Lessing: Von den Tugenden, von denen man am meisten spricht, hat man am wenigsten.

(Beifall bei der CDU/CSU und Abgeordneten der FDP)

Bleiben wir beim Flugblatt: Die SPD verbreitet mit ihrem Flugblatt sechs ganze oder halbe **Unwahrheiten**. — Es gibt ja Leute, die sagen: Halbe Unwahrheiten sind so schlimm wie ganze Lügen. — Lassen Sie mich in Kurzfassung, ohne Vollständigkeit, auf die sechs Behauptungen eingehen — ich hoffe, daß uns viele Mitbürger zuhören und zusehen —: (D)

Erstens: „Sie müssen mehr für Arzneimittel zahlen.“ Das ist die halbe Wahrheit.

(Lachen bei der SPD)

Zwar wird die bisherige Zuzahlung von 2 auf 3 DM erhöht, aber **Zuzahlungen** entfallen völlig — völlig, auch da, wo sie bisher gezahlt werden mußten! —,

(Dr. Friedmann [CDU/CSU]: Also eine Verbesserung!)

wo auf Festbeträge umgestellt wird. Die Entlastungswirkung durch den Wegfall der bisherigen Zuzahlungen ist insgesamt sechsmal höher als die Anhebung der Zuzahlungen für die Arzneimittel, für die es noch keinen Festbetrag gibt. — Das ist die erste halbe Unwahrheit, im übrigen auch unter Unterschlagung der Härteklausele, die es im Gesetz bisher für Arzneimittel nicht gab.

(Zurufe von der SPD)

— Das ist die Wahrheit: Bei Arzneimitteln mit Festbetrag wird nichts mehr zugezahlt. Auch dort, wo bisher zugezahlt wurde, fallen Zuzahlungen weg. 600 Millionen DM an Zuzahlungen fallen weg. Wer das Medikament nimmt, das unter Festbetrag steht, der hat überhaupt keinen Verlust.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Ab wann gibt es denn Festbeträge?)

Zweitens: „Brillen und Hörgeräte werden für Sie richtig teuer.“ Wieder Originalton SPD! — Das ist

**Bundesminister Dr. Blüm**

- (A) völlig falsch: Der Zuschuß für **Brillengestelle** beträgt künftig 20 DM, und Brillengestelle zu diesem Preis wird es zukünftig geben.

(Lachen bei der SPD)

Schon vor Jahren hat ein Händler Brillengestelle für 10 DM angeboten; in den Vereinigten Staaten gibt es Brillengestelle für umgerechnet 7 DM.

(Zuruf von der SPD: Das ist unglaublich!)

— Ja, ich behaupte in der Tat: Brillengestelle in dieser Preisklasse wird es geben.

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Was kostete denn Ihre Brille?)

Wer sich besonders modische Brillengestelle wünscht, der mag sie sich kaufen. Nur, mit Gesundheit hat das nichts zu tun; das Geld brauchen wir.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe doch gar nichts gegen modischen Schnickschnack; er ist sogar schön, er erhellt unser Leben, aber doch bitte nicht auf Krankenschein. Das Geld brauchen wir für die Kranken, nicht für die Mode.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dritte Behauptung. — Herr Kollege Dreßler, vielleicht haben Sie die Güte, gerade bei der dritten Behauptung zuzuhören. Sie steht nämlich auch im Widerspruch zu dem, was Sie selber hier heute morgen vorgetragen haben. — Sie lautet: „Die dritten Zähne zahlen Sie zur Hälfte selber.“ — Das ist nicht richtig. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen und der Zahnärzte legt in Zukunft differenzierte Zuschüsse fest. Die Krankenkassen zahlen künftig allen, die regelmäßige Zahnvorsorge betreiben, für zahntechnisch einfachen **Zahnersatz** einen Zuschuß von 70 %, für Zahnersatz mittlerer Güte einen Zuschuß von 60 % und für aufwendigen Zahnersatz einen Zuschuß von 50 %. Bei längerer regelmäßiger Vorsorge steigt der Zuschuß um weitere 5 %, so daß die Erstattungsbeiträge dann 75 %, 65 % und 55 % betragen.

(Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Das muß man immer wieder sagen!)

Erinnern Sie sich: In dem Flugblatt, das Sie verteilen, wird behauptet, es werde nur die Hälfte bezahlt.

(Kolb [CDU/CSU]: Rechnen konnten die nie!)

Wenn die SPD schon 75 % für die Hälfte ausgibt, dann kann ich nur sagen: Ihre drei Viertel Unwahrheiten sind eine halbe Lüge.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vierte Behauptung — ich gehe nur einmal das Flugblatt durch; jeder kann das, was im Gesetz steht, mit dem vergleichen, was die SPD behauptet —: „10 DM pro Tag statt bisher 5 DM zahlen Sie zusätzlich im Krankenhaus.“

(Frau Wilms-Kegel [GRÜNE]: Ja!)

Die SPD verschweigt, daß in einem von den damaligen Regierungsfractionen der SPD und der FDP 1982 eingebrachten Gesetzentwurf erstmalig die **Zuzah-**

**lung** von 5 DM beim Aufenthalt im **Krankenhaus** vorgeschlagen wurde. (C)

(Andres [SPD]: Falsch! — Frau Unruh [GRÜNE]: Das hätten Sie doch abschaffen können! — Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

— Hier wird gesagt: „Falsch!“. Kollege Andres behauptet, das sei falsch. Ich lese vor: Drucksache 9/1958, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung sozialrechtlicher Vorschriften, Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der FDP. — Ziehen Sie auch die Behauptung, das sei falsch, zurück. Es ist fast alles falsch, was ich heute morgen von Ihnen gehört habe.

(Becker [Nienberge] [SPD]: Wurde das Gesetz? — Dreßler [SPD]: Ist das Gesetz geworden?)

— Ich halte mich ganz genau an das — —

(Dreßler [SPD]: Dann sagen Sie es klipp und klar: Es ist nie Gesetz geworden! Immer korrekt bleiben! — Urbaniak [SPD]: Immer ehrlich bleiben!)

Sie wollten damals sogar die Kinder in die Zuzahlung einbeziehen. Bei uns bleiben die Kinder draußen. Die Zuzahlung gilt für höchstens 14 Tage.

Verschwiegen wird auch, daß diese Erhöhung erst ab 1991 in Kraft treten soll,

(Günther [CDU/CSU]: So ist es!)

also dann, wenn die neuen Leistungen für die häusliche Pflege schwerpunktmäßig in Kraft treten. (D)

**Fünfte Behauptung**

(Zurufe von der SPD)

— ich mache es ja kurz —: „Fahrten zum Arzt werden nicht mehr bezahlt.“ Fünfte Unwahrheit! Mehr Sammlungen von Unwahrheiten auf einem Flugblatt habe ich noch nie erlebt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Originalton SPD — ich lese noch einmal vor, ganz langsam; das wollen wir richtig auskosten —: „Fahrten zum Arzt werden nicht mehr bezahlt.“

(Zuruf von der CDU/CSU: Lüge!)

— Das ist falsch, denn medizinisch notwendige Fahrten für einkommensschwache Versicherte werden im Rahmen der Härteklausel übernommen.

(Widerspruch bei der SPD)

Außerdem stehen alle Versicherten unter dem Schutzschirm der Überforderungsklausel. Sie können doch nicht Ihre Behauptung aufrechterhalten, es würden keine **Fahrten** mehr bezahlt. Derjenige, der gehbehindert ist, der ein niedriges Einkommen hat, wird weiterhin transportiert. Aber ich frage mich: Sollen wir denn alle Taxifahrten **zum Arzt** finanzieren?

(Dreßler [SPD]: Reden Sie doch nicht so einen Quatsch!)

1970 betrugen die Aufwendungen für Fahrtkosten 180 Millionen DM; heute sind es 1,6

(Zurufe von der CDU/CSU): Milliarden!)

**Bundesminister Dr. Blüm**

(A) — Ja, Milliarden! Das ist eine Steigerung um 800%. Will jemand behaupten, daß die Zahl der Bewegungsbehinderten in 18 Jahren um 800% zugenommen hat? Nein, auch das war eine Ausnutzung der Krankenkasse. Wir brauchen das Geld für die Pflegebedürftigen, für die Kranken, für die Hilfsbedürftigen, für die Herzoperationen, für die Gallenoperationen, von denen Frau Wilms-Kegel gesprochen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, will denn jemand den Krankenschein zum Fahrschein für den öffentlichen Nahverkehr zum Nulltarif umfunktionieren? Das wäre doch eine Zweckentfremdung.

Sechste Behauptung — dann lasse ich es auch schon sein —: „Selbst das Sterben wird teurer: Das Sterbegeld wird auf 2 100 DM zusammengestrichen.“ — Das ist auch nicht die ganze Wahrheit, auch das ist nur die halbe Wahrheit. Bei Versicherten mit niedrigem Einkommen erhöht sich das **Sterbegeld**, denn bei ihnen liegen die Leistungen heute zum Teil unter 2 100 DM.

Das Flugblatt der SPD endet mit dem Satz: „Jetzt reicht's, Herr Blüm!“. Mir reicht's schon lange, Herr Vogel, antworte ich darauf.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Herr Blüm, dann gehen Sie doch, wenn es Ihnen reicht!)

Jeder, der seinen Verstand nicht abgeschaltet hat, konnte heute morgen Musterbeispiele von Verlegenheit, Verdrehungen, Unwahrheiten feststellen. Stellen Sie sich vor: Da stellt sich der Herr Dreßler etwa vor einer Stunde hier hin und sagt: 14 Milliarden DM sind absolute Luftbuchungen.

(B)

(Dreßler [SPD]: Das ist die Unwahrheit!)

Anschließend rechnet er das als Belastungen für die Versicherten zusammen. Das ist ungefähr so, wie wenn ich sage: Der See ist eine Fata Morgana, aber alle Menschen ertrinken in diesem See.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Westphal:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Nein. Ich möchte das jetzt im Zusammenhang vortragen.

(Dreßler [SPD]: Wenn Sie Unwahrheiten verbreiten, müssen Sie eine Zwischenfrage zulassen!)

**Vizepräsident Westphal:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dreßler?

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

**Dr. Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Ja. Er hat gesagt, ich würde die Unwahrheit sagen. Bitte, dann wollen wir das gleich klären.

**Dreßler** (SPD): Herr Arbeitsminister, würden Sie bitte im Protokoll nachlesen, daß ich gesagt habe, daß von den 3,5 Milliarden DM an sogenannten Strukturverbesserungen nichts präzisiert sei und daß das eine

Luftbuchung sei? Würden Sie mir das zugestehen und damit das, was Sie hier behauptet haben, selbst als unrichtig bezeichnen? (C)

**Dr. Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Ich kann die Verwirrung noch weiter treiben.

(Dreßler [SPD]: Beantworten Sie mir die Frage! — Zurufe von der SPD: Antworten!)

Sie haben mich heute morgen attackiert und im Zusammenhang mit diesen 14 Milliarden DM von **Luftbuchungen** gesprochen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von der SPD: Nein!)

— Wenn Sie es anders darstellen, dann kommen wir zu den Zahlen zurück. Ich führe die Diskussion gern in jedem Detail.

(Dreßler [SPD]: Sie sollen die Frage beantworten!)

— Sie haben doch so viele Verdrehungen gebracht; da kommt es auf eine mehr oder weniger nicht an. Mein Gott, da bin ich großzügig. Ich bleibe dabei: Sie haben Festbeträge, die die Versicherten überhaupt nichts kosten,

(Frau Matthäus-Maier [SPD]: Sie haben sich verhört!)

als **Versichertenlast** in Ihrer merkwürdigen Rechnung gebucht. Die werden doch bei der Pharmaindustrie zu Buche schlagen.

(Zustimmung des Abg. Cronenberg [Arnsberg] [FDP]) (D)

Sonst könnte sich der Kollege Rappe, Ihr Mitglied, doch nicht darüber beschweren, daß durch unsere Reform Arbeitsplätze bei der Pharmaindustrie ruiniert werden. Sie müssen Ihre Vorwürfe doch einmal sortieren. Sie können doch nicht erst die 2 Milliarden DM den Versicherten zurechnen und dann durch Ihren Kollegen Rappe sagen: Das ist die Erschwernis der Pharmaindustrie. Irgendwo muß man sich schon entscheiden.

(Abg. Urbaniak [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Nein. Ich möchte das jetzt im Zusammenhang darstellen. Ich bin noch lange nicht fertig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jeder kann sich doch seine eigene Meinung bilden. Wenn ich mir eine Strafe für Herrn Vogel auszudenken hätte, wenn ich mir eine Strafe für Herrn Dreßler auszudenken hätte, dann würde ich mir die Strafe wünschen, daß sie hier nach einem Jahr dieselbe Rede halten müssen wie heute morgen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU — Dreßler [SPD]: Ich komme darauf zurück!)

Ich würde die SPD verurteilen, in einem Jahr dieselben Plakate, dieselben **Flugblätter** zu veröffentlichen, die sie jetzt veröffentlicht hat. Nichts Schlimmeres kann ihr passieren, als mit der **Wirklichkeit** des nächsten Jahres konfrontiert zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Bundesminister Dr. Blüm**

- (A) Aber wen wundert's? Ich bin überhaupt nicht verwundert, und ich verstehe die Ängste, wenn ich solche zynischen Reden höre, wie Sie sie heute morgen gehalten haben, Frau Wilms, Herr Dreßler. Da habe ich Verständnis, wenn ältere Leute, wenn Kranke in Unruhe kommen. Was da alles behauptet wurde! Wenn das alles stimmen würde, wie herzlos wären wir!

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Ich bin ganz sicher, ab 1. Januar 1989 ist unsere Krankenversicherung so gut wie bisher; sie hat einen Spitzenplatz in der Welt.

(Günther [CDU/CSU]: Richtig!)

Wir werden auf manche Zusätze, die nicht unmittelbar der Heilung dienen, verzichten müssen, damit wir das Geld zusammenhalten, um den Hilfsbedürftigen zu helfen. Das ist mein Verständnis von Solidarität.

Ich fasse zusammen: Kein Kranker wird im Stich gelassen, der medizinische Fortschritt wird ungehindert weitergehen, Einkommenschwache werden von Zuzahlungen befreit, jedermann wird vor Überforderung geschützt, keine Intimdaten werden gespeichert, die Vorsorge wird ausgebaut, Pflegebedürftigen wird geholfen, und ich verspreche Ihnen, kein Pharmaunternehmen wird wegen der Reform Konkurs anmelden. Der Schaum der **Polemik** wird verfliegen, und die **Realität** wird die Angstmacher Lügen strafen.

Wir sparen für die Beteiligten. Julius Cronenberg hat es schon gesagt. Keine Mark, die da gespart wird, geht den Beteiligten an der Krankenversicherung verloren. Jede Mark bleibt erhalten, entweder als Beitragssenkung oder als neue Leistung. Nirgendwo verschwinden auch nur 10 Pfennige in den Händen derjenigen, die an der Krankenversicherung gar nicht beteiligt sind. Diese Reform ist eine **Reform für die Versicherten**. Sie ist Rettung unseres solidarischen Systems.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zuruf von der SPD: Es ist unglaublich!)

Die **neuen Leistungen** wie z. B. Pflege und Verbesserung der Vorsorge sowie die Entlastung der Versicherten — zusammen macht das 10 Milliarden DM aus — übersteigen die **Einsparungen** auf der Seite der Versicherten. Die Versicherten profitieren in der Bilanz von der Reform mit rund 4,5 Milliarden DM. Bei den Leistungserbringern werden demgegenüber fast 8 Milliarden DM eingespart.

Und sehen Sie sich einmal die Gegner an. Ich bitte jeden, auch dies zu verfolgen: Worin waren sich denn die Gegner der Reform einig? Die waren sich einig im Neinsagen. Aber wo sind denn die **Alternativen**? Sie werden doch nicht Ihren Gesundheitssowjet als Alternative anbieten wollen, diese Gesundheitskonferenzen bis in jeden Bezirk?

(Urbaniak [SPD]: Warum fährt ihr denn da immer hin?)

Das muß man sich einmal vorstellen: Da soll in jedem Bezirk festgestellt werden, welcher Gesundheitsbedarf dort besteht. Da reden Sie von uns als von Bürokraten. Selbst mit auswuchernder Phantasie kann ich mir nicht vorstellen, wie da Ärzte und Krankenkassen zusammensitzen und entscheiden, wie viele Medikamente, wie viele Krankenhäuser gebraucht werden.

Diese Art von bürokratischem Zutrauen kann nur auf dem Boden der SPD wachsen. (C)

Aber bleiben wir einmal dabei: Es gab eine merkwürdige Koalition. SPD und **Bundesärztekammer** versammelten sich vor acht Tagen hier in Bonn und ließen nach einem Gespräch die staunende deutsche Öffentlichkeit wissen, daß sie die Gesundheitsreform gemeinsam ablehnen — SPD und Ärzte!

(Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: In einem Boot!)

Ich habe den Präsidenten der Bundesärztekammer gefragt, was er denn gemeinsam mit der SPD vorschläge. Da hatte er die klassische Antwort: Nichts;

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

denn mit den Vorstellungen der SPD könne er sich nicht einverstanden erklären.

(Erneutes Lachen bei der CDU/CSU und der FDP — Dreßler [SPD]: Das kann er auch nicht!)

So einfach ist das offenbar in der Reform-Diskussion. Meine Damen und Herren, draußen in der Öffentlichkeit wird nie gefragt, was die, die ablehnen, eigentlich wollen. Ich kann nur sagen: Reformen, die nicht gemacht werden, sind die leichtesten Reformen, die es überhaupt gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es reicht offenbar in dieser Republik, Einwände und Einsprüche vorzubringen. Sie sind in unserer Gesellschaft gefragt. Nein ist „in“. Veto ist chic. Es kommt überhaupt niemand mehr auf die Idee, zu fragen, was denn die Ablehner wollen. So kann doch kein Staat regiert werden! Die Demokratie verkommt auf diesem Wege (D)

(Zuruf von der SPD: Das ist wahr!)

zur **Veto-Gesellschaft**, die zu nichts anderem mehr fähig ist als zur gemeinsamen Unbeweglichkeit.

(Lachen bei den GRÜNEN — Kolb [CDU/CSU]: Und zur Mitnahme!)

Sie pflegt ihre Verweigerung, und sie hätschelt ihre Unfähigkeit zur aktiven Bewältigung von Problemen.

Das einzige, worauf sich **Interessenverbände** verständigen können, ist: Wir wollen mehr.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ja!)

Mehr Geld von den Versicherten,

(Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Und zwar sofort!)

mehr Geld vom Staat, das ist die Kurzformel der Vorschläge der deutschen Ärzteschaft; denn sie wollen mehr Geld aus der Alkoholsteuer, mehr Geld aus der Tabaksteuer, mehr Geld durch Senkung des Mehrwertsteuersatzes, mehr Geld von den unfallgefährdeten Sportlern, den Skifahrern und mehr Geld von der Rentenversicherung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Und mehr Geld von den Patienten!)

**Bundesminister Dr. Blüm**

(A) Das ist die Kurzfassung: mehr Geld, damit mehr verteilt werden kann. Mehr als „Mehr! Mehr! Mehr!“, „mehr“ fällt denen nicht mehr ein — in der Tat —,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

bestenfalls noch: Die anderen sollen zahlen.

Im übrigen ist das einzige, was im Vorschlag der SPD Finanzmassen bewegen würde, die vorgesehene Erhöhung der **Beitragsbemessungsgrenze**. Mehr Beitrag! Mehr Beitragszahler durch Wegfall der Versicherungspflichtgrenze, das ist der finanzielle Beitrag der SPD. Mehr Geld!

(Kolb [CDU/CSU]: Das ist Abkassieren! —

Dreßler [SPD]: Als zuständiger Minister so wenig Ahnung! Das ist allerdings traurig, sehr traurig!)

Ich sage, wo der Unterschied liegt. Unser Reformkonzept ist: Weniger an der einen Stelle, um an der anderen mehr helfen zu können. Nicht Abbau des Sozialstaates, sondern **Umbau des Sozialstaates**.

Dreßler [SPD]: Das Niveau des zuständigen Arbeitsministers und sein Kenntnisreichtum sind ungenügend!)

Sparen und Gestalten, das ist das Motto der heutigen Reform.

Aber, meine Damen und Herren, lassen wir nicht die Hoffnung fahren: Es gibt viele Bürger, die vernünftiger sind als alle ihre Funktionäre.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Dreßler [SPD]: Immer nach dem Kohl-Motto: Entscheidend ist, was hinten rauskommt!)

(B)

Ich hätte — um es im Vertrauen zu sagen — den ganzen Rummel, die ganze Ballerei, nicht ertragen, wenn ich nicht wüßte, daß es auch viele Ärzte und Zahnärzte gibt, die keineswegs das meinen, was ihre Funktionäre schreiben und schreien.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sonst könnten wir wirklich die Hoffnung aufgeben.

Ein Arzt aus Dortmund schrieb mir: „Die Diskussionsbeiträge vieler meiner Kollegen sind polemisch und vordergründig, außerdem zeugen sie von Ignoranz. Das GRG muß bald verabschiedet werden.“

Eine Apothekenhelferin schreibt mir: „Trotz der Kündigung meines Arbeitsplatzes, die u. a. auch mit der bevorstehenden Strukturreform begründet wurde, komme ich nicht umhin, Ihnen zu schreiben. Entgegen aller Opposition muß ich wie im Volksmund sagen: Sie sprechen mir aus der Seele. Es wurde schon lange Zeit, das Gesundheitswesen einmal ordentlich zu entstauben.“

Eine Rentnerin, übrigens aus meiner Heimatstadt, schreibt: „Sehr geehrter Herr Minister, ich stehe auf Ihren Plan, das schreibt Ihnen eine Rentnerin mit monatlichem Einkommen von etwas über 1 000 DM.“

Die kleinen Leute haben oft mehr Verständnis als die großen Schreier, die es überhaupt nicht nötig haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —  
Kolb [CDU/CSU]: Als die Funktionäre!)

Die kleinen Leute haben in ihrem Leben gelernt, daß man eine Mark zweimal umdrehen muß, bevor man sie einmal ausgibt. (C)

(Dreßler [SPD]: Haben Sie nur drei Briefe bekommen, Herr Blüm?)

— Sie vertreten offenbar schon lange nicht mehr die kleinen Leute. Sie schreien hier nur herum! Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP)

„Es kann doch nicht angehen“ — das schreibt mir ein Rentnerhepaar —, „daß die Krankenversicherung weiterhin ein Selbstbedienungsladen bleibt. Wir sind Rentner und glauben, daß uns die Solidargemeinschaft Krankenkasse wie bisher alle notwendige Hilfe gewähren wird. Bleiben Sie weiterhin tapfer!“

Ich versichere Ihnen: Diese Koalition wird tapfer bleiben. Wir haben allem widerstanden. Wir werden dieses Gesetz heute auch in die dritte Lesung bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —  
Dreßler [SPD]: Juhu! Gute Besserung! —  
Weitere Zurufe von der SPD)

— Könnten Sie bitte einen Augenblick ein bißchen stiller sein. Sonst brauche ich wirklich bald ein Hörgerät.

(Andres [SPD]: Aber vor dem 1. Januar! —  
Kolb [CDU/CSU]: Nein, nach der neuen Regelung!)

(D)

Die Reform versucht, die großen Prinzipien unseres Sozialstaates, **Solidarität** und **Eigenverantwortung**, in ein neues Gleichgewicht zu bringen. Ohne Solidarität würde unsere Gesellschaft in einen gnadenlosen Egoismus versinken. Die Kranken und Behinderten brauchen Solidarität, denn sie sind auf andere angewiesen. Aber andererseits: Ohne Eigenverantwortung hätten wir weder Kraft noch Geld, anderen zu helfen. Wenn alle Probleme in dieser Gesellschaft von anderen gelöst werden sollen, versinkt die Gesellschaft in die Unzufriedenheit. Die Sehnsucht nach allgemeiner, allumfassender Betreuung beraubt die Menschen auch der Erfahrung, für sich selber zuständig zu sein und mit eigenen Problemen fertigzuwerden.

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Sehr richtig!)

Die Eigenverantwortung ist nicht weniger Stütze unserer Humanität als die Solidarität.

Die Unfähigkeit, Niederlagen und Schmerz selbständig zu verwinden, alles das sind Symptome ein und derselben Erscheinung: des Verlustes unserer Fähigkeit, dem Leben die Stirn zu bieten, des Verlustes von Werkzeugen, mit deren Hilfe der einzelne kraft seiner eigenen geistigen Bestände sich das Gleichgewicht angesichts von Niederlagen und Leiden wieder herstellen konnte.

**Bundesminister Dr. Blüm**

(A) Das sagt der große marxistische Humanist Leszek Kolakowski.

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Der kannte die Gesundheitsreform noch nicht, Herr Blüm!)

— Seien Sie nicht so banal.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN — Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Das ist überhaupt nicht banal!)

Ich frage mich, ob wir in Gefahr sind, ein perfekt funktionierendes Gesundheitssystem anzustreben, das **Tod und Leiden** verdrängt. Meine Damen und Herren, ich bin ganz sicher: Wenn wir den Tod aus dem Leben verdrängen, wenn wir, vom Gesundheitssystem unterstützt, den Versuch unternehmen, einen heillosen Wettbewerb mit dem Tod aufzunehmen,

(Frau Fuchs [Verl] [SPD]: Das ist unglaublich!)

nehmen wir den Menschen die Chance zur Solidarität,

(Frau Unruh [GRÜNE]: Ich dachte schon: zum Sterben!)

die auch aus der Todesdrohung entsteht, und auch die Chance zum Glück.

Nochmals Leszek Kolakowski:

Wer das eigene Leid verdrängt, kann das Leid der anderen besser ertragen.

Insofern, meine Damen und Herren, geht es in dieser Gesundheitsreform, wie ich glaube, nicht nur um Mark und Pfennig, sondern auch darum, daß wir uns kein neues Gehäuse von Fremdbestimmung schaffen. Sind wir nicht schon in der Versuchung,

(Dreßler [SPD]: O Gott!)

mit Tabletten und Tröpfchen alles Denkbare zu behandeln? Wir neutralisieren unseren Lebensrhythmus

(Lachen bei der SPD)

durch einen wechselnden Rhythmus von Weck- und Beruhigungsmitteln. Die wohltemperierte Gesellschaft mit immer gleich gesteuerter Stimmungslage! Ich bin ganz sicher: Sie produziert nichts anderes als Angst und Langeweile.

Insofern geht es in dieser Reform auch um die **Selbsterhaltung** des Menschen, seine Rettung vor einem allseits totalitär betreuenden Staat, einem Staat, der ihn überall mit seinen Versprechungen trifft, er werde ihm alle Probleme und damit auch alle Entscheidungen abnehmen.

Der Sozialstaat muß umgebaut werden. Bäume wachsen nicht in den Himmel. Wir bauen Überversorgung, Verschwendung und Vergeudung in unserem Krankenversicherungssystem ab. Mit den Mitteln, die wir beispielsweise durch die Festbeträge von der Pharmaindustrie sparen — rund 2 Milliarden DM —, haben wir schon mehr als ein Drittel des Geldes erwirtschaftet, das wir anschließend, besser angewendet, für die Pflegebedürftigen einsetzen. Unser Sozialsystem hat für vieles Geld, für manches zuviel. Vernachlässigt werden noch immer die Pflegebedürftigen. Wir wollen sie unterstützen. Ich frage auch hier:

Bedeutet das wiederum „den Großen geben“? Nochmals frage ich: Heißt das „den Kleinen nehmen“? (C)

Ab 1. Januar besteht ein Anspruch auf die Übernahme der Kosten bis zu vier Wochen je Kalenderjahr, wenn eine Pflegeperson Urlaub machen will. Das liest sich so kalt im Gesetzestext. Aber die Mutter oder der Vater, der Sohn oder die Tochter, die 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche, 52 Wochen im Jahr immer für das Kind, für die Mutter, für den Vater oder für die Schwiegermutter zuständig sind, wollen auch einmal aufatmen und Urlaub machen. Das ist ganz handfeste Sozialpolitik. Deshalb halten wir den Protest aus. Wir verwenden das Geld für diejenigen, die gar nicht protestieren können, weil sie zu Hause ans Bett gefesselt sind. Für die machen wir Politik!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zwei Jahre später soll mit Geld- und Sachleistungen eine weitere Hilfe hinzukommen. Ab 1. Januar 1991 wird die Pflegekraft den schwer **Pflegebedürftigen** monatlich mit bis zu 25 Pflegeeinsätzen versorgen. Die Kosten übernimmt die Krankenkasse.

Wie zynisch war es, Frau Wilms-Kegel, daß Sie vorhin sagten: Eine Stunde; und die 23 übrigen Stunden? — Ist Ihnen denn eigentlich nicht aufgefallen, daß bisher 24 Stunden nichts war? Mit 5 Milliarden lösen wir jetzt keineswegs alle Probleme. Das sage ich doch gar nicht. Aber 5 Milliarden, für die Hilfsbedürftigen aufgebracht, sind mir lieber als 50 Jahre Expertendiskussion darüber, wie es gemacht werden soll. Experten haben jetzt lange genug darüber diskutiert, wer zuständig ist. Die würden noch 20 Jahre über Zuständigkeiten diskutieren — und die Pflegebedürftigen würden allein gelassen. Diese subtilen Trennungslinien zwischen langfristig Kranken, die die Krankenkasse versorgt, und Pflegebedürftigen habe ich überhaupt noch nie ziehen wollen. Da mögen die Scholastiker weiter diskutieren. Bevor die weiter diskutieren, handeln wir. Wir helfen heute und jetzt. Das ist ein uraltes christliches Prinzip. So, wie der Samariter nicht erst große Werke gelesen, sondern den Hilfsbedürftigen aufgesucht hat, und so, wie der heilige Martin nicht erst Verteilungstheorie studiert,

(Kolb [CDU/CSU]: Und vor allem nicht 16 Semester!)

sondern den Mantel geteilt hat, machen wir es auch!

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage: Liebe Pflegebedürftigen, kauft euch einmal etwas von den ganzen Papieren und Programmen, die die SPD über 20 Jahre zur Pflege beschlossen hat! Weniger Papier! Wir schaffen soziale Praxis. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Fragen Sie sie einmal, ob sie sich von den Papieren auch nur eine einzige Mark beschaffen können!

Ich komme zu weiteren Punkten, zunächst zum Ausbau der **Vorsorge**. Während die Pflege die Solidarität stärkt, wird die Vorsorge die Eigenverantwortung stützen. Gesundheit darf ja nicht erst dann zur Sorge werden, wenn die Krankheit da ist. Man soll das Kind



**Bundesminister Dr. Blüm**

- (A) nicht erst aus dem Brunnen holen; jedenfalls ist es besser, vorher den Brunnen abzudecken. Das ist uralt.

(Lachen bei der SPD)

— Wenn es im Brunnen liegt, wird es herausgeholt. Aber Vorbeugen ist besser als Heilen.

Wir sind ein Land mit einem großen Ausgabenvorsprung im Zahnersatz und gleichzeitig mit einer großen Verspätung in der Zahnprophylaxe. Dieses Mißverhältnis wollen wir beseitigen.

Wir wollen einen neuen Impuls für **Zahnvorsorge**. Die Krankenkassen beteiligen sich künftig aktiv an der Organisation und Finanzierung der Zahnvorsorge in Schulen und Kindergärten. Die Krankenkassen übernehmen Kosten für individuelle Vorsorgeuntersuchungen. Wer regelmäßig für seine Zahngesundheit sorgt, wird dies später von der Solidarkasse durch einen höheren Zuschuß beim Zahnersatz belohnt bekommen.

Die bisher ausschließlich zur Früherkennung von Krebsgefahren durchgeführten Gesundheitsuntersuchungen werden auf die großen **Zivilisationskrankheiten** Herz- und Kreislauferkrankungen, Diabetes, Nierenerkrankungen ausgedehnt. Vielleicht verschwindet mit diesem Gesundheits-Check-up auch etwas die Berührungs-, die Schwellenangst, unter der die Krebsvorsorge noch immer leidet.

**Kinderuntersuchungen** zur Früherkennung von Krankheiten, die die Entwicklung der Kinder gefährden, werden ausgebaut. Der Anspruch besteht jetzt zwei Jahre länger, bis zum sechsten Lebensjahr.

- (B) Bei der Verhütung von **arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren** werden die Kassen in Zukunft mehr mitwirken können und ihre Erkenntnisse in den Dienst der Prävention stellen.

(Kirschner [SPD]: Wie? Konkret!)

Dazu gehört eine enge Zusammenarbeit mit den Unfallversicherungsträgern und den für den Arbeitsschutz zuständigen Stellen.

Meine Damen und Herren, auch wieder Kontrastprogramm: Heute morgen habe ich auf der Fahrt hierher das Plakat der SPD gelesen.

(Zuruf von der SPD: Zitat!)

— Zitat —: „Wir sagen: vorbeugen statt abkassieren.“ Ja, das sagt ihr, wir machen's.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Widerspruch bei der SPD)

— Nein, wir machen's. Ihr sagt: vorbeugen statt abkassieren; wir machen es: vorbeugen statt abkassieren.

(Erneuter Widerspruch bei der SPD)

— Seid doch nicht so neidisch, daß eure ganzen Aktivitäten rein theoretischer Natur sind. In den 13 Jahren, in denen ihr es gekonnt hättet, habt ihr es nicht gemacht. Und jetzt lauft ihr hechelnd hinter uns her und bringt nichts Anständiges, außer neidischer Kritik, zustande.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Solidarität für die Pflegebedürftigen, Eigenverantwortung durch Vorsorge, mehr Wettbewerb durch Festbeträge! (C)

Der **Festbetrag** ist, finde ich, der originellste Einfall dieser Gesundheitsreform; es ist wirklich ein origineller Einfall. Offenbar wird er noch immer mißverstanden: Es ist kein Festpreis, wir setzen keine Preise fest. Wenn bei mehreren gleichguten Medikamenten unterschiedliche Preise vorhanden sind, warum soll die Krankenkasse dann das teuerste Medikament bezahlen? Warum soll die Krankenkasse, wenn der gleiche Wirkstoff gegeben ist — manchmal ist nur die Farbe der Tablette ein bißchen anders; das eine Medikament kostet 30, das andere 90 DM —, das teuerste Medikament bezahlen? Ich frage Sie: Wieso soll die Solidarkasse jeden Preis bezahlen, den die Pharmaindustrie verlangt? Wo kommen wir da eigentlich hin?

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Mit diesem Festbetrag kommt es endlich zum **Wettbewerb**. Ich bin ganz sicher, daß sich die Höchstpreisanbieter ganz schnell — das ist der Sinn der Marktwirtschaft, das ist die ganze Intelligenz der Marktwirtschaft — in der Nähe der preiswerteren Konkurrenz ansiedeln werden. Und damit zerstören wir in der Tat eine Arbeitsteilung, nämlich die Arbeitsteilung: Der Arzt verschreibt, die Apotheke gibt aus, der Patient erhält's und die Krankenkasse bezahlt's. Das war bisher die Kette.

(Günther [CDU/CSU]: Und die Pharmaindustrie verdient!)

— Und die Pharmaindustrie verdient, gut. (D)

Ich glaube, daß der Wettbewerb die Forschung nicht behindert. Wettbewerb ist immer innovativ. Im übrigen: Die forschende Industrie wird durch Patentschutz, Verwertungsschutz und Schutzfristen bei der Festbetragsregelung geschützt. Und bevor die Pharmaindustrie, lieber Kollege Rappe,

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist er denn da? — Becker [Nienberge] [SPD]: Ja, er sitzt da hinten!)

um auch Ihnen die Sorge zu nehmen, eine D-Mark für Forschung einspart, hat sie noch mehr als genug Sparmöglichkeiten im Marketingbereich.

Unmengen von Zeitschriften werden kostenlos ausgegeben. So schrieb mir — ich verlasse mich immer auf die Praxis — ein Arzt — Zitat aus einem Brief —:

Mindestens ein halber Mülleimer pro Woche geht nur auf das Konto ungelesener weggeworfener Pharma-Werbezuschriften incl. der nicht bestellten Zeitschriften.

(Kolb [CDU/CSU]: Ein Beschäftigungsprogramm besonderer Art!)

Multipliziert mit der Anzahl Kassenärzte in Deutschland wahrhaftig ein gigantischer Müllberg . . . Ich hoffe sehr, daß es Ihnen mit Ihrem Gesundheits-Reformgesetz gelingen möge, diese auch umweltpolitisch skandalösen Werbemethoden einzuschränken.

Im übrigen lebt die Pharmaindustrie nicht nur von der Krankenversicherung, sondern auch vom Export und

**Bundesminister Dr. Blüm**

- (A) von vielen Arzneimitteln, die gar nicht unter dem Dach der Krankenversicherung bezahlt werden.

Ich appelliere in dem Zusammenhang auch an die **Ärzte, ihrer Verantwortung bei der Arzneimittelverschreibung** gerecht zu werden — eine hohe Verantwortung! Tonnenweise landen Medikamente auf der Müllhalde. Im Müllcontainer einer Sondermüllsammung von fünf baden-württembergischen Landkreisen sammeln sich alle sechs Wochen 35 Kubikmeter unbenutzter Arzneimittel — das sind rund 100 000 Arzneimittelpackungen —,

(Kirschner [SPD]: Was tun Sie konkret dagegen?)

wie mir ein Geschäftsführer einer AOK schrieb. Er legte mir auch gleich das Photo eines gefüllten Müllcontainers bei.

Eine Schulklasse in Euskirchen hat Sondermülldeponien untersucht: 37 % der Medikamentenpackungen, die dort gelagert waren, waren gar nicht angebrochen. 60 % der Packungen enthielten noch über die Hälfte des ursprünglichen Inhalts, ungenutzt. Man kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß es für die Gesundheit gar nicht gut wäre, wenn alle Medikamente verbraucht würden, die verschrieben worden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann nur wünschen, daß nicht all das, was verschrieben wird, auch verbraucht wird. Aber ganz sicher bin ich, daß es nicht gut ist, daß die Krankenkassen dies alles bezahlen. Fachleute schätzen, daß 5 Milliarden DM zum Fenster herausgeworfen werden, weil die Medikamente gar nicht genutzt werden. Diese 5 Milliarden DM nehmen wir besser für die Kranken.

Daß es im Bereich der Massagen, Kuren und Heilmittel Mißbrauch und Verschwendung gibt, das hat der „Blüm-Bauch“ bewiesen. Da ist das System offenbar ganz widerstandslos; sonst käme es ja nicht zu diesen Steigerungen.

Noch kurz zu den **sozialen Rücksichten**. Kein sozial Schwacher braucht diese Reform zu fürchten. Es gibt keine Zweiklassenmedizin.

Erstens. Wir haben die **Härteklause**. Ich sage noch einmal: Alleinstehende mit einem Einkommen unter 1 232 DM

(Frau Unruh [GRÜNE]: Brutto!)

brauchen für Zahnersatz, stationäre Vorsorge, Arznei- und Heilmittel sowie für Fahrtkosten nicht zu zahlen, Verheiratete mit einem Einkommen unter 1 694 DM, mit drei Kindern: 2 618 DM. Nicht angerechnet werden Kindergeld, Erziehungsgeld, BAföG und Wohn-geld.

Zweitens. Ganz familienfreundlich ist die **Überforderungsklausel** — das ist etwas ganz Neues —, damit niemand überfordert wird. Was ist daran Bürokratie, wenn auch der Versicherte ein bißchen mitrechnet? Ich finde es ganz im Sinne von Kostenbewußtsein, daß er sich endlich einmal dafür interessiert, was die ganze Sache kostet. Die Überforderungsklausel beschränkt die Zuzahlung bei Arzneimitteln, Heilmitteln

sowie bei Fahrtkosten auf 2 % des Einkommens, oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze auf 4 %. (C)

Nur ein Beispiel: Jemand, der 3 200 DM im Monat verdient — mit den Freibeträgen für drei Kinder —, muß bestenfalls, wenn alles zusammenkommt, 35,65 DM zahlen, mit einem Kind 48,25 DM. Kinder und Jugendliche stehen sich besser als vorher: Sie sind bis zum 18. Lebensjahr befreit von der Zuzahlung bei Arzneimitteln, Heilmitteln, Kuren und Krankenhausaufenthalten.

Ich will das Wort „Transparenz“ wegen der fortgeschrittenen Zeit nur kurz erwähnen. Warum soll denn eigentlich die Krankenversicherung eine Dunkelkammer bleiben? Warum sollen wir in der Krankenversicherung denn nicht das machen, was die private Krankenversicherung seit eh und je macht? Warum soll die Krankenversicherung, die gute alte Krankenkasse, nicht wissen, für was sie bezahlt? Jeder anständige Kunde muß von einem anständigen Verkäufer erfahren, für was die Leistung erbracht wurde. Das kann ja auch nicht schaden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zu den bescheidenen **Stichproben**. Von 70 000 niedergelassenen Ärzten werden bei 1 400 — bei 2 % — im Quartal Stichproben genommen. Ein anständiger Arzt — ich gehe davon aus, daß die überwiegende Zahl der Ärzte anständig ist — braucht die Stichprobe nicht zu fürchten. Die schwarzen Schafe, die es überall gibt, ja, die sollen die Stichprobe fürchten; das ist der Sinn der Übung.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP) (D)

Meine Damen und Herren, wir wollen eine Reform, in der der Staat nicht alles tut. Deshalb sind wir sehr darauf angewiesen, daß wir, wenn wir heute beschließen, allen Streit vergessen und zusammenarbeiten. Laßt uns zusammenkommen: Ärzte, Zahnärzte, Kassen, Pharmaindustrie, Apotheker. Wir müssen jetzt alle an einem Strang ziehen; denn jetzt ist der Beweis fällig, ob die **Selbstverwaltung** ihre Chance nutzt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wer für Selbstverwaltung ist — ich bin dafür —, der muß den Erfolg wünschen.

Ich füge allerdings folgendes hinzu, ohne mit meiner Philosophie in Widerspruch zu geraten: Ich betrachte das Selbstverwaltungsrecht als ein Vorfahrtsrecht. Vorfahrt für parkende Autos gibt es auch im Straßenverkehr bekanntlich nicht. Notfalls muß der Staat als Ersatzmann eingreifen. Ich wünsche es mir nicht. Ich möchte das System der Subsidiarität erhalten, wo wir zusammen mit den Partnern, mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die gemeinsame Verantwortung für unsere gute alte Krankenkasse erhalten, in der jeder, der hilfsbedürftig ist, auch weiterhin Hilfe erhalten wird, in der Pflegebedürftige zum erstenmal angenommen, unterstützt werden, mehr als je zuvor.

Auf diese Reform können wir stolz sein. Sie ist eine große Anstrengung. Vor uns hat sie niemand zustande gebracht. Deshalb war diese Reform nötig. Ich danke

**Bundesminister Dr. Blüm**

(A) allen, und hier sitzen sie, die sie möglich gemacht haben.

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Abgeordnete Egert.

(Unruhe bei der CDU/CSU)

**Egert (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorfreude auf dieser Seite muß sich ja noch in Grenzen halten, weil Sie ja nicht wissen können, meine Damen und Herren, was ich Ihnen heute sagen werde.

Meine Fraktion war so gütig, mir 15 Minuten Zeit zu schenken. Ich habe während dieser fast einstündigen Rede des Ministers darüber nachgedacht: Was machst du mit diesem sorgsam zu behandelnden Geschenk deiner Fraktion?

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Eine Minute ist schon weg!)

— Was sind Sie für ein Dummkopf, wirklich, Herr Kollege. Was sind Sie für ein Dummkopf!

Ich werde drei Dinge versuchen. Die erste Bemerkung ist eine, die mit der Arbeit im Ausschuß zu tun hat. Hier war man so freundlich, zu sagen: Der Vorsitzende war fair und hat das alles noch gemacht.

(Beifall des Abg. Scharrenbroich [CDU/CSU])

(B) — Danke für den Beifall. — Da will ich sagen: Man mag, Herr Dr. Becker, mit dem Lebensrhythmus der Abgeordneten, der Männlein und Weiblein, die da arbeiten, Schindluder treiben, obwohl ich selbst dahinter ein dickes Fragezeichen setze, aber was man nicht darf, ist, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschußsekretariats und deren Gesundheit Schindluder zu treiben.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb hier einmal ein herzliches Dankeschön an die Adresse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausschußsekretariat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will das unterstreichen: Der Bericht, der Ihnen vorliegt, und dessen sorgfältige Lektüre ich vielen der Kolleginnen und Kollegen empfehle, auch denen, die an diesem Terrorprozeß nicht teilnehmen mußten, hat 428 268 Anschläge; ich sage bewußt: 428 268 Anschläge. Es ist die fünfte Fassung. Da hat eine Sekretärin im Ausschuß immer wieder erneut arbeiten müssen. Das war die Arbeit nach Abschluß am 14. November. Die Sekretärin verdient ein herzliches Dankeschön für diese Mühe, ebenso die Berichterstatter und alle anderen Beteiligten. Dies gilt außerhalb des Ministers und seiner politischen Beamten auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Die waren mit uns in dem gleichen Streß, häufiger in einem größeren Streß als die Kolleginnen und Kollegen im Ausschuß.

Übrigens verweise ich zu der Beratungssituation im Ausschuß, Herr Minister, auf die Passagen über die Umstände der Beratung, einfach deshalb, weil Sie sich heute darüber gesorgt haben, wo und wann Demokratie zu was verkommt. Ich empfehle Ihnen die Lektüre dieses Berichts mit dem Hinweis, sich darüber zu sorgen, wohin der deutsche Parlamentarismus verkommt, wenn dieses Verfahren üblich wird und sich wiederholt.

(Beifall bei der SPD, der Abg. Frau Unruh [GRÜNE] und des Abg. Wüppesahl [fraktionslos])

Ich kann Ihnen, Herr Minister, diese Lektüre nur als Bettlektüre empfehlen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich will auf einen zweiten Punkt eingehen. Herr Minister, ich hatte wirklich gehofft — ich gebe zu, es war eigentlich eine vergebliche Hoffnung —, daß Sie der Bitte meiner Kollegin Wilms-Kegel, die der Präsident gerügt hat, entsprechen und das Parlament entsprechend der Würde dieses Hauses behandeln. Sie haben es geschafft, heute eine Vorstellung mit einer Mischung mit Karneval zu geben. Frau Kollegin, das war nicht nur Karneval. Wenn Kolakowski bemüht wird, sage ich: Wenn diese Alltagsphilosophie in die Debatte eingeführt wird, kriege ich feuchte Augen. Wenn noch eine Reihe von Kalendersprüchen hinzukommt, ist es der übliche Blüm, der hier heute abgeliefert worden ist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das hätte ich angesichts des ernstesten Ereignisses, über das wir hier miteinander zu verhandeln haben, wirklich nicht erwartet. Er hat es geschafft, ich weiß nicht, wieviel Minuten — man müßte das eigentlich aus dem Protokoll herausuchen lassen —, über ein **Flugblatt der SPD** zu sprechen.

(Feilcke [CDU/CSU]: Solch eine Beachtung habt ihr gar nicht verdient!)

Herr Kollege Feilcke, Ihr Minister, der uns einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, zu dem uns jetzt eine Abstimmungsunterlage mit insgesamt 529 Seiten vorliegt, regt sich über eine Stunde lang über eine Seite eines Flugblatts der SPD auf, und dann noch, wie ich finde, in unzutreffender und ungeschickter Art und Weise. Wenn es in der Sache noch etwas genützt hätte, würde ich sagen: Na gut, jeder nimmt sich den Gegenstand der Erörterung, den er meint, finden zu können.

Herr Minister Blüm, Sie haben gesagt, das sei eine Summe von Halbwahrheiten, Lügen usw. Ich will das nicht wiederholen.

Ich will an das erinnern, was mein Kollege Dreßler gesagt hat. Er hat gesagt, von der Erhöhung der Zuzahlung bei Zahnersatz erwarten Sie Einsparungen von 2,35 Milliarden DM, von den Einschränkungen bei der Kieferorthopädie 200 Millionen DM, von den Einschränkungen bei Fahrtkosten 580 Millionen DM, von der Kürzung des Sterbegeldes 910 Millionen DM, von der Erhöhung der Zuzahlung beim Krankenhausaufenthalt 270 Millionen DM, von der Kürzung des Kurzuschusses 165 Millionen DM, von dem Lei-

**Egert**

- (A) stungsausschluß bei sogenannten Arzneimitteln 300 Millionen DM, von der Erhöhung der Verordnungsgebühr bei Heilmitteln 100 Millionen DM, von Leistungskürzungen bei Brillen und Kontaktlinsen 1,05 Milliarden DM, vom Leistungsausschluß von Bagatellhilfsmitteln 230 Millionen DM und von der Erhöhung der Rezeptgebühr bei Arzneimitteln 100 Millionen DM. Hier ist gesagt worden, die Zahlen stimmen. Sie müssen ja auch stimmen, weil sie im Auschußbericht stehen. Herr Minister, wenn diese Erwartung stimmt und das alles Belastungen der Versicherten sind, was ist dann falsch an dem Vorwurf, daß Sie zu Lasten der Versicherten abkassieren?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist der Gehalt dieses Flugblatts. Darüber, ob das in der 125jährigen Geschichte meiner Partei die geschickteste und intelligenteste Variante eines Flugblattes ist, könnten wir in eine ästhetische Betrachtung eintreten. In der Sache hilft das aber nicht weiter. Da würde ich raten, daß Sie sich den Sachen selber zuwenden.

Herr Minister, nun will ich zu einer zweiten Wahrheit kommen. Sie haben hier vor dem Bundestag gesagt: Es braucht ein **Solidaropfer der Pharmaindustrie** von 1,7 Milliarden DM. Ich meine, da stand irgendwo im Protokoll „Beifall im ganzen Hause“.

(Zuruf von der SPD: Er wurde größer!)

Dieser Beitrag der Pharmaindustrie ist nicht gekommen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Doch!)

- (B) Herr Minister, Ihr Wortbruch kostet die Versicherten genau eine Milliarde DM mehr, die Sie darüber hinaus abkassieren mußten. Das ist die Wahrheit Ihres Umgangs mit den Versicherten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Minister, wenn Sie sich schon der Gefahr aussetzen, Geschichte schreiben zu wollen, und wenn Sie als Historiker auch noch prominent werden wollen — ob berühmt, weiß ich nicht —, müssen Sie die ganze Wahrheit einer Geschichte schreiben. Ich komme auf das Jahr 1982 zurück. Das Problem ist nämlich, daß der von mir verehrte Präsident, damals mein unmittelbarer Vorgesetzter, und der Kollege Dreßler, heute Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, und ich die politisch Verantwortlichen im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung waren.

(Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt wissen wir es!)

Erste Feststellung: Als es um die Frage der Zuzahlung beim Krankenhausaufenthalt ging, hat damals der von mir geschätzte Minister Westphal öffentlich erklärt, daß er für die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme nicht in Anspruch genommen wird.

Zweite Feststellung: Der Gesetzentwurf, der vor dem Hintergrund einer ernsthaften Koalitionskrise — dieser Versuch hat nur drei Monate gehalten — im Juni auch diese Frage mit eingeschlossen hat, ist hier im Bundestag gelesen worden. Der damalige sozialpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, mein von mir sehr geschätzter Vorgänger im Amt,

Herr Kollege Glombig, hat für die SPD-Fraktion hier deutlich gemacht, daß die Zuzahlung von 5 DM im Falle eines Krankenhausaufenthalts nicht mit der SPD-Bundestagsfraktion zu machen ist. (C)

(Beifall bei der SPD)

Das hat der damalige Fraktionsvorsitzende, Herr Herbert Wehner, ausdrücklich bestätigt. Dann ist es im übrigen auch bei diesem Vorschlag geblieben, weil irgendwelche Umstände, die ich jetzt nicht historisch beleuchten will, im Herbst des Jahres dazu geführt haben, daß eine neue Regierung gekommen ist.

Herr Minister, es ist auch deshalb unredlich, dies hier so darzustellen, weil Sie selbst und andere gesagt haben, das sei kein Steuerungsinstrument und taue nichts. Da wir aufgefordert sind, die Geschichte von Anfang an zur Kenntnis zu nehmen, stelle ich fest: Es ist gesagt worden, das werde abgeschafft. Dann hat das Geld wegen des — so sage ich — nicht vorhandenen Solidaropfers der Pharmaindustrie nicht gereicht. Dann hat man gesagt: Machen wir es mit 5 DM oder mit 10 DM; das rechnet sich. Das ist in der Belastungssituation der Versicherten eine Belastung von 140 DM für den Krankenhausaufenthalt, Herr Minister.

Also sollte man Geschichte nur dann schreiben, wenn man es kann. Wenn man es nicht kann, muß es nach dem Motto „Schuster bleibe bei deinen Leisten“ in den Zettelkästen bleiben, Norbert Blüm.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nun zu dem von ihm bemühten — er hat ja gesagt, er bekomme Tränen in den Augen — Kolakowski. Was hat Ihnen der arme polnische marxistische Philosoph getan, daß Sie ihn in die Debatte des Deutschen Bundestages einführen? (D)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Haben Sie denn zur Sache nichts zu sagen, Herr Minister, daß Sie auf ein Kolloquium ausweichen müssen? Wir sind hier der Deutsche Bundestag; wir sind nicht ein Symposium in Davos oder wo sonst man eine Anleihe machen will.

(Zuruf von der SPD: Dem Kolakowski kämen die Tränen, wenn er den Gesetzentwurf lesen würde!)

Nun hat mir meine Fraktion aufgetragen — dafür habe ich nur noch fünf Minuten Zeit; ich bitte um Nachsicht; der Minister hat mich mit anderen Dingen abgelenkt —, zu dem Thema **Pflege** etwas zu sagen. Denn da sagt der Minister ja: Dies ist es; dies lohnt alle Opfer, weil wir den Schwerpflegebedürftigen helfen können. Ich habe etwas dagegen, Herr Minister, daß Sie mit dem Bild der Mutter mit dem schwerpflegebedürftigen Kind hier hausieren gehen. Das ist eine ganz schwierige Sache. Sie wird noch schwieriger, wenn Sie die soziale Notlage der Mutter mit dem schwerpflegebedürftigen Kind gegen die soziale Notlage kranker Menschen aufrechnen. Dies ist doch zynisch, Herr Minister. Dies ist der falsche Weg der Finanzierung, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen sind wir gegen diese Regelung. Wir sind es nicht deswegen, weil wir diesen Tatbestand nicht regeln wollten.

**Egert**

- (A) Nun ein Zweites, Herr Minister, in bezug auf die Frage der Pflegebedürftigkeit. Sie fragen: Was tun die alle? Sie machen Papier, und es kommt nichts heraus. — Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß die sozialdemokratisch regierten Länder Bremen und Berlin letzteres zu der Zeit, als wir dort noch die politische Mehrheit hatten, bereits Pflegegeldsätze gemacht haben. Damals waren Sie noch nicht dabei, Papiere zu bedrucken. Das will ich einfach einmal wegen der Geschichte feststellen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist also nicht so, als ob diese beiden Oppositionsfraktionen nicht wüßten, wie es denn mit einem Pflegegeldleistungsgesetz gehen soll. Das wissen sie schon. Die Frage ist nur: Schaffen wir innerhalb des Bundeshaushalts die Voraussetzungen dafür, ein solches Leistungsgesetz mit Steuern zu finanzieren? Denn es kann doch nicht so sein, daß die Beitragzahler in der Krankenversicherung für das aufkommen müssen, was der Staat und was die Gesellschaft allen schulden und was da bezahlt werden muß, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dies ist der konzeptionelle Unterschied, den wir haben und der uns sofort handlungsfähig macht, wenn Minister Stoltenberg Minister Blüm erlaubt, mehrere Milliarden DM dafür zu verwenden. In bezug auf das Volumen ist das, was Minister Blüm sagt, ja richtig. Darüber streiten wir gar nicht. Nur muß die Finanzierung aus dem Steuersäckel kommen. Hier erwarten wir allerdings, daß Sie sich bewegen.

- (B) Wenn Sie schon versuchen, die Oppositionsfraktionen hier madig zu machen, dann frage ich Sie: Wo war eigentlich die heute von uns zur Bundestagspräsidentin gewählte — dazu meinen Glückwunsch und meine Unterstützung — Ministerin, die für diese Frage eigentlich zuständig ist? Wo ist denn das Pflegekonzept dieser Bundesregierung?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hier wird durch die Krankenversicherung in einer falschen Art und Weise vorgeleistet. Dies ist der Punkt, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Brüllen Sie doch nicht so! Wir sind nicht schwerhörig!)

Nun will ich Ihnen, aufbauend auf ein paar Grundsätzen, sagen, was wir als Einstiegslösung vorschlagen, damit der Minister nicht wieder sagt: Der Egert hat ja gar nicht ausgeführt, wie wir es denn machen sollen.

(Zuruf von der SPD: Er kann es ja nachlesen!)

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen niemanden ausgrenzen. Die Leistungen unseres Pflegekonzeptes werden unabhängig von Alter oder Ursache der Pflegebedürftigkeit gezahlt. Daß wir dies so wollen, ist übrigens ebenfalls ein Erfolg sozialdemokratischer Rehabilitationspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Finanzierung nicht auf Versicherte in der Krankenversicherung beschränken. Wir diskriminieren die Heimpflege nicht — das ist nämlich das

nächste Problem —, sondern wir beziehen Betroffene in stationärer Pflege von Beginn an in unser Gesamtkonzept ein. (C)

Auch den begünstigten Personenkreis wollen wir weiter fassen. Unser Konzept sieht bereits bei erheblicher Pflegebedürftigkeit Leistungen vor. Dies erleichtert die Rehabilitation, beugt Verschlechterungen des Gesundheitszustands vor und erhöht die Pflegebereitschaft der Familien.

Wir wollen auch keine Bevormundung der **Pflegebedürftigen** durch die Krankenkassen, sondern mehr **Selbstbestimmung** für die Betroffenen. Niemand soll mehr langfristig wegen Pflegebedürftigkeit auf Sozialhilfe angewiesen sein. Deshalb schlagen wir für die Einstiegsphase einer Neuregelung keine Sachleistung vor, sondern ein gestaffeltes **Pflegegeld** als Geldleistung. Es soll ausschließlich an den Grad der Pflegebedürftigkeit anknüpfen.

Wir wollen alle Pflegebedürftigen gleichbehandeln. Deshalb schlagen wir vor, das Pflegegeld auch an stationär Pflegebedürftige zu zahlen. Für uns ist der Vorrang der häuslichen Pflege kein Lippenbekenntnis. Deshalb wollen wir die Pflegekraft der Familie stärken. Wir wollen einen Einstieg mit Perspektive, keine Minimallösung innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung, die zwingend in die Sackgasse führen muß.

Deshalb ist unser Vorschlag zunächst auf sechs Jahre befristet. Wir wollen anschließend über weitere Verbesserungen entscheiden. Wir sehen von Beginn an flankierende Maßnahmen wie eine verstärkte Beratung, Wohnungshilfe und die Öffnung der Krankenversicherung für Rehabilitationsleistungen vor. (D)

Finanzieren wollen wir dies sowohl zu Lasten der Steuermehreinnahmen als auch durch die Korrektur der aus unserer Sicht unsozialen Elemente der Steuerreform. Deswegen ist die Abschaffung des Pflegegeldes anstelle der Steuergeschenke an Reiche unsere sozialdemokratische Alternative.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie deshalb, dem Änderungsantrag der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Abgeordnete Seehofer.

**Seehofer (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Politik ist nicht entscheidend, was man sagt, sondern was man tut. Herr Kollege Egert, auch Ihre Ausführungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Sie 1982 als Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und FDP vorgeschlagen haben: eine Erhöhung der Rezeptblattgebühr, eine Erhöhung der Zuzahlung für die Kuren — 10 DM — und eine Zuzahlung in Höhe von 5 DM für die Krankenhausaufenthalte.

Sie sagen heute, Sie wollten es gar nicht. Es handelt sich aber um einen Gesetzentwurf der Fraktion der

**Seehofer**

- (A) SPD. Entscheidend ist, daß Sie es damals so beschlossen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir reden jetzt seit drei Jahrzehnten über die Notwendigkeit einer **Gesundheitsreform**. Herr Kollege Egert, Sie haben 13 Jahre von diesen drei Jahrzehnten regiert. Wenn Sie in diesen 13 Jahren so schnell gehandelt hätten, wie Sie heute Ihr Mundwerk haben laufen lassen, dann wäre die Geschichte längst erledigt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bestreite ja gar nicht, daß dieses Reformwerk schwierig ist. Ich kenne kein Sozialgesetz, das einen so großen Bevölkerungskreis und so unterschiedliche Interessen anspricht wie dieses Gesundheits-Reformgesetz. Deshalb gehört zu einem derart schwierigen Reformvorhaben der Mut, Interessen zu berücksichtigen, sie auszugleichen und dann zu einer Lösung zu führen, die dem Gemeinwohl dient. Die jetzige Koalition hat die Kraft zu diesem Interessenausgleich gefunden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Krankenversicherung ist mehr als 100 Jahre alt. Es liegt auf der Hand, daß es Diskussionen auslöst, wenn man so eingefahrene, gefestigte Strukturen verändert. Mich überrascht diese Diskussion auch nicht. Was mich bedrückt, das ist der maßlose Egoismus, der bei vielen in der Argumentation verwandt wird. Niemand bestreitet die Notwendigkeit der Reform, aber keiner will seinen Teil dazu beitragen.

- (B) Es lohnt sich in der Tat, einmal mit denen zu reden, die draußen an der Front, in der Praxis, tätig sind, nicht mit denen, die irgendwo in Funktionärszirkeln sitzen. Ich möchte Ihnen einen Brief vorlesen, den ich kürzlich von einem Arzt aus meinem Wahlkreis erhalten habe. Er schreibt mir: „Ihre Äußerung anlässlich des Interviews mit dem ‚Donau-Kurier‘ über den grenzenlosen Egoismus aller Gruppierungen war mir aus dem Herzen gesprochen. Ich finde es erschütternd, wie sachliche Argumente vor der Profitgier aller Berufsschichten weichen müssen.“

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr gut!)

Ich würde manchem Verbandsfunktionär empfehlen, daß er sich einmal mit denen unterhält, die draußen an der Front in der Praxis tätig sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe Verständnis dafür, daß die Vertretung der eigenen Interessen durchgeführt wird. Diese Vertretung gehört zu einer freien Demokratie. Aber so sehr auf der einen Seite die Interessenvertretung dazugehört, so muß auf der anderen Seite der Gesetzgeber den Anspruch erfüllen, daß die Ordnung des Ganzen über dem Interesse des einzelnen oder einer Gruppe steht. Deshalb ist für uns in der Koalition das **Gemeinwohl** die oberste Richtschnur dieser Gesundheitsreform.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zu diesem Gemeinwohl gehört, daß alle Beteiligten zu diesem Reformkonzept ihren Beitrag leisten. Nach

dieser Gesundheitsreform sollen 13,8 Milliarden DM eingespart werden. (C)

Herr Kollege Dreßler, es ist ja eigenartig: Wenn es darum geht, draußen die Versicherten zu verunsichern, dann reden Sie immer von 13,8 Milliarden DM oder 14 Milliarden DM. Auf der anderen Seite haben Sie aber heute wieder hier gesagt: Diese Gesundheitsreform ist gescheitert, weil sie nicht einmal 5 Milliarden DM einspart.

(Dreßler [SPD]: Das habe ich nicht gesagt! Das ist die Unwahrheit, Herr Kollege!)

Jetzt müssen Sie sich eigentlich einmal klar werden: Was stimmt jetzt eigentlich? Ich fordere Sie auf, jetzt endlich einmal redlich zu diskutieren. Sie können ja nicht auf der einen Seite die Versicherten verunsichern, und auf der anderen Seite davon reden, daß diese Gesundheitsreform gescheitert ist.

(Dreßler [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

**Vizepräsident Westphal:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dreßler?

**Seehofer (CDU/CSU):** Ich gestatte keine Zwischenfrage.

(Dreßler [SPD]: Das habe ich mir gedacht: Unwahrheiten aufstellen und keine Zwischenfragen zulassen!)

Herr Kollege Dreßler, Sie sollten nicht fragen, Sie sollten sich informieren; denn ich habe den Eindruck, daß Ihre Einlassungen auch heute in der Hauptsache darauf zurückzuführen sind, daß Sie nicht wissen, was eigentlich im Gesetz steht. (D)

(Dreßler [SPD]: Sie sollten sich an die Wahrheit halten!)

Meine Damen und Herren, diese 13,8 Milliarden DM werden auf der einen Seite durch Leistungserbringer mit 6,7 Milliarden DM erbracht: Das sind die Festbeträge, das ist die Transparenz bezüglich der Leistungen und der Kosten, das ist die Verbesserung der Wirtschaftlichkeitsprüfungen, und das ist der effektivere Medizinische Dienst. Noch einmal: 6,7 Milliarden DM durch die Leistungserbringer. Die Versicherten erbringen 7,1 Milliarden DM durch die bereits hinreichend erwähnten Erhöhungen von Zuzahlungen, durch die Begrenzung des Sterbegelds und durch die Anpassung des Krankenversicherungsbeitrags der Rentner — 6,7 Milliarden DM die Leistungserbringer, 7,1 Milliarden DM die Versicherten. Die **Lasten dieses Gesundheitsreformgesetzes** sind angemessen auf alle Schultern verteilt.

Herr Kollege Dreßler,

(Dreßler [SPD]: Hier! Immer noch bei der Arbeit; aber bei der Wahrheit bin ich, nicht bei der Unwahrheit wie Sie!)

Sie können diese Zahlen unterschiedlich bewerten, aber Sie dürfen in einer redlichen Diskussion eines nicht machen: Sie dürfen hier vor der Öffentlichkeit nicht immer nur die 7,1 Milliarden DM für die Versicherten vorlesen — so wie der Kollege Egert —, aber die 6,7 Milliarden DM, die auf der Seite der Leistungserbringer gespart werden, verschweigen. Ich fordere

**Seehofer**

- (A) Sie auf, auch hier zur Wahrheit zurückzukehren, zu der Wahrheit, von der Sie heute so viel gesprochen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der SPD: Was hat das denn mit Wahrheit zu tun!)

Zu den **Festbeträgen**. Wissen Sie, Sie ordnen ja die Festbeträge und ihre Wirkungen so gerne den Versicherten zu. In der Realität: Es kann überhaupt kein Zweifel in der Realität darüber bestehen, daß der Festbetrag bei den Arzneimitteln, bei den Brillen, bei den Hörgeräten einen intensiveren Preiswettbewerb auslöst und damit zu Einsparungen auf der Leistungserbringerseite führt. Von diesen 6,7 Milliarden DM entstehen allein 3,3 Milliarden DM Einsparvolumen durch die Festbeträge. Das ist ein sehr sicheres Potential. Wenn Sie mit den Betroffenen draußen reden, nennen die Ihnen ganz andere Beträge: 5, 6 und 7 Milliarden DM Einsparvolumen. Wir haben realistisch gerechnet. Wir kalkulieren mit 3,3 Milliarden DM.

Jetzt lese ich Ihnen heute auch noch einmal vor, was mir der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Herr Muhr, zu den Festbeträgen mitgeteilt hat. Er schreibt hier wörtlich:

(Jaunich [SPD]: Wann? Sagen Sie das Datum! — Dreßler [SPD]: Das Datum!)

„Da wir auf Grund der bisherigen Mechanismen in verschiedenen Bereichen in eine Art Überversorgung hineingeschlittert sind, halten wir den Ansatzpunkt“, — wir, der DGB — „mit Festbeträgen die medizinischen notwendigen und wirtschaftlichen Leistungen

- (B) (Dreßler [SPD]: Das Datum, bitte!)

voll in den Leistungsrahmen der sozialen Krankenversicherung zu übernehmen, für richtig und geeignet, zur Kostendämpfung beizutragen.“

(Dreßler [SPD]: Sind Sie bereit, das Datum zu nennen, oder nicht? Das Datum, bitte! — Zuruf von der SPD: Wann hat er das geschrieben? Das Datum bitte!)

Das ist die Meinung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. An der sollten auch Sie sich orientieren.

Jetzt sagen Sie, Herr Egert: Wo bleibt eigentlich der Solidarbeitrag der Pharmaindustrie?

(Zuruf von der SPD: Halbwahrheiten! — Dreßler [SPD]: Nennen Sie das Datum des Briefs!)

Sie sagen, bei Leistungserbringern werde nicht eingespart. Ich zeige Ihnen einmal die neueste Schlagzeile des Deutschen Gewerkschaftsbundes — wenn Sie nach dem Datum gefragt haben: 15. Juni 1988 —,

(Dreßler [SPD]: Von diesem Brief, bitte!)

die Schlagzeile: Pharmafirmen droht Umsatzminus.

(Dreßler [SPD]: Von dem Brief, bitte!)

Das ist der Solidarbeitrag. Die IG-Chemie macht Front gegen den Festbetrag, gegen den Solidarbeitrag der Pharmaindustrie, den die Gewerkschaftszeitung des DGB, die „Welt der Arbeit“, kritisiert. Das ist die unredliche Diskussion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben auch Vorsorge getroffen, daß in dem Bereich, zu dem die Versicherten beitragen, **Überforderungen** insbesondere für Familien, für chronisch Kranke und für Rentner nicht entstehen können.

**Vizepräsident Westphal:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Egert?

**Seehofer (CDU/CSU):** Nein. Ich habe schon begründet, warum.

Warum verschweigen Sie, Herr Kollege Dreßler, eigentlich,

(Dreßler [SPD]: Hören Sie auf! — Zuruf von der SPD: Mit was haben Sie das begründet? — Dreßler [SPD]: Er hat Angst! Ihm schlottern doch die Knie!)

daß wir die **Zuzahlungen** bei Kindern und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr bei Arznei- und Verbandsmitteln, bei Heilmitteln, bei Krankenhausaufenthalten, bei stationären Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen nicht vorsehen?

(Dreßler [SPD]: Ihnen schlottern die Knie vor jeder Zwischenfrage!)

Das ist eine Verbesserung gegenüber dem geltenden Recht, weil das bisher nur bis zum 15. Lebensjahr möglich war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Warum verschweigen Sie, daß wir die **Familienhilfe** nicht nur beibehalten, sondern stärken? Bei gleichem Einkommen zahlen die Ledigen und Kinderreichen den gleichen Krankenversicherungsbeitrag. Bei Kinderreichen ist es aber so, daß mit diesem Beitrag alle Familienangehörigen mitversichert sind.

(Zuruf von der SPD: Ist das was Neues?)

Im Gegensatz zum bisherigen Recht gibt es für diesen mitversicherten Familienangehörigen ein eigenes Versicherungsrecht, das ihn unabhängig vom Ernährer der Familie macht.

(Dr. Blüm [CDU/CSU]: Sehr richtig! — Zurufe von der SPD: Können Sie die materiellen Auswirkungen schildern? — Was sagt uns das?)

Meine Damen und Herren, die gesetzliche Krankenversicherung begünstigt die Familien wie kein anderes soziales System in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Warum sagen Sie der Öffentlichkeit nicht, Herr Kollege Dreßler,

(Dreßler [SPD]: Immer noch bei der Arbeit! Bei der wahrhaftigen Arbeit!)

daß die **Festbeträge** bei Arzneimitteln und Brillen dazu führen werden, daß die Zuzahlungspflichten, die heute im Gesetz bestehen und die Sie 1982 erhöhen wollten,

(Zuruf von der SPD: Und die Sie jetzt erhöhen!)

wegfallen mit der Folge, daß die Versicherten künftig nichts mehr hinzuzahlen müssen? Das macht eine

**Seehofer**

- (A) Größenordnung von 690 Millionen DM aus — 690 Millionen DM wegfallende Zuzahlungen auf Grund der Festbeträge!

(Zuruf von der SPD: Dafür führen Sie Dutzende anderer ein!)

Ich frage Sie: Warum sagen Sie den Patienten, den Versicherten nicht, daß die Zuzahlungen zu stationären Maßnahmen im Bereich der Vorsorge und Rehabilitation, zu Arznei-, Verband- und Heilmitteln, zu Fahrtkosten und zu Zahnersatz vollständig entfallen, wenn man eine bestimmte Einkommenshöhe nicht überschreitet oder bestimmte Sozialleistungen bezieht?

(Dr. Blüm [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Weil es Ihnen offensichtlich an Aufklärung fehlt, will ich Ihnen auch hier einmal folgendes sagen.

Vollständig befreit sind die Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz und nach der Kriegsofopferfürsorge.

Vollständig befreit sind Bezieher von Arbeitslosenhilfe.

(Dr. Blüm [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Vollständig befreit sind die Bezieher von Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz.

(Dr. Blüm [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Vollständig befreit sind die Personen, deren Unterbringungskosten die Sozialhilfe oder Kriegsofopferfürsorge übernimmt.

(B)

(Dr. Blüm [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Vollständig befreit sind ferner Alleinstehende mit einem monatlichen Bruttoeinkommen im Jahr 1989 — ich betone: 1989; das ist etwas mehr, als der Bundesarbeitsminister genannt hat; ich stelle bereits die Zahlen des nächsten Jahres in das Gesetz ein, denn es gilt ja erst ab dem nächsten Jahr — bis 1 260 DM. Dieser Freibetrag erhöht sich für den Ehegatten um 472 DM und für jedes Kind um 315 DM.

(Zuruf von der SPD: Bruttoeinkommen!)

Herr Kollege Dreßler, warum sagen Sie nicht, daß diejenigen, die über dieser Einkommensgrenze liegen, teilweise von der Zuzahlung befreit werden? Das ist die sogenannte **Überforderungsklausel**.

(Dreßler [SPD]: Das habe ich vorhin gesagt! Da haben Sie wieder geschlafen, was?)

Die zumutbare Eigenleistung wird auf 2% des Bruttoeinkommens begrenzt, bei höher Verdienenden, die über der Beitragsbemessungsgrenze liegen, auf 4%. Alles, was darüber liegt, wird von der Krankenkasse voll übernommen.

(Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Das hat die SPD vergessen!)

Was auch wichtig ist: Dieser Selbstbehalt oder Eigenanteil, den der Versicherte nach der Überforderungsklausel zu tragen hat, wird für die Familie insgesamt nur einmal berechnet. Diese 2% werden also nicht für den Ehegatten und für jedes Kind angesetzt, sondern für alle Familienangehörigen nur einmal und

gemeinsam. Diese Überforderungsklausel ist völlig neu im deutschen Krankenversicherungsrecht. Sie ist ein echter Fortschritt in der sozialpolitischen Entwicklung. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der SPD: Eine Zumutung für die Krankenkassen!)

Wenn Sie jetzt **Bürokratie** sagen: Die Politik steht ja immer vor der Frage, ob sie es allgemein und global regeln will mit der Folge, daß dann Ungerechtigkeiten in den Einzelfällen auftreten, oder ob sie es auf den Einzelfall bezogen gerecht lösen will durch Einkommensgrenzen und Überforderungsklauseln mit der Folge, daß damit ein gewisser Verwaltungsaufwand verbunden ist. Gerade hinsichtlich des Gesundheitswesens muß ich sagen: Wenn ich die Wahl zwischen einfach oder gerecht habe, dann entscheide ich mich für die Gerechtigkeit. Deshalb ist die Überforderungsklausel ein Stück Fortschritt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist die eine Seite: Wer bringt das Einsparvolumen auf?

Die andere Seite ist: Wer profitiert von dem Einsparvolumen? Ich kann nur noch einmal unterstreichen: Jede gesparte Mark kommt den Beitragszahlern und den Versicherten zugute. Wir sparen nicht für den Finanzminister.

(Zuruf von der SPD: Aber für die Arbeitgeber!)

Für die häusliche Pflegehilfe, für die verbesserte Vorsorge und für den Wegfall von Zuzahlungen werden 7 460 000 000 DM aufgewandt und für die Beitragssatzstabilität 6 340 000 000 DM. Das Sozialsystem wird nicht abgebaut — ich wiederhole das —, es wird umgebaut. (D)

Die **Solidarität** wird neu definiert. Einerseits ist es erforderlich, die Leistungen auf das Notwendige zu beschränken, andererseits ist es ebenso notwendig, neue Aufgaben zu lösen und Versorgungsdefizite zu beseitigen. Auch hier: Warum sagen Sie von der SPD der Bevölkerung nicht, daß das Krankenversicherungssystem heute deutliche Mängel aufweist,

(Frau Weiler [SPD]: Das sagen wir doch!)

weil es eben zu stark auf kurative Medizin ausgerichtet ist und zuwenig auf die Gesundheitsvorsorge? Es ist doch ein sozialer Fortschritt, wenn durch diese Gesundheitsreform Krankheiten verhindert werden; denn es ist billiger und menschlicher, Krankheiten zu verhindern, als sie zu heilen.

Es ist doch ungerecht, wenn heute im Krankenversicherungssystem auch die geringfügigste Krankheit rundum abgesichert wird, aber das schwere **Pflegerisiko** jeder solidarischen Absicherung entbehrt. Deshalb führen wir die Pflegehilfe für die Schwerpflegebedürftigen ein.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie mit einer Zahl konfrontieren, die der Wahrheit entspricht. Wer sich für die 25 Pflegeeinsätze und für die Urlaubsvertretung entscheidet, bekommt über die gesetzliche Krankenversicherung künftig eine Jahresleistung in Höhe von 10 000 DM. Um in der gesetzlichen Renten-



**Seehofer**

- (A) versicherung eine Jahresrente von 10 000 DM zu bekommen, müssen Sie als Durchschnittsverdiener 25 Jahre lang in die gesetzliche Rentenversicherung Beiträge einzahlen. Da kann man doch nicht davon reden, daß das sozialer Abbau ist. Das ist in der Familienpolitik der gewaltigste Fortschritt nach dem Krieg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich verstehe auch überhaupt nicht die Diskussionen, wer das jetzt bezahlt: ob der Staat oder die Krankenversicherung. Für die Hilfebedürftigen draußen ist nicht wichtig, aus welcher Kasse diese **Pflegehilfe** fließt. Für sie ist entscheidend, daß nach jahrelanger Diskussion endlich eine Pflegehilfe gewährt wird.

(Zuruf von der SPD: So kann man es auch formulieren!)

Auch die **Beitragssatzstabilität** — das ist der dritte Bereich, für den wir das Einsparvolumen einsetzen — muß man unter sozialen Gesichtspunkten sehen. Die Qualität eines Sozialstaats beurteilt sich ja nicht nur danach, was der Staat an Sozialleistungen verteilt, sondern sie beurteilt sich auch danach, ob die Beiträge dafür angemessen sind. Die Beitragserhöhungen seit 1970 bis heute kosten den Beitragszahler, wenn er Durchschnittsverdiener ist, im Jahr 2 500 DM. Die eine Hälfte zahlt er über den Arbeitnehmeranteil. Der Arbeitgeberanteil fließt natürlich als Lohnzusatzkosten in die Preise ein. Höhere Preise treffen kinderreiche Familien am stärksten. Deshalb beurteile ich das Gebot der Beitragssatzstabilität nicht nur unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten. Beitragssatzerhöhungen sind nach meiner festen Überzeugung die unsozialste Form der Selbstbeteiligung, weil sie gerade die kinderreichen Familien besonders stark belasten.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieses Gesundheits-Reformgesetz ist in seinen Be- und Entlastungswirkungen gerecht und vernünftig gestaltet. Von einem Abkassierungsmodell, von sozialer Demontage oder gar von einer Zerstörung der sozialen Fundamente kann überhaupt keine Rede sein. Die gesetzliche Krankenversicherung bleibt auch in Zukunft im besten Sinne des Wortes eine **soziale Krankenversicherung**.

Sie haben bis heute ein schlüssiges Konzept nicht vorgelegt. Sie können doch nicht sagen, wenn wir es in der gesetzlichen Krankenversicherung mit einem Volumen von 125 Milliarden DM zu tun haben, daß Sie über eine Alternative verfügen: Sie haben es sorgsam vermieden, der Bevölkerung zu sagen, wo Sie auch nur eine DM einsparen wollen.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch nicht!

— Dreßler [SPD]: Sie haben keine Ahnung!)

Sie haben ein großes Kunststück vollbracht: Ich habe noch nie in meiner politischen Laufbahn erlebt, daß man kurz vor einer wichtigen Abstimmung von einem wesentlichen Verband, nämlich vom Bundesverband der Ortskrankenkassen, ein Schreiben bekommt, in dem man nicht aufgefordert wird, die Maßnahmen der Koalition oder der Regierung abzuleh-

nen, sondern in dem man aufgefordert wird, die Änderungsanträge der Opposition abzulehnen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der AOK-Bundesverband, der Geschäftsführer Herr Dr. Oldiges, schreibt den Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung am 2. November:

Die Änderungsanträge der SPD-Fraktion zu den organisationsrechtlichen Dingen sind in sich nicht schlüssig.

Der Brief schließt dann mit dem ausdrücklichen Appell:

Wir möchten Sie deshalb mit Nachdruck darum bitten, den oben genannten Änderungsanträgen der SPD-Fraktion nicht zu folgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bin als Bayer von unserer Opposition im Bayerischen Landtag einiges, viel gewohnt. Aber ein solches Kunststück hat auch die dortige Opposition, hat der Kollege Hirsemann in München noch nicht fertiggebracht. Man lernt also in der Politik immer wieder dazu.

(Egert [SPD]: Und jetzt lesen Sie noch die anderen Briefe vor!)

Man kann darüber noch schmunzeln. Ich bin aber darüber betroffen, daß Sie in all den letzten Monaten und Wochen und auch heute wieder im Grunde völlig skrupellos mit Verdrehungen, Halbwahrheiten und einem gehörigen Hetzpotential chronisch Kranke, Rentner und ältere Mitbürger verunsichert haben und daß Sie Angst bei diesen Menschen geschürt haben, Angst mit Argumenten, die den Fakten in diesem Gesetz nicht standhalten. (D)

(Frau Steinhauer [SPD]: Sie haben sie verunsichert!)

Ihnen ist für Ihre parteipolitischen Zwecke jedes Mittel recht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aber ich bin der vollen Überzeugung — deshalb bestreite ich die Diskussionen draußen vor Ort auch sehr gelassen —, daß diese Kampagne genauso wie jede Kampagne seit 1982 ihr Ziel verfehlen wird. Seit Jahren fällt der SPD bei jeder sozialpolitischen Diskussion nichts anderes ein als die sattem bekannten Parolen von der sozialen Demontage, vom sozialen Abbau, von der Umverteilung von unten nach oben.

(Reimann [SPD]: Aber das stimmt doch alles!)

— Mittlerweile haben Sie die Begriffe ausgewechselt: An Stelle von „Demontage“ heißt es jetzt „Abkassierungsmodell“. — Ich bin deshalb bei diesen Kampagnen so gelassen, weil sie scheitern müssen. Sie scheitern deshalb, weil das Geschwätz vom sozialpolitischen Rückschritt mit der Realität nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Reimann [SPD]: Warten wir einmal ab!)

Wenn ich einmal die **Sozialpolitik seit 1982** bis heute verfolge, kann ich mit Fug und Recht feststellen: Niemals in der Geschichte der Bundesrepublik

**Seehofer**

- (A) Deutschland wurde mehr für die soziale Sicherheit ausgegeben als heute. 1982 waren es 524 Milliarden DM, heute sind es 658 Milliarden DM. Wenn man das umrechnet auf pro Kopf der Wohnbevölkerung, kommt man zu dem Ergebnis: Damals 8 500 DM pro Kopf der Wohnbevölkerung für soziale Sicherheit, heute 10 753 DM. Ich nenne nur die markantesten Punkte: 18 Milliarden DM für die Familien. Dazu kommen strukturelle Verbesserungen in der Kriegsopferfürsorge. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ist von damals zwölf Monate auf heute 32 Monate für ältere Arbeitslose verlängert worden. Jetzt setzen wir die Pflegehilfe durch, die nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in Europa, ja, weltweit ihresgleichen sucht.

Meine Damen und Herren, all dies unterstreicht unsere sozialpolitische Kompetenz. Ich bin ganz sicher, daß Ihre Kampagnen ins Leere gehen werden und daß sie, bezogen auf das Jahr 1990, ihr Ziel verfehlen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Gesundheitsreform ist sozial ausgewogen. Sie wird dazu beitragen, daß unser Gesundheitswesen, das zu den besten in der Welt gehört, auch künftig leistungsfähig und finanzierbar bleibt. Nicht Besitzstandsdenken, sondern rechtzeitige Reformen sichern die Zukunft unserer Sozialversicherung. Sie sichert aber nicht nur die Finanzierbarkeit des Systems, sondern sie gewährleistet auch eine Versorgung auf einem sehr, sehr hohen Niveau.

- (B) Wenn man die Frage stellt, worin eigentlich der wichtigste Erfolg dieser **Gesundheitsreform** besteht, dann möchte ich antworten, daß wir mit dieser Reform einen ganz entscheidenden Schritt zur **sozialen Zukunftssicherung** unseres Landes tun. Jeder kann sich darauf verlassen: Wenn er krank wird, wird er auch künftig jede erforderliche Hilfe erhalten. Jedermann, ganz gleich, welches Einkommen er bezieht, welchem sozialen Stand er angehört, wird auch in der Zukunft Zugang zu den modernsten medizinischen Einrichtungen unseres Landes haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bezugnehmend auf die Kampagnen, die wir ja bei allen Reformen in dieser Legislaturperiode erlebt haben und noch erleben werden — übrigens in einem Reformstau, den uns die Opposition hinterlassen hat —,

(Zuruf von der SPD: Wer war denn an der Regierung beteiligt?)

schließe ich mit der Bemerkung, daß die Menschen — übrigens genauso wie bei der Steuerreform, bei der die Menschen merken werden, daß sie in Wirklichkeit mehr erhalten, als immer behauptet wird — in der Realität erleben werden, daß die Gesundheitsreform wesentlich weniger Beeinträchtigungen und Belastungen für die Bevölkerung mit sich bringt, als Sie ihnen immer glauben machen wollen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Reimann [SPD]: Die Zeit arbeitet für uns! Da haben wir gar keine Sorge!)

**Vizepräsident Westphal:** Der Abgeordnete Wüppesahl wünscht das Wort zur Geschäftsordnung. Ich erteile Ihnen das Wort. (C)

**Wüppesahl** (fraktionslos): Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Diesem Antrag liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Auf Grund einer Vorsprache bei der vor Herrn Westphal präsidiierenden Kollegin Frau Annemarie Renger war mein Redebeitrag nach der ersten Runde angesetzt. Es folgten dann noch zwei andere Redner von CDU und SPD, was ich auf Grund der Fraktionsstärken auch für vernünftig halte. Daraufhin ist mein Redebeitrag noch einmal weiter nach hinten verschoben worden. Zum viertenmal sind weitere vier Rednerinnen dazwischen gesetzt worden.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Sie reden hier doch von früh bis spät!)

Ich stelle deshalb den Antrag, daß mir die Möglichkeit gegeben wird, nach der Kollegin Frau Unruh, die sogleich das Wort zur Sache ergreifen kann, auch endlich zur Sache reden zu können.

Ich möchte Sie darüber informieren, daß ich mit dem in bezug auf meine Person praktizierten Verfahren nicht einverstanden bin. Mir wird auch nicht mitgeteilt, daß mein Redebeitrag weiter nach hinten verschoben wird.

(Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Sie wissen es doch!)

— Ich erfahre das durch Zufall oder wenn ich über mein Büro nach draußen ans Telefon gerufen werde. (D)

Dieses Verfahren ist in der Tat unseriös und einfach auch unkollegial. Das muß nicht sein.

Ich habe auch Verständnis dafür, wenn Sie — oder wer auch immer das zu verantworten hat — grundsätzlich etwas dagegen haben, daß ich meine Zielsetzungen in der Sache hier darlege. Aber es kann nicht angehen, daß meine Konkurrenzsituation Ihnen gegenüber durch solche schikanösen Vorgehensweisen noch weiter verschlechtert wird.

Ich bitte Sie daher, mir die Möglichkeit zu geben, die 15 Minuten Redezeit, die mir zustehen, nach der Rede von Frau Unruh in Anspruch nehmen zu dürfen.

**Vizepräsident Westphal:** Meine Damen und Herren, die Auskunft, die Herr Kollege Wüppesahl hier gegeben hat, stimmt nicht ganz. Es ist so, daß Frau Präsidentin Renger eine Zusage gegeben hat, ihn dranzunehmen, aber nicht nach der ersten Runde. Eine Einordnung muß schon erfolgen. Nur, ich bin hier in der Verantwortung, Einordnungen unter Berücksichtigung der Tatsache vorzunehmen, daß es — außer Herrn Wüppesahl — 517 Abgeordnete gibt,

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

die gleiche Rechte haben. Ich bin noch nicht einmal so weit gewesen, für die GRÜNEN, die kleinste Fraktion des Hauses, bis jetzt mehr als einem Redner das Wort

**Vizepräsident Westphal**

(A) erteilen zu können. Er ist nun wirklich kleiner als die kleinste Fraktion.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Er ist viel kleiner, als er glaubt!)

Er ist ein einzelner Abgeordneter. Er wird ordentlich eingeordnet, davon können Sie ausgehen.

Er hat einen Geschäftsordnungsantrag gestellt, ihn nach der nächsten Rednerin einzuordnen. Gibt es noch Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? — Herr Bohl, bitte schön.

**Bohl** (CDU/CSU): Herr Präsident, wir sind der Auffassung, daß die von Ihnen vorgesehene Reihenfolge im Einklang mit § 28 der Geschäftsordnung steht und keineswegs schikanös ist. Wir sind deshalb der Meinung, daß der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt werden muß.

**Vizepräsident Westphal:** Gibt es weitere Wortmeldungen? — Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich den Antrag des Abgeordneten Wüppesahl, als Redner nach der nächsten Rednerin eingeordnet zu werden, zur Abstimmung. Wer dafür stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Der Antrag ist abgelehnt worden.

Ich fahre daher in der Reihenfolge fort. Das Wort hat die Abgeordnete Frau Unruh.

(B) **Frau Unruh** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Volksvertreter und Volksvertreterinnen! Herr Minister Blüm! Es steht außer Frage, daß eine Kostenexplosion im sogenannten Gesundheitswesen stattgefunden hat. Nur: Haltet den Dieb! Wer ist es denn? Ich glaube, das, was sich die Koalition ausgedacht hat, fängt nicht die Menschen, die die Verursacher dieser Kostenexplosion sind. Wenn Sie, Kollege Seehofer der CDU, vorhin ein Beispiel einer sozialen Gerechtigkeit angeführt haben, z. B. daß ein Mensch, Arbeitnehmer, in der Arbeiter- oder Angestelltenversicherung 25 Jahre Rentenbeiträge einzahlen muß, um dann 10 000 DM Rente im Jahr bekommen zu können, dann ist das genau so ein Punkt der sozialen Ungerechtigkeit wie die Tatsache, daß dieses Thema bei den Beamten usw. anders läuft. Darauf komme ich gleich noch.

Herr Minister Blüm entdeckt immer wieder die kleinen Leute. Das finde ich auch gut. Langsam kommt bei ihm vielleicht das Bewußtsein, wofür er in erster Linie dazusein hat. Davon ist aber diese Gesundheitsreform meilenweit entfernt. Herr Dr. Becker, daß Sie sich wirklich erdreisten, die Fraktion DIE GRÜNEN dermaßen teuflisch einzustufen, das habe ich bis vorhin, als ich es vor Stunden gehört habe, nicht erwartet.

Gerade die GRÜNEN haben ein Konzept vorgelegt. Alle müssen in diese Gesundheitsreform reinzahlen. Alle können daraus profitieren oder eben nicht. Festbeträge werden hier genannt. Das hört sich im ersten Moment auch toll an. Wir müssen der Pharmaindustrie nämlich ein Pari besonderer Art bieten, die gerade von der FDP usw. auch gefördert wird.

Nun, lassen wir das alles! Lassen Sie uns mit klaren Worten hier sprechen: Wie wollen Sie das denn schaf-

fen, Herr Dr. Becker oder Herr Minister? Das mit den **Festbeträgen** hört sich auch toll an, nur es fragt sich, wie das beim Arzt in der Praxis aussieht. (C)

(Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Die Selbstverwaltung macht das doch!)

Erstmal kommt das in zwei Jahren, wenn wir Glück haben. Bis dahin ist erstmal Rezeptgebühr besonderer Art zu bezahlen.

(Louven [CDU/CSU]: Die Rezeptgebühr haben wir doch jetzt auch!)

In der Praxis sieht es so aus: Ich bin nun wieder beim Beispiel der berühmten Rentnerin. Die meisten alten Menschen sind nun mal alleinstehend, und diese sitzt voller Vertrauen beim Arzt in der Praxis, und der sagt: Oh Gott, Sie sind schon 20 Jahre in meiner Behandlung. Jetzt haben wir da so eine Festpreisregelung usw. Holen Sie mal dieses Medikament. Ich kann das an und für sich nicht ohne Hinweis verschreiben. Aber sehen Sie mal, das ist außerhalb der Festpreisregelung. Das kostet zwar ein bißchen mehr, aber ich meine, das ist das Neueste auf dem Markt, und das könnte doch für Sie gut sein. Selbst das unterbinden Sie nicht, Herr Minister. Sie müßten dann verbieten, daß überhaupt noch Pharma-Vertreter zu den Kassenärzten hin dürften, um sie zu belabern, und daß der Kassenarzt den alten Menschen dann vielleicht noch solche Medikamente nahelegt. Überlegen Sie mal, Sie wären 70 oder Sie wären 80. Da haben Sie andere Todesahnungen als dann, wenn Sie 40 oder 50 sind. Da gehen Sie und nehmen das Letzte vom Sparkassenbuch, um vielleicht doch noch ein paar Jahre leben zu können. — So geht es wirklich nicht. (D)

Was noch schlimmer ist: Es ist doch bekannt, daß gerade unsere Ärzte Leute **tablettensüchtig** gemacht haben, und zwar gerade **alte Menschen**. Es heißt immer, daß man im Haushalt verstorbener alter Menschen einen Sack Tabletten finden könne. Ja, woher ist denn der Sack Tabletten? Schaffen Sie mal ein ganz besonderes Seminarprogramm für Ärzte, für Kassenärzte, damit sie endlich wissen, daß sie mit Tablettenverordnungen vorsichtig sein müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Davon lese ich nirgendwo etwas.

Sie treiben das böse Spiel so weit, daß Sie sogar sagen: Halt, Patient, du stehst in der Verantwortung; sei vorsichtig und überlege, ob du überhaupt zum Arzt gehst oder nicht.

Eines fehlt vollkommen. Wo sind die Rechte der **Patienten**? Wo sind die **Schutzrechte**? Sie wollten alle möglichen Kammern einsetzen. Aber Sie haben nicht im Traum daran gedacht, wie viele Hunderttausende Kunstfehler-Patienten es überhaupt in dieser unserer Bundesrepublik gibt, die von Ärzten versaut worden sind, die letztlich von einem Facharzt zum anderen Facharzt geschoben werden. Nicht eine Schutzklausel ist in dem Entwurf.

Ich würde mich auch schämen, hier von **Solidarität** zu sprechen. Was ist denn das **Beamtenbeihilfewerk**? Ist das Solidarität besonderer Güte? Ich habe diesen Herrn Soundso aus dem Innenministerium hören müs-

**Frau Unruh**

- (A) sen. Das war ja entsetzlich. Das hat ja selbst Sie entsetzt.

(Louven [CDU/CSU]: Herr Soundso?)

— Ich komme auf den Namen nicht.

Ich wollte einen noch viel Höheren da haben, weil der Mann so einen Blödsinn erzählte,

(Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: So wie Sie! Könnte ein Verwandter von Ihnen sein!)

daß sogar Sie ganz erstaunt waren, warum das Beamtenbeihilfewerk überhaupt nicht angepackt werden darf.

(Kuhlwein [SPD]: War das der Staatssekretär? — Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Zeigen Sie nicht immer mit dem Finger auf mich!)

Sie sagen — das können Sie im Bericht nachlesen —: Auch wir, CDU/CSU und FDP, empfinden das als böseartig. — Für Sie sieht Politik aber so aus: Ich empfinde das, aber hier hebe ich nicht die Hand hoch, damit nichts passiert.

(Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Trude, du redest Unsinn!)

Es ist immer so: Draußen tönen Sie herum, und hier im Bundestag entscheiden Sie das ganz anders.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Manche tönen drinnen und draußen! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Könnten Sie das eventuell zurücknehmen?)

- (B)
- Vizepräsident Westphal:**
- Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Frau Unruh (GRÜNE):** Nein, davon nehme ich überhaupt nichts zurück. Das glauben Sie mal.**Vizepräsident Westphal:** Frau Kollegin, das war doch ein schöner Schlußsatz, den Sie gesprochen haben.**Frau Unruh (GRÜNE):** Ich möchte Kollegin Wilms-Kegel für ihre viele Arbeit danken. Aber ich sehe es nicht als Beleidigung für den Minister an — das hat irgend jemand gesagt — —**Vizepräsident Westphal:** Frau Kollegin, bevor Sie in die Definition dessen eintreten, zu dem ich als Präsident von hier oben etwas zu sagen hätte: Machen Sie lieber Schluß. Sie sind über eine Minute über die Zeit.**Frau Unruh (GRÜNE):** Ja, Sie haben ja recht. Aber ich habe von meiner Fraktion ein Recht eingeräumt bekommen. Die geben mir jetzt noch Zeit für einen Schlußsatz.

(Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Das können die ja nicht!)

Ich finde, „Clown“ ist keine Beleidigung. Überlegen Sie wirklich einmal, Herr Minister, wie Clowns unsere Welt schöner machen,

(Zuruf von der SPD: Aber nur große!)

wie Clowns uns in irgendeine Phantasiewelt hineinversetzen. Sie aber machen Gespenstergeschichten. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Da klatschen sogar Leute von der SPD! Man kommt aus dem Staunen nicht heraus!)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Thomae.**Dr. Thomae (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich hätte ich mir für diesen Tag auch einen Gesetzentwurf der SPD vorgestellt. Dann hätten wir wirklich Möglichkeiten, Vergleiche zu ziehen

(Dreßler [SPD]: Liegt doch auf dem Tisch!) und vernünftige Diskussionen führen zu können.

Sie haben uns kein geschlossenes Konzept vorgelegt. Sie haben uns nicht gesagt, wie wir die Beiträge stabilisieren können.

(Dreßler [SPD]: Es ist unglaublich!)

Mit Ihrem Plädoyer für ein zentralistisches Gesundheitswesen und Positivisten haben Sie entlarvend festgelegt, daß es Ihr Ziel ist, das freiheitliche Gesundheitswesen, die freiheitlichen Strukturen durch ein gigantisches bürokratisches System zu ersetzen.

(Beifall bei der FDP — Jaunich [SPD]: Drucksache 11/3439, Herr Kollege!)

Wir wollen jedoch diese alte Struktur, diese verkrustete Struktur durch marktwirtschaftliche Steuerungselemente ersetzen. Wir haben im Laufe des Verfahrens unseren Gesetzentwurf modifiziert. Wir haben die Bedenken aufgenommen, die vom VdK kamen. Wir haben die Bedenken aufgenommen, die vonseiten der Rentner und der chronisch Kranken kamen. Wir haben die Sterbehilfe geändert. Wir haben die Überforderungsklauseln verbessert. Alle diese Punkte tragen zu diesem Konzept bei. (D)

(Vorsitz: Vizepräsident Frau Renger)

Daher, meine ich, ist es an der Zeit, nicht länger einen Gegensatz zwischen Versicherten und Leistungserbringern, wie Sie es tun, zu konstruieren.

(Frau Steinhauer [SPD]: Ach du Schreck!)

Wir haben von Anfang an nicht verschwiegen, daß alle Beteiligten Opfer bringen müssen. Wir haben die Finanzierung offengelegt. Ehe Sie den politischen Mut hätten, den Bürgern Unpopuläres zu sagen, versprechen Sie lieber Unfinanzierbares. **Sanierungslast und Sparzwang** werden nicht nur den Patienten aufgebürdet, sondern auch die Anbieter von Leistungen werden stärker den Regeln des Marktes unterworfen.

Wir verkennen nicht, daß gerade im ambulanten Bereich ernstzunehmende Überkapazitäten vorhanden sind, ernstzunehmend, weil nachweisbar ist, daß mit der Zunahme der Zahl von Leistungserbringern die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung steigen. Nach unserer Auffassung wäre es aber eine falsche Politik, hier Closed Shop zu machen. Ich weiß, daß diese Closed-Shop-Politik teilweise von der Ärzteschaft gefordert wird. Ich frage mich aber: Was wäre dann mit der Freiberuflichkeit? Statt auf eine Abschir-

**Dr. Thomae**

- (A) mung hinzuwirken, muß dafür gesorgt werden, daß der unheilvolle Automatismus von Kapazitätsentwicklung und Ausgabenentwicklung unterbrochen wird.

(Abg. Kuhlwein [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Vizepräsident Frau Renger:** Herr Abgeordneter — —

**Dr. Thomae (FDP):** Sofort.

Das ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb wir gerade in diesem Bereich Wirtschaftlichkeitsprüfungen einführen.

Bitte schön, wenn mir die Zeit nicht angerechnet wird.

**Vizepräsident Frau Renger:** Nein, auf keinen Fall. Bitte schön, Herr Kollege Kuhlwein.

**Kuhlwein (SPD):** Herr Kollege Thomae, wollen wir das Geheimnis der doppelten rechten Hand in Zukunft so deuten, daß von den Versicherten jetzt zweimal kassiert wird?

**Dr. Thomae (FDP):** Herr Kuhlwein, Sie waren zu Anfang der Diskussion vielleicht nicht anwesend. Es wurde eindeutig gesagt: Es werden Gelder eingespart, und diese Gelder werden unter den Beteiligten verteilt. Sie fließen zum einen in die Beitragssenkung und zum anderen in die Pflege.

(B)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Und in die Verwaltungskosten!)

Wir werden die **Wirtschaftlichkeitsprüfung** gerade **im ambulanten Bereich** einführen, damit hier die Mängel beseitigt werden können. Wir haben aber besondere Vorkehrungen getroffen, daß die Wirtschaftlichkeitsprüfungen nicht zum Selbstzweck und zur Dauerbeschäftigung von Prüfern werden. Aus diesem Grunde haben wir im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens die Quote gesenkt.

Wir Freien Demokraten sind dafür bekannt, daß wir Mißtrauen gegen Bürokratie und gigantische Organisationsstrukturen haben. Deshalb wurden auch die ursprünglichen Pläne im medizinischen Dienst nicht verfolgt, sondern es wurden vernünftige Reduzierungen durchgeführt,

(Jaunich [SPD]: Das hatten Sie doch eingebracht, in dieser Form!)

so daß der **medizinische Dienst** auch heute noch vernünftige Aufgaben übernehmen kann.

(Jaunich [SPD]: Das war doch von Ihrer Fraktion so eingebracht!)

— Das war schon vorher geregelt, Herr Jaunich.

Wir haben sehr lange über die **Ausgrenzung unwirtschaftlicher Arzneimittel** diskutiert. Wir haben uns für 300 Millionen entschieden. Wir haben aber sichergestellt, Frau Wilms-Kegel, daß die **Naturarzneimittel**, bei denen der Wirkungsnachweis bekannt-

lich nicht mit den gängigen wissenschaftlichen Methoden führbar ist, dabei nicht diskriminiert werden. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Insgesamt wird den Naturheilmitteln — anders als in der jetzigen RVO — im Gesundheitsreformgesetz ein besonderer Stellenwert zugeschrieben. Dies liegt fest.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Das war für uns ein wichtiges Anliegen.

Daher finde ich es etwas scheinheilig, wenn sich die SPD beispielsweise zur Verfechterin der Naturheilmittel aufschwingt,

(Jaunich [SPD]: Ach!)

aber gleichzeitig Positivlisten fordert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU — Jaunich [SPD]: Das ist doch kein Widerspruch!)

— Moment! Die meisten mir bekannten Positivlisten enthalten aber weniger als 2 000 bis 3 000 Arzneimittel. Wir haben gegenwärtig 50 000 Naturheilmittel. Ich frage Sie: Wie wollen Sie sie in einem vernünftigen Umfang im Rahmen einer Positivliste berücksichtigen?

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Frau Renger:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jaunich?

**Dr. Thomae (FDP):** Ja.

**Vizepräsident Frau Renger:** Bitte. (D)

**Jaunich (SPD):** Herr Kollege Thomae, ist Ihnen entgangen, daß in unserem Vorschlag ausdrücklich die Berücksichtigung der besonderen Therapierichtungen enthalten ist, und ist Ihnen außerdem entgangen, daß diese Gleichstellung von Chemotherapie und Naturheilkunde durch Sozialdemokraten und Freie Demokraten im AMG 1976 festgeschrieben worden ist?

**Dr. Thomae (FDP):** Herr Jaunich, wenn Sie die Arzneimittel in der Positivliste auf 2 000 bis 3 000 reduzieren und dem 50 000 Naturheilmittel gegenüberstehen, so muß automatisch in Ihrer Lösung den Naturheilmitteln weniger Bedeutung eingeräumt werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Abg. Egert [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Vizepräsident Frau Renger:** Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage, Herr Kollege?

**Dr. Thomae (FDP):** Nein. Ich möchte jetzt gern weitersprechen. Vielleicht am Ende, wenn noch eine Minute Zeit ist.

(Egert [SPD]: Dann tue ich's am Ende!)

Lassen Sie mich bitte noch mit einem Wort zu den **Festbeträgen** kommen, die für mich im Lauf des Gesetzgebungsverfahrens eine sehr wichtige Rolle gespielt haben. Ich meine, die Ergänzungen, die wir vorgenommen haben, insbesondere bei der Regelung der

**Dr. Thomae**

- (A) patentgeschützten Arzneimittel, tragen den forschungs- und innovationspolitischen Erfordernissen wirklich Rechnung.

Ich habe trotzdem Verständnis für die Unsicherheit, die bei den Herstellern, den Kassen, den Versicherten über die Festbeträge herrscht. Es ist ein neues Instrument, das sich erst bewähren muß. Daher haben wir in diese Entschließung einen Erfahrungsbericht eingebaut, der 1992 vorgelegt werden muß. Dann werden wir Bilanz ziehen.

Ein Bereich, der überproportional zu den Einsparungen beitragen muß, ist die Versorgung mit **Zahnersatz**. Zahnersatz ist wie kaum eine andere Leistungsart vermeidbar, wenn entsprechende Vorsorge betrieben wird.

Aber das geschieht nur dann, wenn wir wirkliche Anreize schaffen. Deshalb die Regelung der erhöhten Zuzahlung und deshalb — das war eine besondere Forderung — das **Belohnungsprinzip** im Rahmen der Prophylaxe. Gerade am Beispiel des Belohnungsprinzips können Sie erkennen, daß wir neue Elemente in dieses System eingebaut haben. Der behutsame Umgang mit der Gesundheit wird also belohnt werden.

Auch das **Zahntechnikerhandwerk** wird bei der Festlegung der Vergütung der zahntechnischen Leistungen und bei den Qualitätskriterien besser berücksichtigt.

(Jaunich [SPD]: Besser gegenüber wem?)

— Gegenüber der RVO. Das wissen Sie ganz genau.

- (B) Wir verkennen an dieser Stelle nicht, daß das Zahntechnikerhandwerk infolge der angekündigten Zuzahlungen bei Zahnersatz zur Zeit fast Übermenschliches leistet. Eine andere Übergangsregelung hätten wir uns sehr gewünscht. Sie wissen — und viele sagen es —: Die FDP hat schon fast zu viel durchgesetzt. In diesem Rahmen konnten wir mit den Koalitionspartnern nicht weiterkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP — Egert [SPD]: Aber mit uns! Das wäre doch gegenagen! — Peter [Kassel] [SPD]: Mehr Mut!)

Meine Damen und Herren, mit den **Pflegeleistungen** wird der gesetzlichen Krankenversicherung eine ganz neue Aufgabe übertragen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß dieser Bereich für die FDP kein einfacher Bereich war und die Entscheidung sehr schwierig war. Die gesetzliche Krankenversicherung kann im Rahmen ihrer Zuständigkeit nur einen begrenzten Bereich abdecken und einen begrenzten Beitrag leisten.

Wir verkennen nicht, daß die Abgrenzung zwischen Pflegefall und Krankheitsfall sehr problematisch ist. Es gibt eine Zuständigkeit der Kassen dort, wo Krankenhausaufenthalte durch die verbesserten Leistungen für die häusliche Pflege verkürzt oder ganz und gar vermieden werden. Mit der gesetzlichen Begrenzung der im einzelnen vorgesehenen Leistungen und mit der Abgrenzung des anspruchsberechtigten Personenkreises sind für die FDP zwei wichtige Vorkehrungen getroffen worden, damit diese Pflegefallabsicherung nicht zu einem unkalkulierbaren Risiko wird.

Das, was wir in diesem Gesetzentwurf jetzt vorsehen, ist für uns der maximale Beitrag der Krankenversicherung. Eine Ausweitung der Leistungen auf die stationäre Pflege, für die die Krankenkassen nicht zuständig sind, wäre unverantwortlich. Unverantwortlich — weil nicht finanzierbar — wäre auch die Übertragung der Zuständigkeit des Pflegerisikos auf den Staat. Durch die **eigenverantwortliche Fürsorge und Vorsorge** für den Fall der Pflegebedürftigkeit muß grundsätzlich und vorrangig der einzelne verantwortlich sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die **stationäre Versorgung** und die **Organisation des Krankenversicherungswesens** sind nicht in dem Maße in die Reform mit einbezogen worden, wie es eigentlich notwendig wäre. Beide Bereiche werden Gegenstand der nächsten Reformschritte sein.

(Zustimmung bei der FDP)

Das ist im Kabinett vereinbart, und dies wurde auch durch die Verlängerung der Frist für die Enquete-Kommission noch einmal deutlich gemacht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die **Krankenhausversorgung** ist Hochleistungsmedizin. Die in unseren Krankenhäusern tätigen Ärzte und das Pflegepersonal leisten großartige und international anerkannte Arbeit. Das hat natürlich seinen Preis. Um so wichtiger ist es aber, daß ambulant soviel wie möglich und stationär nur soweit wie unbedingt notwendig versorgt wird. Die knappen Mittel müssen wirklich auf die notwendigen Fälle begrenzt werden. Dazu ist eine personelle Verzahnung zwischen den niedergelassenen Ärzten und dem Krankenhaus notwendig. Die gemeinsame **Selbstverwaltung** von Kassen, Kassenärzten und Krankenhäusern wird in der vorstationären Diagnostik und nachstationären Behandlung das Nähere festlegen und regeln. Dies ist auch ein Beweis dafür, wo wir die Selbstverwaltung in die Pflicht nehmen wollen.

Im nächsten Jahr wird der **Erfahrungsbericht** zum neuen **Krankenhausrecht** vorliegen. Kernproblem ist hier das **Selbstkostendeckungsprinzip**. Auch in seiner modifizierten Form fördert es nicht die Wirtschaftlichkeit. Es ist keine Kunst, Kosten zu produzieren, diese nachzuweisen und sich diese dann erstatten zu lassen. Zu mehr Wirtschaftlichkeit in der stationären Versorgung werden wir deshalb erst dann gelangen, wenn wir von diesem Selbstkostendeckungsprinzip wegkommen. Erst dann, wenn die Verantwortung für die Kapazitäten, für die Investitionen und für die Nutzung in einer Hand liegt, wenn wir also von dieser dualen Krankenhausfinanzierung weg und hin zur monistischen Krankenhausfinanzierung kommen, werden wir vernünftige Kostengrößen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Auch das **Organisationsrecht** ist in der Gesetzesvorlage nicht völlig ausgeklammert worden. Wettbewerbsverzerrungen im Beitragsrecht werden beseitigt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden in Zukunft grundsätzlich bei jeder Kasse den halben Beitragsatz zahlen. Für Arbeiter wird die Versicherungspflichtgrenze eingeführt. Die Rückkehr in die Solidargemeinschaft wird erschwert.

**Dr. Thomae**

(A) Meine Damen und Herren, ich meine, es ist ein Fortschritt, daß wir **Erprobungsregeln** eingebaut haben. Hier haben die Kassen Möglichkeiten, besondere Leistungen anzubieten. Dabei wird sich zeigen, ob die einzelnen Möglichkeiten sinnvoll sind oder nicht. Wir sind beispielsweise davon überzeugt, daß sich die Kostenerstattung bewähren wird.

Unter Wahrung der Wirtschaftlichkeitsgrundsätze können die Kassen jetzt unabhängiger und freier Gesundheitsleistungen anbieten, und sie schaffen z. B. ebenfalls Voraussetzungen dafür, daß die Selbsthilfegruppen weiterhin unterstützt werden können.

Soweit die Kassen bisher **psychotherapeutische Leistungen** über Kostenerstattung abgerechnet haben, werden sie dies auch in Zukunft tun. Eine andere Entscheidung in diesem Bereich sollte erst fallen, wenn ein Psychotherapeutengesetz geschaffen worden ist.

(Heyenn [SPD]: Wann kommt das?)

— Recht bald.

(Jaunich [SPD]: Wer bereitet das denn vor?)

Ich habe in der ersten Lesung angekündigt, daß wir den Gesetzentwurf hinsichtlich der Prüfung der Kassen nachbessern werden. Wir haben Wort gehalten: Es ist nachgebessert worden.

(Schreiner [SPD]: Das ist etwas Neues!)

Die **Wirtschaftlichkeitsprüfungen bei den Kassen** werden intensiviert. Eines wollen wir dabei jedoch nicht, nämlich daß der Bundesrechnungshof oder die Landesrechnungshöfe den Aufsichtsbehörden diese Arbeit abnehmen. Die gesetzlichen Krankenkassen sind keine staatsfinanzierten Institutionen; sie werden aus Beiträgen finanziert. Hier hat der Rechnungshof nichts verloren.

(B)

Bei der Organisationsform wird der Wettbewerb zwischen den Kassen im Mittelpunkt stehen. Bei der Öffnung der Kassen wird die **Einführung des Kassenwahlrechts für alle Versicherten** der Kern der Organisationsform sein. Das ist unser Lösungsansatz für die zweifelsohne im System der gesetzlichen Krankenversicherung vorhandenen Verwerfungsprobleme.

Wir wollen Wettbewerb; deshalb soll keine Kassenart diskriminiert werden. Deshalb müssen wir vernünftige Übergangsphasen schaffen. Ich weiß, daß dies nicht einfach sein wird. Ich erinnere an die Diskussion im Bundesrat.

Das Nebeneinander von Vertragsrecht und Kassenarztrecht hat sich als innovativ und wettbewerbsfördernd erwiesen. Es hat für uns keinen Grund gegeben, Bestrebungen zur Vereinheitlichung nachzugeben. Auf Verwerfungsprobleme und zu große Beitragsunterschiede kann es nur eine Antwort geben, nämlich die Öffnung der Kassen, die Abkehr von der gesetzlichen Pflichtzuweisung. Statt Versicherungspflicht bei bestimmten Kassen wollen wir die Pflicht zur Versicherung im gegliederten System.

(Heyenn [SPD]: Wo steht das?)

— Wir wollen das.

(Jaunich [SPD]: Das sind Wünsche!)

— Das sind unsere Wünsche.

(C)

(Jaunich [SPD]: Luftballons!)

Ich bin zuversichtlich, daß uns die Arbeit der Enquete-Kommission hier unterstützen wird.

Das, was die **Enquete-Kommission** allerdings jetzt mit dem Zwischenbericht vorgelegt hat, konnte für diesen heute zur Diskussion stehenden Gesetzentwurf nicht hilfreich sein.

(Zuruf von der SPD: Weil Sie es nicht wollten!)

Die Enquete-Kommission hat in den entscheidenden hier zur Diskussion stehenden Fragen kein konsensfähiges Konzept vorgelegt.

(Jaunich [SPD]: Na, na! Das stimmt doch nicht! Weil Sie nicht den Mut dazu hatten!)

Meine Damen und Herren, mit dieser Reform wird die hochwertige medizinische Versorgung sichergestellt, die Beitragssätze stabilisiert und der Beitragszahler entlastet. Ohne eine Reform aber steigen Ausgaben und Beitragssätze. Je länger wir dieses Problem vor uns herschieben, um so größer wird die Neigung zu dirigistischen Eingriffen. Dies zeigen uns deutlich die Alternativen der Opposition.

(Widerspruch bei der SPD)

Mehr Bürokratie und totale Planung stehen unseren marktwirtschaftlichen Steuerungselementen diametral entgegen.

(Beifall des Abg. Louven [CDU/CSU])

Wir haben dieses Reformgesetz geschaffen. Das ist in dieser Lage der erste vernünftige Schritt zu einer Reform. Wir wollen dieses freiheitliche Gesundheitswesen auf Dauer erhalten. Wir wollen die Finanzen auf ein solides Fundament stellen, und wir wollen im Gegensatz zu Ihnen vor allem die Therapiefreiheit, die freie Arztwahl, die Freiberuflichkeit und die Selbstverwaltung sichern. Das sind die Kernpunkte einer vernünftigen Reform.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Frau Renger:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Heyenn.

**Heyenn (SPD):** Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Es grenzt schon an Unverfrorenheit, wenn bei all den neuen bürokratischen Strukturen, die die Koalition schaffen will, den Sozialdemokraten, die vernünftige Grundlagen für die Gesundheitsversorgung erarbeiten wollen, Bürokratie vorgeworfen wird. Ich glaube, Herr Dr. Thomae, Sie sind hier mit der Wahrheit sehr liederlich umgegangen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Eine zweite Vorbemerkung. Warum hat denn die **Enquete-Kommission** kein **konsensfähiges Ergebnis** vorgelegt? Warum haben Sie denn nicht das Zwischenergebnis der Enquete-Kommission zum Gegenstand der Beratungen im Ausschuß gemacht? Das will ich Ihnen sagen: Weil die fachkundigen Wissenschaftler in der Republik, die dort mitgearbeitet haben, ihre

(D)

**Heyenn**

- (A) Hand nicht zu Ihrer Kürzungsarie, zu Ihrem Abkassierungsmodell zu Lasten der Versicherten reichen wollten. Sie haben dieses vernünftige Ergebnis der Enquete doch verhindert.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Unruh  
[GRÜNE])

**Vizepräsident Frau Renger:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Thomae?

**Heyenn (SPD):** Herr Dr. Thomae, ich befinde mich gerade in der Anfangsphase; hinterher gerne.

Sie haben, meine Damen und Herren, Ihre Reform unter das Motto gestellt: die **Solidarität** neu bestimmen. Ich muß Ihnen sagen, das klingt auf den ersten Blick interessant, weil das beim Leser doch den Eindruck erweckt, Sie wüßten, was Solidarität ist. Wenn der Leser das dann schluckt, dann tut er den nächsten Schritt und will nachschauen: Was heißt „neu bestimmen“? Wenn man aber in den Gesetzentwurf hineinsieht, kommt man sehr bald zu der Feststellung, daß bei Ihnen „Solidarität neu bestimmen“ mit „Entsolidarisierung“ übersetzt werden muß, denn die gute alte soziale Krankenversicherung schlagen Sie mit diesem Entwurf kaputt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Unruh  
[GRÜNE] — Bohl [CDU/CSU]: Ist ja lächerlich!)

Wir Sozialdemokraten wissen im Gegensatz zu Ihnen, was Solidarität ist.

- (B) (Bohl [CDU/CSU]: Jetzt weiß ich auch, was  
liederlich ist!)

Wir haben in unserer 125jährigen Geschichte, Herr Bohl, gelernt, was Zusammenstehen und gegenseitige Hilfe bedeuten. Solidarität in diesem Sinne bedeutet nicht nur, daß sich die Schwachen zusammenschließen, um ihre Lage zu verbessern, sondern nach unserem Verständnis gehört auch dazu, daß die Stärkeren eine Verpflichtung gegenüber den Schwächeren haben

(Beifall bei der SPD — Frau Limbach [CDU/  
CSU]: Steht aber im Godesberger Programm  
ganz anders!)

und sich mit ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten für die Benachteiligten einsetzen. Aus diesen Grundüberlegungen ist in Ihren Entwurf nichts eingeflossen. Für die soziale Krankenversicherung wurden diese Überlegungen zur Solidarität bisher in zwei Grundsätzen konkretisiert: erstens in dem Grundsatz, daß die **Gesunden** für die **Behandlungskosten der Kranken** eintreten, und zweitens in dem Prinzip der **Beitragsbelastung nach Leistungsfähigkeit**, das sich in einkommensproportionaler Beitragsleistung niedergeschlagen hat. Beide Prinzipien werden nun mit dieser Reform bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Durch Selbstbeteiligung und Leistungsausgrenzungen zahlen die Kranken für ihre Behandlung immer mehr selbst, und je schlimmer sie dran sind, je kränker sie sind, um so mehr müssen sie selbst bezahlen.

Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, sollen die Gesunden durch **Beitragserstattungen** belohnt werden. Durch die **Einführung der Versiche-**

**rungsfreiheit** für besser- und hoch verdienende Arbeiter sollen diese zum Austritt, zur Flucht aus der Solidargemeinschaft überredet werden. Das ist für uns der konsequente Weg in die Ellenbogengesellschaft, das ist für uns — wie soll ich das formulieren? — eine Gesundheitsreform nach Yuppie-Manier.

(Beifall bei der SPD — Louven [CDU/CSU]:  
Welcher Manier?)

Das ist ein Skandal in einer Gesellschaft, die eine immer größere Belastung durch alte Menschen, Behinderte, chronisch Kranke und durch Umwelt- und Zivilisationskrankheiten Geschädigte zu tragen hat. Es ist ein Skandal, wenn Sie die Jungen, Gesunden und die Erfolgreichen immer mehr von der sozialen Pflicht, von der Solidarität entbinden. Für uns ist das eine Spaltung der Gesellschaft. Das ist eine Klassengesellschaft, der Sie hier das Wort reden und den Weg bereiten.

(Beifall bei der SPD)

Die konkrete Konsequenz Ihrer Reform ist die weitere **Verzerrung der Beitragssätze**. Wenn wir heute einen durchschnittlichen Beitragssatz von 13 % haben, dann sorgen Sie dafür, daß die Gesunden in Zukunft nur noch 12 % zahlen und daß chronisch Kranke fast immer mit 15 % ihres Einkommens belastet werden. Beitragsrückerstattung und Selbstbeteiligung sorgen also dafür, daß der Kostenaufwand der Kranken um fast ein Viertel höher liegt als der Kostenaufwand der Gesunden. Das ist Ihre neu bestimmte Solidarität. Für mich ist das auf den Kopf gestellte Solidarität. Für mich ist das pervertierte Solidarität.

(Beifall bei der SPD)

Gehen wir ins einzelne und betrachten wir den Versichertenkreis. Schon heute ist das **Prinzip der Solidarität** nicht so verwirklicht, wie es eigentlich sein sollte. Denn durch die Versicherungspflichtgrenze bei den Angestellten wird den besserverdienenden Angestellten die Möglichkeit eröffnet, aus der Solidargemeinschaft auszusteigen. Nun eröffnen Sie diese Möglichkeit auch für besserverdienende Arbeiter. Die wichtigste Forderung der Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, nämlich auch für Arbeiter die Wahlmöglichkeit zu schaffen, verweigern Sie konsequent. Daß heute noch Arbeiter zwangsweise bestimmten Kassen zugewiesen werden, während **Angestellte** schon immer mehrere **Wahlmöglichkeiten** hatten, ist ein Anachronismus, der jetzt beseitigt werden müßte. Diese fortgesetzte Diskriminierung der Arbeiter paßt nicht in unser System der sozialen Krankenversicherung.

Aber bleiben wir bei der Frage nach dem **Versichertenkreis**. Nach geltendem Recht sind bestimmte **Selbständige** aus gutem Grunde pflichtversichert. Diese entlassen Sie aus der Pflichtversicherung, weil — so schreiben Sie — diese in eigener Verantwortung entsprechende Vorsorge treffen sollen. Das eigenständige Recht von Selbständigen mit unterem und mittlerem Einkommen, freiwillig in die Versicherung einzutreten, streichen Sie. Hier wird so getan, als gebe es keine schutzbedürftigen Selbständigen. Als Selbständiger wird hier offenkundig nur der erfolgreiche Unternehmensberater betrachtet, nicht aber der



**Heyenn**

- (A) kleine Kaufmann, der kleine Gastwirt an der Ecke oder der Inhaber einer Würstchenbude. Diese Regelungen sind nicht nur formalistisch und unsolidarisch, meine Damen und Herren, sie sind auch zutiefst mittelstandsfeindlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zu einer dritten Personengruppe kommen, zu den **Studenten**. Wenn die Studenten über 30 Jahre alt sind und das 14. Semester überschritten haben, sollen sie nicht mehr versicherungspflichtig sein.

(Kolb [CDU/CSU]: Sollen die sofort in die Rente? — Frau Limbach [CDU/CSU]: Das ist doch im Ausschuß widerlegt worden! — Louven [CDU/CSU]: Da gibt es doch Ausnahmen!)

Fast 400 000 Studenten sind davon betroffen. Diskriminiert durch Ihre Regelung werden z. B. Frauen, die ihr Studium wegen der Kindererziehung unterbrochen haben, und werden Studenten, die auf Grund der in vielen Fächern miserablen Arbeitsmarktchancen eine Zusatzausbildung absolvieren. Wenn die Bundesregierung dann in die Begründung dieses Gesetzentwurfs hineinschreibt, sie wolle auch der Tendenz, das Hochschulstudium zu verlängern, entgegenwirken, ist das der reine Hohn. Was hat das mit Gesundheitsreform zu tun?

(Kuhlwein [SPD]: Das ist Zynismus!)

- (B) Hier hat blanke Ideologie Pate gestanden; denn Bedürfnisse der Krankenversicherung, diese 400 000 Studenten aus der gesetzlichen Krankenversicherung und ihrem Schutz zu entlassen, haben in keiner Weise vorgelegen.

(Beifall bei der SPD — Kolb [CDU/CSU]: Sind 14 Semester nicht genug?)

Wir haben viele Briefe bekommen. Es ist Herrn Blüm ja auch gelungen, insgesamt drei positive Briefe in seinem Stapel von Zuschriften zu finden. Uns hat das Deutsche Studentenwerk geschrieben und diese Forderung abgelehnt.

(Zuruf von der CDU/CSU)

Uns hat die Westdeutsche Rektorenkonferenz geschrieben. Uns haben die Studentenvertretungen vieler Hochschulen geschrieben. Uns hat auch der Studentenverband Ihrer eigenen Partei geschrieben, Herr Blüm, uns, den Sozialdemokraten. Dieser **RCDS** hat uns, die Sozialdemokraten, gebeten, alles zu unternehmen, damit dieser Teil der Gesundheitsreform abgelehnt wird. Mir scheint, es ist der Regierungspartei noch nicht gelungen, ihrem eigenen Nachwuchs zu erklären, was die CDU und diese Regierung unter Solidarität verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Die gesamten Änderungen im Mitgliedschaftsrecht der Krankenversicherung sind, meine Damen und Herren, ein einziges **Förderprogramm für die private Krankenversicherung**.

(Frau Steinhauer [SPD]: So ist es! Ganz genau!)

Hier tut sich ein wachsender Markt durch Privatisierung bisher sozial abgesicherter Risiken auf. Die Pri-

vatversicherungen haben die Zeichen der Zeit erkannt. Es gibt schon sieben Firmen, die sich bemühen, neu in diesen Markt hineinzukommen. Der enorme Aderlaß für die gesetzliche Krankenversicherung ist offenkundig programmiert. (C)

Wenn aber gute Risiken abwandern, dann wird das Finanzierungspotential der gesetzlichen Krankenkassen weiter geschwächt. Dann steigen die Beitragsätze, und dann wandern weitere Mitglieder ab. So geht die Spirale immer schneller und immer tiefer in den Keller. Den sozialen Ausgleich, die Grundidee der gesetzlichen Krankenversicherung, wirtschaften Sie so kaputt.

Meine Damen und Herren, aber auch die schlechten Risiken werden in der privaten Krankenversicherung noch zum Geschäft gemacht. Allerdings gibt es dort dann Leistungsinhalte, die mit einem Ausweis für Billigmedizin gekennzeichnet sind. Diese Regierung schafft es also auch, selbst in der privaten Krankenversicherung eine Zwei-Klassen-Medizin einzuführen.

Nun eine kurze Betrachtung, wie es denn mit den tragenden Prinzipien der gesetzlichen Krankenversicherung aussieht. **Vollversorgung**, Beitragsfinanzierung nach Leistungsfähigkeit und Sachleistungsprinzip — die Worte kommen in Ihrem Entwurf noch vor; aber ihr Inhalt wird jeweils im zweiten Teil des Satzes zurückgenommen. Da heißt es in § 2:

Die Krankenkassen stellen den Versicherten die im Dritten Kapitel genannten Leistungen . . . zur Verfügung,

und dann kommt die Einschränkung: (D)

soweit diese Leistungen nicht der Eigenverantwortung der Versicherten zugerechnet werden.

Diese Eigenverantwortung, meine Damen und Herren, heißt dann: Negativliste bei Arzneimitteln, Streichung oder Absenkung des Sterbegeldes, bei den Arzneimitteln nur noch Zuschüsse in Form von Festbeträgen, Selbstbeteiligung bei Heilmitteln. Das heißt auch, daß wir im Straßenbild bald Bürger wieder an der typischen Kassenbrille erkennen können.

(Beifall bei der SPD)

Vollversorgung? Das ist wohl Fehlannonce.

Wie geht es mit dem **Sachleistungsprinzip**? Dazu heißt es im Gesetz:

Die Versicherten erhalten die Leistungen als Sach- und Dienstleistungen,

und dann wird verschämt hinzugefügt:

soweit dieses Buch nichts Abweichendes vorsieht.

Das Abweichende heißt dann: Fahrtkosten selber zahlen, Brillenreparatur selber zahlen, zum Zahnersatz nur noch einen geringen Kostenzuschuß bekommen. Das ist dann die Aufgabe des Sachleistungsprinzips.

Über das dritte Prinzip, die **Beitragsfinanzierung**, habe ich schon gesprochen. Chronisch Kranke zahlen 2 % über dem Durchschnittsbeitrag, und Gesunde bekommen 1 % zurück.

**Heyenn**

- (A) Die Brechstange ist an alle Grundsätze der bisherigen Krankenversicherung angesetzt. Die gesetzliche Krankenversicherung wird auf das Blümsche Maß zurückgestutzt. Das Versorgungsniveau wird heruntergefahren, und bei den Versicherten wird kassiert.

Lachender Dritter bei diesem **Entsolidarisierungsprogramm** sind die privaten Versicherungen. Sie haben schon die richtigen Zusatzversicherungsmodelle bereit: die Krankenhaustagegeldtarife, die Sterbegeldversicherungen und die Auslandskrankenversicherungen. Hier öffnet sich ein weites Feld für private Unternehmer, vom Leistungsabbau der gesetzlichen Krankenversicherung zu profitieren. Auf der Strecke bleiben dann diejenigen — das verstehen Sie offenkundig unter neuer Solidarität —, die keine private Krankenversicherung mehr aufnimmt, weil sie krank sind. Auf der Strecke bleiben ferner diejenigen, die sich den Luxus dieser Finanzierung nicht mehr leisten können.

Wenn Sie im übrigen von Solidarität reden, dann gibt es machmal gute Ansätze. Da gibt es einen Beschluß dieser Bundesregierung vom 27. April dieses Jahres. Darin heißt es: Der Bundesinnenminister wird beauftragt, die sich aus diesem Gesetz ergebenden Verschlechterungen auf die Beihilfavorschriften zu übertragen. Der Bundesinnenminister hat bis heute das Blatt mit diesem Beschluß des Kabinetts nicht einmal in die Hand genommen. Es gibt keine Überlegungen, dies auf die **Beihilfavorschriften** zu übertragen.

(Kuhlwein [SPD]: Deswegen ist der Innenminister heute auch nicht da!)

- (B) Nun wünsche ich den Beamten diese Verschlechterungen nicht; aber hier zeigt sich ganz deutlich, daß Sie auch in diesem Bereich mit einem Zweiklassenrecht arbeiten wollen.

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz ist eine einzige Entsolidarisierung. Dieses Gesetz macht das Sachleistungssystem kaputt. Es zerstört die Solidarität zwischen Kranken und Gesunden durch Selbstbeteiligung und Leistungskürzungen. Dieses Gesetz eröffnet den Weg, die Epoche der sozialen Krankenversicherung in der Bundesrepublik zu beenden. Deswegen können wir diesen Vorschriften nicht zustimmen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Frau Renger:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Günther.

(Peter [Kassel] [SPD]: Jetzt kommt der Weißwascher!)

**Günther** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es war zwar wohlthuend, daß der Kollege Heyenn hier sehr sachlich gesprochen hat. Trotzdem bin ich enttäuscht worden, denn er hat kein Konzept der SPD zur Gesundheitsreform vorgestellt, obwohl er schon der dritte Redner dieser Fraktion war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Statt dessen haben wir die stereotype Wiederholung „abkassieren“ gehört, ohne daß sich Herr Kollege Heyenn — das gilt auch für die Redner, die nach ihm kommen —, mit den Ursachen der Situation in der Krankenversicherung auseinandergesetzt hat. (C)

(Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Die hatten noch Zeit dazu!)

Ich denke, es ist sinnvoll, daß darüber hier noch einmal gesprochen wird.

Es geht in der Tat um die **Erhaltung unserer sozialen Krankenversicherung**, die ohne eine Reform, wie wir sie vorsehen, unbezahlbar würde, oder die Beiträge stiegen ins Unermeßliche. Aber wir brauchen diese hervorragende Krankenversicherung; deshalb dürfen wir sie nicht länger gefährden. Das gilt um so mehr angesichts des stetig wachsenden Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung. Das ist mit großen Herausforderungen an die sozialen Sicherungssysteme verbunden. Kollege Dreßler, es ist wirklich absurd, hier erneut von einer Zerstörung der Krankenversicherung durch unsere Reform zu sprechen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, leider dient die heutige abschließende Beratung der Reformgesetzgebung im Gesundheitswesen den Kritikern wiederum zu stereotypen Wiederholungen ihrer Ablehnung. Tatsache ist aber, daß sich die Koalition mit kritischen Einwänden aufgeschlossen auseinandergesetzt hat. Die Koalition hat im federführenden Ausschuß rund 200 Änderungsanträge zu diesem Gesetzentwurf beschlossen. Darunter befinden sich weitgehende inhaltliche Änderungen. Leider verschweigt die Opposition auch dieses. Wir folgen hiermit den Ergebnissen aus vielen Gesprächen, die wir geführt haben, und aus den Anhörungen, und wir folgen den Änderungsvorschlägen sachkundiger Personen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU — Kolb [CDU/CSU]: Herr Dreßler war nicht dabei!)

Die SPD hat einerseits gerügt, der Gesetzentwurf schaffe zuwenig Transparenz im Gesundheitswesen und in der Krankenversicherung; andererseits hatte sie vorher behauptet, das Gesetz schaffe den gläsernen Patienten.

(Dreßler [SPD]: Das war doch wohl zu Recht behauptet!)

Dies geschah, Kollege Dreßler, übrigens unisono mit den diesbezüglichen **Diffamierungen durch den Hartmannbund** und ähnliche ehrenwerte Vereinigungen, denen es darauf ankommt, das Behandlungs- und Abrechnungsgeschehen möglichst undurchsichtig zu halten.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der CDU/CSU: Deswegen laufen denen die Mitglieder weg! — Abg. Dreßler [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Nein, ich möchte jetzt im Kontext fortfahren.

(Dreßler [SPD]: Das habe ich mir gedacht!)

Die ganze Kampagne des Hartmannbundes, also des Verbands der niedergelassenen Ärzte, ist eine einzige Diffamierung. Den Patienten wird durch Ausgänge in den Wartezimmern Angst gemacht. In Wahr-

Günther

(A) heit steht dahinter, daß der eigene Geldbeutel gemeint ist und nicht das Geld der Versicherten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist verdächtig, meine Damen und Herren, wenn man sich dagegen mit dieser Kampagne wehrt. Hier befindet sich die SPD übrigens in einer feinen Koalition, denn sie macht ebenfalls nicht an sachlichen Inhalten orientiert Stimmung, sondern eher auf Teufel komm raus.

Meine Damen und Herren, wer das Konzept der Koalition sachgerecht beurteilen will, der muß die wirklichen Ursachen des Reformbedarfs beachten. Dabei muß man sich über die grundlegende Konstruktion und das Wesensmerkmal der sozialen Krankenversicherung im klaren sein. Sie hatten genügend Zeit, dies zu überdenken. Deshalb setzen wir die Maßnahmen schwergewichtig und zielgerichtet auf der Seite der Erbringer der Leistungen an. Wir wollen das Behandlungsgeschehen durchsichtiger, rationaler und auch überprüfbarer gestalten. Es geht um Menge und Umfang der Leistungen, deren unnötiger Ausweitung wir wirksam begegnen wollen. Dabei stehen im Vordergrund die **Leistungserbringer**; denn sie gewähren und veranlassen die Leistungen. Sie müssen deshalb verantwortlich entscheiden, was erforderlich ist und was nicht. Eine besondere Aufgabe kommt auch hier der Selbstverwaltung zu.

Es hat keinen Sinn, demgegenüber den Vorwurf der bürokratischen Kontrolle zu erheben; denn die entsprechenden Aufgaben werden den **Selbstverwaltungseinrichtungen** und nicht der staatlichen Kontrollbehörde übertragen. Also: **Stärkung der Eigenverantwortung**. Eigenständige und freie Gesundheits- und Heilberufe sind in besonderem Maße zur Eigenverantwortung verpflichtet. Sie nehmen das ja erklärtermaßen auch für sich in Anspruch.

(Zuruf von der SPD: Reine Sprechblasen!)

Also: Transparenz verwirklichen, Wirtschaftlichkeit und Eigenverantwortung stärken. Dies ist eines der Grundkonzepte unserer Reform.

Ein weiteres Instrument, das sich bei den Leistungserbringern nachhaltig auswirkt, sind die **Festbeträge**. Wenn zuvor von Menge und Umfang der Leistungen die Rede war, so geht es hier um deren Preis. Die Festbeträge werden den Preiswettbewerb verbessern, der im System der gesetzlichen Krankenversicherung bisher weit unterentwickelt war. Festbeträge wird es nur dort geben, wo der Versicherte die erforderliche Leistung zu einem günstigen Preis und ohne jede Zuzahlung erhalten kann. Deshalb sind dies auch keine Zuschüsse, sondern es ist die gesamte Leistung, die der Festbetrag erbringt.

(Bohl [CDU/CSU]: So ist es! — Beifall bei der [CDU/CSU])

Kollege Dreßler, Sie haben heute morgen in süffisanter Weise die Ersatzvornahme hier gerügt, die wir ins Gesetz hineingeschrieben haben, wenn die Beteiligten ihre Schularbeiten nicht machen. Sie sollten uns zustimmen, daß wir in bezug auf die Preisabsenkung Wert darauf legen müssen, daß die Festbeträge, die in großem Umfang auch möglich sind, auch wirklich schnellstmöglich eingeführt werden und keine Verzö-

gerungen stattfinden. Nur für den Fall, in dem wir merken, daß beabsichtigte Verzögerungen eintreten, haben wir dieses Instrument der Ersatzvornahme ins Gesetz eingebaut. Das ist wohlkalkuliert und auch richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU — Louven [CDU/CSU]: Logische Konsequenz!)

Dort, wo wir nicht mit Festbeträgen arbeiten können, werden wir ab 1992 eine prozentuale Selbstbeteiligung einführen, bei der eine soziale Obergrenze gilt.

Außerdem besteht eine **Sozialklausel**, nach der, wie bisher schon, sozial bedürftige Personen von Zuzahlungen befreit sind.

Neu und ebenfalls zur Schonung der Versicherten bestimmt ist eine soziale **Überforderungsklausel**. Sie wird von den Kritikern bewußt stets verschwiegen.

(Dr. Thomae [FDP]: Oder falsch verstanden!)

Deshalb muß ich sie noch einmal hier wiederholen. Diese Überforderungsklausel bewirkt, daß bei anhaltender oder mehrfacher Erkrankung für den Fall wiederholter Zuzahlungen eine Obergrenze gezogen wird. Diese Obergrenze ist flexibel und richtet sich nach den Einkommensverhältnissen des Versicherten und seiner Familienangehörigen.

(Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Das ist wichtig! — Zuruf von der SPD: 2% oder 4%?)

Die soziale Überforderungsklausel führt bei chronisch Kranken oder bei Behinderten in vielen Fällen zu einer Entlastung gegenüber den heute noch bestehenden Regelungen. Auch dies hat der Kollege Dr. Becker heute morgen schon eindrucksvoll nachgewiesen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Opposition verschweigt bewußt diese Tatsache. Gerade chronisch Kranke sind oft auf die laufende Anwendung von Arzneimitteln und von Heilmitteln angewiesen und müssen zudem in vielen Fällen regelmäßig und mehrmals wöchentlich zu Behandlungen bei Ärzten oder anderen Heilpersonen fahren. Dadurch entstehen jährliche Kosten, die leicht auf Beträge von weit über 1 000 DM anwachsen. Heute müssen Sie diese Belastungen vollständig selbst tragen. Nach unserem Gesetzentwurf greift in Zukunft die Überforderungsklausel wirksam ein und schützt sie vor Überforderungen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

So wird beispielsweise ein Alleinstehender mit einem Durchschnittseinkommen von 36 000 DM im Jahr mit höchstens 720 DM im Jahr belastet. Das entspricht einer maximalen Zuzahlung von 60 DM im Monat.

(Jaunich [SPD]: Mit links macht er das!)

Für Ehepaare vermindert sich dieser Betrag auf 50 DM, bei einem Ehepaar mit drei Kindern beträgt er noch 31 DM. Auch dies hat der Arbeitsminister hier in einem anderen Beispiel schon vorgetragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu paßt auch die Polemik, die bei der **Kostenerstattung**

(C)

(D)

Günther

(A) **beim Zahnersatz** auch heute wieder von der Opposition hier vorgetragen wurde.

(Louven [CDU/CSU]: „Polemik“ ist noch un-  
tertrieben!)

Ich will deshalb, Kollege Dreßler —

(Dreßler [SPD]: Hier! Immer noch bei der Ar-  
beit!)

Sie haben das ja heute morgen auch wieder vorgetra-  
gen —, einmal eindeutig sagen — ich komme dann  
auch auf Ihren Vorwurf zu sprechen, den Sie mir ge-  
genüber deutlich gemacht haben — —

(Dreßler [SPD]: Das will ich aber hoffen!)

— Die Hoffnung wird sich für Sie als trügerisch erwei-  
sen. Aber ich werde Sie über das aufklären, was rich-  
tig ist.

(Dreßler [SPD]: Na, na, na!)

Was also die Kostenerstattung beim Zahnersatz an-  
geht, will ich deshalb eine deutliche Klarstellung  
vornehmen. Immer wieder wird den Bürgern einzure-  
den versucht, sie müßten demnächst einen Kredit auf-  
nehmen, weil sie beim Zahnarzt mit dem Teil in Vor-  
lage treten müßten, den die Krankenkasse zu tragen  
hat.

(Jaunich [SPD]: Das haben Sie doch selbst  
reingeschrieben! Ratenzahlungen!)

Schon ganz früh, meine Damen und Herren — das  
können Sie selber nachlesen, aber Sie tun ja so etwas  
nicht, Sie polemisieren ja nur —, nach den Aussagen  
im Hearing am 20. Juni 1988,

(B) (Dreßler [SPD]: Steht das drin mit den Raten-  
zahlungen oder nicht?)

ist von allen Krankenkassen auf meine Frage hin klar-  
geworden, daß die Kassen bereit sind,

(Dreßler [SPD]: Ratenzahlungen!)

hier Regelungen zu treffen — keine Ratenzahlungen,  
sondern: Regelungen zu treffen, Kollege Dreßler, so  
daß der Versicherte mit dem Kassenanteil nicht in  
Vorlage zu treten hat.

(Zuruf von der SPD: Warum macht ihr das  
dann im Gesetz?)

Ich verbürge mich an dieser Stelle dafür.

(Beifall bei CDU/CSU und der FDP)

Ich stelle deshalb noch einmal deutlich fest, daß so-  
wohl die Krankenkassen als auch die Kassenzahnärzt-  
liche Bundesvereinigung bereit sind,

(Zuruf von der SPD: Warum schreibt ihr das  
dann nicht ins Gesetz?)

Regelungen zu vereinbaren, die eine Vorleistung des  
Versicherten ausschließen und zu entsprechenden  
Regelungen bei Ratenzahlungen für den Anteil des  
Versicherten kommen werden. Das haben Sie ja ge-  
rade noch einmal kritisiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben mich heute morgen aus der Zeitung inso-  
weit falsch zitiert, als ich dies in der Tat gesagt habe.  
Richtig ist, wenn es irgendwo gestanden hat, daß Sie  
kritisierten, daß der Ausschuß keinen Beschluß dar-

über gefaßt hat. Das ist richtig. Das habe ich auch (C)  
nicht gesagt.

(Dreßler [SPD]: Es steht auch nicht im Ge-  
setz, Herr Kollege! — Zuruf von der SPD: Das  
wäre einfacher gewesen!)

Das konnte der Ausschuß auch gar nicht beschließen.  
Um es noch einmal deutlich werden zu lassen: Der  
Versicherte braucht zur Zuzahlung nicht vorher antre-  
ten, sondern er bekommt sein Geld vorher.

(Dreßler [SPD]: Wir schicken alle, die das  
Geld nicht bekommen, zu Herrn Günther!  
Der macht dann eine Bank auf!)

Weil wir gerade beim Aufräumen sind, will ich mich  
auch noch einmal mit dem **Flugblatt** beschäftigen,  
meine Damen und Herren, welches die **SPD** in jün-  
gster Zeit verteilt. Für alle diejenigen, die es noch nicht  
gehört haben, muß ich wiederholen: „Ab 1. Januar  
1989“ — schreibt die SPD — „dürfen Sie nicht mehr  
krank werden.“

(Zuruf von der CDU/CSU: Unerhört!)

Dies steht für sich, meine Damen und Herren. Die  
Bürger draußen werden selber beurteilen können,  
was das für ein Unfug ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Genauso ein Unfug ist es, wenn Sie dahinter die Fest-  
stellung treffen: „Bisher waren Sie gesetzlich ausrei-  
chend krankenversichert.“ Damit erwecken Sie den  
Eindruck, daß das in Zukunft nicht der Fall ist.

(Dr. Vogel [SPD]: Sie setzen doch alles her-  
unter!) (D)

— Herr Vogel, es ist auch in Zukunft der Fall, daß der  
Bürger ausreichend gesetzlich krankenversichert ist.

(Beifall bei der CDU/CSU — Dr. Vogel  
[SPD]: Sind die Leute heute überversi-  
chert?)

Dann kommen die Sozialdemokraten zu bemerkens-  
werten Erkenntnissen und Eingeständnissen. Sie rü-  
gen heute laufend, daß beim Patienten abkassiert  
werde.

(Zuruf von der SPD: Nicht nur heute!)

Sie schreiben in Ihrem eigenen Flugblatt: „Jeder  
weiß:“ — also selbst die SPD weiß es — „Es muß ge-  
spart werden.“ Das steht hier drin. „Aber richtig!“  
heißt es weiter, und dann kommt es: „Und alle“ müs-  
sen sparen. Als erstes werden die „Patienten“ ge-  
nannt, bei denen wir angeblich abkassieren — die  
müssen also sparen —, dann: „Ärzte, Pharmaindustrie  
usw. sollten dabei sein.“ — Meine Damen und Herren,  
sie sind in der Tat alle dabei,

(Zuruf von der SPD: Die sind nicht drin!)

insofern könnten sie unserem Gesetzentwurf zustim-  
men.

(Dreßler [SPD]: Da klatschen die noch nicht  
einmal Beifall bei so einem Stoß!)

Der zweite Punkt ist, daß Sie eine Reihe von Forde-  
rungen aufstellen, nach denen angeblich Ihr Konzept  
richtiger ist. Sie schreiben:

**Günther**

(A) Wir wollen, daß Gesundheitsvorsorge und Krankheitsfrüherkennung ausgebaut werden.

(Zuruf von der SPD: Wir werden gleich über das Flugblatt abstimmen!)

Genau das geschieht im Gesetz. Sie schreiben weiter:

Wir wollen die Position der Krankenkassen und ihrer Verbände so stärken, daß sie die Interessen der Versicherten wirksam wahrnehmen können.

Genau das geschieht im Gesetz.

(Jaunich [SPD]: Namentliche Abstimmung über das Flugblatt!)

Sie schreiben weiter:

Wir wollen, daß sich die Kassen besser als bisher gegen die Anbieter von Gesundheitsleistungen,

(Dreßler [SPD]: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

zum Beispiel die Pharmaindustrie, behaupten können.

Genau das geschieht mit den Festbeträgen im Gesetz. — Nein, die gestatte ich jetzt nicht. Sie wollen nur meinen Fluß kaputt machen und beweisen, was Ihr Flugblatt alles bringt.

**Vizepräsident Frau Renger:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

(B)

**Günther** (CDU/CSU): Nein, ich fahre fort. Ich gestatte keine Zwischenfragen, Sie haben noch genug Redner, Herr Dreßler, um das zu korrigieren, wenn es nicht stimmt. Ich zitiere aus Ihrem eigenen Flugblatt:

(Dreßler [SPD]: Herr Günther, hätten Sie die Freundlichkeit, das SPD-Flugblatt zur namentlichen Abstimmung zu stellen?)

Wir wollen, daß die Krankenversicherung finanzierbar bleibt und daß jeder — unabhängig von seinem Geldbeutel —

— so heißt es hier —

auf eine vernünftige gesundheitliche Versorgung vertrauen kann.

Das ist alles in unserem Gesetz enthalten. Sie könnten ihm vorbehaltlos zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Weil das so schön paßt, will ich auch noch auf einen anderen Punkt eingehen.

(Jaunich [SPD]: Noch ein Flugblatt?)

— Nein, es ist kein Flugblatt,

(Jaunich [SPD]: Vom Hartmannbund?)

sondern es handelt sich darum, daß zwei Entschließungsanträge zum sogenannten **Sterbegeld für Abgeordnete** vorliegen. Ich denke, daß ich es übernehmen muß, für die richtige Aufklärung für die Abgeordnete,

vor allen Dingen aber der Öffentlichkeit zu sorgen. (C)

(Wüppesahl [fraktionslos]: Lassen Sie die Peinlichkeit!)

Zu diesem Thema ist in der Öffentlichkeit viel Unfug, Unrichtiges, auch Neiderzeugendes und auch Polemisches gesagt worden.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Nein! — Dr. Thomae [FDP]: Doch!)

Ich will deshalb feststellen: Erstens. Wer als Abgeordneter einer Krankenkasse angehört, fällt genauso unter die Kürzung des Sterbegeldes wie jeder andere Versicherte.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es! — Dr. Vogel [SPD]: Das ist doch wohl selbstverständlich! Das wäre ja noch schöner!)

Zweitens. Die darüber hinaus in **§ 24 des Abgeordnetengesetzes** enthaltenen Leistungen sind **Übergangsgelder für die Hinterbliebenen** eines verstorbenen Abgeordneten. Diese Leistungen sind in 90 % aller Tarifverträge — meistens noch mit wesentlich besseren Leistungen — enthalten. Ich selbst habe eine bessere Leistung gehabt, bevor ich in den Bundestag kam, um das deutlich zu sagen.

Ich räume ein, daß die Überschrift des § 24, die „Sterbegeld“ lautet, zu Mißverständnissen führen kann. Aber wenn sich Abgeordnete daran beteiligen, diese Mißverständnisse noch zu schüren, ist das auch ein Verrat an ihren eigenen Familien.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Widerspruch bei den GRÜNEN — Jaunich [SPD]: Ihr habt doch einen Entschließungsantrag eingebracht! — Gegenruf des Abg. Louven [CDU/CSU]: Ihr doch auch! — Dr. Vogel [SPD]: Sollen wir den ablehnen?) (D)

Ich wollte das noch einmal ganz deutlich gesagt haben. Deshalb werden wir unserem Entschließungsantrag zustimmen, der vorsieht — um Sie zu beruhigen —, noch einmal eine Überprüfung vorzunehmen. Sie wird zum selben Ergebnis kommen, wie ich das hier und heute vorgetragen habe.

(Jaunich [SPD]: Sie haben also schon das Ergebnis dieser Überprüfung vorweggenommen!?)

Wo sind nun eigentlich die Vorschläge der Opposition zur Verbesserung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie zum Stoppen der Kostenexplosion im Gesundheitswesen?

(Dreßler [SPD]: Die liegen auf dem Tisch!)

Die Änderungsanträge, die die SPD in den Ausschüßberatungen vorgelegt hat, führen zu einer Verminderung der im Gesetzentwurf vorgesehenen Einsparungen in Höhe von 7,6 Milliarden DM und darüber hinaus zu zusätzlichen Ausgaben von über 2 Milliarden DM. Diese Rezepte der SPD sind daher zur Konsolidierung und zur Reformierung der Krankenversicherung kontraproduktiv.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Zum Beispiel wird versucht, den Eindruck zu erwecken, als gälte es nur, die Einkommen der Lei-

**Günther**

- (A) stungserbringer zu vermindern, und als könnten die Versicherten auf diese Weise von Sparsamkeitserfordernissen verschont bleiben. Aber durch simple Einkommensabschöpfungen läßt sich dieses Problem nicht lösen.

Jeder Ansatz, den wir zur Lösung des Problems bringen, wird von der Opposition mit dem Vorwurf des Sozialabbaus belegt. Ich weise das zurück, vor allen Dingen vor dem Hintergrund Ihrer Scheinalternativen, die Sie aufgebaut haben.

Die Opposition orientiert sich nicht an den Sachfragen — das kann nicht oft genug gesagt werden —, die unbedingt im Sinne einer Lösung beantwortet werden müssen, sondern an ideologischen Ausgangspunkten. Danach ist alles im Gesundheitswesen und in der Krankenversicherung gut, was der Kollektivierung dient.

Wenn wir den Versicherten, wie vorgesehen, entsprechend den geplanten **Belastungen** der Versicherten in vollem Umfang auch wieder **neue Leistungen** zukommen lassen, kann man nicht von Abkassieren sprechen. Das muß ich noch einmal verdeutlichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend besonders hervorheben: Wir werden heute ein Gesetz verabschieden, das eine wirkliche und wirksame Reform in der Krankenversicherung und im Gesundheitswesen in Gang bringt. Das ist ein bedeutender Erfolg der Regierung und dieser Koalition. Nach gescheiterten Bemühungen schon Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre — damals unter dem Bundesarbeitsminister Blank — und Mitte der 70er Jahre zu Zeiten der SPD-Regierung kann das Inangsetzen der Reform im Interesse eines leistungsfähigen Gesundheitswesens überhaupt nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir werden das alle erleben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es wird mit dieser Reform auch bewiesen, daß dieses Land noch reformfähig ist, wenn man den Mut hat, den wir aufgebracht haben, und wenn man bereit ist, alles zu ertragen, was uns begegnet ist.

Wir haben dies getan, weil wir der Sache verpflichtet sind. Die geballte Kraft vieler ist eingesetzt worden, um auch diese Reform kaputtzumachen. Aber dies ist nicht gelungen; dies werden wir am Ende dieses Tages feststellen.

All die schlimmen Voraussagen zu den angeblichen Auswirkungen des Gesetzes werden nach dem Inkrafttreten alsbald in Vergessenheit geraten, weil sie einfach nicht zutreffen. Es wird von den düsteren Prognosen, meine Damen und Herren von der Opposition, genauso viel übrig bleiben, wie schon in den vergangenen Jahren mit anderen Reformvorhaben, die wir durchgeführt haben, nämlich nichts.

Dieses Gesetz findet unsere Zustimmung. Ich danke allen, die daran mitgearbeitet haben, insbesondere auch den Mitarbeitern des Ausschußbüros, aber auch den Mitarbeitern des Bundesarbeitsministeriums. Herzlichen Dank.

Wir verabschieden, meine Damen und Herren — dies sage ich der Bevölkerung; sie wird es prüfen, und sie wird es feststellen —, ein sehr gutes Gesetz. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Frau Renger:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wüppesahl.

(Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Ich finde, er hat viel mehr Rechte als andere!)

**Wüppesahl** (fraktionslos): Meine Damen und Herren! Daß es Probleme im Gesundheitswesen gibt, ist sicherlich unstrittig. Die Frage ist bloß, wie man diese Probleme anfaßt, um sie zu lösen.

Der Ansatz, der bei Herrn Blüm und allen Blüm-Freunden im Vordergrund steht, ist natürlich der fatalste, denn er fragt: Was kostet das? und versucht von daher, irgendwelche Kostendämpfungen umzusetzen, anstatt zu sagen: Wir haben Probleme; wie lösen wir diese Probleme? und dann bei den Problemlösungswegen irgendwann auch in den politischen Lösungsbereich der Kostenfrage zu gelangen. — So wäre eine sinnvolle Herangehensweise an eine Gesundheitsreform denkbar, die ihren Namen verdiente.

Nichtsdestotrotz — wie Sie inzwischen ja erfahren haben — habe ich mich darangemacht — soweit das in der verbliebenen kurzen Zeitspanne möglich war —, etwas Vernünftiges aus diesem desolaten Gesetzesentwurf zu machen. Dazu steige ich jetzt in die Darstellung von wenigen Änderungsanträgen ein: (D)

Was Artikel 1 § 81 Abs. 5 angeht, so wünsche ich mir, daß folgende Fassung aufgenommen wird:

Der an der kassenärztlichen Versorgung teilnehmende Arzt und die ermächtigte ärztlich geleitete Einrichtung sollen bei der Verordnung von Arzneimitteln die zu schaffende Positivliste für Medikamente beachten.

Die Begründung ist denkbar einfach, u. a. auch mit Ihren Kostengesichtspunkten verknüpfbar: Die Negativliste und die Preisvergleichsliste sind abzulehnen; denn sie führen dazu, daß immer weniger Medikamente von der Krankenkasse bezahlt werden, z. B. Medikamente gegen grippale Infekte. Halten Sie sich bitte vor Augen, daß wir 100 000 Medikamente auf dem Markt haben, von denen höchstens 1 000 echt gebraucht werden und sich höchstens 8 000 medizinisch irgendwie in ihrer Wirkstoffweise unterscheiden lassen.

(Frau Garbe [GRÜNE]: In anderen Ländern kommt man mit sehr viel weniger aus!)

— Ganz recht. Wir wissen, daß andere Länder, z. B. Norwegen, mit 600 Medikamenten in der Positivliste auskommen. — Dieser Beitrag ist keine Lösung. Die Preisvergleichsliste im geplanten Umfang bringt auch nicht den gewünschten Einspareffekt. Zudem ist immer noch ungeklärt, nach welchen Kriterien die Einteilung der Festbeträge und der Medikamente von-statten gehen soll. Erforderlich ist vielmehr die von mir bereits erwähnte **Positivliste**.

Ein zweiter Änderungsantrag lautet: Im Art. 1 sollen die §§ 35 und 35a gestrichen werden, und zwar

**Wüppesahl**

- (A) aus folgenden Gesichtspunkten: Die geplante Einführung einer **Festbetragsregelung** sowohl für Arznei- als auch Verbandmittel — das haben Sie, Herr Blüm, vorhin vollblumig versucht als Positivum darzustellen — ist gesundheitspolitisch verfehlt. Durch die Einführung von Festbeträgen werden keine Kosten gesenkt. Auch wird es unüberwindliche Schwierigkeiten in der praktischen Anwendung der Festbetragsregelung für Heil- und Hilfsmittel sowie für Arznei- und Verbandmittel geben. Die geplanten Festbeträge für Arzneimittel und Hilfsmittel führen nur zum Wettbewerb oberhalb der Festbetragsgrenze, bieten aber keinen Anreiz, die Festbetragsgrenze sogar noch zu unterschreiten.

(Dr. Thomae [FDP]: Nicht verstanden!)

Im Gegenteil, alle werden sagen: Mindestens diesen Preis nehmen wir.

Die Festbetragsregelung führt daher nur zu einem Scheinwettbewerb. Außerdem führt die Festbetragsregelung dazu, daß der Industrie sogar noch eine Preisgarantie geboten wird, zumal nur 30 % der Medikamente von dieser Festbetragsregelung erfaßt werden.

Mit den Festbeträgen soll das „medizinisch Notwendige“ — das ist ein Zitat aus der Begründung des Gesetzentwurfs — finanziert werden. Die Frage ist aber, was medizinisch notwendig ist und welche Kriterien zur Zusammenfassung der Arzneien zu Gruppen etc. angewandt werden. Außerdem existiert keine Regelung darüber, wie Verwaltungshandeln bei Preis- und Gruppenfestsetzungen rechtlich überhaupt angefochten werden kann. Festbeträge sind außerdem ausgesprochen unsozial und benachteiligen wieder die chronisch Kranken und Behinderten.

(B)

Mein dritter Änderungswunsch bezieht sich auf § 312.

Aus der Begründung ergibt sich auch die Zielrichtung der genauen Änderungsformulierungen.

Jeder Patient und jeder Versicherte haben ein eklatantes Interesse daran, Auskunft darüber zu erhalten, welche Daten über ihn gespeichert sind. Es gehört zu den besonders schützenswerten Rechten der Patienten, daß diese **Auskunft und auch Kopien aus ihren Krankenakten** erhalten. Dies ist nicht nur zur Überprüfung der ärztlichen Leistungen, sondern auch zur Durchsetzung von eventuellen Schadensersatzansprüchen u. ä. zwingend erforderlich. Jeder Patient hat ein Recht darauf zu erfahren, welche Daten in welchen Datenerfassungsstellen über ihn gespeichert sind. Besonderes Gewicht ist dabei darauf zu legen, daß die Versicherten auch einen Anspruch darauf haben, die Akten selber zur Verfügung gestellt zu bekommen. Nur so ist die Transparenz in der Krankenversicherung, nur so ist Kontrolle möglich.

(Dr. Thomae [FDP]: Den hat er doch!)

— Nein, das steht eben nicht so darin. Würden Sie in Buchstabe b in § 312 formulieren: „Dabei haben die Versicherten den Anspruch, die Akten zur Verfügung gestellt zu bekommen und bei Bedarf auch eine Kopie des Akteninhaltes“, dann hätten Sie es erfaßt. Wir haben doch da ein supersensibles Problem zu erfassen. Frau Unruh sagte, daß es in dieser Republik Hun-

dertausende von geschädigten Menschen auf Grund von Kunstfehlern gibt. Kein Mensch kommt da heran, auch nicht die Justiz, weil die augenblicklichen rechtlichen Rahmenbedingungen so abgefaßt sind, daß man eben nicht herankommen kann, daß der Patient solchen Fehlern ungeschützt ausgesetzt ist. (C)

Viele von Ihnen wissen, daß ich gerade bei diesen fürchterlichen Zuständen am Geesthachter Johanniter-Krankenhaus gravierende Einzelfälle herausgeschält habe. Mir liegt dieses Problem auf Grund der persönlichen Betroffenheit mir sehr nahestehender Personen wirklich sehr am Herzen.

Der vierte Änderungswunsch, den ich Ihnen vortragen möchte, zu § 203:

Abs. 1 wird folgende Nr. 12 angefügt:

12. Einrichtung von Patientenvertretungen.

Das ist ein Auftrag für die Krankenkassen. Das geht in die gleiche Richtung wie der vorherige Änderungsantrag. Die Patienten sind in den Satzungen und Selbstverwaltungsorganen gar nicht oder zu wenig erwähnt und haben keinerlei Möglichkeit, bei den Krankenkassen, die doch besonders im Dienst der Versicherten stehen sollten, irgendwie mitzuentcheiden und an Planungen der gesundheitlichen Versorgung teilzuhaben. Lediglich in den Selbstverwaltungsorganen sollen Vertreter der Versicherten beteiligt sein. Deren Einflußmöglichkeiten sind durch die paritätische Besetzung neben Arbeitgebervertretern aber sehr gering und entsprechen nicht der Bedeutung der Patienten in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Daneben sind noch **Patientenvertreter** einzusetzen, die nicht in die Selbstverwaltungsorgane eingebunden sind, sondern neben diesen stehen. Dadurch könnte die Mitbestimmungsmöglichkeit von Patienten in der Tat erheblich verbessert werden, aber genau dies, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, wollen Sie überhaupt nicht. (D)

Mein fünfter Änderungswunsch betrifft Artikel 1 § 74. Ich wünsche mir an dieser Stelle folgende Fassung:

Die Krankenkassen müssen die Versicherten bei der **Verfolgung von Schadensersatzansprüchen**, die bei der Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen aus Behandlungsfehlern entstanden sind und nicht nach § 116 des Zehnten Buches auf die Krankenkassen übergehen, unterstützen.

Die **Unterstützung der Patienten** soll nicht irgendwie allgemein formuliert sein; sie soll insbesondere unter juristischen, finanziellen, medizinischen bzw. fachmedizinischen Aspekten erfolgen. Dazu gehört die Übernahme eventueller Gutachterkosten durch die Krankenkasse — Sie hören richtig — ebenso wie die Übernahme von Gerichtskosten und Anwaltskosten. Der persönlichen Beratung der Patienten durch die Krankenkasse wird besonderer Rang eingeräumt. So müßte die Fassung an der Stelle lauten, wenn man Patienten mit der sogenannten Strukturreform schützen wollte. Die Begründung liegt auf der Hand. Ich habe in meinen Bemerkungen zu dem vorherigen Antrag im Grunde schon das Wesentliche ausgeführt.

Ein weiterer Gesichtspunkt: die Sicherstellung der Datenübersicht. Nach Ihrem Gesetzentwurf sollen

**Wüppesahl**

- (A) Übersichten erstellt werden, die der Öffentlichkeit in geeigneter Weise zugänglich gemacht werden sollen, **Übersichten über die Datenbestände**, die bei den Kassen geführt werden. Es ist eine Notwendigkeit, daß die Sicherstellung über die Datenübersichten und über die gespeicherten personenbezogenen Daten auf Anfrage interessierten Einzelpersonen und Institutionen zu übermitteln sind. Dies ist zum Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts des Patienten zwingend erforderlich. Nur durch die Möglichkeit der Übermittlung dieser Datenübersichten auf Anfrage an interessierte Einzelpersonen ist einigermaßen sichergestellt, daß nicht hochsensible Daten gespeichert werden, da durch die Möglichkeit der Anforderung durch Einzelpersonen und Institutionen die Kontrollmöglichkeit darüber geschaffen wird, welche Daten wirklich gespeichert sind. Auch hier kann man genau ablesen, mit welcher Ernsthaftigkeit Sie **Datenschutz** im Sinne der Patienten, der Versicherungsleistungserbringer betreiben oder eben auch nicht. Das letztere ist der Fall.

Weiterer Änderungswunsch zu Art. 1 § 11: Abs. 1 Nr. 5 Buchstabe d Ziffer 8 wird neu angefügt:

Die Kosten für die

— dies betrifft ein zentrales Problem zur Zeit in unserer Gesellschaft —

**kleine und große Grundpflege der Sozialstationen** müssen von den Krankenkassen übernommen werden.

- (B) So müßte die Formulierung an der Stelle lauten. Überall wird auch von Ihren Sprechern und Sprecherinnen wirklich herumgedröhnt, wie wichtig die Sozialstationen sind. Aber wenn es dann darum geht, sie angemessen zu finanzieren und in diese Gesundheitsstrukturform einzubetten, dann fehlt die Ernsthaftigkeit.

Warum das so ist, liegt auch auf der Hand. Soll die häusliche Krankenpflege gestärkt werden, so ist es dringend erforderlich, daß auch die Kosten für die sogenannte kleine und große Grundpflege, die die Sozialstationen übernehmen, von den Krankenkassen erstattet werden. Es kann nicht angehen, daß die Kommunen oder andere Träger allein für die Kosten der Sozialstationen herangezogen werden. Außerdem fehlen den Kommunen und den anderen örtlichen Trägern die dringend erforderlichen finanziellen Mittel, weil Sie hier in Bonn eine Rahmengesetzgebung — vor allem für die Großindustrie — mit Steuererleichterungen, mit Subventionen beschließen, die genau die Austrocknung der Landes- und der Kommunalebene bewirken.

Dringend erforderlich ist daher eine finanzielle Unterstützung durch die Krankenversicherung. Dadurch werden Kosten auf anderen Gebieten eingespart. Außerdem ist diese kleine und große Grundpflege der Sozialstationen erheblich sozialer als eine Einweisung z. B. in große Krankenhäuser. Wir wissen doch, wie viele Pflegefälle auf den internistischen Stationen landen, die dort gar nicht hingehören und zu einem Tagessatz von 230 oder bis zu 350 und 400 DM der Krankenkasse auf den Geldbeutel fallen.

Nächster Änderungsantrag: Art. 1 § 11 Abs. 1 Nr. 5 wird gestrichen. Die Begründung ist klar. (C)

Die **Pflegefallversicherung** und die **Absicherung von pflegenden Familienangehörigen** ist eine grundsätzlich zu begrüßende Einrichtung, die aber nicht zu den Aufgabenbereichen der gesetzlichen Krankenversicherung gehört. Dazu wäre es notwendig, daß — mehrere Fraktionen haben das inzwischen eingebracht, mir ist so etwas wegen der Rechtsstellung, die Sie mir zugedenken, nicht möglich — ein eigenes Gesetz geschaffen wird.

Nächster Änderungsantrag: In Art. 1 § 20 Abs. 3 werden die Worte „mit den Kassenärztlichen Vereinigungen“ gestrichen. Diese Begründung wird Sie jetzt sicherlich sehr interessieren.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

— Daß Sie bei der SPD solche dummen Zwischenrufe machen, wo Sie genauso gegen dieses Gesetzeswerk anrennen wie ich, ist in der Tat nur noch peinlich. Wenn das von den Regierungsfraktionen gekommen wäre, hätte man Verständnis dafür aufbringen können. Aber das offenbart, was Sie in diesem Gesetzeswerk tatsächlich an Kontrast zur Regierung haben wollen, nämlich gar nichts. Ihnen geht es offensichtlich um Effekthascherei.

Die **Kassenärztlichen Vereinigungen** müssen abgeschafft werden, da ihre Existenzberechtigung mehr als zweifelhaft ist. Die Zuständigkeiten für die Abrechnungen sollten sich auf die Krankenkassen und die Ärzte bzw. die Krankenhäuser selbst beschränken. Durch die Kassenärztlichen Vereinigungen werden zur Zeit die Abrechnungen gemacht, ohne daß den Ärzten selbst die quartalsmäßige Abrechnungsarbeit wirklich abgenommen wird. Vielmehr erhalten die Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigungen enorme Aufwandsentschädigungen und Gelder, die von den Ärzten eingezogen werden. Auf diese Weise wird auch nicht gerade zur viel propagierten Kostensenkung beigetragen. Diese Kassenärztlichen Vereinigungen sind nichts anderes als Geldumverteilungsstationen, die gleichzeitig durch ihre zusätzliche Verwaltungsarbeit weitere Mittel fressen, weil sie die Personen, die in den Gremien sitzen, zusätzlich mit jährlich Zehntausenden von Mark pro Einzelperson füttern. (D)

Weiterer Änderungsantrag: Art. 1 § 38: Die Abs. 2 und 4 werden gestrichen, Abs. 5 Satz 2 wird gestrichen, und zwar aus folgendem Grund.

Der Patient darf nicht gezwungen werden, für den Fall, daß er ein anderes Krankenhaus als das vom Arzt angegebene aufsuchen möchte, die Mehrkosten für dieses Krankenhaus selbst zu übernehmen. Sie schränken mit Ihrem Gesetzentwurf die **freie Krankenhauswahl** erheblich ein, und das angesichts der Zustände, die wir in einzelnen Krankenhäusern inzwischen konstatieren müssen. Das ist ein ungeheurer Vorgang. Der Patient muß sich das Krankenhaus nach eigenen Vorstellungen und Wünschen und den medizinischen Notwendigkeiten selber aussuchen können, ohne mit eventuellen Mehrkosten belastet zu werden. Die freie Wahl des Krankenhauses gehört zu den essentiellen Grundrechten des Patienten. Eine Zuzahlung für einen Krankenhausaufenthalt



**Wüppesahl**

(A) ist aus sozialen Gesichtspunkten nicht gerechtfertigt. Die Selbstbeteiligungen von Patienten sollten soweit wie möglich abgeschafft werden.

Zum § 276 a — Regionaler Finanzausgleich — möchte ich folgende Formulierung in der Gesetzesendfassung sehen:

Es ist ein regionaler, kassenartenübergreifender Finanzausgleich durchzuführen und die kassenartenübergreifende Zusammenarbeit zu fördern.

Diese Regelung liegt im Interesse gerade der vom Ausbluten bedrohten Allgemeinen Ortskrankenkassen. Nur eine effektive Zusammenarbeit und ein funktionierendes Ausgleichssystem auf regionaler Ebene können mittel- und langfristig die unterschiedlichen Beitragssätze bei gleichen Leistungen, die ungleichen Handlungs- und Verantwortungsebenen überwinden. Es darf nicht einseitig zu Lasten einer oder weniger Krankenkassen gehen, wenn die ganze Region wirtschaftlich und strukturell benachteiligt ist. Ein **kassenartenübergreifender Finanzausgleich** ist vor allem deshalb erforderlich, weil die Allgemeinen Ortskrankenkassen z. B. einen hohen Anteil von Patienten versichern, die zu den sogenannten Risikogruppen gehören.

**Vizepräsident Frau Renger:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist jetzt endgültig zu Ende. Sie haben schon wieder etwas überzogen.

**Wüppesahl** (fraktionslos): Jetzt haben wir das Problem.

(B) (Kolb [CDU/CSU]: Wir haben kein Problem!)

Ich habe gerade zehn Änderungsanträge vorstellen können, weil Sie mir nur 15 Minuten zugestehen, und habe noch nicht einmal die notwendigen grundsätzlichen Äußerungen gemacht.

Ich bedanke mich dennoch für die Aufmerksamkeit.

(Kolb [CDU/CSU]: Die Frechheit, die Sie sich herausnehmen, ist unerträglich! Das ist unerträglich, was Sie uns zumuten! — Wüppesahl [fraktionslos]: Es ist unerträglich, was Sie mir zumuten! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Was glauben Sie, wie viele hier heute nicht reden dürfen!)

**Vizepräsident Frau Renger:** Meine Damen und Herren, das läßt sich nun mal nicht ändern. Sie wissen, es gibt hier Probleme, über deren Lösung wir uns alle noch nicht ganz im klaren sind, auch nicht über die Auswirkungen. Deswegen müssen wir hier leider so verfahren.

Jetzt hat der Herr Abgeordnete Kirschner das Wort.

**Kirschner** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einer Bemerkung des Vorsitzenden des Sachverständigenrats für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Herrn Professor Arnold, beginnen. Er bezeichnet, zu Recht, meine ich, den Namen „Gesundheitsreform“ für Ihr Geset-

zeswerk als „Hochstapelei“. Er sagt voraus: Gleich nach der Reform wird eine neue Reform notwendig werden. — Meine Damen und Herren, Herr Blüm, das ist ein öffentliches Armutzeugnis für Ihren Gesetzentwurf, ausgestellt vom Sachverständigenratsvorsitzenden, der von der Bundesregierung berufen wurde.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, Ihr Gesetzentwurf behebt keines der entscheidenden **Probleme des Gesundheitswesens**. Ich nenne die wichtigsten: erstens die falschen Leistungsanreize im **Honorierungssystem** bei den Ärzten und im Krankenhaus, die zur Mengen- und Kostenausweitung führen, zweitens die **Überkapazitäten** in nahezu allen Leistungsbereichen und drittens die Verwerfungen in der **Kassenstruktur**, die Beitragssatzunterschiede, die einen Teil der Versicherten in geradezu verfassungswidriger Weise benachteiligen.

Schon in der allgemeinen Begründung machen Sie klar, daß es Ihnen gar nicht um eine Gesundheitsreform geht. Ihr Gesetzentwurf belastet die Kranken. Gesunde erhalten Beiträge zurück. Besserverdienende werden zur privaten Krankenversicherung verabschiedet. Das, Herr Blüm, ist die von Ihnen beschworene neu bestimmte Solidarität.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten dagegen sehen die entscheidende Aufgabe einer Reform des Gesundheitswesens in der **Orientierung des Krankenversicherungssystems an den gesundheitlichen Problemen, die in der Bevölkerung vorhanden sind**. Wir stehen dabei nicht allein. Dies fordert auch der Sachverständigenrat, dies fordert auch die Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“, die ja vom Bundestag eingesetzt wurde. Sie finden dies in den Vorschlägen der Gesundheitspolitischen Kommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ich habe den Eindruck, Herr Blüm: Wenig gilt bei Ihnen Sachverstand im Gegensatz zur Sprücheklopferi. Ich sagte schon: Im Mittelpunkt einer Gesundheitsreform müßte stehen die Orientierung an den gesundheitlichen Problemen, die in unserer Bevölkerung vorhanden sind.

Unser Wissen über Krankheitsursachen, -häufigkeit und -verlauf sowie über **gruppen- und schichtenspezifische Lebenserwartung** ist äußerst gering. Solche Daten, im Ausland vorhanden, sind sehr aufschlußreich. So belegen entsprechende Untersuchungsergebnisse aus England, daß Angehörige oberer sozialer Schichten eine deutlich höhere Lebenserwartung haben als beispielsweise Hilfsarbeiter. Während des Berufslebens ist das Sterblichkeitsrisiko in den unteren sozialen Schichten um nahezu 50 % höher als bei Angehörigen der oberen sozialen Schichten. Französische Zahlen kommen zu noch krasserem Ergebnis. Danach ist die Sterblichkeit ungelernter Arbeiter während der Erwerbsphase rund dreimal so hoch und die Lebenserwartung gegenüber den Angehörigen der sogenannten oberen sozialen Schicht um fast acht Jahre geringer. Warum sollte es in der Bundesrepublik Deutschland anders sein?

**Kirschner**

- (A) Aufschlußreich ist ein Blick in die Rentenstatistik. Danach liegt in der Arbeiterrentenversicherung bei den Männern der **Anteil der Frühinvaliden**, also der Bezieher von Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten, erheblich über dem entsprechenden Anteil in der Angestelltenversicherung. So waren bei den Rentenzugängen des Jahres 1986 bei den Männern in der Arbeiterrentenversicherung über 44 % Frühinvaliden, in der Angestelltenversicherung lediglich 25 %.

Die Ungleichheit vor Krankheit und Tod ist also offensichtlich. Das ist unser Vorwurf: Dieses Gesetz blendet die Suche nach **Krankheitsursachen** und **Krankheitsschwerpunkten** völlig aus.

(Beifall bei der SPD)

Gerade das, so meinen wir, müßte Ausgangspunkt einer Gesundheitsreform sein. Ihr Gesetzentwurf stellt aber die Weichen weder für eine umfassende Gesundheitsberichterstattung noch für eine Umorientierung in Richtung Prävention.

(Dr. Thomae [FDP]: Für Prävention schon!)

Es gilt, die Ursachen von Krankheit, die in den Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen liegen, zu erkennen und zu bekämpfen. Dieser Aufgabe, Herr Dr. Thomae, stellt sich Ihr Gesetzentwurf nicht.

Ausgangspunkt ist bei Ihnen keine Analyse; statt dessen: Kostenverlagerung auf die Kranken. Den Herausforderungen, daß veränderte Gesundheitsprobleme geänderte **Versorgungsstrukturen** erfordern, stellen Sie sich nicht. Eine Orientierung des Versorgungssystems am veränderten Krankheitsspektrum findet nicht statt. Ungleiche Betroffenheit von Gesundheitsproblemen, schichtenspezifische Krankheitsbelastung und Versorgungsdefizite werden nicht angegangen. Eine Orientierung der Aktivitäten und Ausgaben im Gesundheitswesen an diesen Prioritäten findet nicht statt.

(B)

Schon gar nicht angegangen werden strukturelle Defizite wie die **psychosoziale Versorgung** im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. Damit wollen Sie sich offenbar überhaupt nicht befassen. Sie haben das mit der Ablehnung unseres Gesetzentwurfs zur überfälligen Gleichstellung der psychisch Kranken in der gesetzlichen Krankenversicherung deutlich gezeigt.

Sie reden zwar viel von Wettbewerb, wollen davon aber nichts mehr hören, wenn es um die Leistungserbringer geht.

(Beifall bei der SPD)

Eine steigende Zahl junger Ärzte drängt auf den Markt, d. h.: in die niedergelassene Praxis. Aber das ist noch nicht einmal das Hauptproblem. Nein, das gravierende Problem unseres Gesundheitswesens ist das **ärztliche Verordnungsverhalten**. Nicht der Patient, wie Sie uns vormachen, sondern der Arzt hält den Schlüssel zu den Ausgaben der Krankenversicherung in der Hand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Arzt weist ins Krankenhaus ein. Der Arzt verordnet Arzneimittel, Heilmittel, Hilfsmittel, Kuren. Der Arzt stellt die Arbeitsunfähigkeit fest. Eine Steuerung des Gesundheitswesens muß daher beim ärztlichen

Verhalten ansetzen. In Ihrem sogenannten Gesundheitsreformgesetz: Fehlanzeige. Statt dessen gibt es Durchschnittsprüfungen, auf die ein cleverer Kassenarzt längst mit seinem Praxiscomputer und entsprechender Software reagiert hat.

(Huonker [SPD]: Sehr wahr!)

Die Probleme der **ambulanten ärztlichen Versorgung** sind hinreichend bekannt. Es wird zu wenig auf die Bedürfnisse der Patienten eingegangen. Fünf-Minuten-Medizin mit standardisierter Labordiagnostik, technische Apparate und Medikamentenverordnungen bestimmen den Praxisalltag. Das Gespräch mit dem Patienten wird noch immer nicht genügend gefördert.

Aber genau hier wäre der Hebel für mehr Prävention anzusetzen. Wir fordern mehr **Gesundheitsberatung** durch die Ärzte und mehr Zuwendungsmedizin. Denn bei **Prävention** kommt es auf Information, Verständnis und Einsicht an und nicht auf noch mehr Zahlen aus dem Laborautomaten. Für eine zuwendungsorientierte Medizin tun Sie nichts. Angesichts des steigenden Anteils psychosozialer Probleme haben Sie nur ein paar folgenlose Floskeln zu bieten.

Den Grund der ganzen Fehlorientierung: das **System der Einzelleistungsvergütung**, gehen Sie nicht an. Warum ist die **Gebührenordnung** eigentlich kein Gegenstand Ihrer Strukturreform, obwohl Sie doch von finanziellen Steuerungsanreizen so überzeugt sind? Hier sind die Voraussetzungen zu schaffen für mehr Qualität und für die Kostendämpfung bei medizinisch-technischen Leistungen oder für den notwendigen Ersatz von Medikamenten durch Gesundheitsberatung. Aber hier haben Sie offenbar vor den Einkommensinteressen bestimmter Ärztegruppen und vor dem Widerstand der Ärzteorganisationen, die in der Therapie alles beim alten belassen wollen, kapituliert.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Die starken Worte des Herrn Bundeskanzlers gegen den Hartmannbund waren offensichtlich nur heiße Luft.

In der ambulanten ärztlichen Versorgung gibt es mit dem Gesundheits-Reform-Gesetz weder eine sachliche Verbesserung noch einen echten Ansatz zur Kostensteuerung. Die Fehlversorgung im stationären Bereich ist bekannt. Dabei wird die demographische Entwicklung vor allem im Pflegebereich die gegenwärtigen Probleme noch verschärfen.

Die Bundesregierung unternimmt nichts, um die falschen Anreize zu beseitigen, die einer wirtschaftlichen **Krankenhausbehandlung** im Weg stehen. Sie hat hier vor den Partikularinteressen von Bundesländern und Krankenhausträgern kapituliert. Dabei ist doch als Ergebnis vieler Analysen bekannt, daß wir ein doppeltes Problem haben, um unsere Krankenhäuser leistungsfähiger und wirtschaftlicher zu machen. Einerseits geht es darum, das Krankenhaus von Pflegefällen zu entlasten und dafür im Interesse der Patienten angemessenere Versorgungsformen zu finden. Auch in bestimmten Krankheitsbereichen der Akutversorgung ist die Verweildauer immer noch viel zu lang und der Einsatz der Krankenhausleistungen

**Kirschner**

- (A) nicht effizient. Auf der anderen Seite muß das Krankenhaus unterstützt werden, die durch die verkürzte Verweildauer erhöhte Leistungsintensität auch personell zu bewältigen. Dann stellt sich gleichzeitig das wachsende Problem des Pflegenotstands.

(Huonker [SPD]: Sehr wahr!)

Hier kommen wir nur weiter, indem wir ein **leistungsbezogeneres Finanzierungs- und Abrechnungssystem** für das Krankenhaus entwickeln, das mehr Transparenz und eine bessere Planungsgrundlage schafft. Mit dem tagesgleichen vollpauschalieren Pflegesatz können wir diese Probleme nicht lösen. Hierzu gibt es keinen Ansatz in Ihrem angeblichen Reformwerk. Sie verschieben es auf später.

Finanzprobleme werden statt dessen auf die Patienten abgewälzt, indem die unselige **Zuzahlung bei Krankenhausaufenthalt** sogar verdoppelt wird. Statt differenzierte Instrumente der Finanzierung und Bedarfsplanung zu entwickeln, gibt es dagegen nur pauschale Drohungen.

Sie behaupten, im Krankenhausbereich 1,6 Milliarden DM einzusparen. Das sind 4 % der Gesamtausgaben. Aber wie, das sagen Sie nicht, und dies angesichts einer Situation, wo in vielen Krankenhäusern die Personaldecke reißt. Teilweise kann heute schon ein aufgabengerechter oder gar patientenfreundlicher Betrieb nicht mehr in jedem Fall aufrechterhalten werden. Auch vor der wichtigen Frage einer besseren Verzahnung des ambulanten und stationären Bereichs haben Sie kapituliert. Bei der Frage der vor- und nachstationären Betreuung durch das Krankenhaus haben Sie klein beigegeben.

- (B) Das gilt in noch viel größerem Maß für den **Arzneimittelsektor**. Minister Blüm hat in diesem Haus erklärt: Ohne einen spürbaren Solidarbeitrag — von 1,7 Milliarden DM hat er geredet — wird es kein Reformwerk geben. Heute nun sollen die **Festbeträge** diesen Solidarbeitrag darstellen, und sie werden als Kernstück der Reform gefeiert. Dabei gehen die Festbeträge an den wirklichen Problemen der Arzneimittelversorgung völlig vorbei.

Die Probleme liegen nämlich im qualitativen Bereich. Um Fragen der **Qualität der Arzneimitteltherapie** kümmert sich der Bundesarbeitsminister aber nicht. Dabei verordneten die Ärzte 1987 zu Lasten der Krankenkassen, wie der jüngste Arzneiverordnungsreport feststellt, allein für 5 Milliarden DM Arzneimittel mit umstrittener Wirksamkeit, und das in einem einzigen Jahr.

(Hört! Hört! bei der SPD)

Fachleute sprechen davon, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland 500 000 bis 800 000 Medikamentenabhängige haben. Ein Fünftel der 15 000 Dialysepatienten hat die Nierenschäden infolge des Mißbrauchs von Arzneimitteln davongetragen. Wo finden sich die Antworten, Herr Bundesarbeitsminister, auf diese Steuerungs- und Qualitätsprobleme im Gesundheits-Reformgesetz?

(Zuruf von der SPD: Da findet sich keine Antwort!)

Ich finde in Ihrem Gesetzentwurf keine. Der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesund-

heitswesen hat zwei Jahresgutachten mit detaillierten Empfehlungen vorgelegt. Warum haben Sie diese nicht übernommen? (C)

Meine Damen und Herren, eine Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung, die sich in der uferlosen Ausdehnung der Selbstbeteiligung erschöpft und den Einstieg in die Pflege durch die zusätzliche Belastung von alten, chronisch kranken und behinderten Menschen erkaufte, verdient den Namen „Gesundheits-Reformgesetz“ nicht. Denn: „Das ganze System beruht auf Selbstbeteiligung. Wer sonst — wenn nicht die Versicherten — zahlt es? Das ist die Selbstbeteiligung.“

(Kolb [CDU/CSU]: Aber eine sehr unterschiedliche!)

— Hören Sie nur einmal zu, was ich vorlese: „Wenn die Selbstbeteiligung einen zusätzlichen Sinn haben soll, dann nicht den, einfach nur Geld zu beschaffen.“

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der SPD: Geldschneiderei! — Weitere Zurufe von der SPD)

Das muß man ehrlicherweise über die Beiträge tun. Selbstbeteiligung im Krankenhaus, 5 DM pro Tag — ich habe noch nie jemanden gesehen, der sich selbst ins Krankenhaus eingewiesen hat. Wo ist da der Steuerungseffekt? Weg damit!“

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Nun, meine Damen und Herren, was ich hier zitiert habe, sind die Worte von Herrn Minister Blüm, gesprochen vor einem Jahr als damaliger Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft auf deren Bundestagung am 16. Oktober letzten Jahres in Hamburg. (D)

(Hört! Hört! bei der SPD)

Ich kann nur sagen, Herr Minister Blüm: Recht hatten Sie. Weg damit, weg mit diesem Gesetzentwurf! Dann werden Sie Ihren eigenen Ansprüchen gerecht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

**Vizepräsident Frau Renger:** Das Wort hat Frau Abgeordnete Limbach.

**Frau Limbach (CDU/CSU):** Frau Präsidentin! Meine Kollegen und Kolleginnen! Der Abgeordnete Heyenn hat sich hier vorhin Sorge darüber gemacht, daß die Regierung die **Ergebnisse der Enquete-Kommission** nicht in ihren Gesetzentwurf einbeziehen wolle und daß auch die Koalitionsfraktionen nicht darauf gewartet hätten. Darauf gibt's zwei einfache Antworten.

Die erste Antwort liegt in der Zeit begründet. Die Gesundheitsreform hatte und hat keine Zeit, darauf zu warten, bis langwierige, schwierige und umfangreiche Untersuchungen und Abwägungen zu Ende sind. Es muß gehandelt werden, und zwar jetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der SPD: Dummes Zeug, Sie wollten nicht! — Weitere Zurufe von der SPD)

**Frau Limbach**

(A) Was den zweiten Punkt angeht, so lese ich Ihnen — damit Sie ganz beruhigt sind — jetzt einmal vor, was die Sachverständigen selber dazu gesagt haben. Die Sachverständigen selber haben nämlich hervorgehoben, daß ihre Arbeit keinen direkten Bezug zu dem gegenwärtigen Gesetzgebungsvorhaben habe und über es hinausreiche. Sie haben nämlich selbst erkannt, daß es gar nicht ihre Aufgabe ist, uns sozusagen einen Vorentwurf für einen Gesetzentwurf zu machen, sondern daß ihre Aufgabe wissenschaftliche Beratung ist. Und die kann nicht während eines laufenden Gesetzgebungsverfahrens erfolgen, sondern muß längerfristig angelegt sein. Im übrigen — das hat sich ja auch gezeigt — waren die meisten der Vorlagen, die für die Enquete-Kommission verarbeitet wurden, in anderen Veröffentlichungen, Studien und Untersuchungen auf dem Markt. Ich jedenfalls habe bei sehr vielen Papieren erkannt, daß ich es schon in Veröffentlichungen der Bosch-Stiftung oder anderer Stiftungen oder in sonstigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Herren Professoren habe lesen können.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Das ist ja keine Kritik an diesen Herren, sondern das ist nur die Feststellung, daß das meiste davon jedenfalls schon auf dem Markt war.

(Seehofer [CDU/CSU]: Aber sie wurden für das Abschreiben noch einmal bezahlt!)

(B) Und zu vielem von dem anderen kann man wahrscheinlich das sagen, was einer der Sachverständigen gesagt hat, daß nämlich Teile des Berichtes zwar gut formuliert seien, andere Beiträge aber erhebliche Schwächen zeigten, ganz abgesehen davon, daß die Formulierungen teilweise nicht sachlich-berichtend, sondern eher ideologisch orientiert seien und daß es einen erheblichen Arbeitsaufwand kosten würde, diesen Bericht so zu bearbeiten, daß man sich damit identifizieren könne. Ich erspare Ihnen weitere Verlesungen aus diesen Papieren. Ich könnte das zwar sehr leicht tun, will aber Ihre Zeit und auch die meine dafür nicht in Anspruch nehmen.

Es ist hier vorhin auch gefragt worden, wie denn wohl die Meinung der jetzigen Bundestagspräsidentin und vorherigen Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit sei. Dazu kann ich nur sagen: Frau Süsmuth hat zu Recht in einer Presseerklärung darauf hingewiesen, daß erstmals in der Geschichte der deutschen Sozialversicherung an einigen Stellen die **Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung** auch für **Naturheilverfahren** und besonders für **Naturheilmittel** ausdrücklich festgestellt worden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben vorhin auf den Kollegen Thomae ja nicht hören wollen, als er Ihnen vorgerechnet hat, was bei Ihrer **Positivisten** herauskäme. Im übrigen muß man sagen, dort, wo es Positivisten gibt — das ist ja so ein Lieblingskind von Ihnen —, beispielsweise in Österreich, haben sie sich ja überhaupt nicht bewährt.

(Jaunich [SPD]: Haben Sie überhaupt keine Scham? — Andres [SPD]: CDA-Papier!)

(C) — Ach, wissen Sie, es ist keine Schande, ein Problem zu diskutieren, einen Lösungsversuch aufzugreifen, um darüber nachzudenken, ob er richtig ist. Eine Schande ist es allerdings, wenn man erkennt, daß er nicht richtig ist, ihn trotzdem weiterzuverfolgen und daran festzuhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ein ganz wichtiger Baustein in diesem Gesundheits-Reformgesetz ist — gerade für viele, viele Menschen in unserem Land ganz bedeutsam, weil es die Antwort auf eine der neuen Herausforderungen ist — die Hilfe für die Personen, die Schwerstpflegebedürftige in der Familie zu Hause pflegen — das sind ja meistens Frauen.

Herr Kollege Dreßler, ich habe mir ja oft überlegt, was unter dem Begriff „soziale Kälte“, den Sie so gerne benutzen, zu verstehen sei.

(Hasenfratz [SPD]: Ihre Politik!)

Als ich die Rede des Kollegen Dreßler gehört habe und er mit keinem Wort, nicht mit einer Silbe, erwähnt hat, daß wir im System der Krankenversicherung umschichten müssen, um eine Hilfe für die **Schwerstpflegebedürftigen** bzw. für die **Pflegepersonen** zu haben, da habe ich gewußt, was soziale Kälte ist, nämlich das, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D) Es ist ja auch gar nicht wahr, was Sie behaupten, daß dies hier an dieser Stelle eine Aufgabe der Gesellschaft wäre, die nun den Armen, den Kranken und Schwachen in der Krankenversicherung aufgehalst würde. Sprechen Sie doch mit den Geschäftsführern der AOKs, reden Sie doch mit den Verantwortlichen in den Krankenhäusern, Sie werden es doch genauso erfahren wie ich. Was ist denn heute der Fall? Heute ist der Fall, daß vielfach — ich habe das schon einmal in der Aktuellen Stunde gesagt —, nicht aus Jux und Dollerei, sondern weil man sich den Aufgaben anders nicht mehr gewachsen fühlt, der zu Pflegenden gelegentlich ins Krankenhaus eingewiesen wird, dort die teuren Akutkrankenhausbetten — 300 DM oder sonst etwas am Tag — in Anspruch nehmen muß, weil nämlich sonst die Pflegenden selber zusammenbrechen.

Es gibt ja eine Untersuchung von Sozialdata. Sie ist sehr interessant; Sie sollten sich einmal mit Zahlen beschäftigen, das wäre überhaupt manchmal gut.

(Andres [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Sie wissen ja selber, daß es etwa 2 Millionen Pflegebedürftige, von denen die meisten — 80 % bis 90 % — zu Hause gepflegt werden, gibt. Ich denke, daß Sie auch wissen, daß davon etwa 420 000 schwerpflegebedürftig und 210 000 schwerstpflegebedürftig sind.

(Rixe [SPD]: Die Zahlen stimmen doch nicht mehr!)

— Natürlich. Ich weiß, sie sind etwas verändert. Das sind hochgerechnete Daten.

(Peter [Kassel] [SPD]: Sie wissen doch nicht einmal, wie Sie es definieren sollen!)

**Frau Limbach**

(A) Ich sage einmal: Ob das jetzt wirklich 100 oder 1 000 mehr oder weniger sind, spielt doch keine Rolle.

(Rixe [SPD]: Doch, das spielt eine erhebliche Rolle!)

Richtig ist, daß von den über 80jährigen — von denen haben wir ja erfreulicherweise viele Mitbürgerinnen und Mitbürger — schon 30 % auf gelegentliche oder dauernde Hilfe angewiesen sind.

Was sagen die Pflegepersonen dazu? 33 % der Pflegenden brauchen mehr als sechs Stunden am Tag für die Pflege. 50 % von denen erklären offen, daß dies negative Auswirkungen auf ihre Freizeit hat. 45 % erklären offen, daß sie sich keinen Urlaub leisten können. 37 % sagen, daß sie befürchten, daß die eigene Gesundheit beeinträchtigt wird. Das stimmt, wie ich glaube. Jeder, der Personen kennt, die solche Pflegeaufgaben übernehmen, wird auch leicht erkennen, daß unsere Leistungen für die Pflege zu Hause sowohl eine menschliche Leistung für Schwerstpflegebedürftige ist, als auch krankheitsverhütende und damit die Krankenversicherung entlastende Leistung für die Pflegepersonen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich glaube, daß man hier auch einmal folgendes sagen muß: Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung am 19. März 1987 darauf hingewiesen, daß angesichts der vielfältigen Probleme und der großen finanziellen Dimensionen beim Problem der sozialen Sicherung bei Pflegebedürftigkeit eine Lösung nur schrittweise gefunden werden kann. Dann hat er gesagt:

(B) Wir wollen die häusliche Pflege so unterstützen, daß Pflegebedürftige so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können.

Eine zutiefst menschliche Lösung, eine sozial gerechte Lösung,

(Frau Unruh [GRÜNE]: Aber der falsche Ansatz!)

in diesem Punkt eine in der Krankenversicherung richtig angesetzte Lösung. Erstmals wird hier ein weißer Fleck in dem Atlas der Sozialpolitik in unserem Land gefüllt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hier ist vorhin in Ausführungen der Opposition von Ellenbogengesellschaft die Rede gewesen. Da muß ich Sie fragen: Ist es Ellenbogengesellschaft, wenn man Schwerpflegebedürftigen hilft, ist es Ellenbogengesellschaft, wenn man durch Prophylaxe bei der Zahnpflege für Kinder dafür sorgt, daß sie — ich sage das jetzt einmal so, wie man das als Mutter sagt — möglichst lange vor Zahnschmerzen und deshalb unangenehmen Gang zum Zahnarzt bewahrt werden, weil sie nämlich ihre Zähne beim Zahnarzt möglichst lange gesund erhalten bekommen? Ist es Ellenbogengesellschaft, wenn wir durch Überforderungsklauseln und durch die Härteklausele dafür sorgen, daß niemand über Gebühr strapaziert wird,

(Zuruf des Abg. Jaunich [SPD])

und ist es Ellenbogengesellschaft, wenn wir erwarten, daß der mündige Bürger, den wir in unserem Land haben, auch Eigenverantwortung übernehmen kann?

— Lieber Herr Jaunich, ich bin der Auffassung, daß die Menschen, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute erfreulicherweise ganz andere Chancen als vor 100 Jahren haben, als diese Krankenversicherung gegründet wurde. (C)

(Jaunich [SPD]: Das ist doch nicht der Punkt der Auseinandersetzung!)

Glücklicherweise kann sich heute jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin vieles aus eigener Kraft leisten, was früher nicht möglich war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aber andere Aufgaben können sie heute nicht mehr selber leisten. Deshalb brauchen sie dieses Gesetz, das zukunftsorientiert, sozial gerecht

(Jaunich [SPD]: Ihr habt Vorstellungen vom Sozialen!)

und notwendig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Frau Renger:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Haack (Extertal).

**Haack (Extertal) (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst zwei Vorbemerkungen machen; eine zu Minister Blüm, eine zweite zu Herrn Cronenberg.

Herr Minister Blüm, ich möchte hier doch einmal etwas vor der Öffentlichkeit klarstellen. Neben dem Herzstück der Festbeträge reden Sie immer von dem Herzstück des Einstiegs in die **Pflege**. Sie gehen dazu immer auf § 54 Abs. 1 GRG zurück, in dem der Leistungskatalog der demnächst in Anspruch genommen werden kann, beschrieben wird. D'accord. (D)

(Seehofer [CDU/CSU]: In Ordnung!)

— Bitte sehr. — Jetzt kommt Absatz 2, und der heißt:

Leistungen nach Absatz 1

— mit dem Sie hier Reklame für Ihre neue Humanität machen —

werden vom 1. Januar 1991 an erbracht.

Was bedeutet das? Dieser Satz bedeutet, es gibt einen politischen Vorbehalt in Ihren Hinterköpfen.

(Seehofer [CDU/CSU]: Richtig!)

— „Richtig“ sagt der Kollege Seehofer. — Ich will den Vorbehalt hier öffentlich sagen. Sie wollen erst einmal sehen, wieviel Sie von den 14 Milliarden DM bis 1991 abkassiert haben — genauso ist es doch diskutiert worden —, und erst dann, so Sie in die Regierung kommen, sollen diese Leistungen erbracht werden.

(Abg. Cronenberg [Arnsberg] [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Herr Cronenberg!

**Vizepräsident Frau Renger:** Bitte, Herr Abgeordneter Cronenberg.

**Cronenberg (Arnsberg) (FDP):** Herr Kollege, darf ich denn davon ausgehen, daß es kein Vorbehalt ist, wenn Sie das nach der nächsten Wahl gestalten könn-

**Cronenberg** (Arnsberg)

(A) ten, es also so bleibt, oder ist das auch ein Vorbehalt, das wieder abzuschaffen?

(Zurufe von der SPD: Billig!)

**Haack** (Extertal) (SPD): Nein, Herr Cronenberg, überhaupt nicht; wir haben ja unser **Pflegegesetz**. Ich denke, Sie machen hier folgenden Trick, insbesondere unser Norbert Blüm. Sie ziehen durch die Landschaft, durch die Seniorenstuben, die Seniorenveranstaltungen und behaupten, sie bringen Pflege. Ich sage hier einmal vor der Öffentlichkeit, daß dies unter einem Finanzierungsvorbehalt steht, und ab 1. Januar 1991 besteht dann die Frage, ob dies rechtswirksam wird oder nicht. Herr Cronenberg, es ist so.

(Beifall bei der SPD — Seehofer [CDU/CSU]:  
Nein, nein! Das stimmt aber nicht, Herr Kollege!)

Jetzt will ich mich mit Ihnen in einem zweiten Punkt auseinandersetzen, der mich persönlich auch nervt. Ich zähle auch zu den freien Berufen. Sie gebrauchen dann immer einen Begriff von Freiheit. Ich will einmal feststellen, daß ich mich aus meinem Verständnis als Sozialdemokrat heraus in meinem Freiheitsbegriff inhaltlich an dem definiere, was im Grundgesetz steht. Dann fügen die Sozialdemokraten noch hinzu, daß dieser Freiheitsbegriff durch das Sozialstaatsprinzip unterfüttert sein muß. Wenn man Ihre Diskussion hört, sprechen Sie in diesem **Sozialleistungssystem** immer die **freien Berufe** an und tun so, als ob deren grundrechtliche Freiheiten durch irgendwelche Eingriffsmaßnahmen, wie wir sie z. B. vorschlagen, gefährdet wären. Ich sage Ihnen: Wir haben jetzt ein Beispiel von Ihnen erlebt, unter dem die CDU leidet, nämlich die Einführung des **Kostenerstattungsprinzips beim Zahnersatz** und bei der kieferorthopädischen Behandlung. Das ist exakt das, was der Freie Verband der Zahnärzte uns immer geschrieben hat.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die wollen das!)

— Ja, die wollen das. Das haben Sie aber übernommen. Dazu sage ich ganz deutlich: Deren Freiheit interessiert mich in dem Punkt nicht. Mich interessiert die Freiheit derer, unterfüttert mit dem Sozialstaatsprinzip, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das versteht kein Mensch, was Sie da sagen!)

Das wollte ich Ihnen gesagt haben, damit einmal deutlich wird, daß wir mit Ihnen da nicht in einem Boot sitzen.

(Beifall bei der SPD)

In der Haushaltsdebatte beklagten der Kanzler und der Arbeitsminister übereinstimmend die weitgehende Ablehnung des Gesetzentwurfs zur Gesundheitsreform. „Uneinsichtige Verleumder“ wurde gesagt. Auch wurde gesagt, Lügner seien am Werk. Wir haben es heute morgen wieder erlebt: Die Regierung behauptet, all die guten Taten würden in einer Fälscherwerkstatt umgebogen. Der Minister hat am 27. Oktober 1987 im Bundestag in bezug auf seine Kritiker folgendes festgestellt: „Die Neinsager“ — das

sind die Kritiker — „sind aus meiner Sicht die neuen Opportunisten in dieser Gesellschaft.“ (C)

(Zuruf von der CDU/CSU: Genau!)

Nun frage ich Sie, Herr Minister: Sind Behinderte, bei denen abkassiert werden soll und die aufstehen und sich dagegen wehren, schamlose Opportunisten? Sind Rentner, chronisch Kranke, Allergiker, bei denen abkassiert werden soll

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Stimmt doch gar nicht!)

und die sich dagegen wehren, Opportunisten?

(Zuruf von der CDU/CSU: Was verstehen Sie unter Abkassieren?)

Sind die Sachverständigen, die Ihr Kostendämpfungs-konzept verwerfen, Opportunisten?

(Dr. Blüm [CDU/CSU]: Sachkenntnis macht nur unsicher!)

— Nein. — Finden Sie es eigentlich richtig, Herr Minister, daß bei den Versicherten und Kranken rund 3,8 Milliarden DM im Arznei-, Heil- und Hilfsmittelbereich abkassiert werden sollen, und zwar über die Festbeträge, über Selbstbeteiligung und Leistungsausgrenzungen? Die davon betroffen sind werden fragen: Warum wird nur bei uns abkassiert; wo bleiben eigentlich die Leistungsanbieter?

(Dr. Blüm [CDU/CSU]: Fragen Sie mal den Herrn Rappel!)

Wir haben heute morgen von dem Kollegen Dreßler, der jetzt leider nicht mehr hier ist, dazu ein schönes Beispiel gehört. Das ist der Original-Blüm-Ton zum Solidarbeitrag der Pharmaindustrie. Ich will Ihnen Ihre Einlassungen hier im Parlament vorlesen. Am 4. Dezember 1987 sagten Sie: (D)

Wir erwarten einen Solidarbeitrag der Pharmaindustrie. Ohne diesen Solidarbeitrag ist diese Krankenversicherungsreform nicht zu machen.

**Vizepräsident Frau Renger:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege?

**Haack** (Extertal) (SPD): Wenn ich die Kurve gekratzt habe. — Herr Blüm am 2. April dieses Jahres:

Den Gedanken des Solidarbeitrages habe ich keinesfalls aufgegeben. Jubeln Sie noch nicht zu früh.

Blüm am 6. Mai dieses Jahres:

Zur zeitlichen Überbrückung bis zum Sparziel verlangen wir einen Solidarbeitrag.

Heute müssen wir feststellen: Vollmundig hat der Bundesarbeitsminister — wie immer — begonnen, schlapp wurde er in der Mitte, und kleinlaut wurde er zum Schluß.

(Beifall bei der SPD)

Bildlich gesprochen: Als Jung Siegfried zog unser Arbeitsminister aus, um bei der Pharmaindustrie einen Solidarbeitrag einzufordern, und als Laufbursche mit leeren Händen steht er heute vor seinen Opfern.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

(A) **Vizepräsident Frau Renger:** Gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage?

**Haack** (Extertal) (SPD): Ja, jetzt sind Sie dran.

**Vizepräsident Frau Renger:** Herr Cronenberg, bitte!

**Cronenberg** (Arnsberg) (FDP): Herr Apothekerkollege Haack, würden Sie mir zugestehen, daß die Minderung der Preise für Medikamente, die laut „Gelber Dienst“ die Pharmaindustrie heute selber schon mit etwa 20 % ansetzt,

(Zuruf von der SPD: Das ist doch eine Ente!)

bei Ihnen in der Apotheke 20 % Umsatzeinbuße bedingt und daß diese Umsatzeinbuße mit Sicherheit ein Beitrag der Apotheker und der Pharmaindustrie zur Stabilisierung der Beiträge ist?

**Haack** (Extertal) (SPD): Herr Kollege Cronenberg, das, was heute im „Gelben Dienst“ zu lesen ist, halte ich schlicht und einfach für eine Ente, und zwar aus einem einfachen Grunde: Ich habe meinen Eindruck vom Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie. Innerhalb der Verbandsstruktur liegt eine Entschlußunfähigkeit für irgendwelche Maßnahmen vor. Das ist eine Negativkoalition. Insofern ist der Pharmaverband für mich ein Papiertiger. Daß die jetzt dieses Angebot mit 20 % machen, hängt damit zusammen, daß sie ein Störmanöver zur Festlegung der Festbeträge fahren wollen, über die derzeitig beraten wird.

(B) (Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Meine Frage lautete: Sind Ihre Umsatzeinbußen ein Beitrag zur Stabilisierung?)

**Haack** (Extertal) (SPD): Nein, die Armut bricht bei mir nicht aus. Der Minister hat angeboten, er würde mir auch Sozialhilfeanträge zuschicken. Die brauche ich nicht. Insofern ist die Frage damit beantwortet.

(Zuruf des Abg. Cronenberg [Arnsberg] [FDP])

— Jetzt aber Schluß hier, Herr Cronenberg!

**Vizepräsident Frau Renger:** Verzeihung, kein Dialog hier, meine Damen und Herren! Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Seehofer?

**Haack** (Extertal) (SPD): Ja.

**Vizepräsident Frau Renger:** Bitte.

**Seehofer** (CDU/CSU): Herr Kollege Haack, Sie mahnen hier den Solidarbeitrag der Pharmaindustrie an. Wie erklären Sie sich dann, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund in seiner Zeitung vom 15. Juni 1988 genau die Belastung der Pharmaindustrie durch dieses Gesundheitsreformgesetz moniert?

(Jaunich [SPD]: Nun werfen Sie doch keine Nebelkerzen!)

**Haack** (Extertal) (SPD): Was soll das bedeuten, was Sie mir da zeigen?

(Lachen bei der CDU/CSU)

**Seehofer** (CDU/CSU): Sie sagen, die Pharmaindustrie leiste keinen Solidarbeitrag, und der Deutsche Gewerkschaftsbund beklagt den Solidarbeitrag, den die Pharmaindustrie durch dieses Gesetz erbringen muß.

**Haack** (Extertal) (SPD): Nein, dieser kommt doch gar nicht.

(Kolb [CDU/CSU]: Doch, durch den Festbetrag!)

— Ach so, jetzt weiß ich, was Sie wollen. Das erzähle ich Ihnen noch. Ihre Frage wird beantwortet. Ich lege dar, warum das nicht wirken kann. Das wollen Sie ja wissen. Das mache ich gerne.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt geht es weiter. Das Herzstück dieser sogenannten Reform soll das **Festbetragsmodell** sein. Als am Abend des 3. Dezember der Herr Bundesarbeitsminister der Öffentlichkeit erstmalig das Koalitionsprogramm zum Gesundheitsreformgesetz präsentierte, hat er diesen Punkt geradezu euphorisch gefeiert. Es würden für Heil- und Hilfsmittel, aber auch vor allen Dingen für Arzneimittel Festbeträge eingeführt. Ein festbetragsfähiges Mittel würde eine Vollversorgung garantieren und darüber hinaus die Selbstbeteiligung überflüssig machen. „Geradezu genial“ nannte der Arbeitsminister dieses Festbetragskonzept — genial offensichtlich deswegen, weil er glaubte, damit den Selbstbeteiligungsfetischisten in der eigenen Partei, vor allem aber in der FDP ein Bein gestellt zu haben. Mit den Festbeträgen würden die Selbstbeteiligungen abgeschafft und nicht, wie viele in der Koalition es wollten, ausgebaut.

Wir Sozialdemokraten haben damals festgestellt: Das Festbetragskonzept ist im Grunde ein Einstieg in die Selbstbeteiligung auf breiter Front. Das Festbetragskonzept ist der Anfang vom Ende des Sachleistungsprinzips in der Krankenversicherung.

(Ibrügger [SPD]: Leider wahr!)

Heute, am Ende der Beratungen, stehen Sie mit einem Festbetragssystem da, das bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden ist, und mit einer Selbstbeteiligungsquote von 15 %, die ab 1992 bei Arzneimitteln noch obendrauf kommen.

Sie haben die Selbstbeteiligung nicht, wie versprochen, in weiten Teilen des Leistungsspektrums der Krankenkassen abgeschafft. Nein, Sie haben sie in einem beispiellosen Maße verstärkt. Das sagen wir Ihnen: verstärkt deswegen, weil Sie die Strukturprobleme nicht gelöst haben. Insofern ist die Selbstbeteiligung, die Sie einführen, das Inflationsgeld der Sozialpolitik. Sie werden also mehr oder weniger als Demonteur des Solidarprinzips der Krankenversicherung in die Geschichte dieser Republik eingehen.

Besonders abenteuerlich ist Ihr Festbetragskonzept im **Arzneimittelbereich**. Sie wollen Festbeträge bei drei verschiedenen Typen von Medikamenten: bei solchen mit gleichen Wirkstoffen — Stufe 1 —, bei solchen mit pharmakologisch-therapeutisch vergleichbaren Wirkstoffen — Stufe 2 — und bei solchen mit pharmakologisch-therapeutisch vergleichbaren Wirkprinzipien — Stufe 3. Als Sie dieses Konzept vor einem Jahr präsentierten, haben Ihnen beinahe alle

(C)

(D)

**Haack** (Extertal)

- (A) Fachleute prophezeit, dieses Konzept sei undurchführbar; Sie würden damit scheitern. Und Sie werden damit scheitern.

Ich will ein Beispiel liefern, Herr Kollege. Wir haben im Ausschuß ein Schreiben vom Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit mit Datum vom 7. November bekommen. Schreiben Sie sich auf: das ist das Aktenstück 864, damit Sie das nachlesen können. Es ging um die Beantwortung meiner Frage: Wieviel patentgeschützte Arzneimittel werden Anfang der 90er Jahre dadurch frei werden, daß ihre Patente auslaufen, und werden diese dann eventuell in eine Festbetragsregelung einzubeziehen sein?

Wir erhielten ein Schreiben, in dem steht:

Die folgende Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie enthält umsatzstarke „große“ Produkte. Die Liste beruht auf einer Auskunft des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie. Weitergehende Angaben waren weder beim Deutschen Patentamt noch beim Wissenschaftlichen Institut der Ortskrankenkassen zu erhalten.

Meine Damen und Herren, das ist die Auskunft des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, der für die Arzneimittelgesetzgebung federführend ist. Das heißt, die sind nicht einmal in der Lage, fachlich das zu liefern, was ab 1. Januar 1989 in Kraft treten soll, nämlich die Stufe 1 des Festbetragsystems innerhalb von sechs Monaten.

(Seehofer [CDU/CSU]: Die wollten bloß nicht! Sie sind schon in der Lage!)

- (B) Dann müssen Sie sich noch von den Leuten die Unterlagen geben lassen, nämlich vom Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie, bei denen Sie abkassieren wollen. Schlimmer kann es doch gar nicht werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Zuruf von der CDU/CSU: Das sind Funktionäre! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Das wollen sie ja.

Bestenfalls 20 bis 30 % der am Markt vorhandenen Präparate sind festbetragsfähig, können also durch einen Festbetrag erfaßt werden. Für die restlichen 70 bis 80 % der Präparate gilt ab 1992 eine 15prozentige Selbstbeteiligung der Versicherten mit einer Obergrenze von 15 DM pro Medikament. Sie führen weniger Festbeträge ein, sondern Sie führen ab 1992, also in zweieinhalb Jahren — wieder nach der Bundestagswahl —, für die weit überwiegende Zahl von Medikamenten, nämlich 70 bis 80 %, eine Selbstbeteiligung von 15 % ein.

(Günther [CDU/CSU]: Das ist doch ein Märchen!)

— Jetzt sind Sie dran, Herr Günther. Als ich Ihnen in der ersten Lesung zu diesem Gesetz das mit der 15 %igen Selbstbeteiligung prophezeite, haben Sie mich verhöhnt. Das können Sie im Protokoll nachlesen; ich habe es hier. Sie haben mich damals für blöd erklärt.

Jetzt steht es in diesem Gesetz. Sie sollten ernsthaft darüber nachdenken, wer Ihnen das dort hineingeju-

belt hat. Ich sage Ihnen: Es waren der Wirtschaftsflügel der CDU und die FDP, und Sie als Sozialausschüssler sind hinten heruntergefallen — wie immer.

(Beifall bei der SPD)

Generell läßt sich zu Ihrem Festbetragskonzept, das eine drastische Erhöhung der Selbstbeteiligung für die Versicherten sozusagen als Reservelösung parat hat, feststellen, daß von ihm vor allen Dingen die schwerkranken Patienten nachhaltig getroffen werden, die auf ein Medikament angewiesen sind, beispielsweise Krebspatienten. Denen muten Sie zu, weil keine speziellen Festbeträge in dem speziellen Segment festgelegt werden können, ab 1992 eine 15 %ige Selbstbeteiligung zu tragen.

Sie haben gesagt: Die Selbstverwaltung hat sechs Monate Zeit. Hat sie in sechs Monaten nichts zu Papier gebracht, dann wird der Bundesarbeitsminister eine eigene Festbetragsliste der Stufe 1 vorlegen. Das heißt, die Selbstverwaltung ist im Prinzip gar nicht gefragt. Sie kann das in sechs Monaten gar nicht leisten. Sie werden das mit Sicherheit schon alles fix und fertig haben.

Wir Sozialdemokraten stehen ja im Gegensatz etwa zu unseren Kollegen von der CDU und Teilen der FDP kaum im Verdacht, daß die pharmazeutische Industrie zu unseren besonderen politischen Schutzbefohlenen gehört. — Nun müssen Sie „Rappe!“ rufen.

Ein Beleg dafür ist unser zur namentlichen Abstimmung vorgelegter Antrag zum Solidarbeitrag der Pharmaindustrie. Wir sind gespannt, wie Sie zu diesem Antrag abstimmen werden.

Wenn Ihnen die pharmazeutische Industrie vorhält, Ihr Festbetragskonzept sei innovationspolitisch verheerend, so können wir dazu ganz unbefangen unsere Meinung sagen: Die pharmazeutische Industrie hat in diesem Punkt recht. Sie belasten nämlich genau jenen Teil der pharmazeutischen Industrie, der zukunfts-trächtig und innovativ ist. Sie belohnen durch das Festbetragsystem im Grunde die Nachahmer.

Natürlich sind auch wir Sozialdemokraten der Auffassung, daß es am Arzneimittelmarkt nicht so weitergehen kann wie bisher. Natürlich sind auch wir der Auffassung, daß die pharmazeutische Industrie finanzielle Speckpolster angesammelt hat, die die Beitragszahler angefütert haben. Natürlich wollen auch wir diese Speckpolster herauschneiden. Aber darüber, wie in den Speck hineingeschnitten wird, bestehen unterschiedliche Vorstellungen. Sie verstümmeln hier.

Wir haben in der Bundesrepublik derzeit etwa 40 000 einzelne Präparate. Das ist ein Aberwitz, den wir uns leisten. Dies führt zu einer völligen Unübersichtlichkeit am Markt, und diese Unübersichtlichkeit wird ausgenutzt zu überhöhten Preisen.

Wer daran etwas ändern will, muß Marktübersicht herstellen, muß die aberwitzige Zahl von 40 000 Präparaten begrenzen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Neuordnung des Arzneimittelmarkts. Aber dazu bieten Sie, Herr Bundesar-



Haack (Extertal)

(A) beitsminister, mit Ihrem Gesundheits-Reformgesetz nichts.

(Kolb [CDU/CSU]: Also: Positivist!)

Wir Sozialdemokraten haben zur Marktberreinigung ein Konzept vorgelegt. Uns schwebt ein **gemeinsames Arzneimittelinstitut** von Ärzten, Krankenkassen und Apothekern vor, das die benötigten Arzneimittel aus der Zahl von ungefähr 40 000 aussucht und somit Marktübersicht schafft. Sie aber — ich wiederhole dies — versagen vor diesem Problem der Ordnung des Arzneimittelmarktes.

Die zweite Aufgabe, die eine Neuordnung am Arzneimittelmarkt angehen muß, ist die **Preisgestaltung**. Sie bestreiten doch ebensowenig wie wir, daß es in der Bundesrepublik Deutschland überhöhte Arzneimittelpreise gibt. Mit dem Festbetragskonzept ändern Sie daran allerdings nichts. Wir sind dafür, daß Hersteller und Krankenkassen auf der Basis der Positivliste direkt miteinander verhandeln.

Warum weigern Sie sich eigentlich, den primitivsten Grundsätzen der Marktwirtschaft zu folgen? Warum weigern Sie sich eigentlich, am Arzneimittelmarkt das einzuführen, was auf den übrigen Märkten gang und gäbe ist? Warum weigern Sie sich, vorzuschreiben, daß die pharmazeutischen Unternehmen mit den Krankenkassen über die Preise verhandeln?

Herr Minister, ein einfaches Beispiel. Jeder Beitragszahler erwartet, daß ein beabsichtigter Verwaltungsbau seiner Krankenkasse nach der Verdingungsordnung ausgeschrieben und dann über den Preis mit dem Leistungsanbieter verhandelt wird. Will aber die Krankenkasse über Arzneimittel verhandeln, dann verweigern Sie genau dies. Das ist den Beitragszahlern nicht klarzumachen.

(B) Herr Minister, ich komme zum Schluß. Die 3,8 Milliarden DM, die Sie durch das Festbetragskonzept, durch die Selbstbeteiligung und durch die Leistungsausgrenzung im Arznei-, Heil- und Hilfsmittelbereich abkassieren wollen, retten die Krankenversicherungen nicht.

Es bleibt dabei: Dem Schwachen in dieser Gesellschaft faßt man in die Tasche, den Starken läßt man laufen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Frau Renger:** Das Wort hat der Abgeordnete Hoss.

(Vorsitz: Vizepräsident Westphal)

**Hoss (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu der Art, in der die Beratungen durchgeführt worden sind, sagen, daß sie sich auf dieses vorgelegte Reformwerk in der Weise auswirken, daß es systemimmanent Fehler enthält. Es ist keineswegs, wie Herr Blüm behauptet, ein Jahrhundertwerk. Es wird auch keine 50 Jahre, es wird keine 20 Jahre halten, sondern wir wissen, daß wir uns anstrengen müssen, dieses Gesetz, das sicherlich heute dieses Haus passieren wird, zu ändern, und zwar, so denke ich, spätestens in zwei Jahren. Bei den Beratungen im Ausschuß hat sich nämlich gezeigt, daß das, was die

Sozialdemokraten an Änderungsvorschlägen vorgelegt haben, und das, was wir vorgelegt haben, so viel Ähnlichkeit hat, daß es nach den nächsten Bundestagswahlen möglich ist, ein anderes Gesetz zu verabschieden. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist deshalb notwendig, weil diese Reform auf dem Rücken derjenigen in unserer Gesellschaft ausgetragen wird, die ohnehin schon gebeutelt sind.

Das Schwergewicht bei diesem vorgelegten Gesetz besteht, wie man weiß, darin, daß es **Kostendämpfungen** enthält, die in einer Höhe von 14 Milliarden DM aufgebracht werden sollen. Man weiß sicher, daß ein großer Teil dieser aufgebrachten Mittel zur **Pflege** verwendet werden soll, was eigentlich nichts im Gesundheitswesen zu suchen hat. Die Pflege muß, wie die GRÜNEN es vorgeschlagen haben, durch ein Bundespflegegesetz geregelt werden. Man muß diese Dinge auseinanderhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Insofern stimmt es nicht, Herr Blüm, wenn Sie sagen, daß Sie auf der einen Seite das Geld, das Sie hereinholen, auf der anderen Seite wieder für die Leute ausgeben. Sie lügen damit den Leuten in die Tasche, weil Sie nämlich dieses Geld gar nicht dafür verwenden dürfen. Statt dessen muß ein Pflegegesetz aus Bundesmitteln finanziert werden. Sie aber kratzen hier bei den Leuten das Geld zusammen, um dieses Problem zu lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fest steht auch, daß Sie versuchen, über die **Festbeträge** eine kleine strukturelle Änderung im bestehenden Gesundheitswesen herbeizuführen. Aber es steht nicht fest, wie sich diese Festbeträge auswirken werden. Am allerwenigsten steht fest, ob die Pharmaindustrie über die Festbeträge zu ihrem Solidarbeitrag gezwungen werden kann. Das bezweifeln wir und die Sozialdemokraten in jeder Weise! (D)

(Frau Unruh [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Herr Blüm, Sie haben hier gesagt: „Wir sind die Retter der Solidarität.“ Ich glaube, das sollten wir uns einmal auf der Zunge zergehen lassen,

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Allerdings!)

und wir sollten hinterfragen, ob das, was Herr Blüm macht, die Rettung der Solidarität ist. Das, was er macht, liegt genau im Trend des Prozesses der **Entsolidarisierung** in unserer Gesellschaft,

(Beifall bei den GRÜNEN)

die darauf hinausläuft, das Risiko, das in unserer Gesellschaft besteht, auf die abzuwälzen, die am unteren Ende der Gesellschaft stehen. Das finden wir sowohl bei der Massenarbeitslosigkeit, bei der wir feststellen, daß trotz des Wachstums von 3 %, trotz einer ausgezeichneten wirtschaftlichen Lage, wie Sie ja sagen, die Zahl der Arbeitslosen nicht abgesenkt worden ist und daß in dieser Hinsicht nichts gemacht worden ist, als auch bei dem Risiko, behindert zu sein, das auf den einzelnen abgewälzt wird, bei dem Risiko, wegen Kindererziehungszeiten aus dem Arbeitsleben herausge-

**Hoss**

- (A) gangen zu sein, das auf den einzelnen abgewälzt wird, und bei dem Risiko, das mit der verfehlten Regionalpolitik und dem Nord-Süd-Gefälle auf den einzelnen abgewälzt wird. Das Gesundheits-Reformgesetz setzt genau diese Abwälzung und **Privatisierung von Risiken** fort. Das ist das Problem, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben, das den einzelnen trifft, das aber, gesellschaftlich gesehen, ungeheuer schlimm ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mit den Selbstkostenbeteiligungen in Millionenhöhe, die schon von anderen im einzelnen dargestellt worden sind, werden genau diejenigen getroffen, die krank sind, die öfter zum Arzt müssen — die müssen einen größeren Anteil zahlen —, oder diejenigen, die ein größeres berufliches Risiko tragen; die müssen die Kosten tragen und selber das Risiko übernehmen. Ich denke zum Beispiel daran, daß die Gebäudereinigerinnen hier im Bundestag, die morgens um 3 Uhr aufstehen müssen, um von Aachen hierher zu fahren, die ein größeres gesundheitliches Risiko eingehen als andere, auch noch damit belastet werden, daß sie höhere Selbstkosten zu zahlen haben. Das wollen wir ändern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen immer, wir hätten keine Vorschläge. Lassen Sie uns einmal ein Gesundheits-Reformgesetz

(Zuruf von der CDU/CSU: Versuchen Sie es einmal!)

nach solidarischen Grundsätzen machen. Dann werden Sie sehen, daß wir genau diese Leute nicht belasten werden,

(B)

(Kolb [CDU/CSU]: Das wird schlimm werden!)

sondern diejenigen belasten werden, die in dieser Gesellschaft ein geringeres gesundheitliches Risiko haben,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

die sich aber auf Grund des Krankenkassenwesens, das Sie aufgebaut haben, mit der Hälfte der Beiträge derjenigen, die Erwerbstätige sind, die höhere Beiträge zahlen müssen, in Privatkassen organisieren können, in Kassen also, die aus den gesetzlichen Krankenkassen auch noch Leute abwerben und dadurch deren Situation verschlimmern. Auch das werden wir ändern, wenn wir zusammen mit anderen die Möglichkeit dazu haben. Wir suchen Bündnispartner dafür, ein Gesundheits-Reformgesetz zu machen, das diesen Namen auch verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hoffacker.

**Dr. Hoffacker (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem von Herrn Haack gerade der Vogel-Verhaltensstil vorgeführt worden ist, möchte ich gern wieder zum Ernst der Sache zurückkehren und aus der Sicht des Ausschusses für Jugend,

Familie, Frauen und Gesundheit die besonders relevanten Tatbestände hervorheben. (C)

Es steht fest, daß die Opposition im Ausschuß alle Anträge abgelehnt hat, die sich begünstigend auf die **Familie**, auf die **Jugend** und auf die **Kinder** auswirken.

(Zuruf von der SPD: Es gab überhaupt keine Anträge, die sich begünstigend ausgewirkt hätten!)

— Von der Opposition ohne Widerspruch abgelehnt worden sind z. B. — Herr Gilges, Sie können das im Protokoll nachlesen — die Gruppenprophylaxe wie auch die individuelle Prophylaxe bei Zahnerkrankungen. Die Vorsorgekuren für Mütter verdienen nach Ihrer Meinung überhaupt keine Beachtung. Kinderuntersuchungen bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres und Untersuchungen derjenigen, die Anspruch auf Untersuchung zur Früherkennung von Krankheiten haben, wurden von Ihnen ausgegrenzt. Man muß ebenfalls feststellen, daß Sie sich nicht haben bewegen lassen, mit dafür zu stimmen, die Gleichbehandlung von körperlich und seelisch Kranken als eine durchgängige Perspektive in der Gesundheitsreform zu betrachten. Die Fragen, die mit der Rehabilitation zusammenhängen, wurden von Ihnen ebenfalls nicht angenommen.

**Vizepräsident Westphal:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jaunich?

**Dr. Hoffacker (CDU/CSU):** Ich habe zuwenig Zeit; ich bitte um Nachsicht. (D)

Die ergänzenden Leistungen im Rahmen der Rehabilitation, die durch die Arbeitstherapie vorgesehen waren, wurden von Ihnen ebenfalls zurückgewiesen.

Nun ist es ja ein besonderes Anliegen namentlich der Kollegin Wilms-Kegel, daß die **psychosomatischen Zusammenhänge** bei den Erkrankungen immer besonders hervorgehoben werden. Den Redebeitrag von Frau Wilms-Kegel heute morgen in der Art des Zynismus und der Menschenverachtung

(Feilcke [CDU/CSU]: Schlimm war das!)

möchte ich hier ausdrücklich zurückweisen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies muß genauso zurückgewiesen werden wie ihre Einlassung in der „Panorama“-Sendung dieser Woche, in der der Eindruck erweckt und von ihr verstärkt wurde, als habe der gesamte Bundestag **Alkoholranke** bis zu einem Prozentsatz — wie vom Redakteur angegeben — von 20 %.

(Zurufe von den GRÜNEN: Wo gibt's denn sowas? — Was hat das mit der Rede von Frau Wilms-Kegel zu tun?)

— Ich weise dies ausdrücklich und aufs schärfste zurück, weil dies etwas mit Gesundheit und mit dieser Reform zu tun hat.

(Zuruf des Abg. Urbaniak [SPD])

— Da haben Sie völlig recht. Solange Sie in Ihrer Fraktion keinen **Suchtberater** nötig haben, haben wir auch

**Dr. Hoffacker**

(A) keinen Parlaments-Suchtberater nötig. Ich bin da ganz der Meinung, die auch Herr Kollege Jaunich geäußert hat. Wir unterscheiden uns allerdings sehr voneinander, wenn es im Zusammenhang mit diesem Punkt um die Gesundheit geht.

Eben ist von Herrn Kirschner noch einmal besonders hervorgehoben worden, daß der **Krankenhausbereich** bei der Reform zu kurz gekommen sei. Herr Kirschner ist der Vorsitzende der Enquete-Kommission. Er müßte eigentlich genau wissen, daß diese Fragen in der Enquete-Kommission behandelt werden. Aber so widersprüchlich die Einlassungen der SPD-Fraktion im Ausschuß waren, so widersprüchlich sind sie auch heute hier.

So muß man feststellen, daß die SPD eine Verlängerung der Arbeit der **Enquete-Kommission** nicht mitgetragen hat. Einerseits beklagt sie sich über mangelnde Beratungszeit im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, andererseits stimmt sie aber nicht zu — nach eigenem Bekunden sei das unbedingt notwendig —, wenn es darum geht, den Sachverständigen in der Enquete-Kommission mehr Zeit für ihre Arbeit zu verschaffen. Das ist ein Widerspruch. Das muß hier gesagt werden. Damit wird die Glaubwürdigkeit all der Einlassungen die Sie heute gemacht haben, in Frage gestellt.

(Jaunich [SPD]: Was Sie da sagen, ist doch falsch!)

— Herr Jaunich, das wissen Sie doch. Sie haben doch Herrn Kollegen Kirschner im Regen stehen gelassen, als es darum ging, eine solche Verlängerung gemeinsam zu beantragen.

(B) (Dr. Vogel [SPD]: Die Minderheit in der Enquete-Kommission seid ihr!)

— Nein, Herr Vogel. Sie haben auf das Minderheitenrecht abgestellt. Als es aber darum ging, eine solche Verlängerung zu beantragen, war Ihre Fraktion nicht dazu zu bewegen. Im Gegenteil: Als wir die Verlängerung bis zum 30. September 1989 beantragt haben, haben Sie sich der Stimme enthalten und dadurch klagemacht, daß Sie die Arbeit dieser Kommission nicht mehr für notwendig halten.

(Dr. Vogel [SPD]: So fair sind wir: nur enthalten!)

Da sind wir ganz anderer Meinung.

Heute ist wiederholt zur **Bürokratie** Stellung genommen worden, die durch diese Gesundheitsreform verursacht werde. Herr Haack kann das als Apotheker ja besonders gut beobachten; er ist auch darauf eingegangen. Ich darf Ihnen kurz vortragen, wie denn die Bürokratie bei der Sozialdemokratie aussieht. Ein Blick in die Eckdaten eines **sozialdemokratischen Konzepts** zur Strukturreform des Gesundheitswesens ist da sehr aufschlußreich. Da heißt es beispielsweise: Die Arzneimittelversorgung muß zentral auf Bundesebene erfolgen,

(Feilcke [CDU/CSU]: Jeden Tag antreten zur Medikamentenausgabe!)

auch hier ist ein Einkaufsmodell zu realisieren, erforderlich ist hier zunächst die Organisierung zusätzlichen Sachverständes.

(C) Die SPD-Fraktion hat deutlich gemacht, daß sie einen zusätzlichen Sachverständen tatsächlich organisieren muß. Ich bin der Meinung, sie sollte Anleihen beim Gesundheits-Reformgesetz, bei unserer Fraktion und der Koalition machen. Damit ist sie gut beraten. Sie kann diese Anleihen sogar kostenlos bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Lachen bei der SPD)

Man muß natürlich wissen, wie diese zentrale Versorgung der Arzneimittel vor sich gehen soll.

(Feilcke [CDU/CSU]: Auf Befehl!)

Da heißt es: Zu diesem Zwecke gründen Krankenkassen, Apotheker und Kassenärzte gemeinsam ein Arzneimittelinstitut für die kassenärztliche Versorgung. Es erhält die Aufgabe, den gesamten Markt vom Bundesgesundheitsamt zugelassener Arzneimittel zu sichten und die einzelnen Präparate auf ihre Eignung für die kassenärztliche Verordnung hin zu untersuchen und zu bewerten.

In diesem Stil geht das weiter. Meine Damen und Herren, wer selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Wer uns Bürokratie vorwirft, sollte mit der Überprüfung bei sich selbst beginnen und die Vorstellungen, die er für die Zukunft entwickelt hat, schnell wieder revidieren. Wenn von Bürokratisierung die Rede ist, möchte ich sagen: Es genügt ein Blick in diese sogenannten Eckdaten der sozialdemokratischen Fraktion, um festzustellen, was später in Wirklichkeit geschehen soll.

(D) Herr Dreßler und auch Herr Kirschner haben von „Alptraum“ gesprochen. Sie haben wiederholt hervorgehoben, es sei ein besonders frevelhaftes Vergehen — so möchte ich es einmal mit meinen Worten sagen —, daß die **Pharmaindustrie** nicht den sogenannten Solidarbeitrag beibringe. Ich darf wegen der Kürze der Zeit auf das verweisen, was Herr Seehofer bereits zu den Berechnungen gesagt hat. Aber festgestellt werden muß, daß durch die Verneinungs- und Ablehnungspolitik der SPD-Fraktion eine Beihilfe zu dem von Ihnen doch immer bekämpften „Kapitalismus der Pharmaindustrie“ geleistet wird. Sie sitzen mit der Pharmaindustrie in einem Boot, wenn Sie sich nicht entschließen können, wenigstens die Festbetragsregelung mitzutragen, die ein wesentliches Stück der Kostendämpfung und auch der Steuerung darstellt.

Meine Damen und Herren, daß Sie aus Ihrem ideologischen Garten dabei nicht herauskommen, wissen wir.

(Zuruf von der SPD)

— Nein, wir haben da eigentlich keine großen Berührungsängste. Mich amüsiert eigentlich dieses Pamphlet — so möchte ich fast sagen — der Eckdaten; denn da kann man feststellen, was Sie sich beispielsweise selber eingestehen. Bei der Kassenorganisation gestehen Sie sich beispielsweise ein — ich will nicht alles vorlesen —:

**Dr. Hoffacker**

- (A) Eine Verwirklichung solcher Grundsätze wurde in der Vergangenheit mit der Forderung nach einer einheitlich regional gegliederten Krankenversicherung verbunden. Diese sozialdemokratische

— man höre gut zu! —

und gewerkschaftliche Idealvorstellung ist politisch nicht zu realisieren. Für sie gibt es weder bei den Bürgerinnen und Bürgern selbst, aber auch innerhalb von SPD und Gewerkschaften keine Mehrheit.

Eine schlimmere Blamage und eine größere Bankrotterklärung kann ich mir eigentlich nicht vorstellen. Wir sind gut beraten, wenn wir der Öffentlichkeit kundtun, was denn nun die SPD mit den Krankenkassen vorhat, was sie mit den Apothekern vorhat.

(Dr. Thomae [FDP]: Was denn? Das weiß doch kein Mensch!)

— Was denn? Das weiß er gar nicht? Es könnte sein, daß er, Herr Thomae, wenn er vielleicht wieder einmal bei uns zur Organisierung des Sachverstandes hineinschaut, sich einige wesentliche Punkte verinnerlicht, so daß das Ganze dann etwas einfacher wird.

Meine Damen und Herren, die Zeit geht leider zu Ende, sonst würde ich gerne noch ein paar schöne Beispiele des Widerspruchs anfügen, beispielsweise, was Sie so mit den Ärzten vorhaben — das haben wir ja gerade gehört —, daß es keine Einzelabrechnungen mehr gibt, daß es nur noch Fallpauschalen gibt. Ich kann allen Ärzten, bei denen Sie sich anbiedern, denen Sie aber das Hungertuch versprechen, nur gut empfehlen, daß sie einmal in diese Eckdaten hineinschauen.

(B)

Ich weiß, daß Sie auf mich nicht hören, Herr Vogel,

(Dr. Vogel [SPD]: Nicht immer!)

aber vielleicht hören Sie auf die WAZ, die Ihnen doch sicher nicht ganz unbekannt ist. Da sagt heute der Chefredakteur Ralf Lehmann: „Regierungsbereitschaft und Regierungsfähigkeit“ — auf die SPD-Fraktion bezogen, Herr Fraktionsvorsitzender — „setzen auch konstruktives Denken und Handeln voraus“. Vielleicht merken wir dies alsbald.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Weiler.

**Frau Weiler (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hoffacker, Ihr Beitrag hat uns eigentlich gezeigt, daß Sie sich mit unserem Gesetzentwurf, mit unseren Vorschlägen überhaupt nicht auseinandergesetzt haben.

(Beifall bei der SPD — Kolb [CDU/CSU]: Hat er falsch zitiert? — Dr. Thomae [FDP]: Wo ist das Konzept?)

Ich habe sogar den Eindruck, daß Sie noch nicht einmal ernsthaft bereit gewesen sind, unsere Änderungsanträge zur Kenntnis zu nehmen und sich mit ihnen inhaltlich auseinanderzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Lasten in unserer Gesellschaft gerecht zu verteilen, dies versprach der Bundeskanzler vor fünf Jahren. Welche Form der **Gerechtigkeit** er damit meint, wird in diesem Reformwerk wieder einmal deutlich.

(Frau Traupe [SPD]: Richtig!)

Wieder einmal ist das Motto Ihrer Form von Gerechtigkeit: Einsparung zu Lasten der finanziell Schwächsten. Die wichtigsten Prinzipien unserer Krankenversicherung — Solidarität, soziale Gerechtigkeit, das Sachleistungsprinzip — werden durch dieses Gesetz ausgehöhlt.

Wie sehen nun die Maßnahmen aus, die die zukunfts-trächtige Rettung unseres Krankenversicherungssystems bewirken sollen? Betrachten wir das Kernstück, betrachten wir die **Leistungskürzungen**: Bei den Arzneimitteln werden die berühmt-berüchtigten **Festbeträge** eingeführt, von denen schon heute jeder weiß, daß sie nur für den geringeren Teil der Arzneimittel realisierbar sind.

(Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Für 70 %!)

Für den größten Teil wird es eine **Selbstbeteiligung** von 15 % geben.

(Kolb [CDU/CSU]: Bis maximal 15 DM!)

Auch bei Heilmitteln wie Massagen und krankengymnastischer Behandlung müssen Versicherte demnächst 10 % Selbstbeteiligung bezahlen. Das bedeutet bei sechs Massagen à 12,55 DM konkret, daß der Eigenanteil der Patienten 7,53 DM betragen wird, immerhin eine Mehrbelastung von 3,53 DM

(D)

(Kolb [CDU/CSU]: Ein Pils! — Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Noch nicht eine Schachtel Zigaretten!)

Dann stellen Sie sich einmal diejenigen vor, die chronisch krank sind, die durch ihre heutigen Arbeitsbelastungen häufiger Massagen brauchen. Bei Familien mit einem durchschnittlichen Einkommen kann auf diese Weise schnell eine Belastung von bis zu 2 % entstehen, also bis an die Grenze ihrer sogenannten Überforderungsklausel.

Ebenfalls ein tiefer Einschnitt in die Familieneinkommen wird bei der Versorgung mit **Brillen** vorgenommen. Nicht nur, daß pro Brillengestell nur noch ein Zuschuß von lächerlichen 20 % gezahlt wird und dieser Zuschuß nur noch bei wesentlichen Änderungen der Sehfähigkeit gewährt wird; bei Ersatzbeschaffung und Reparatur zahlt die Kasse überhaupt nichts mehr. Man kann sich also ausmalen, was das in Familien mit mehreren Brillenträgern bedeutet.

Beim **Zahnersatz** und bei den **kieferorthopädischen Leistungen** werden — das ist der Gipfel, unsozialer geht es nicht mehr — die Leistungskürzungen mit der Abkehr vom Sachleistungsprinzip verbunden. Die Versicherten müssen in Zukunft 50 % der Kosten selbst übernehmen und darüber hinaus die gesamte Leistung vorfinanzieren. Ich frage Sie, Herr Blüm: Wollen Sie damit bewirken, daß man die Finanzstärke eines Menschen in Zukunft am Zustand seiner Zähne ablesen kann?

(Zustimmung bei der SPD)

**Frau Weiler**

- (A) Herr Günther, Sie haben davon gesprochen, daß sich die Allgemeinen Ortskrankenkassen bereits darauf vorbereiten, Regelungen zu treffen.

(Günther [CDU/CSU]: Ja, so ist es!)

Ich frage mich natürlich: Warum haben Sie das nicht bereits ins Gesetz geschrieben, und warum sollen die Krankenkassen die von Ihnen vorgeschlagenen schlechten Regelungen umsetzen? Warum müssen sie die Suppe auslöffeln, die Sie ihnen eingebrockt haben?

(Beifall bei der SPD – Günther [CDU/CSU]: Weil das eine Sache der Selbstverwaltung ist! Das geht nicht im Gesetz!)

Bei der kieferorthopädischen Behandlung, die ja vor allen Dingen bei Kindern erfolgt, werden erst einmal nur 80 % der Kosten erstattet. Das übrige Fünftel erhalten die Eltern nach Abschluß der Behandlung zurück.

(Kolb [CDU/CSU]: Halten Sie das nicht für richtig?)

– Das müßten Sie wissen, wenn Sie kleine Kinder haben.

(Kolb [CDU/CSU]: Habe ich gehabt!)

Das kann je nach Behandlungsart mehrere Monate oder sogar Jahre dauern. Man kann sich die finanzielle Belastung von Familien mit mehreren Kindern plastisch vorstellen.

(Kolb [CDU/CSU]: Und wenn sie die Behandlung nicht beenden?)

- (B) Auch das Thema **Fahrtkosten** ist ein bitteres Kapitel. Hier werden die Leistungen der Kassen faktisch auf Null gebracht. Nur wenn die einzelne Fahrt mehr als 20 DM kostet, zahlt die Kasse noch etwas. Für Hin- und Rückfahrt zusammen sind das bis zu 40 DM Eigenbeteiligung. Angesichts der Mängel des öffentlichen Personennahverkehrs – insbesondere im ländlichen Raum – ist diese Regelung zynisch und rücksichtslos gegenüber denjenigen, die keinen Privatwagen zur Verfügung haben,

(Zustimmung bei der SPD)

also gegenüber Kindern, Schülern, Alten, Kranken und vielen Frauen.

Wer alle diese Leistungskürzungen, Zuzahlungen und Selbstbeteiligungen schafft, wer für diese Belastungen verantwortlich ist, braucht natürlich ein Feigenblatt. Wer **Härtefälle** produziert, muß Härtefallregelungen nachschieben.

(Günther [CDU/CSU]: Härtefallregelungen gibt es doch auch heute schon! Das ist doch nichts Neues!)

Abgesehen davon, daß dieser Sonderanspruch für finanziell Schwache einen diskriminierenden Charakter hat, hilft er denen nicht weiter, die knapp über der Einkommensgrenze von 1 232 DM liegen. Diese Menschen trifft Ihr sogenanntes Reformgesetz mit voller Härte.

Meine Damen und Herren, es würde noch viel Zeit erfordern, alle **Leistungskürzungen** hier vorzustellen. Denken wir nur an die zusätzlichen Ausschlüsse von Heil- und Hilfsmitteln, die vorgesehen sind. Herr

Dr. Becker, es geht ja nicht nur um Tabletten gegen Reisekrankheiten. Wie ist es z. B. um die ältere Frau mit offenen Beinen bestellt, die dauernd Binden und Stützstrümpfe braucht? Wie ist es bei Stoma-Trägern, also bei Menschen mit künstlichem Darmausgang, mit Reinigungs- und Pflegemitteln? Was ist mit Windeln und Gummunterlagen für Menschen mit Inkontinenz? Sie wissen, das alles sind keine leichten Fälle. Das sind Menschen, die dieser Gegenstände leider täglich bedürfen. Ist es wirklich verantwortlich, daß Sie diese Menschen, die genug an ihren Leiden zu tragen haben, auch noch mit Kosten belasten?

Eine weitere Ungereimtheit Ihres Gesetzes ist die **Zuzahlung** von 10 DM für die ersten 14 Krankenhaustage.

(Dr. Vogel [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Bereits während der Anhörung wurde die schon geltende Zuzahlung von 5 DM als unsinnig und bürokratisch kritisiert, aber Sie setzen noch eins drauf und verdoppeln die Zuzahlung, und das in einem Bereich, der mit Eigenverantwortung nun überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluß komme ich zu einem weiteren sehr dubiosen Punkt in Ihrem Gesetzentwurf, der charakteristisch für das gesamte Verfahren ist. Mitte September erklärte eine Gruppe von Kollegen aus der CDU/CSU, sie könne dem Gesetz nicht zustimmen, wenn in der Neufassung des Leistungsrechts auch die Finanzierung von **Schwangerschaftsabbrüchen** durch die Krankenkassen geregelt werde. Abgesehen davon spricht dieses plötzliche Erwachen nicht gerade für die intensive Beratung in Ihrer Fraktion. Außerdem müßte Ihnen bekannt sein, daß immerhin zwei höchstgerichtliche Entscheidungen Schwangerschaftsabbrüche auf Krankenschein als nicht rechtswidrig beschieden haben, 1986 das Bundessozialgericht und 1988 das Bundesverfassungsgericht. Aber die Diskussion zeigt die Zerrissenheit der Koalition in dieser Frage. Die Gesetzesklarheit wird einer wirren Koalitionsstrategie geopfert,

(Beifall bei der SPD)

und für die Betroffenen werden die **Rechtsunsicherheit** und die Angst vor staatlichen Sanktionen weiterhin zunehmen. Dieser Einstieg, den Sie hier vornehmen, liegt genau auf der Linie mit den Memminger Prozessen und vielen anderen Anzeichen. Da verweigert z. B. das Sozialamt Fulda, was der Kollege Dregger mit Sicherheit gern bestätigen wird, die Finanzierung eines legalen Schwangerschaftsabbruchs.

(Kolb [CDU/CSU]: Was verstehen Sie unter einer legalen Abtreibung?)

Da verweigern private Krankenversicherungen sowie die Landwirtschaftliche Krankenkasse Unterfranken die Zahlung des Abbruchs. Da wird von Gerichten dem Arbeitgeber Recht gegeben, wenn er die Lohnfortzahlung bei Schwangerschaftsabbruch mit sozialer Indikation verweigert, und schließlich müssen Beamtinnen in Bayern die Schwangerschaftsabbrüche bei sozialer Indikation selbst bezahlen. In diesem Kontext betrachtet, ist die scheinbar nur formale Belastung der Finanzierung von Schwangerschaftsabbrü-

**Frau Weiler**

- (A) chen in der RVO ein weiterer Angriff auf den § 218 StGB.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN — Kolb [CDU/CSU]: Nein, eine Richtigstellung, Frau Kollegin!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da das Licht aufleuchtet, möchte ich jetzt schließen. Ich habe versucht, die Sorgen und Ängste der Menschen auszudrücken,

(Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Die Ängste habt ihr doch gemacht!)

die sich mit ihren Problemen an uns gewandt haben, aber auch, wie ich weiß, mit vielen Briefen an Sie. Diese Menschen — da können Sie sicher sein — haben keinerlei Verständnis für Ihre Art der Lastenverteilung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Beck-Oberdorf.

**Frau Beck-Oberdorf** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Fürchterliche an diesem parlamentarischen Betrieb — daher rührt auch das begründete Desinteresse großer Bevölkerungsteile an unseren Debatten — ist die Tatsache, daß Entscheidungen der Regierung im wesentlichen bereits festgelegt sind, bevor sie in die parlamentarische Beratung kommen.

- (B) (Kolb [CDU/CSU]: Was habt ihr denn im Ausschuß geschafft? — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

So war das auch mit dem sogenannten Gesundheits-Reformgesetz. Eine Regierung, die sich immer und immer wieder auf ihre Abgeordneten, nämlich die der ihr zugehörigen Koalitionsfraktion, verlassen kann, die zur **Mehrheitsbeschaffung** bereitstehen,

(Günther [CDU/CSU]: Ja, wir sind verlässlich! Ist doch ganz klar! Im Gegensatz zu Ihnen!)

hat damit auch jede parlamentarische Herausforderung im Griff, zumindest bis zu den nächsten Wahlen.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Und das ist gut so!)

Nur einmal schien es deshalb im Verlauf der Beratungen dieses Gesetzentwurfs so, als ob er tatsächlich scheitern könnte, und zwar als 40 Unionsabgeordnete wieder einmal ein neues Stückchen in Sachen **Schwangerschaftsabbruch** aufführten. Der Sachverhalt ist einfach. Noch gibt es neben dem § 218, der Schwangerschaftsabbrüche zu einer Straftat erklärt, den § 218 a, der den Frauen unter bestimmten Bedingungen den Abbruch einer Schwangerschaft erlaubt. Diese eingeschränkte Möglichkeit, die allerdings weit von der Möglichkeit der **Selbstbestimmung der Frauen** entfernt ist, ist bekanntermaßen einem guten Teil der Herren vom rechten Rand dieses Hauses ein Dorn im Auge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber bisher fühlten Sie sich in diesem Flügel der CDU noch nicht stark genug, um offen das Kippen des § 218 a anzugehen. Also suchten Sie einen Weg hintenherum, neben dem sogenannten Beratungsgesetz. So gab es denn diesen Versuch von 40 Abgeordneten, nun über den Weg der Krankenkassenfinanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen der Abbruchmöglichkeit insgesamt den Garaus zu machen. Der Deal war klar: Ihr bekommt unsere Zustimmung zum Gesetz nur, wenn endlich die Finanzierung der Schwangerschaftsabbrüche aus den Kassenleistungen herausgenommen wird.

(Kolb [CDU/CSU]: Nein, wenn es nicht zur Pflicht wird!)

Einer kurzen Phase der Aufregung folgte eine absurde, aber sehr vielsagende Lösung. Die Finanzierung von Abbrüchen ist in dem neuen Gesetz nicht mehr geregelt, sondern bleibt als einsame Bestimmung in der Reichsversicherungsordnung stehen, so wie der letzte Baum, der noch steht, bevor er den Kreissägen zum Opfer fällt.

Man mache sich klar, was das bedeutet: Wenn schon nicht durchgesetzt werden kann, daß jede Frau zur Austragung auch eines von ihr nicht gewünschten Kindes gezwungen wird, so sollen wenigstens über die Finanzierung die Daumenschrauben angelegt werden.

In diesen Kontext gehört, daß von Ihrer Seite ein Gesetzentwurf abgelehnt worden ist, den wir in dieser Legislaturperiode eingebracht haben, in dem es darum ging, wenigstens die Verhütungsmittel über die Krankenkassen zu finanzieren.

(Kolb [CDU/CSU]: Sie sind doch sonst so für das Verursacherprinzip!)

Das zeigt, von welcher Seite her Sie wirklich operieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wieder einmal trifft dies selbstverständlich nicht die wohlhabenden Frauen, denn ihr Gatte oder Liebhaber kann nach wie vor, wenn es sein muß, auch auf Geschäftskosten, einen Flug nach London plus den dortigen Abbruch finanzieren. Das, was so ärgerlich und auch so gemein ist — wir wissen es alle —, ist, daß auch auf diesen Bänken der Koalition Männer sitzen, deren Frauen oder Liebhaberinnen ungewollt schwanger geworden sind.

(Hört! Hört! bei den GRÜNEN)

Sie haben alle erdenklichen Möglichkeiten, diesen Frauen Abbrüche im Ausland, wo das diskret gelöst werden kann, zu ermöglichen.

(Kolb [CDU/CSU]: Sie stellen hier aber Behauptungen auf! Das ist eine ungeheuerliche Bemerkung! — Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Sie sind wohl nicht ganz bei Trost!)

Den Frauen, die hier im Lande bleiben müssen, machen sie finanzielle Schwierigkeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN — Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Wo ist die Dittfurth denn hingeflogen?)

**Frau Beck-Oberdorf**

(A) Das, meine Damen und Herren, finde ich niederträchtig. Ich sage es ganz bewußt: Ich finde es niederträchtig.

(Kolb [CDU/CSU]: In der Diffamierung kennen Sie keine Grenzen!)

Sie alle sind weit davon entfernt, auch nur eine Spur davon zu begreifen, in welchen Nöten sich Frauen befinden, die schwanger werden, ohne diese Schwangerschaft austragen zu wollen oder zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daran ändert sich auch nichts, wenn Sie einige wenige weibliche Kronzeuginnen wie die bayerische Justizministerin auf tun, die Sie in diesem Vorhaben quasi decken.

**Die Prozesse in Memmingen**

(Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Haben alle mit dem GRG zu tun?)

haben in erschütternder Weise zum Vorschein gebracht, wie sehr Frauen in diesem Land immer noch gequält werden, wenn sie sich nicht unterwerfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unterwerfen heißt: Männer wollen Frauen zwingen, auch gegen ihren Willen Kinder zu gebären,

(Kolb [CDU/CSU]: Sie machen jede Illegalität mit, wenn es Ihnen paßt!)

Richter, Staatsanwälte, Ärzte, Beamte der Beihilfestellen und eben auch Parlamentarier.

Noch ist dieser Vorstoß durch die jetzt vorliegende Regelung abgewehrt. Aber wir wissen, daß Sie nicht aufgeben.

(B)

(Günther [CDU/CSU]: Sie wissen überhaupt gar nichts! — Kolb [CDU/CSU]: Sie verstehen nicht einmal etwas!)

Ich befürchte leider, daß Sie in einer neuen Familienministerin, wenn sie denn Verhülsdonk heißt, eine gute Bündnispartnerin haben werden.

Bleibt nur weiter zu hoffen, daß die Frauen Ihnen davonlaufen, wo sie nur können.

(Beifall bei den GRÜNEN — Kolb [CDU/CSU]: Hoffentlich nicht zu Ihnen! Da sind sie noch schlimmer dran!)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Abgeordnete Urbaniak.

**Urbaniak (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung verfolgt mit diesem Gesetzentwurf einmal mehr ein bekanntes Muster. Kollege Becker, die Probleme, die eigentlich mit der Strukturreform gelöst werden sollten, werden verschoben, wie wir meinen, ausgeklammert und tatsächlich auf unbestimmte Zeit vertagt.

(Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Das habe ich doch vorhin erklärt! — Weiterer Zuruf des Abg. Kolb [CDU/CSU])

— Kollege Kolb, es ist sinnlos. Tragen Sie an anderer Stelle zur Findung der sachlich richtigen Entscheidung bei, und halten Sie sich hier zurück. Dann wür-

den Sie wirklich etwas für eine **Strukturreform in der Krankenversicherung** tun. (C)

(Beifall bei der SPD)

Das gilt vor allem für die Gliederung des Krankenversicherungssystems, das verschiedene Mitgliedergruppen benachteiligt, einige unberechtigt privilegiert und insgesamt die Krankenkassen gegenüber den Leistungsanbietern schwächt. Es ist einfach unerträglich — da werden Sie uns als Sozialdemokraten doch zustimmen —, daß wir in der sozialen Krankenversicherung **Beitragsunterschiede** bis zu 8 Prozentpunkten haben, in der einen Kasse ein Beitrag von 15 % geleistet werden muß, während der Nachbar, der in einer anderen Kasse ist, viel weniger, nämlich 9 %, zu bezahlen braucht. Das bedeutet doch: Es existieren am gleichen Ort in der sozialen Krankenversicherung ganz erhebliche Beitragsunterschiede. Dieses Problem haben Sie nicht aufgegriffen, weil Sie keinen Mut haben. Wir sagen aber: Das ist unsozial, und das wollten wir mit unseren Vorschlägen ändern.

(Beifall bei der SPD — Dr. Becker [Frankfurt] [CDU/CSU]: Vom Finanzausgleich hat er noch nichts gelesen!)

Wenn also der eine Arbeitnehmer das Pech hat, einer teuren Kasse anzugehören, oder ihr sogar zwangsweise zugewiesen wird, während sich der Angestelltenkollege die Kasse mit den günstigen Beitragssätzen aussuchen kann, kann das doch sozial nicht gerechtfertigt sein.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Hier hätte eine Strukturreform ansetzen können, um mit diesen skandalösen Problemen fertigzuwerden. (D)

Es ist also keine Modernisierung der Strukturen erfolgt, sondern Sie betreiben sozialen Rückschritt. Das, meinen wir, tun Sie aus einem Dogma heraus, das wir, weil man mit Ihnen darüber nicht mehr sachlich debattieren kann, ablehnen.

Beim **Zahnersatz** — das ist hier schon gesagt worden; ich betone es noch einmal — sollen nun die Selbstbeteiligung und das Kostenerstattungsprinzip eingeführt werden. Sie werden das sehr bald spüren, auch bei arbeitslosen Menschen, die dann möglicherweise — das wäre schlimm genug — an ihren Zahnlücken erkennbar sind.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

— Werfen Sie die Dinge nicht so weit weg!

(Kolb [CDU/CSU]: Ein Glück, daß Sie glauben, was Sie sagen!)

Wir haben das alle erlebt, bis die Sozialdemokraten die richtigen Leistungen in der sozialen Krankenversicherung eingeführt haben. Dann waren diese Dinge weg. Nehmen Sie sich daran ein Beispiel!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kostendämpfung ist, wie wir meinen, bei Ihnen Selbstzweck. Abkassieren ist Ihre Methode. Darum sage ich: Über das, was Sie hier vorstellen und als Erfolg darlegen wollen, müssen wir Sozialdemokraten

**Urbanik**

- (A) weiter aufklären, damit klipp und klar für alle erkennbar wird: Blüm ist der Abkassierer,

(Kolb [CDU/CSU]: Nein! — Zuruf von der CDU/CSU: „Herr Blüm“ bitte!)

ändert keine Strukturen.

Es kommen von uns weiter sachgerecht bezogene **Flugblätter und Aufklärungsmaterial**

(Kolb [CDU/CSU]: Aber hoffentlich richtige und ehrliche!)

in der nächsten Woche für Hunderttausende von Betriebsräten, für Vertrauensleute. Das sind alles Frauen und Männer in den Betrieben, die sehr genau rechnen können

(Kolb [CDU/CSU]: Finanziert das die Pharmaindustrie?)

und die bisher schon, Kollege Kolb, von der Politik der Demontage der sozialen Rechte und der sozialen Besitzstände überzogen worden sind; denn da haben Sie zuungunsten der breiten Schichten der Bevölkerung Ihre Politik betrieben.

Ich darf in diesem Zusammenhang, weil der Kollege Blüm mir heute zu den „zahlreichen Luftbuchungen“ keine Frage gestattet hat, etwas sagen. Sie haben den Kollegen Dreßler darauf angesprochen.

(Günther [CDU/CSU]: Der hat hier ja auch falsch erzählt!)

- (B) Nun habe ich hier den „Gelben Dienst“ vom 24. November 1988 — taufrisch —, Seite 5; dort können Sie das wegen der Wahrheit, die damit verbunden ist, nachlesen. Dort wird festgestellt:

Sechs Wochen vor Inkrafttreten des Gesundheits-Reformgesetzes . . . herrscht bei den Ortskrankenkassen immer noch Ratlosigkeit darüber, wie die neuen Aufgaben bewältigt werden können. Willi Heitzer,

— CSU —

Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes,

(Kolb [CDU/CSU]: IG-Metall-Mitglied!)

sieht in dem Gesetzentwurf

— Kollege Blüm —

zahlreiche „Luftbuchungen“.

Das stellt er zunächst fest. Ich zitiere weiter:

Der Gesetzgeber mache Versprechungen, welche die Krankenkassen nicht erfüllen könnten. Heitzer wirft dem Bundesarbeitsminister vor, daß die für Beitragssenkungen vorgesehenen Einsparungen in Höhe von 6,2 Milliarden Mark gar nicht realisiert werden könnten.

Damit hat ein Mann aus der Praxis gesprochen, und Ihr Zahlenwerk ist Makulatur.

Heitzer führt weiter an, schon ab 1991 werde es wieder steigende **Beiträge** geben. Heitzer und Hans Sitzmann, der Geschäftsführer des AOK-Landesverbandes Bayern, sagen, die geplante Pflegeversicherung werde das herausfordern.

Mir kam es darauf an, Ihnen vorzutragen, daß bei der Beurteilung, die wir Sozialdemokraten Ihnen politisch sowieso dargelegt haben, selbst zwei Fachleute, die Ihnen nahestehen, klipp und klar sagen: Luftbuchungen bei Ihren Darstellungen. Für die Zukunft ist mit weiteren Beitragserhöhungen zu rechnen. Dies ist ein unsoziales Reformwerk — wenn es die Bezeichnung Reformwerk überhaupt verdient.

Wieder einmal hat der Herr Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung seine Aufgabe verfehlt. Er hat nicht sozial gehandelt. Er hat unsozial gehandelt.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Abgeordnete Andres.

**Andres (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eines der Kernprobleme einer Gesundheitsreform, die ihren Namen wirklich verdient, ist die Organisierung einer bürgernahen und wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung.

(Kolb [CDU/CSU]: Und die Finanzierbarkeit!)

Wer das sogenannte **Gesundheits-Reformgesetz** durchsieht und prüft, ob und wie dort versucht wird, dieses Problem zu lösen, wird dazu nichts finden. Nichts, aber auch gar nichts bieten Sie von der Koalition zur Lösung dieser Probleme an.

Sind Ihnen eigentlich die Klagen der Bürgerinnen und Bürger verborgen geblieben,

(Zuruf von der CDU/CSU: Öfter mal was Neues!)

sie fühlten sich in unserem Medizin- und Gesundheitsbetrieb zu Objekten herabgewürdigt,

(Kolb [CDU/CSU]: Oho!)

sie könnten nicht mitwirken, die Entscheidungen fielen fern vom tatsächlichen Geschehen? Haben Sie das alles nur überhört, weil Sie keinen Lösungsvorschlag haben, oder wollen Sie allen Ernstes behaupten, diese Probleme bestünden nicht?

(Dr. Vogel [SPD]: Sehr wahr!)

Sind Ihnen die Äußerungen der Versicherten unbekannt, nach denen sie sich beim Gang zu manch einer Krankenkasse vorkommen, als wären sie bei einer Behörde?

Ich wiederhole: Ihr sogenanntes Gesundheits-Reformgesetz verleugnet die Probleme, hat keine Antworten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber nicht nur das. Es macht alles noch schlimmer, noch bürgerferner.

Die geradezu abenteuerliche bürokratische Aufblähung, die Sie mit Ihrem Gesetz erreichen werden, entfernt die Krankenkassen immer weiter von ihren eigentlichen Aufgaben.

Statt den Versicherten mit Rat und Tat bei Fragen von Gesundheit und Krankheit beistehen zu können, werden die Krankenkassen dank Ihres Gesetzesmonstrums gezwungen sein, den Versicherten mit Rat und



**Andres**

- (A) Tat bei der Ausfüllung neuer Formulare zu helfen. So wird das kommen.

Sie denaturieren unsere Krankenkassen zu Vollzugsorganen Ihrer Bürokratie-Organie: Alles wird noch komplizierter; denken Sie nur an die vier verschiedenen Erstattungsstufen bei Arzneimitteln. Alles wird noch bürokratischer; denken Sie nur an Ihre Härtefallregelung.

Die einzelnen Versicherten werden nicht mehr durchsehen, sie werden, weil sie sich nicht mehr zu rechtfinden, auf Leistungen, die sie benötigen, zu guter Letzt verzichten. Und genau das wollen Sie! Mehr Bürokratie provoziert mehr soziale Ungerechtigkeit. Das nehmen Sie bewußt in Kauf.

(Beifall bei der SPD – Kolb [CDU/CSU]: Das schreiben Sie mal groß ins Stammbuch!)

Wir Sozialdemokraten wissen: Ohne eine bürgernähere **Gesundheitsversorgung** wird eine Gesundheitsreform ein Torso bleiben. Wir haben daher in unseren Vorschlägen, die Sie alle abgelehnt haben, diesem Gedanken einer bürgernahen Versorgung Rechnung getragen. Wir Sozialdemokraten wissen auch: Wer bürgernah versorgen will, muß zuvor bürgernah entscheiden. Wir wollen daher, daß alle Entscheidungen über die Einzelheiten der Gesundheitsversorgung dort getroffen werden, wo diese Versorgung auch wirklich stattfindet: vor Ort, in der Region. Da gehören sie hin. Denn das Gesundheitswesen berührt die Bürgerinnen und Bürger hautnah.

Stellen Sie sich von der Koalition eigentlich nicht die Frage, ob es sinnvoll ist, daß über die chirurgische Krankenhausversorgung in Würzburg nicht dort, sondern im weit entfernten München, über die internistische Krankenversorgung in Bielefeld nicht dort, sondern in Düsseldorf, über die urologische Krankenhausversorgung in Emden nicht dort, sondern in Hannover entschieden wird? So ist es nämlich derzeit, und an diesem Zustand ändern Sie nichts.

- (B) In der ambulanten Versorgung sind die Entscheidungsstrukturen ähnlich. Auch dort wird auf Landesebene entschieden und nicht vor Ort.

Wenn Sie von der Koalition auch die Frage nach dem Sinn und nach der Qualität von Entscheidungen stellen, die weit weg vom tatsächlichen Geschehen getroffen werden, wo sind dann Ihre Antworten dazu? In Ihrem sogenannten Reformgesetz gibt es zu diesen grundlegenden Problemen keine Antworten. Dort geht es Ihnen nicht um eine vernünftige Gestaltung der Versorgung der Patienten, nein, dort geht es Ihnen nur darum, wie Sie an das Geld der Patienten am schnellsten herankommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten haben uns in unserem Konzept für eine durchgängige Regionalisierung des Gesundheitswesens entschieden.

(Kolb [CDU/CSU]: Denken Sie an Ihren Ausspruch von der Bürokratie!)

Wir wollen die Bürgernähe. Wir wollen die Entscheidungen vor Ort, also da, wo sie hingehören.

Wir wollen, daß die Krankenkassen als Sachwalter der Versicherteninteressen, die die Hauptverant-

wortung für die Finanzierung der Gesundheitsversorgung in der Region haben, die Gebietskörperschaften, also Gemeinden, Kreise, Städte und das Land, die die politische Verantwortung für das Funktionieren der Gesundheitsversorgung haben, die Vertreter der Leistungserbringer, also Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Krankenhäuser und andere Gesundheitsberufe, die die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Leistungserbringung haben, in dieser Gesundheitskonferenz zusammenwirken. Was gibt es eigentlich an diesem vernünftigen Vorschlag auszusetzen? (C)

(Günther [CDU/CSU]: Planwirtschaft!)

Außer Polemik haben wir von der Koalition dazu bisher nichts gehört.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, wer zur Herstellung von mehr Bürgernähe selbst nichts, aber auch gar nichts anzubieten hat, sollte sich mit der Kritik an den Vorstellungen anderer sehr zurückhalten.

Herr Arbeitsminister Blüm, Sie haben unsere regionale Gesundheitskonferenz in der Vergangenheit – und heute hier wieder – als Gesundheits-Sowjet diffamiert. Ihre diesbezügliche üble Nachrede – darin sind Sie ja konkurrenzlos – steht in der Tradition Ihrer Partei, die schon häufig versucht hat, deutlich zu machen, daß alle Wege der Sozialdemokratie nach Moskau führen.

(Kolb [CDU/CSU]: Bei euch gibt's jetzt Perestroika! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Herr Blüm, wie muß man eigentlich einen Vorgang nennen, wenn der Minister hier eine halbe Stunde moralisch jammert, er werde übel verleumdet, (D)

(Günther [CDU/CSU]: Das ist ja auch so, das stimmt!)

aber dann in seiner eigenen Rede bei der Zuzahlung zum Krankenhausaufenthalt hier nur die halbe Wahrheit sagt

(Dreßler [SPD]: Sehr richtig! – Seehofer [CDU/CSU]: Nein!)

und in seiner eigenen Rede und an anderer Stelle den politischen Gegner ständig und wiederholt diffamiert? Herr Minister, ich nenne ein solches Verhalten pharisäerhaft.

(Beifall bei der SPD – Kolb [CDU/CSU]: Na, na!)

Wenn die Ärzte und Zahnärzte derzeit allein bestimmen können, wie die Versorgung der Bürger aussieht, dann sind Sie glücklich. Wenn aber die Krankenkassen und Kommunen als Vertreter der Bürger- und Versicherteninteressen mitreden sollen, wie wir dies wollen, dann fällt Ihnen nur noch „Kommunismus“, „Sowjet“ und „Moskau“ ein. Aber so sind Sie eben! Bürgernähe, Bürgerinteressen sind für Sie Tarnkappen, hinter denen Sie die eigensüchtigen Interessen mächtiger Gruppen verstecken.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

In Zusammenhang mit unseren Vorstellungen zur regionalen Gesundheitskonferenz und ihren Aufga-

**Andres**

- (A) ben werfen Sie uns vor, wir würden das Gesundheitswesen unserer Republik mit einer alles erstickenden Fülle von Plänen überziehen. Herr Thomae, Herr Cronenberg und andere haben das gesagt. Was für ein Quatsch! Das läßt sich in die Unterabteilung jener Polemiken einordnen, die deshalb entstehen, weil Sie selbst zu denjenigen, die Sie anrempeln, keine Alternative haben. Und es ist ja in der Tat so: Wenn es um Lösungsvorschläge zu den wirklichen Strukturproblemen unseres Gesundheitswesens geht, enthält Ihr sogenanntes Gesundheits-Reformgesetz lauter weiße Blätter.

Ich muß sagen, ich fand es in einem Punkt sehr erhebend, den Bundeskanzler hier in der Etatdebatte zu hören. Er selber sprach nämlich immer vom „Gesundheitskosten-Reformgesetz“. Damit hat er eigentlich den Nagel auf den Kopf getroffen. Sie sollten sich von ihm in dieser Frage belehren lassen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, solange es nach dem Motto „Die Krankenversicherten bringen das Geld auf, und die Ärzte bestimmen, was damit gemacht wird“ — das ist der tatsächliche Zustand im heutigen Gesundheitswesen — geht, ist für Sie alles in Ordnung, dann herrscht Demokratie.

(Urbaniak [SPD]: Jawohl!)

Wenn aber diejenigen, die das Geld aufbringen, auch darüber mitbestimmen sollen, wo und wie es verwendet wird, dann herrscht Entmündigung.

- (B) Ein anderes Beispiel: Wir wollten eine **Großgeräteplanung**. Wir wollten, daß vorher festgelegt wird, wohin die teuren medizinischen Großgeräte kommen, damit die sinnlosen Doppelinvestitionen vermieden werden. Was ist denn daran eigentlich unvernünftig?

Auch heute schon gibt es Großgeräteplanungen; CDU/CSU und FDP haben sie selber eingeführt. Auch hier stört Sie an unserem Vorschlag doch nur wieder, daß die Krankenkassen als diejenigen, die alles bezahlen sollen, künftig auch mitreden sollen. Auch hier soll doch Ihre Polemik nur wieder verdecken, daß Sie sich zu Anwälten eigensüchtiger Sonderinteressen machen.

Nein, alles das, was wir an Bedarfsplanung verlangen, ist prinzipiell nicht neu. Neu ist lediglich, daß die Krankenkassen und die Kommunen bei der Bedarfsplanung zukünftig mitentscheiden, daß die vielen einzelnen bestehenden Planbruchstücke zu einem gemeinsamen Ganzen zusammengefaßt werden, daß die einzelnen Festlegungen nicht mehr ortsfrem auf Landesebene, sondern vor Ort und in der Region getroffen werden und daß sich die Betroffenen dann auch daran zu halten haben.

Sie werden uns von unseren Überlegungen nicht abbringen. Das können Sie auch gar nicht. Sie sind doch noch nicht einmal in der Lage, zu formulieren, wie Sie sich die Organisation der Gesundheitsversorgung vor Ort anders vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir verstehen unsere Vorschläge als Lösungsangebote und sind mit allen — ich wiederhole: mit allen —

Gruppen des Gesundheitswesens in einem fruchtbaren Dialog. (C)

(Kolb [CDU/CSU]: In einem furchtbaren!)

Daran ändert sich auch nichts, wenn Herr Blüm hier in seiner Rede sagt, führende Ärztepräsidenten hätten unsere Vorschläge abgelehnt. Wir werden weiter über diese Konzeption diskutieren. Wir werden weiter mit den Gruppen des Gesundheitswesens reden; denn diese Gespräche sind notwendig,

(Kolb [CDU/CSU]: Das rote Licht leuchtet!)

und die Strukturreform des Gesundheitswesens, meine Damen und Herren, liegt noch vor uns. Sie drücken sich mit diesem Gesetzentwurf um jene Entscheidungen, die die Probleme des Gesundheitswesens lösen könnten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

(Jahn [Marburg] [SPD]: Der hat hier schon viel zu lange geredet!)

**Dr. Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit zehn Punkten

(Dreßler [SPD]: Oh Gott!)

aus meiner Sicht die Diskussion zusammenfassen.

Erstens. Wir stehen mit dem **Gesundheits-Reformgesetz** vor dem Ziel. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der SPD: Am Ende!)

Es war ein schwerer Weg. Manche haben befürchtet, andere haben gehofft, daß wir im Dickicht von Gruppenegoismen und Besitzständen hängen bleiben. Wir stehen heute im Deutschen Bundestag vor dem Ziel.

(Frau Traupe [SPD]: Tolles Ziel!)

Zweitens. Ab 1. Januar 1989 schlägt die Stunde der Wahrheit für die Opposition.

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Am 15. November 1990!)

Die Angstkampagne wird dann mit der Realität zusammenstoßen und daran zerschellen.

Drittens. Ab 1. Januar 1989 hat die **Selbstverwaltung** das Wort. Neue Aufgaben in bisher nicht gewohnter Größe kommen auf die Selbstverwaltung zu: neue Aufgaben, große Verantwortung. Ich wünsche der Selbstverwaltung Erfolg im Dienste der Kranken, im Dienste der Pflegebedürftigen, im Dienste der Beitragszahler.

(Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie schieben Ihre Verantwortung ab!)

Viertens. Reform oder Ruin? — das war die Alternative. Wir, die Koalition, haben uns für Reform entschieden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Heyenn [SPD]: Mit diesem Gesetz?)

**Bundesminister Dr. Blüm**

(A) Fünftens. Für die Felder Krankenhaus, Kassenorganisation und Arztzahl sind weitere Schritte nötig.

Sechstens. Kein Kranker wird im Stich gelassen. Neue Regelungen der **Sozialrücksichtnahme** schützen ihn vor Überforderungen.

Siebtens. Die **Pflege** stärkt den Solidaritätscharakter der Krankenversicherung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zum erstenmal erhalten die Pflegebedürftigen von der Krankenversicherung eine handfeste Unterstützung. Das ist der Beitrag der Krankenversicherung. Andere werden ihren Beitrag zum großen Pflegeproblem geben müssen: Gemeinden, Länder. Das Problem ist damit noch nicht gelöst. Wir haben einen wichtigen Beitrag geleistet.

Achtens. Ausbau der Vorsorge stärkt die Eigenverantwortung.

Neuntens. Meine Damen und Herren, ich möchte am Ende allen Dank sagen, die mitgewirkt haben, diese schwierige Reform zustande zu bringen. Ich nenne an erster Stelle für die Koalitionsarbeitsgruppe: unsere Kollegen Günther und Becker von der CDU,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

unseren Kollegen Seehofer und Frau Kollegin Stamm für die CSU;

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

ich nenne für die FDP den Kollegen Cronenberg und den Kollegen Dr. Thomae.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B) Diese Koalitionsarbeitsgruppe hat schwierige Fragen intensiv, sachkundig und kooperativ behandelt und damit geradezu ein Modell für kollegiale Zusammenarbeit in schwierigen Fragen geschaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich danke dem gesamten Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung. Ich weiß, daß alle Kollegen — von der Opposition wie von den Regierungsfractionen — sehr beansprucht waren. Ich danke allen, auch dem Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, unserem Kollegen Egert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Ich will in diesen Dank die Mitarbeiter des Ausschusses miteinbeziehen, die über die Maßen beansprucht waren.

Ich will auch den Beamten des Bundesarbeitsministeriums, an ihrer Spitze Herrn Jung, meinen Dank für die schwierige und sehr intensive Arbeit sagen, die sie zu leisten hatten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich danke dem Bundestag für die Arbeit, ich danke dem Bundestag für seine Unterstützung.

Zehntens. Ich möchte alle unter dem Dach der Krankenversicherung Versammelten aufrufen, den Streit nach Inkrafttreten des Gesetzes hinter uns zu lassen, eine neue Gemeinsamkeit in der Selbstverwaltung, bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zu suchen. Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Schwestern, Pfleger —

alle sind eingeladen, unsere gute Krankenversicherung im Dienst der kranken Mitbürger, im Dienst der Pflegebedürftigen, im Dienst der Beitragszahler leistungsfähig zu halten. (C)

Ich denke, der Bundestag hat ein schwieriges Stück Arbeit erfolgreich hinter sich gebracht. Unsere gute alte Krankenversicherung

(Zurufe von der SPD)

bleibt die beste weit und breit. Wir haben dazu die Voraussetzungen geschaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Westphal:** Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Es bedarf nun Ihrer Mithilfe. Das ist am besten durch große Ruhe und Zuhören zu meistern.

Wir kommen zuerst zur Einzelberatung und Abstimmung in der zweiten Beratung über das Gesundheits-Reformgesetz. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der SPD sowie der Fraktion DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 11/3437 und 11/3438 sowie 11/3464 (neu) und 11/3473 vor, zu denen namentliche Abstimmung in der zweiten Lesung verlangt wird. In einfacher Abstimmung wird über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/3439 entschieden. Das gleiche gilt nachher für die Abstimmung über die Änderungsanträge des Abgeordneten Wüppesahl.

Meine Damen und Herren, interfraktionell ist vereinbart worden, daß wir über die Änderungsanträge vor Aufruf der Einzelvorschriften der zweiten Lesung abstimmen. — Ich sehe keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren. (D)

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/3439. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Dann ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen, zu denen namentliche Abstimmung verlangt wird. Interfraktionell ist ein Abstimmungsverfahren entwickelt worden, das uns die Arbeit erleichtern soll. Es stellt zugleich sicher, daß jeder Abgeordnete zu jedem Änderungsantrag sein Votum abgeben kann. Dabei werden nicht die üblichen Stimmkarten, sondern wird ein Stimmzettel verwendet, der Ihnen bereits ausgehändigt worden ist. Weitere Stimmzettel können beim Sitzungsdienst in Empfang genommen werden.

Ich darf hier einfügen: Wenn es einem Kollegen passieren sollte, daß er beim erstenmal Ausfüllen nicht zurechtkommt, empfehle ich ihm, sich den Stimmzettel erneuern zu lassen, dabei den alten Stimmzettel mitzunehmen und diesen vor demjenigen zu zerreißen, von dem er sich einen neuen Stimmzettel holt.

Auf dem Stimmzettel sind die Änderungsanträge durchnummeriert. Bei jedem Änderungsantrag ist außerdem vermerkt, auf welche Vorschrift er sich be-

**Vizepräsident Westphal**

(A) zieht. Hinzugefügt ist ein Stichwort, das den Inhalt erklärt.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihren Namen, gegebenenfalls mit dem Ortszusatz, und ihre Fraktion deutlich in Druckbuchstaben auf dem Stimmzettel einzutragen. Noch lieber wäre mir der Namenszug des Abgeordneten; denn wir müssen verhindern — darüber sind wir uns wohl einig —, daß irgend jemand zwei Zettel mit unterschiedlicher Druckschrift ausfüllt. Berliner Abgeordnete bitte ich, in dem vorgesehenen Kästchen auf dem Stimmzettel ein Kreuz anzubringen.

Die Abstimmung geschieht wie folgt: Auf der durchnumerierten Liste können Sie für jeden Änderungsantrag bei der entsprechenden Nummer ein Kreuz für Ja, Nein oder Enthaltung anbringen. Falls Stimmzettel ohne jede Kennzeichnung abgegeben werden, gelten die Stimmen als ungültig. Die gekennzeichneten Abstimmungslisten legen Sie dann bitte in eine der hier vorne und im Eingangsbereich aufgestellten Urnen. Vergessen Sie nicht, Ihren Namen deutlich auf dem Stimmzettel einzutragen.

Ich eröffne diese namentliche Abstimmung. Ich weise darauf hin, daß viele weitere Abstimmungen folgen werden.

Ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, daß es wenig Sinn hat, auch aus der Sicht des Eigenverhaltens des Abgeordneten, jetzt den Saal oder die Umgebung zu verlassen. Es kommt noch eine ganze Reihe von namentlichen Abstimmungen.

(B) Ich darf noch einmal fragen, ob es noch ein Mitglied des Hauses gibt, das anwesend ist und das seine Stimme nicht abgegeben hat, aber dies zu tun wünscht.

Meine Damen und Herren, ich kann feststellen, daß kein Abgeordneter mehr an der Abstimmung teilzunehmen wünscht. Alle haben von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Dann schließe ich jetzt die Abstimmung und bitte Sie, in den Saal zu kommen und bei den weiteren Abstimmungen mitzuwirken, aber sich vorher auf Ihre Plätze zu setzen. Ich darf um Aufmerksamkeit bitten und die Abgeordneten bitten, sich auf ihre Plätze zu setzen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zunächst zu den Änderungsanträgen des fraktionslosen Abgeordneten Wüppesahl. Dazu hat der Abgeordnete Heyenn nach § 31 der Geschäftsordnung um eine Erklärung zur Abstimmung gebeten.

(Unruhe)

— Ich wäre dankbar für Aufmerksamkeit.

**Heyenn (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute morgen zu Beginn der Beratungen zum Gesundheitsreformgesetz rund 70 Anträge des Abgeordneten Wüppesahl auf den Tisch gelegt bekommen. Wir waren nicht in der Lage, diese Anträge durchzusehen, geschweige denn gegebenenfalls darüber in interne Beratungen einzutreten. Wir können diesen Anträgen nicht gerecht werden. Wir sind nicht in der Lage, uns dazu eine Meinung zu bilden, und wir verzichten auch darauf, eine Meinung zu bilden durch Handauflegen auf diese Anträge.

(C) Deswegen möchte ich für die Bundestagsfraktion der SPD hier erklären, daß wir uns an der Abstimmung über die Anträge Wüppesahl nicht beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Westphal:** Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Änderungsanträge des Abgeordneten Wüppesahl auf den Drucksachen 11/3485 bis 11/3554. Auch hierzu wird ein Stimmzettel verteilt. Es handelt sich allerdings nicht um namentliche Abstimmungen über die insgesamt 70 Änderungsanträge des Abgeordneten Wüppesahl. Sie brauchen deshalb auf dem Stimmzettel nicht Ihren Namen zu vermerken. Auf dem Stimmzettel ist vorgesehen, daß Sie Ihr Votum entweder für alle 70 Änderungsanträge gemeinsam oder aber für jeden einzelnen Änderungsantrag abgeben können.

Ich bitte Sie, den Stimmzettel auszufüllen. Die Stimmzettel werden anschließend von den Plenarsekretären eingesammelt. Das Ergebnis der Abstimmungen gebe ich später bekannt. Diese Abstimmung ist eröffnet.

Die Mitarbeiter des Hauses werden gebeten, die Stimmzettel einzusammeln.

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Nicht so schnell! Wer das ernsthaft ausfüllen will, braucht länger!)

— Ich habe die Abstimmung ja auch noch nicht geschlossen.

Darf ich noch einmal fragen, ob die Stimmzettel alle eingesammelt werden konnten?

(Zurufe: Nein!)

Mir wird das Zeichen gegeben, daß alle Kollegen die Möglichkeit gehabt haben, ihren Stimmzettel auszufüllen und abzugeben. Dann schließe ich diese Abstimmung.

Wir müssen einen Moment warten, bis das Auszahlungsergebnis der namentlichen Abstimmung vorliegt, bevor wir fortfahren können.

Auch hierzu muß ich das Zwischenergebnis wissen.

Herr Abgeordneter Wüppesahl, würden Sie bitte einmal zu uns nach vorn kommen. — Meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Wüppesahl hat sich zu einer Erklärung zur Aussprache gemäß § 30 unserer Geschäftsordnung gemeldet. Er hat mir die Gründe erklärt, warum er sprechen will. Ich glaube, ich sollte diese Gelegenheit nutzen, ihm zwischen durch das Wort zu geben. — Ich gebe ihm das Wort.

(Zurufe: Schon wieder?)

**Wüppesahl (fraktionslos):** Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß zumindest meine verfassungsrechtlich verankerten Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Entscheidungsfindung zu diesem Gesetzeswerk nach Art. 38 unseres Grundgesetzes nicht gewahrt worden sind.

(Zuruf von der SPD: Wie kommen Sie darauf?)

**Wüppesahl**

(A) Ich habe dazu bereits Ausführungen gemacht und ergänze wie folgt:

(Becker [Nienberge] [SPD]: Sie sind in viel zu großem Maße gewahrt worden!)

— Können Sie jetzt bitte ruhig sein in der ersten Reihe!

(Zurufe von der SPD: Er verteilt Ordnungsrufe! Oberlehrer! — Weitere Zurufe)

Meinem Büro und mir stand die abschließende Synopse des Sozialausschusses erst seit letztem Montag zur Verfügung. Wir haben bis gestern nachmittag daran arbeiten müssen, Änderungsanträge zu produzieren. Diese Änderungsanträge sind von ihrer Qualität und ihrer Anzahl her noch weit unter dem, was wir eigentlich als erforderlich erachten. Mehr zu schaffen war einfach nicht möglich.

(Zuruf von der SPD: Was heißt „wir“?)

— Meinen Mitarbeiterinnen und mir, denen ich von dieser Stelle aus ein besonderes Dankeschön ausspreche, vor allem Frau Sabina Bombien.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf von der SPD: Hat die auch verfassungsmäßige Rechte?)

Diese Darstellung verstärkt das, was die SPD-Fraktion eben auch durch einen ihrer Sprecher erklärt hat. Es ist natürlich nachvollziehbar, wenn eine Fraktion Schwierigkeiten hatte bei der Kürze der Zeit, die sie meine Änderungsvorschläge zur Prüfung vorliegen hatte, ein wirklich profundes Urteil zu jedem einzelnen Änderungsantrag zu finden, wenngleich die Fraktion DIE GRÜNEN offensichtlich in der Lage gewesen ist, ihr unterschiedliches Abstimmungsverhalten zu durchdenken.

(B)

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Das ist die geistige Nähe! Deshalb wissen die, was Sie wollen!)

Meine Damen und Herren, Sie haben den Anspruch, daß dieses Gesetzeswerk ein sogenanntes Jahrhundertwerk ist, und peitschen das in einer Art und Weise durch den Bundestag, daß nicht nur andere Fraktionen den Vorschlag einer Verschiebung der Beratung um zwei Wochen produzieren konnten, sondern daß ich mit der Eingangsthese im Raume stehe:

(Zuruf von der CDU/CSU: Selbstdarstellung!)

Ich konnte in dem Maße, wie es mir die Verfassung eigentlich zubilligt, an der Beratung dieses Gesetzeswerkes nicht teilnehmen.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Das, was ich eben gesagt habe, wird verstärkt dadurch, daß Sie mir bei der Beratung zur zweiten Lesung lediglich 15 Minuten eingeräumt haben.

(Becker [Nienberge] [SPD]: Viel zuviel! — Bohl [CDU/CSU]: Mehr als genug!)

Ich konnte meine Änderungsanträge hier im Raum überhaupt nicht werbend — wie es die Aufgabe für einen Abgeordneten, der eine solche Zielsetzung hat, ist — präsentieren. Die SPD hat es sehr treffend ge-

sagt: Sie konnte die Änderungsanträge nicht durchdenken. (C)

(Bohl [CDU/CSU]: Fortsetzung der Debatte!)

Herr Präsident, ich bin auch am Schluß.

**Vizepräsident Westphal:** Bitte keine Wiederholung Ihrer Rede von vorhin! Ich bitte Sie, sich auf ihre Erklärung nach § 30, zu der ich Ihnen das Wort erteilt habe, weil Sie meinten, Sie seien in Ihren Rechten beschränkt, zu konzentrieren und fortzufahren.

**Wüppesahl** (fraktionslos): Ich bin auch am Schluß meiner Ausführungen zu dieser Erklärung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Erklärung wird, denke ich, wie gemacht, nicht allein im Raum stehenbleiben, sondern ich werde sehr sorgfältig prüfen, ob ich darüber hinausgehende Schritte einleiten kann.

(Lachen bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Westphal:** Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Knabe hat sich zu dieser Abstimmung gemeldet und möchte ein Wort dazu sagen. — Bitte schön, Herr Knabe.

**Dr. Knabe** (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Ich möchte zur jetzigen Abstimmung erklären, daß ich mich, obwohl meine Fraktion eine entsprechende Empfehlung ausgearbeitet hat, nicht in der Lage gesehen habe, abzustimmen, weil ich keinen einzigen dieser Anträge zumindest einmal in der Hand gehabt habe, um ihn selbst zu prüfen. Ein Abgeordneter, der nach seinem Gewissen entscheiden muß, braucht einfach die Möglichkeit, diese Dinge anzusehen. Wenn sie so spät kommen, wie sie jetzt gekommen sind, sind die Vorwürfe von meinem früheren Kollegen Thomas Wüppesahl gerechtfertigt, daß die Fraktionen das nicht beurteilen, prüfen und bewerten können. Ich glaube, man sollte das in anderen Fällen hinsichtlich der Zahl beschränken oder zeitlich vorziehen. Eine solche Beratung ist einem Abgeordneten nicht zumutbar. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Westphal:** Die Schriftführer sind zu mir gekommen, um mir das mitzuteilen, was bis jetzt zu dem Ergebnis der Abstimmungen — die Auszählung ist schwierig — gesagt werden kann. Bei Zugrundelegung dieser Mitteilung werden wir in die Lage versetzt, in dem schwierigen Abstimmungsverfahren fortzufahren.

Die Schriftführer haben mir mitgeteilt, daß bei allen namentlichen Abstimmungen über die Anträge, die uns zur Abstimmung vorlagen, eine Mehrheit des Nein erkennbar ist, so daß sie als abgelehnt betrachtet werden müssen. Dasselbe Ergebnis zeichnet sich bei den Berliner Abgeordneten ab.

Diese Tendenz zeichnet sich nach der bisherigen Auszählung auch hinsichtlich der Anträge ab, die der Abgeordnete Wüppesahl in der zweiten Lesung gestellt hat.

**Vizepräsident Westphal**

- (A) Insgesamt wird sich also mehrheitlich ein Nein ergeben. Das genaue Ergebnis geben wir später bekannt, wenn es vorliegt. Ich verlasse mich auf die Schriftführer der Fraktionen und frage Sie, ob Sie mit der Feststellung einverstanden sind, daß alle Anträge, die in der Liste aufgeführt sind, sowie die Anträge des Abgeordneten Wüppesahl abgelehnt sind. Sie sind einverstanden, daß ich fortfahre?

(Zustimmung)

— Ich stelle das Einverständnis fest.

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung und Abstimmung in zweiter Beratung über das Gesundheits-Reformgesetz. Ich rufe Art. 1 bis 70, Einleitung und Überschrift in der Ausschlußfassung mit der vom Berichterstatter vorgetragenen Änderung auf. Wer den aufgerufenen Vorschriften zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Die aufgerufenen Vorschriften sind mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu dem Antrag der Fraktion der SPD zur Reform des Gesundheitswesens. Der Ausschuß empfiehlt auf Drucksache 11/3320 unter Nr. 2, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/2500 für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Die Beschlußempfehlung ist mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

- (B) Wir kommen jetzt zu den Gesetzentwürfen des Bundesrates zur Änderung der Reichsversicherungsordnung und des Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfiehlt auf Drucksache 11/3320, die Gesetzentwürfe des Bundesrates — Drucksachen 11/280 und 11/1623 — für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Diese Beschlußempfehlungen sind mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen angenommen.

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung und Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zur Beseitigung der Sonderstellung von psychisch Kranken in der Krankenversorgung. Das ist die Drucksache 11/2594. Ich rufe Art. 1 bis 11, Einleitung und Überschrift auf. Wer den aufgerufenen Vorschriften zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen bei Stimmenthaltung der GRÜNEN — außer Frau Unruh, die dafür gestimmt hat — abgelehnt.

Damit unterbleibt nach § 83 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Wir kommen zur Einzelberatung und Abstimmung über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einordnung der Vorschriften über die Meldepflichten des Arbeitgebers in der Kranken- und Rentenversicherung sowie im Arbeitsförderungsrecht und über den Einzug des Gesamtsozialversicherungsbeitrags in das Vierte Buch des Sozialgesetzbuches.

(C) Ich rufe die Art. 1 bis 19, Einleitung und Überschrift in der Ausschlußfassung auf. Wer den aufgerufenen Vorschriften zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Dann sind die aufgerufenen Vorschriften mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen und der SPD bei Gegenstimmen der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur

**dritten Beratung**

der noch nicht erledigten Vorlagen zur Gesundheitsreform.

Interfraktionell ist für die Beratung ein Beitrag bis zu zehn Minuten — ich betone: bis zu — für jede Fraktion vereinbart worden. — Ich sehe dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat der Abgeordnete Zink.

**Zink (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich meine Erklärung für die Fraktion hier abgebe, darf ich für die Bundestagsfraktion der CDU/CSU feststellen, daß der Herr Abgeordnete Wüppesahl in seinem Recht, hier zu reden, nicht eingeschränkt gewesen ist. Er hatte mehr Redezeit als jeder einzelne Abgeordnete unserer Fraktion.

(Beifall bei allen Fraktionen)

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der heutigen Verabschiedung des Gesundheits-Reformgesetzes löst die Bundesregierung ihre Ankündigung aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18. März 1987 ein, eine umfassende **Strukturreform im Gesundheitswesen** unverzüglich durchzuführen.

Die Reform des Gesundheitswesens ist eines der bedeutendsten Gesetzgebungsvorhaben dieser Legislaturperiode. Sie ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Sozialpolitik.

Ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen im Deutschen Bundestag besteht weitgehende Übereinstimmung darin, daß eine weitere Steigerung der **Beitragsätze in der Krankenversicherung**, die heute im Durchschnitt bei 13 % liegen, nicht vertretbar wäre. Deshalb ist eine Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung unausweichlich geworden.

Meine Damen und Herren, es gibt keine Alternative zur Reform des Gesundheitswesens. Nichts führt daran vorbei: Die Leistungen der Krankenversicherungen müssen auf das medizinisch Notwendige beschränkt werden. Die solidarische Krankenversicherung muß weder Luxus noch Bagatellen bezahlen. Wir brauchen die Konzentration auf das Notwendige, um den wirklich Kranken zu helfen.

Nichts führt daran vorbei: Wir müssen denjenigen helfen, die zu Hause Schwerkranke oder Behinderte pflegen. Die **Pflege im häuslichen Bereich** gehörte zu den bisher vernachlässigten Leistungen in unserem Gemeinwesen. Um die Bereitschaft zur Pflege in der Familie zu erhalten und zu stärken, müssen die Angehörigen, die die Hauptlast der Pflege tragen, entlastet werden.

**Zink**

(A) Meine sehr verehrten Damen und Herren, nichts führt daran vorbei: Die **Eigenverantwortung der Versicherten** für ihre Gesundheit muß gestärkt werden. Deshalb sind die Gesundheitsvorsorge und die Krankheitsfrüherkennung aufzuwerten.

Nichts führt daran vorbei: Wir brauchen bessere Anreize für mehr **Wirtschaftlichkeit** durch größere Transparenz und Kostenkenntnis der erbrachten Leistungen.

Meine Damen und Herren, nach den heutigen abschließenden Beratungen im Deutschen Bundestag können wir als Bundestagsfraktion der CDU/CSU feststellen: Ziele, Termine und das Gesamtvolumen der Reform sind unverändert geblieben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die **Gesamteinsparungen** von rund 14 Milliarden DM fließen etwa je zur Hälfte in **Entlastungen der Beitragszahler** und in neue Leistungen. Etwa 1,5 Milliarden DM wenden wir für die Verbesserung der Vorsorge auf. Das ist eine bedeutende Weichenstellung in der Gesundheitspolitik. Über 5 Milliarden DM stellen wir für neue Leistungen bei der häuslichen Pflege bereit.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien haben Handlungsfähigkeit bewiesen. Der Gesetzentwurf wird heute verabschiedet. Das erzielte Ergebnis ist auch ein persönlicher Erfolg für Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B) Wir danken Norbert Blüm für seine Standfestigkeit gegenüber allen Interessengruppen.

Aus meiner Fraktion möchte ich die Kollegen Dr. Becker, Horst Günther und Horst Seehofer besonders hervorheben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ihnen, aber auch den Kollegen der FDP in der Kommission sowie allen anderen Mitgliedern der Arbeitsgruppe gebührt Dank für die geleistete Arbeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten möchte ich mich im Namen meiner Fraktion auch bei dem Kollegen Egert, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, bedanken. Ihm gebührt großer Respekt für die Bewältigung der ihm abverlangten Arbeitsbelastung. Durch die Art seiner Verhandlungsführung hat er oft zu einer Auflockerung der Atmosphäre beigetragen und über schwierige Situationen hinweggeholfen.

Besonderer Dank gilt auch den Mitarbeitern des Ausschusses und den Beamten und Mitarbeitern des Arbeitsministeriums.

Meine Damen und Herren, das Beispiel der Gesundheitsreform hat wie kein anderes die **Gefährdung des Parlamentarismus durch die Interessenvertretungen** deutlich werden lassen. Bei dem zugegebenermaßen mit großer Belastung verbundenen Gesetzgebungsverfahren ging es mitnichten um die Beschneidung der Rechte des Parlaments, namentlich der Rechte der Opposition. Wenn etwas beschnitten werden mußte, so war es der völlig unangemessene

Versuch der großen Schar der Interessenverbände, mit allen Mitteln Einfluß nehmen zu wollen. (C)

Meine Damen und Herren, Angst vor Krankheit zu erzeugen ist genauso verantwortungslos, wie die Angst vor dem Alter herbeizureden. Dem, der krank ist, wird geholfen. Wer dies in Frage stellt, handelt verantwortungslos. Niemand muß Angst haben, daß ihm nicht geholfen wird, weil er kein Geld hat. Er bekommt die beste Medizin. Aber wenn die Arzneimittelhersteller beispielsweise ein Medikament für 85 DM und ein gleich gutes für 25 DM anbieten, dann frage ich: Warum soll die solidarische Krankenversicherung das teurere Medikament bezahlen?

Auf eine generelle **Eigenbeteiligung** haben wir verzichtet. Dort, wo Zuzahlungen der Versicherten vorgesehen sind, werden Geringverdienende davon ausgenommen.

Auch bei den Fahrtkosten sorgt eine **Härtefallregelung** dafür, daß niemand überfordert wird. Entscheidend ist, inwieweit aus medizinischen Gründen ein bestimmtes Transportmittel unbedingt erforderlich ist. Bequemlichkeit kann kein Maßstab für die Berechtigung von Ansprüchen an die Solidargemeinschaft sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bundesregierung unternimmt notwendige Schritte, um den dramatischen Anstieg der Gesundheitskosten zu dämpfen. Sie schafft die Grundlage, um auch für die Zukunft unser modernes Gesundheitssystem zu sichern. Ohne Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme sind die vor uns liegenden Aufgaben nicht zu meistern. (D)

Richtig ist: Es muß gespart werden. wer aber dem Gesetz unvoreingenommen gegenübersteht, kann nicht leugnen, daß sich durch die Gesundheitsreform für Arbeitnehmer und Versicherte folgende **Pluspunkte** ergeben:

Erstens. Die Versicherten erhalten Hilfe bei der häuslichen Pflege. Mehraufwendungen: 5,1 Milliarden DM.

Zweitens. Die Versicherten brauchen dort, wo für Arzneimittel Festbeträge festgelegt werden, nichts mehr zuzahlen. Aufwand: 600 Millionen DM.

Drittens. Die Härtefallregelungen der Kassen werden auf eine gesetzliche Grundlage gestellt und verbessert, und eine Überforderungsklausel ergänzt die ganze Angelegenheit. Aufwand: 150 Millionen DM.

Viertens. Die Versicherten erhalten künftig kostenlos Gesundheitsuntersuchungen. Aufwand: 200 Millionen DM.

Fünftens. Die zahnärztliche Gruppenprophylaxe wird verbessert. Aufwand: 200 Millionen DM.

Sechstens. Die zahnärztliche Individualprophylaxe wird gefördert. Aufwand: 320 Millionen DM.

Siebtens. Ein Bonus für gute Zahnpflege wird eingeführt. Aufwand: 800 Millionen DM.

Achtens. Die Rezeptblattgebühr bei Brillen wird entfallen. Aufwand: 90 Millionen DM.

Neuntens. Die Versicherten werden bei den Beiträgen entlastet. Aufwand: 3,17 Milliarden DM.

**Zink**

- (A) Meine Damen und Herren, diese neun Punkte sind der Beweis: Was gespart wird, kommt den Versicherten zugute.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Insgesamt sind dies mehr als 6,6 Milliarden DM für eine neue Leistung und 6,3 Milliarden DM an Beitragsentlastungen, die sowohl den Arbeitnehmern als auch den Arbeitgebern zugute kommen. Inwieweit die angestrebten Einsparungen tatsächlich verwirklicht werden und der **Erfolg der Gesundheitsreform** gesichert wird, hängt selbstverständlich auch davon ab, ob alle, die im Gesundheitswesen Verantwortung tragen, sich in den Dienst der Reform stellen. Alle Beteiligten müssen ihren Beitrag zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung leisten, die Versicherten, die Rentner und die Leistungserbringer.

Meine Damen und Herren, aus zeitökonomischen Gründen will ich damit zum Abschluß kommen. Abschließend stelle ich nochmals für unsere Fraktion fest: Auch bei dem wohl schwierigsten Gesetzgebungswerk dieser Legislaturperiode hat sich der Arbeitsminister als standhaft und die Koalition erneut als handlungsfähig erwiesen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Jaunich.

- (B) **Jaunich (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der dritten Lesung des von den Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung eingebrachten sogenannten Gesundheits-Reformgesetzes findet ein Gesetzgebungsvorhaben seinen Abschluß, das sowohl vom Beratungsverfahren her als auch vom Inhalt zu den bisher traurigsten Kapiteln der bundesrepublikanischen Parlamentsgeschichte gehört.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu kaum einem anderen Gesetz hat es so viele **Eingaben** der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Verbände gegeben. Bei nur wenigen Gesetzen kann ich mich an ähnlich heftige **Proteste** in der Öffentlichkeit erinnern. Aber all diese Proteste, all diese Eingaben mit den vielen, auch guten Vorschlägen haben Sie nicht beeindruckt. Ihr Motto war von Anfang an: Augen zu und durch!

(Beifall bei der SPD)

Sie meinten, hier Handlungsfähigkeit demonstrieren zu müssen. Sie verwechseln Handlungsfähigkeit mit Aktionismus.

(Beifall bei der SPD)

Daß es bei der Behandlung dieses Gesetzentwurfs wirklich nur noch um das Durchziehen ging und Sachpositionen überhaupt keine Rolle mehr gespielt haben, beleuchtet schlaglichtartig Ihre Haltung in der Frage der **Kostenübernahme für den schulischen Teil der Krankenpflegerausbildung**. Da waren wir uns alle einig in diesem Haus, alle Fraktionen in allen Ausschüssen, daß dies für die Zukunft nicht mehr gelten kann. Kaum waren die Beschlüsse gefaßt, wurden sie von Ihnen korrigiert, wurden sie zurückgenommen, ins Gegenteil verkehrt. Was ist der Grund? Die

Länder hatten Widerstand angekündigt, und Sie fürchteten um die Mehrheit im Bundesrat bei der Verabschiedung dieses Gesetzes. Was scherte Sie also Ihr Geschwätz von gestern? Sie nahmen exakt die gegen-teilige Position ein und vertreten sie nunmehr mit gleicher Überzeugungskraft wie vorher die andere. Das nennen Sie dann möglicherweise noch Prinzipientreue.

Ein in der Geschichte des Parlaments beispielloser Vorgang, der beleuchtet, wie Sie dieses Gesetz am liebsten beraten hätten, ist auch der Ausschußantrag 185, mit dem Sie dem Arbeitsminister die Vollmacht geben wollten, die in der **Hektik des Verfahrens** entstandenen **Beratungsfehler** nachträglich auf kaltem Wege auszubügeln. Sie haben diesen Antrag nach heftigen Protesten Gott sei Dank zurückgezogen. Aber dieses Zurückziehen hat ja an der tatsächlichen Beratungslage, am Beratungsverfahren nichts geändert. Man muß ja kein Prophet sein, um Ihnen voraus-sagen zu können, daß die Reparaturen zu Beginn des nächsten Jahres von Ihnen werden vorgenommen werden müssen. Es ist doch heute bereits erkennbar, daß es aus Ihrer Sicht und Ihrer Diktion heraus nur ein Fehler sein kann, daß, wenn jemand regelmäßig zum Zahnarzt geht, um Prophylaxe zu betreiben, er hinter-her die von Ihnen gewollte, satzungsmäßig zu veran-kernde Beitragsrückgewährung nicht in Anspruch nehmen kann. Das ist doch sicherlich nur eine Panne, die Ihnen passiert ist. Aber diese Hektik des Be-ratungsverfahrens hat eben dazu geführt, daß Sie solche Fehler überhaupt nicht entdecken, geschweige denn ausmerzen konnten. Von geordneten Parlamentsbe-ratungen kann man also wirklich nicht reden.

All das zeigt, mit welchem Geist Sie an das Gesetz-ggebungsvorhaben herangegangen sind und wie Sie es am liebsten hätten. Sie hätten es nämlich am liebsten, wenn sich die Mitglieder des Deutschen Bundestages als Notare von Regierungs- oder Koalitionsbeschlüs-sen verstehen würden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –  
Günther [CDU/CSU]: Ganz schwach!)

– Das ist eine Tatsache. Das ist die von Ihnen hier praktizierte Art und Weise. Daß Sie das nicht gern hören, kann ich durchaus verstehen. Dieses Gesetz ist unter unsäglichen Beratungsumständen zustande ge-kommen. Aber nicht nur das, auch der Inhalt ist eine Aneinanderreihung von sozialpolitischen Ungeheuer-lichkeiten.

Für uns Sozialdemokraten besteht kein Zweifel: Dieses Gesetz kann man nur ablehnen, und wir wer-den das gleich bei der anstehenden Abstimmung tun.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich die Instrumente Ihres Gesetzent-wurfs anschaut, stößt man auf Selbstbeteiligung, auf Festbeträge, auf Kostenerstattung, kurzum: Der ge-meinsame Nenner all dieser Instrumente ist ein **Zu-schußsystem**, bei dem die Krankenkassen nur noch einen mehr oder weniger großen Kostenanteil über-nehmen und bei dem der Rest dem Patienten aufge-bürdet wird. Der Effekt, der damit erzielt wird und den Sie sicherlich wollen, ist, daß der Versicherte abge-schreckt wird, Leistungen in Anspruch zu nehmen.



**Jaunich**

- (A) Mit Selbstbeteiligungen und Leistungskürzungen wollen Sie finanzielle Folterinstrumente einführen. Aber ich sage Ihnen: So wie im Mittelalter Folter wenig zur Wahrheitsfindung beigetragen hat, so wenig wird heute diese Art von Folter zur Verbesserung der medizinischen Versorgung beitragen.

Besonders eindrucksvoll hat Ihnen dies ja die **Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“** des Deutschen Bundestages ins Stammbuch geschrieben. Sie hat überhaupt eine Reihe von interessanten und erwägenswerten Vorschlägen erarbeitet. Ihre Angst, diese Ergebnisse rechtzeitig der Öffentlichkeit zu präsentieren, gründet sich doch darauf, daß dies sachgerechte Vorschläge sind, die Sie nicht um alles in der Welt in dieses Gesetzgebungsverfahren einbezogen haben wollten.

Sicherlich ist es richtig, daß die Voten der Enquete-Kommission zur Krankenversicherungsreform gegen Ihre Stimmen zustande gekommen sind. Aber Sie haben doch die Mehrheit in diesem Hause. Sie hatten zusammen mit den von Ihnen benannten Sachverständigen auch die Mehrheit in dieser Enquete-Kommission. Gibt es nicht zu denken, wenn Sie als Mehrheitsfraktion zu den Arbeitsergebnissen der Enquete-Kommission nun ein Minderheitsvotum vorlegen wollen? Wann wird das eigentlich kommen, wann werden wir das zu lesen bekommen?

Wir haben heute hier einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem wir eine besonders widersinnige und besonders unsoziale Variante der Selbstbeteiligung zur Sprache bringen. Ich meine die **Kostenbeteiligung** von 10 DM bei **Krankenhausunterbringung**.

(B) Sie sind zu Beginn des Gesetzgebungsverfahrens mit dem Versprechen angetreten, diese besonders unsinnige Form von Selbstbeteiligung zu streichen. Heute, zur dritten Lesung, stellen wir fest: Sie haben nicht gestrichen, Sie haben verdoppelt,

(Andres [SPD]: Richtig!)

und zwar darum, weil Sie, wie Sie in der Begründung Ihres Verdoppelungsantrages schreiben, Ihr Einsparvolumen sonst nicht erzielen würden. Ihnen geht es also gar nicht um gestaltende Gesundheitspolitik. Nein, es geht um das Abkassieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie werden heute in einer namentlichen Abstimmung zur Verdoppelung der Selbstbeteiligung bei Krankenhausunterbringung, deren Sinn Sie ja selbst bestritten haben, Stellung nehmen müssen.

Aber nicht nur Ihr Versprechen, die Selbstbeteiligung bei Krankenhausunterbringung abzuschaffen, haben Sie gebrochen, nein, auch das vollmundige Versprechen des Arbeitsministers hinsichtlich der 1,7 Milliarden DM **Solidarbeitrag der Pharmaindustrie** ist nicht erfüllt worden. Kurzum: Sie haben auch hier Wortbruch begangen. Indirekt geben Sie Ihren Wortbruch ja selbst zu. Sie drehen und winden sich und ziehen an den Haaren Argumente herbei, mit denen Sie beweisen wollen, das Versprechen hinsichtlich des Solidarbeitrags der Pharmaindustrie sei doch eingelöst.

(Vogel [Ennepetal] [CDU/CSU]: Eine langweilige Rede!)

— Nein.

(C)

Wie war es denn? Festbetrag und Barscheck über 1,7 Milliarden DM — so war doch die öffentliche Darlegung.

(Beifall bei der SPD)

Nein, der Scheck ist nicht eingekommen, zumindest nicht bei den Kassen, die das Geld schließlich kriegen müßten.

(Heyenn [SPD]: Ist auch nicht angekündigt!)

— Er ist nicht angekündigt.

Alles, was Sie hierzu sagen, ist Ablenkung, sind Nebelkerzen. Sie, Herr Blüm, aber auch der Bundeskanzler, sind mit Ihrem Vorhaben, bei der Pharmaindustrie diesen Solidarbeitrag einzufordern, kläglich gescheitert. Sie werden heute in dritter Lesung Gelegenheit haben, auch hierzu in namentlicher Abstimmung Stellung zu nehmen.

In einem dritten Entschließungsantrag, den wir heute zur Abstimmung stellen, behandeln wir noch einmal das Kapitel **Sterbegeld für Abgeordnete und Mitglieder der Bundesregierung**. Wir als Sozialdemokraten haben mit allen Kräften versucht, Sie von Ihrem unsozialen Vorhaben abzubringen, den Bürgerinnen und Bürgern eine der ältesten Leistungen der Krankenkassen aus dem Leistungskatalog herauszustreichen. Sie aber haben sich von Ihrem Vorhaben nicht abbringen lassen. Wenn Sie jedoch schon den Versicherten das Sterbegeld streichen, werden wir es nicht zulassen, daß die Leistungen im Sterbefall für Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung auf ihrer alten Höhe bleiben.

(D)

(Zustimmung bei der SPD und der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Nein, dann müssen Sie sich so behandeln, wie Sie die Bürger draußen behandeln. Auch dafür müssen Sie heute bei der Abstimmung über unseren Antrag mit Ihrem Namen einstehen.

Ihr Gesetzentwurf ist ein schändlicher Anschlag auf die **soziale Gerechtigkeit** in dieser Republik.

(Beifall bei der SPD)

Er zerstört die Solidarität. Eines der gravierendsten Beispiele hierfür ist Ihr Vorhaben, zunächst versuchsweise die **Beitragsrückgewähr** einzuführen. Das ist eine besonders schlimme Form der Selbstbeteiligung. Stellen Sie sich bitte vor: Der Versicherte, der krank ist, zahlt zwölf Beiträge im Jahr, der Gesunde nur zehn; ihm geben Sie ja nicht nur seinen Beitragsanteil zurück, sondern auch den des Arbeitgebers.

Meine Damen, meine Herren, ich komme zum Abschluß. Robin Hood, ein englischer Volksheld, der auch bei uns sehr bekannt ist, raubte der Überlieferung nach reiche Adlige und Kleriker aus und beschenkte damit Arme. Er ist in die Geschichte eingegangen. Norbert Blüm geht genau den umgekehrten Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er nennt es in nicht zu überbietendem Zynismus auch noch: die Solidarität neu bestimmen. Wir werden ihm auf diesem Weg nicht folgen. Wir werden das Gesetz

**Jaunich**

- (A) zur Zerstörung der sozialen Krankenversicherung, das Gesetz, das als Übergangsgesetz zur privaten Krankenversicherung bezeichnet werden muß, ablehnen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Abgeordnete Cronenberg.

**Cronenberg** (Arnsberg) (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kritik in der Sache in der heutigen Debatte war so, wie wir sie auf Grund der Ankündigungen erwartet haben. Die Kritik in der Form, so meine ich, war besser, als ich es befürchtet habe. Ich nehme an, daß das darauf zurückzuführen ist, daß die Opposition durch nicht wenige vorgetragene Argumente

(Amling [SPD]: Die Kritik war vor allen Dingen qualifiziert!)

durchaus beeindruckt war. Ich nehme auch an, daß der eine oder andere Koalitionsabgeordnete durch das, was von der Opposition vorgetragen worden ist, zum Nachdenken angeregt worden ist.

(Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Außer Herr Blüm, nehme ich an!)

Meine Damen und Herren, im **Interesse aller Patienten, Versicherten und Heilberufe** müssen doch auch diejenigen, die gleich in der dritten Lesung nein sagen, uns bei unseren Bemühungen Erfolg wünschen. Denn wer hier im Hause kann gegen stabile, möglichst niedrige Beiträge sein? Denn wer hofft nicht, daß möglichst viele Patienten mit möglichst vielen festbetragsfinanzierten Medikamenten optimal versorgt werden? Wer hofft nicht, daß möglichst viel Vorsorge und Individualprophylaxe betrieben und damit die Gesundheit gefördert wird? Wer hofft nicht, daß eine humane Versorgung durch dieses Gesetz gefördert wird? Wer kann denn etwas gegen die Förderung und Unterstützung freiberuflicher Tätigkeit im Gesundheitssektor haben? Das Wichtigste: All das dient dem Bemühen, ein freiheitliches Gesundheitssystem mit hohem Niveau aufrechtzuerhalten, es zu fördern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Kollege Jaunich, das erreichen wir nicht, wie Sie meinen, mit Folterinstrumenten,

(Zuruf von der SPD: Doch!)

sondern mit sinnvollen materiellen Anreizen,

(Jaunich [SPD]: Marterinstrumenten!)

die die Menschen dazu motivieren, sich in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Solidargemeinschaft vernünftig, sparsam und gesundheitsbewußt zu benehmen. Ich meine, das müßten Sie unterstützen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen meine ich auch, Sie bräuchten dieses Gesetz nicht mit dieser Sorge zu kommentieren, wie Sie es getan haben, Kollege Jaunich.

Ich möchte an dieser Stelle kurz ein offenes Wort an die **Verbandsvertreter** richten. Sie haben sich in vielen Gesprächen mit uns bemüht, die Interessen Ihrer Mitglieder wahrzunehmen. Im allgemeinen kann ich nicht leugnen, daß Sie sich dabei die Interessen der Allgemeinheit zu berücksichtigen bemüht haben. Dafür sei Dank gesagt. Zu denen, die diesen richtigen Ton nicht gefunden haben, habe ich mich heute morgen geäußert. Dem möchte ich nichts hinzufügen.

Manche der Anregungen waren vernünftig und sind auch in den Gesetzentwurf eingeflossen. Andere wollten oder konnten wir nicht übernehmen.

Meine dringliche Bitte an diejenigen, die jetzt mit der Umsetzung beschäftigt sind, ist, im Sinne des Gesetzes mitzuarbeiten. Das wäre ein wichtiger und entscheidender Beitrag zur Sicherung des eben angesprochenen freiheitlichen Gesundheitssystems. Nach meiner festen Überzeugung gibt es in der Welt kein besseres als das unsere: mit freier Arztwahl, mit Therapiefreiheit und, so hoffe ich, mit erschwinglichen Beiträgen.

Für ein solches **freiheitliches Gesundheitssystem** habe ich mich in den letzten Monaten und Wochen eingesetzt. Viele unserer liberalen Positionen sind in das Gesetz eingeflossen. Aber in einigen Bereichen mußten auch Kompromisse eingegangen werden, wie das in Koalitionen nun einmal üblich ist.

Nicht alle von uns haben sich mit jedem Detail beschäftigen können. Das ist bei einem so großen Gesetzesvorhaben normal. Aber wir bedanken uns — ich glaube, da spreche ich auch für die Oppositionsabgeordneten —, daß diejenigen, die sich aktiv mit der Problematik beschäftigt haben, das Vertrauen ihrer Kollegen gefunden haben; denn sie verhalten sich in ihrer Abstimmung ja so, wie es von den Kollegen vorbereitet worden ist.

Daß die Rechte des einzelnen nicht beeinträchtigt werden, wie es vorhin von dieser Stelle behauptet worden ist, wird durch den Fleiß des Kollegen Wüppesahl bewiesen, der immerhin 70 Anträge vorgelegt hat. Das setzt ja offensichtlich voraus, daß man sich, wenn man es will, mit der Materie intensiv beschäftigen kann.

Ich habe schon heute morgen zum Ausdruck gebracht: Dieses Gesetz ist ein bedeutsamer Beitrag zur Erhaltung eines freiheitlichen und humanen effizienten Gesundheitssystems zu bezahlbaren Kosten.

Ich glaube zwar nicht, verehrte Kollegen von der SPD, daß Sie nach den nächsten Wahlen in der Regierung sitzen.

(Janunich [SPD]: Das glauben aber wir!)

Sollte ich mich aber irren, so bin ich überzeugt, Herr Kollege Jaunich, daß Sie viele, vor allem die wesentlichen, Teile dieses Gesetzes genauso pfleglich behandeln werden, wie die Koalition heute manches Gesetz aus der alten Koalition pfleglich behandelt. Ich meine, das sollte uns allen eigentlich eine beruhigende Gewißheit geben.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(A) **Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Wilms-Kegel.

**Frau Wilms-Kegel (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Hier ist nicht „Panorama“!)

Nach der Verabschiedung der sogenannten Gesundheitsreform werden sich die strukturellen Fehler und Lücken in unserem Gesundheitswesen nicht in Luft auflösen. Im Gegenteil: Sie werden krasser und deutlicher als je zuvor zutage treten.

Es ist ein Skandal, daß nach diesem monatelangen Gezocke um das GRG schon nach der nächsten Reform geschrien wird. Der Apparat, mit dem die bestehenden Mängel verwaltet werden, wird erneut aufgebläht und mit weiteren Kompetenzen versehen.

Die Mängel selbst, die tagtäglich viele Menschen das Leben kosten, ihnen Schmerzen bereiten oder sie krank machen, existieren weiter.

Um deutlich zu machen, worüber heute geredet und abgestimmt wird, nenne ich ein paar Zahlen:

Unser Gesundheitswesen ist mit 251 Milliarden pro Jahr das umsatzstärkste „Unternehmen“ in der Bundesrepublik. Zum Vergleich: Daimler-Benz kommt nur auf rund ein Viertel dieses Jahresumsatzes.

Der Anteil, der dafür ausgegeben wird, daß die Menschen gar nicht erst krank werden, also der Anteil der **vorbeugenden Gesundheitspolitik** im engeren Sinn, liegt bei 2%. Dagegen werden 98% des Gesamtumsatzes darauf verwendet, vorhandene Erkrankungen zu behandeln, zu lindern oder zu heilen.

(B)

Anders ausgedrückt: Mit 2% dieses Geldes sollen 100% der Bevölkerung vor Erkrankungen bewahrt werden. 98% dieses Geldes müssen für den „Reparaturbetrieb“ ausgegeben werden.

Die Erhaltung dieser Schieflage verdanken wir der Scheuklappen-Politik unserer Regierung. Es ist eine Binsenweisheit, daß das Leben voller Gefahren ist und daß diese Gefahren nicht allein vom einzelnen Menschen gesucht oder gar selbst hergestellt werden. Sieht man sich aber die Gesundheits- und Sozialpolitik der Regierung an, so scheint es so zu sein, als sei diese Binsenweisheit nicht bis in die Hirne der zuständigen Politiker/-innen und Ministerialbeamten/-innen gedrungen.

Dafür haben sich ganz andere Gedanken dort breitgemacht. **Selbstverschuldungstheorien, Belohnung und Bestrafung** werden ab 1. Januar fester Bestandteil unserer Gesundheitspolitik sein.

Mit der Verabschiedung des GRG werden von den Konten der chronisch Kranken und Behinderten quasi per Dauerauftrags-Überweisungen auf die Konten der Pharmaindustrie und auf die Konten der Gesunden vorgenommen. Laufzeit: Lebenslänglich. Höhe: je nach individuellem Gesundheits- und Kontostand etwa zwischen 50 und 200 DM monatlich. Verwendungszweck: Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Das ist das Ergebnis Ihrer Reform – ein beschämendes Ergebnis, wie ich finde, vor allem, wenn ich an die Schaumschlägereien aus dem vergangenen Jahr denke.

Im Vergleich zu dem Gesetzentwurf vom Mai ist das Gesetz, das heute zur Abstimmung steht, dennoch als Fortschritt zu betrachten. Immerhin ist Ihr Versuch, über das Gesundheitsreformgesetz ein allgemeines Personenkennzeichen einzuführen, gescheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch Ihr Versuch, die Kosten für Rettungsfahrten von den Kranken und Verletzten zu kassieren, ist gescheitert.

Ihr Versuch, zur Entbürokratisierung und zu mehr Transparenz im Gesundheitswesen beizutragen, ist übrigens ebenfalls mißlungen. Statt Transparenz beschert uns das GRG ein **Kontroll- und Nachweissystem**, das bisher ohne Beispiel ist. Mit Ausnahme der Hersteller und Betreiber von Fotokopierapparaten wird davon keiner einen Nutzen haben. Eine Flut von Nachweispapieren, Einkommensbescheinigungen, Meldezetteln, Auslagequittungen und anderen Unterlagen, wird demnächst über die Mitarbeiter der Krankenversicherungen kommen.

**Härtefallregelung** und **Überforderungsklausel** werden von vielen Bürgerinnen und Bürgern allein deshalb nicht in Anspruch genommen werden, weil sie den im Gesundheits-Reformgesetz angelegten Formularwust nicht bewältigen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ob die dadurch entstehenden Einsparungen ebenfalls in Ihre Rechnung eingeflossen sind?

Sie haben in Ihrem Reformgesetz nicht eine einzige Maßnahme vorgesehen, die dazu führen könnte, das Krankheiten verhindert werden. Nicht ein einziger Paragraph dieses umfangreichen Gesetzes wird der Tatsache gerecht, daß Gesundsein und Gesundbleiben in einer Welt, die immer mehr Lärm, immer mehr Schmutz und immer mehr Gift produziert, nicht mehr selbstverständlich sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Westphal:** Frau Kollegin, darf ich Sie ein wenig Moment unterbrechen. Ich will mal versuchen, ob ich es schaffe, die Kollegen dazu zu bringen, sich hinzusetzen. Das gilt übrigens sogar für Kollegen Ihrer Fraktion, daß sie sich besser hinsetzen und ein bißchen zuhören, statt hinten Unterhaltungen zu führen. Es ist die letzte Rednerin unseres Abends.

(Beifall)

**Frau Wilms-Kegel (GRÜNE):** Danke. – Wir GRÜNEN haben uns unter einer Strukturreform im Gesundheitswesen etwas anderes vorgestellt, als den Kranken Daumenschrauben anzulegen nach dem Motto: gesund bleiben oder zahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben uns vorgestellt, daß durch die Strukturreform im Gesundheitswesen eine echte **Solidargemeinschaft** geschaffen wird, eine Solidargemeinschaft, in die z. B. auch Beamte und Beamtinnen sowie Selbstständige mit einbezogen sind und die dann, wenn die Besserverdienenden nicht mehr in die privaten Versicherungen gehen, auch für alle Leistungen aufkommen kann – ohne sogenannte Selbstbeteiligungen.

(C)

(D)

**Frau Wilms-Kegel**

- (A) Wir wünschen uns ein Krankenversicherungssystem, das ohne die Selbstbeteiligungslüge auskommt. Denn was sind Ihre **Selbstbeteiligungen** denn anderes als **Sonderbeitrags erhöhungen für Kranke?**

(Beifall bei den GRÜNEN — Zustimmung bei der SPD)

Wir GRÜNEN haben uns vorgestellt, daß nach einer Strukturreform im Gesundheitswesen alle Menschen wählen können, ob sie sich im Falle einer Erkrankung lieber schulmedizinisch, naturheilkundlich oder gar mit Methoden beider Richtungen kurieren wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In unseren gesundheitspolitischen Vorstellungen spielen die **freie Wahl der Behandlungsmethoden** und die Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten die entscheidende Rolle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die **Grund- und Menschenrechte** müssen im **Gesundheitswesen** endlich zur Geltung kommen. Dazu gehört für uns eine umfassende Aufklärung über alle Behandlungs- und Versorgungsmöglichkeiten und dazu gehört das Recht auf freie Entscheidung und auf Ablehnung einer Untersuchung oder Behandlung, beispielsweise auch das Recht auf Ablehnung eines AIDS-Tests.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir fordern eine strikte Kontrolle der pharmazeutischen Industrie und eine deutliche Anhebung des Sicherheitsstandards bei Arzneimitteln.

(B)

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung muß endlich Vorrang vor den Interessen der Anbieter erhalten. Mit der Verabschiedung des GRG wird erneut ein Schritt in die entgegengesetzte Richtung getan.

Die Versorgung wird durch diese Kostendämpfungsstrategien in Zukunft verschlechtert und gefährdet. Die Technokraten haben weiterhin das Sagen.

Wir GRÜNEN plädieren für einen anderen Umgang mit Krankheit in unserer Gesellschaft und für bessere Chancen für Gesundheit. Beides muß zusammen gesehen werden, und dies erfordert eine ganzheitlich humane und keine technokratische Denkweise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte hierzu einen großen französischen Philosophen der Aufklärungszeit zitieren, nämlich **Voltaire**. Er sagte, lange bevor das Zeitalter der Kostendämpfer anbrach, das hoffentlich bald zu Ende geht — vielleicht haben wir ja demnächst Glück —:

Ärzte verschreiben Medikamente, von denen sie wenig wissen, gegen Krankheiten, von denen sie noch weniger wissen, für Menschen, von denen sie überhaupt nichts wissen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser traurigen Wahrheit hat sich bis heute nichts geändert. Daran wird sich auch durch dieses Gesetz nichts ändern. Herr Blüm macht sich keine Kopf-

schmerzen über die Zahl der Medikamente, sondern nur über ihren Preis. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN — Günther [CDU/CSU]: Quatsch ist das!)

— Das ist richtig. Sie haben keine einzige Regelung dafür vorgesehen. —

(Günther [CDU/CSU]: Sie wissen genau, daß das nicht stimmt, was Sie da sagen!)

Er hat dafür gesorgt, daß sich Kranke in unserer Gesellschaft nicht angenommen fühlen können, er hat die Bedingungen zur Bewältigung der Krankheit erheblich verschlechtert.

Nach Verabschiedung dieses Gesetzes werden wir GRÜNEN erst recht und in noch viel größerem Maße als bisher für die Interessen und für die Belange der Patientinnen und Patienten eintreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gesundheitspolitische Klima in der Bundesrepublik Deutschland ist heute erneut rauher geworden. Um so wichtiger ist es, daß wir endlich eine öffentliche Debatte über Gesundheit, Krankheit, Lebensbedingungen und Selbstbestimmung in unserem Land führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verabschiedung des Gesundheits-Reformgesetzes setzt für mich den Anfangspunkt und nicht das Ende dieser öffentlichen Debatte fest. Ich fordere Sie alle auf, sich daran zu beteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

**Vizepräsident Westphal:** Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zuerst zur **Schlußabstimmung über das Gesundheits-Reformgesetz**. Es ist namentliche Abstimmung vorgesehen. Ich eröffne die namentliche Abstimmung.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es noch eine ganze Reihe weiterer namentlicher Abstimmungen, aber auch anderer Abstimmungen gibt, die anschließend in einem möglichst schnellen Verfahren abgewickelt werden.

Darf ich fragen, ob es noch Abgeordnete gibt, die ihr Stimmrecht noch nicht ausgeübt haben, aber es noch tun wollen?

Ich frage noch einmal, ob alle Kollegen von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, ihre Stimme abzugeben. Ich frage insbesondere nach draußen. — Ich sehe keinen Kollegen mehr, der von seinem Stimmrecht noch Gebrauch machen muß. Ich schließe die Abstimmung und bitte, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich stelle Ihr Einverständnis fest, daß wir mit den anderen Abstimmungen fortfahren. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung gebe ich dann später bekannt.\*)

Wir haben zunächst über eine Entschließung abzustimmen. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfiehlt auf Drucksache 11/3320 unter Nr. 4 die An-

\*) Ergebnis Seite 7926 A

**Vizepräsident Westphal**

- (A) **namhe einer EntschlieÙung.** Kann mir ein Kollege helfen, das Stichwort dazu zu sagen, damit jeder weiß, worüber wir abstimmen?

(Bindig [SPD]: Bericht über Festbeträge!)

Es ist ein Bericht über Festbeträge bei Arzneimitteln. Der Ausschuß empfiehlt die Annahme dieser EntschlieÙung. Ist das korrekt, Herr Berichterstatter? – Dann bitte ich diejenigen, die für die Empfehlung des Ausschusses sind, um ihr Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist die mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen angenommen.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung über die EntschlieÙungsanträge, die ich in der Reihenfolge der Drucksachennummern aufrufe.

Wer stimmt für den EntschlieÙungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 11/3422, Stichwort Sterbegeld für Hinterbliebene von Abgeordneten? Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Ich stelle fest, daß dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD bei Gegenstimmen der GRÜNEN angenommen worden ist.

Wir kommen zum EntschlieÙungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/3441. In dem Antrag geht es darum, Naturheilmittel einzubeziehen und die verschiedenen Therapierichtungen gleichberechtigt zu behandeln. Es ist der Vorschlag gemacht worden, über die beiden Spiegelstriche getrennt abzustimmen.

- (B) Ich rufe den ersten Spiegelstrich auf. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist der erste Spiegelstrich mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Jetzt kommt der zweite Spiegelstrich. Wer diesem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Wenn man SPD und FDP zusammenrechnet, ist das die Mehrheit.

(Beifall bei der SPD)

Kann ich das übereinstimmend feststellen? –

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Abstimmung wiederholen!)

Ich werde das Abstimmungsverfahren wiederholen, da das Ergebnis unklar war und hier oben bis jetzt keine Einigkeit besteht. Es hat keinen Sinn, durch Aufstehen abzustimmen, weil ein Teil der Kollegen hinten steht. Wer dem zweiten Spiegelstrich auf Drucksache 11/3441 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? –

(Zurufe: Minderheit! – Mehrheit!)

Die Feststellung von hier oben ist, daß eine Mehrheit für die Ablehnung plädiert hat, die aus der CDU/CSU-Fraktion und einem Teil der FDP-Fraktion zusammengesetzt ist.

(Zuruf: Das reicht nicht!)

Wer etwas anderes will, muß Anträge stellen.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, regen Sie sich nicht auf! Wir schaffen es noch, das in Ruhe zu Ende zu bringen. Es gibt natürlich die Möglichkeit, das auszählen zu lassen. Ich möchte es uns aber gerne ersparen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Von hier oben aus war festzustellen – ich glaube, da stimmen wir überein –, daß dem Antrag, dem zweiten Spiegelstrich dieser EntschlieÙung zuzustimmen, die SPD-Fraktion insgesamt zugestimmt, die Fraktion der GRÜNEN insgesamt zugestimmt und die FDP-Fraktion zum Teil zugestimmt hat. Das kann, wenn alle Kollegen da sind, zu einer Mehrheit führen. Ist das richtig? – Sie bestreiten, daß das eine Mehrheit für den Antrag war? – Wenn hier oben keine Einigkeit besteht, müssen wir auszählen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist unser allgemeines Verfahren. Ich darf die Damen und Herren bitten, daß wir diese Abstimmung wiederholen. Ich erkläre noch einmal, um welche es sich handelt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir haben festgestellt, daß das Präsidium in der Feststellung des Ergebnisses nicht einmütig ist. Dann ist unser Verfahren der Hammsprung.

(Zuruf von der SPD: Namentliche Abstimmung!)

Ich erkläre Ihnen noch einmal, worüber wir abstimmen, und bitte Sie dann, den Saal zu verlassen.

(Frau Pack [CDU/CSU]: Eine namentliche Abstimmung geht doch schneller!)

– Es wird hier ein anderer, einfacherer Vorschlag gemacht, nämlich daß wir über diesen Punkt namentlich abstimmen. Dadurch würden wir das Verfahren vereinfachen.

(Zustimmung)

Gibt es darüber Einverständnis? – Dann erkläre ich noch einmal, worüber wir abstimmen.

Zur Abstimmung steht der **EntschlieÙungsantrag der SPD** in der **Drucksache 11/3441** betreffend die Naturheilmittel und die Gleichberechtigung aller Therapierichtungen. Es geht um den zweiten Spiegelstrich. Wer dafür stimmen will, der wird gebeten, mit Ja zu stimmen. Wer dagegen ist, stimmt mit Nein.

Die Abstimmung ist eröffnet.

Gibt es noch Abgeordnete, die von ihrem Stimmrecht nicht Gebrauch gemacht haben, aber dies noch tun wollen? Dann bitte ich, das jetzt zu tun. –

Ich stelle fest, daß ich die Abstimmung schließen kann. Sie ist demnach geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich bitte, wieder Platz zu nehmen, weil die Schriftführer weiter an den Urnen stehen und wir gleich zu weiteren Abstimmungen kommen.

Ich teile Ihnen zunächst einmal das von den Schriftführern ermittelte **Ergebnis der Schlußabstimmung über das Gesundheits-Reformgesetz** auf den Drucksachen 11/2237 und 11/2493 mit. Von den vollstimmberechtigten Mitgliedern des Hauses haben 450 ihre

(C)

(D)

**Vizepräsident Westphal**

- (A) Stimme abgegeben. Es gab keine ungültigen Stimmen. 240 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt, 208 mit Nein. Es hat zwei Enthaltungen gegeben. 19 Berliner Abgeordnete haben ihre Stimme abgegeben. Keine Stimme war ungültig. Elf haben mit Ja und acht mit Nein gestimmt. Es hat keine Enthaltungen gegeben.

**Endgültiges Ergebnis**

Abgegebene Stimmen 449 und 19 Berliner Abgeordnete; davon

- ja: 240 und 11 Berliner Abgeordnete  
nein: 207 und 8 Berliner Abgeordnete  
enthalten: 2

**Ja****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
Austermann  
Bauer  
Bayha  
Dr. Becker (Frankfurt)  
Biehle  
Dr. Blens  
Dr. Blüm  
Böhm (Melsungen)  
Börnsen (Bönstrup)  
Dr. Bötsch  
Bohl  
Bohlsen  
Borchert  
Breuer  
Bühler (Bruchsal)  
Carstens (Emstek)  
Carstensen (Nordstrand)  
(B) Clemens  
Dr. Czaja  
Dr. Daniels (Bonn)  
Daweke  
Frau Dempwolf  
Deres  
Dörflinger  
Doss  
Dr. Dregger  
Echternach  
Eigen  
Engelsberger  
Eylmann  
Dr. Faltlhauser  
Dr. Fell  
Fellner  
Frau Fischer  
Fischer (Hamburg)  
Francke (Hamburg)  
Dr. Friedmann  
Dr. Friedrich  
Fuchtel  
Funk (Gutenzell)  
Ganz (St. Wendel)  
Frau Geiger  
Geis  
Dr. von Geldern  
Gerstein  
Gerster (Mainz)  
Dr. Götz  
Gröbl  
Dr. Grünewald  
Günther  
Dr. Häfele  
Harries  
Frau Hasselfeldt  
Hauser (Esslingen)  
Hauser (Krefeld)  
Hedrich  
Freiherr Heereman von  
Zuydtwyck

Frau Dr. Hellwig  
Helmrich  
Dr. Hennig  
Herkenrath  
Hinrichs  
Hinsken  
Höffkes  
Höpfinger  
Hörster  
Dr. Hoffacker  
Frau Hoffmann (Soltau)  
Dr. Hornhues  
Frau Hürland-Büning  
Dr. Hüschen  
Graf Huyn  
Jäger  
Dr. Jahn (Münster)  
Dr. Jobst  
Jung (Limburg)  
Jung (Lörrach)  
Kalb  
Dr.-Ing. Kansy  
Dr. Kappes  
Frau Karwatzki  
Kiechle  
Klein (München)  
Dr. Köhler (Wolfsburg)  
Kolb  
Kossendey  
Kraus  
Krey  
Kroll-Schlüter  
Dr. Kronenberg  
Dr. Kunz (Weiden)  
Lamers  
Dr. Lammert  
Dr. Langner  
Lattmann  
Dr. Laufs  
Lenzer  
Frau Limbach  
Link (Diepholz)  
Link (Frankfurt)  
Linsmeier  
Lintner  
Dr. Lippold (Offenbach)  
Louven  
Lowack  
Maaß  
Frau Männle  
Marschewski  
Dr. Meyer zu Bentrup  
Michels  
Dr. Möller  
Dr. Müller  
Müller (Wadern)  
Müller (Wesseling)  
Nelle  
Neumann (Bremen)  
Niegel  
Dr. Olderog  
Oswald  
Frau Pack

Pesch  
Petersen  
Pfeffermann  
Pfeifer  
Dr. Pinger  
Dr. Pohlmeier  
Dr. Probst  
Rauen  
Rawe  
Reddemann  
Regenspurger  
Repnik  
Dr. Riedl (München)  
Dr. Riesenhuber  
Frau Rönsch (Wiesbaden)  
Frau Roitzsch (Quickborn)  
Rossmann  
Roth (Gießen)  
Rühe  
Dr. Rüttgers  
Ruf  
Sauer (Salzgitter)  
Sauer (Stuttgart)  
Sauter (Epfendorf)  
Dr. Schäuble  
Scharrenbroich  
Schemken  
Scheu  
Schmidbauer  
Schmitz (Baesweiler)  
von Schmude  
Freiherr von Schorlemer  
Schreiber  
Dr. Schroeder (Freiburg)  
Schulhoff  
Dr. Schulte  
(Schwäbisch Gmünd)  
Schwarz  
Dr. Schwarz-Schilling  
Dr. Schwörer  
Seehofer  
Seesing  
Seiters  
Spilker  
Spranger  
Dr. Sprung  
Dr. Stark (Nürtingen)  
Dr. Stavenhagen  
Dr. Stercken  
Dr. Stoltenberg  
Strube  
Susset  
Tillmann  
Dr. Uelhoff  
Uldall  
Dr. Unland  
Vogel (Ennepetal)  
Vogt (Düren)  
Dr. Voigt (Northeim)  
Dr. Vondran  
Dr. Voss  
Dr. Waffenschmidt  
Dr. Waigel  
Graf von Waldburg-Zeil  
Dr. Warnke  
Dr. Warrickoff  
Dr. von Wartenberg  
Weiß (Kaiserslautern)  
Werner (Ulm)  
Frau Will-Feld  
Frau Dr. Wilms  
Wilz  
Wimmer (Neuss)  
Windelen  
Frau Dr. Wisniewski  
Wissmann  
Dr. Wittmann  
Würzbach  
Dr. Wulff  
Zeitmann  
Zierer  
Dr. Zimmermann  
Zink

**Berliner Abgeordnete**

Buschbom  
Feilcke  
Kalisch  
Kittelmann  
Lummer  
Dr. Mahlo  
Dr. Neuling  
Dr. Pfennig  
Schulze (Berlin)  
Straßmeier

**FDP**

Frau Dr. Adam-Schwaetzer  
Baum  
Beckmann  
Bredehorn  
Cronenberg (Arnsberg)  
Eimer (Fürth)  
Engelhard  
Dr. Feldmann  
Frau Folz-Steinacker  
Funke  
Gallus  
Gattermann  
Gries  
Grüner  
Frau Dr. Hamm-Brücher  
Dr. Haussmann  
Heinrich  
Dr. Hirsch  
Dr. Hoyer  
Irmer  
Kleinert (Hannover)  
Dr.-Ing. Laermann  
Dr. Graf Lambsdorff  
Mischnick  
Neuhausen  
Nolting  
Richter  
Rind  
Schäfer (Mainz)  
Frau Seiler-Albring  
Dr. Solms  
Dr. Thomae  
Timm  
Dr. Weng (Gerlingen)  
Wolfgramm (Göttingen)  
Frau Würfel  
Zywietz

**Berliner Abgeordneter**

Hoppe

**Nein****SPD**

Frau Adler  
Dr. Ahrens  
Amling  
Andres  
Antretter  
Dr. Apel  
Bachmaier  
Bahr  
Bamberg  
Becker (Nienberge)  
Frau Becker-Inglau  
Bernrath  
Bindig  
Frau Blunck  
Dr. Böhme (Unna)  
Börnsen (Ritterhude)  
Brück  
Büchler (Hof)

(C)

(D)

**Vizepräsident Westphal**

- (A) Dr. von Bülow  
Frau Bulmahn  
Buschfort  
Catenhusen  
Frau Conrad  
Frau Dr. Däubler-Gmelin  
Daubertshäuser  
Diller  
Dreßler  
Duve  
Dr. Ehmke (Bonn)  
Dr. Ehrenberg  
Dr. Emmerlich  
Erlar  
Esters  
Ewen  
Frau Faße  
Fischer (Homburg)  
Frau Fuchs (Köln)  
Frau Fuchs (Verl)  
Frau Ganseforth  
Gansel  
Dr. Gautier  
Gerster (Worms)  
Gilges  
Dr. Glotz  
Frau Dr. Götte  
Graf  
Großmann  
Grunenberg  
Dr. Haack  
Haack (Extertal)  
Frau Hämmerle  
Frau Dr. Hartenstein  
Hasenfratz  
Dr. Hauchler  
Heistermann  
Heyenn  
Hiller (Lübeck)  
Dr. Holtz  
Horn  
Huonker  
Ibrügger  
Jahn (Marburg)  
Jaunich  
Dr. Jens  
Jung (Düsseldorf)  
Jungmann  
Kastning  
Kiehm  
Kirschner  
Kißlinger  
Klein (Dieburg)  
Klose  
Kolbow  
Koltzsch  
Koschnick  
Kretkowski  
Kühbacher  
Kuhlwein  
Lambinus  
Leidinger  
Leonhart  
Lohmann (Witten)  
Lutz  
Frau Dr. Martiny-Glotz  
Frau Matthäus-Maier  
Menzel  
Dr. Mertens (Bottrop)  
Müller (Düsseldorf)  
Müller (Pleisweiler)  
Müller (Schweinfurt)  
Müntefering  
Nagel  
Nehm  
Frau Dr. Niehuis  
Dr. Niese  
Niggemeier  
Dr. Nöbel  
Frau Odendahl  
Oesinghaus  
Oostergetelo  
Opel
- Dr. Osswald  
Paterna  
Pauli  
Dr. Penner  
Peter (Kassel)  
Pfuhl  
Dr. Pick  
Porzner  
Purps  
Rappe (Hildesheim)  
Reimann  
Frau Renger  
Reschke  
Reuschenbach  
Reuter  
Rixe  
Roth  
Schanz  
Dr. Scheer  
Scherrer  
Schluckebier  
Schmidt (München)  
Frau Schmidt (Nürnberg)  
Schmidt (Salzgitter)  
Dr. Schmude  
Schreiner  
Schröer (Mülheim)  
Schütz  
Seidenthal  
Frau Seuster  
Sieler (Amberg)  
Singer  
Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
Dr. Soell  
Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
Dr. Sperling  
Stahl (Kempen)  
Steiner  
Frau Steinhauer  
Stiegler  
Dr. Struck  
Frau Terborg  
Tietjen  
Frau Dr. Timm  
Frau Traupe  
Urbanjak  
Vahlberg  
Verheugen  
Voigt (Frankfurt)  
Frau Dr. Wegner  
Weiermann  
Frau Weiler  
Weisskirchen (Wiesloch)  
Dr. Wernitz  
Westphal  
Frau Weyel  
Dr. Wieczorek  
Wieczorek (Duisburg)  
Frau Wieczorek-Zeul  
Wiefelspütz  
von der Wiesche  
Wimmer (Neuötting)  
Dr. de With  
Wittich  
Würtz  
Zander  
Zeitler  
Zumkley
- Berliner Abgeordnete*
- Egert  
Heimann  
Frau Luuk  
Dr. Mitzscherling  
Stobbe  
Wartenberg (Berlin)
- FDP**
- Dr. Hitschler  
Kohn

**DIE GRÜNEN**

- Frau Beck-Oberdorf  
Frau Beer  
Braucher  
Dr. Daniels (Regensburg)  
Ebermann  
Frau Eid  
Frau Flinner  
Frau Garbe  
Häfner  
Frau Hensel  
Frau Hillerich  
Hoss  
Hüser  
Kleinert (Marburg)  
Dr. Knabe  
Kreuzeder  
Frau Krieger  
Dr. Lippelt (Hannover)  
Dr. Mechtersheimer  
Frau Nickels  
Frau Oesterle-Schwerin  
Frau Rust  
Frau Saibold  
Frau Schilling  
Schily  
Frau Schmidt-Bott

- Frau Schoppe  
Frau Teubner  
Frau Unruh  
Frau Vennegerts  
Volmer  
Weiss (München)  
Wetzel  
Frau Wilms-Kegel  
Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

- Frau Olms  
Sellin

**Fraktionslos**

- Wüppesahl

**Enthalten****FDP**

- Paintner  
Frau Dr. Segall

(C)

Das Gesetz ist damit angenommen.

Wir stimmen jetzt über den **Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/3440** — das ist das Stichwort „Solidarbeitrag Pharmaindustrie“ — namentlich ab. Kann ich die Abstimmung eröffnen? — Die Abstimmung ist eröffnet.

Kann ich die Abstimmung schließen? — Ich sehe keinen Widerspruch. Ich schließe diese Abstimmung. Das Ergebnis dieser namentlichen Abstimmung werde ich später bekanntgeben.

(D)

Ich rufe jetzt zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/3442** auf. Das ist ein Entschließungsantrag, der die Beitragsrückgewähr und die damit zusammenhängende Solidarität betrifft. Wer zuzustimmen beabsichtigt, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Das ist mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt worden.

Wir haben nunmehr die nächste namentliche Abstimmung vorzunehmen. Sind die Schriftführer dazu bereit? — Dann rufe ich den **Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/3443** auf. Er betrifft das Sterbegeld an Hinterbliebene von Abgeordneten. Ich eröffne die namentliche Abstimmung.

Gibt es noch Kollegen, die an der Abstimmung teilzunehmen wünschen?

Ich kann diese Abstimmung über den Entschließungsantrag auf Drucksache 11/3443 nun schließen. Das Ergebnis wird auch hier später bekanntgegeben. Wir haben noch drei weitere namentliche Abstimmungen.

Wir stimmen jetzt über den **Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 11/3474** namentlich ab. Es geht um die Forderung nach einer umfassenden Strukturregelung im Gesundheitswesen. Ich eröffne die Abstimmung.

**Vizepräsident Westphal**

- (A) Ich stelle fest, daß jeder die Gelegenheit gehabt hat, auch an dieser Abstimmung teilzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich schließe diese Abstimmung über den Entschließungsantrag auf Drucksache 11/3474. Auch hier wird das Ergebnis der namentlichen Abstimmung später bekanntgegeben.

Sind die Schriftführer bereit für die nächste Abstimmung? — Kein Widerspruch. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 11/3475. Es handelt sich um die Rechte der Patientinnen und Patienten.

Ich eröffne die namentliche Abstimmung.

Kann ich ein Zeichen der Schriftführer haben, wie es aussieht? — Keine weiteren Abstimmungswünsche? — Dann schließe ich die Abstimmung. Auch hier wird das Ergebnis später bekanntgegeben.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu einer weiteren namentlichen Abstimmung, und zwar über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 11/3476. Es handelt sich um das Thema Gleichbehandlung besonderer Therapierichtungen.

Ich eröffne die namentliche Abstimmung und teile in diesem Zusammenhang mit: Danach kommt noch eine offene Abstimmung über ein Gesetz, und dann darf ich den Mitarbeitern noch ein Dankeschön sagen.

- (B) Kann ich die Abstimmung schließen? — Ich höre keinen Widerspruch. Dann schließe ich diese Abstimmung. Auch das Ergebnis dieser Abstimmung wird später bekanntgegeben.

Wir fahren in den Beratungen fort. Ich bitte Sie, sich auf Ihre Plätze zu begeben. Wir haben noch eine Abstimmung durchzuführen.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einordnung der Vorschriften über die Meldepflichten des Arbeitgebers in der Kranken- und Rentenversicherung sowie

im Arbeitsförderungsrecht und über den Einzug des Gesamtsozialversicherungsbeitrags in das Vierte Buch des Sozialgesetzbuches. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen wünscht, den bitte ich, sich zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Ich stelle fest, daß dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN und bei einer Gegenstimme aus der Fraktion der SPD angenommen worden ist.

(Zuruf von der SPD: Frau Steinhauer!)

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluß unserer heutigen Tagesordnung.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen Mitarbeitern, die uns vor und hinter den Kulissen, innerhalb und außerhalb des Saales geholfen haben, herzlich zu danken.

(Beifall)

Dieser Dank geht insbesondere an die Ausschußmitarbeiter, aber er geht heute in besonderer Weise auch an die Schriftführer, die bei den Abstimmungen viel Arbeit leisten mußten.

(Beifall)

Die Schriftführer wollen sich bitte darauf einrichten, daß sie am Dienstag nächster Woche — voraussichtlich um 10 Uhr — tätig werden müssen. Eine schriftliche Mitteilung folgt. (D)

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 30. November 1988, 13 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluß der Sitzung: 18.44 Uhr)



(A)

**Anlage 1****Liste der entschuldigter Abgeordneter**

Abgeordnete(r)	entschuldigt bis einschließlich
Dr. Bangemann	25. 11.
Frau Berger (Berlin)	25. 11.
Dr. Blank	25. 11.
Dr. Dollinger	25. 11.
Dr. Hauff	25. 11.
Dr. Jenninger	25. 11.
Frau Kelly	25. 11.
Kolb	25. 11.
Kreile	25. 11.
Lüder	25. 11.
Meyer	25. 11.
Dr. Müller	25. 11.
Frau Pack	25. 11.
Dr. Pick	25. 11.
Poß	25. 11.
Frau Rock	25. 11.
Schmidt (München)	25. 11.
Todenhöfer	25. 11.
Toetemeyer	25. 11.
Frau Trenz	25. 11.
Vosen	25. 11.
Wischniewski	25. 11.

**Anlage 2**

(B) **Endgültiges Ergebnis der namentlichen Abstimmung über das Haushaltsgesetz 1989 – Drucksachen 11/2700, 11/2966, 11/3119 – \*)**

Abgegebene Stimmen 436 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 248 und 12 Berliner Abgeordnete  
nein: 188 und 8 Berliner Abgeordnete

**Ja****CDU/CSU**

Dr. Abelein	Doss
Austermann	Dr. Dregger
Bauer	Echternach
Bayha	Ehrbar
Dr. Becker (Frankfurt)	Eigen
Dr. Biedenkopf	Engelsberger
Biehle	Eylmann
Dr. Blens	Dr. Falthäuser
Böhm (Melsungen)	Dr. Fell
Börnsen (Bönstrup)	Fellner
Dr. Bötsch	Frau Fischer
Böhl	Fischer (Hamburg)
Bohlsen	Francke (Hamburg)
Borchert	Dr. Friedmann
Breuer	Dr. Friedrich
Bühler (Bruchsal)	Fuchtel
Carstens (Emstek)	Funk (Gutenzell)
Carstensen (Nordstrand)	Ganz (St. Wendel)
Clemens	Frau Geiger
Dr. Czaja	Geis
Daweke	Dr. von Geldern
Frau Dempwolf	Gerstein
Deres	Gerster (Mainz)
Dörflinger	Glos
	Dr. Göhner
	Dr. Götz
	Gröbl
	Dr. Grünewald

\*) Vgl. 110. Sitzung, Seite 7831 D

**Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)**

Günther	Dr. Riedl (München)
Dr. Häfele	Dr. Riesenhuber
Harries	Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Hasselfeldt	Frau Roitzsch (Quickborn)
Haungs	Dr. Rose
Hauser (Esslingen)	Rossmann
Hauser (Krefeld)	Roth (Gießen)
Hedrich	Rühe
Freiherr Heereman von Zuydtwyck	Dr. Rüttgers
Frau Dr. Hellwig	Ruf
Helmrich	Sauer (Salzgitter)
Dr. Hennig	Sauer (Stuttgart)
Höffkes	Sauter (Epfendorf)
Höpfinger	Dr. Schäuble
Hörster	Scharrenbroich
Dr. Hoffacker	Schemken
Frau Hoffmann (Soltau)	Scheu
Dr. Hornhues	Schmidbauer
Dr. Hüsch	Schmitz (Baesweiler)
Graf Huyn	von Schmude
Jäger	Freiherr von Schorlemer
Dr. Jahn (Münster)	Schreiber
Dr. Jobst	Dr. Schroeder (Freiburg)
Jung (Limburg)	Schulhoff
Jung (Lörrach)	Dr. Schulte
Kalb	(Schwäbisch Gmünd)
Dr.-Ing. Kansy	Schwarz
Dr. Kappes	Dr. Schwarz-Schilling
Frau Karwatzki	Dr. Schwörer
Kiechle	Seehofer
Klein (München)	Seesing
Dr. Köhler (Wolfsburg)	Seiters
Dr. Kohl	Spilker
Kolb	Spranger
Kraus	Dr. Sprung
Krey	Dr. Stark (Nürtingen)
Kroll-Schlüter	Dr. Stavenhagen
Dr. Kronenberg	Dr. Stercken
Dr. Kunz (Weiden)	Dr. Stoltenberg
Lamers	Strube
Dr. Lammert	Frau Dr. Süsmuth
Dr. Langner	Susset
Lattmann	Tillmann
Dr. Laufs	Dr. Uelhoff
Lenzer	Uldall
Frau Limbach	Dr. Unland
Link (Diepholz)	Frau Verhülsdonk
Link (Frankfurt)	Vogel (Ennepetal)
Linsmeier	Vogt (Düren)
Lintner	Dr. Voigt (Northeim)
Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Vondran
Louven	Dr. Voss
Lowack	Dr. Waffenschmidt
Maaß	Dr. Waigel
Frau Männle	Graf von Waldburg-Zeil
Magin	Dr. Warnke
Marschewski	Dr. Warrikoff
Dr. Meyer zu Bentrup	Dr. von Wartenberg
Michels	Weirich
Dr. Müller	Weiß (Kaiserslautern)
Müller (Wadern)	Werner (Ulm)
Müller (Wesseling)	Frau Will-Feld
Nelle	Frau Dr. Wilms
Niegel	Wilz
Dr. Olderog	Wimmer (Neuss)
Oswald	Windelen
Frau Pack	Frau Dr. Wisniewski
Pesch	Wissmann
Petersen	Dr. Wittmann
Pfeffermann	Würzbach
Pfeifer	Dr. Wulff
Dr. Pinger	Zeitmann
Dr. Pohlmeier	Zierer
Dr. Probst	Zink
Rauen	
Rawe	<i>Berliner Abgeordnete</i>
Reddemann	
Regenspurger	Buschbom
Repnik	Feilcke

(D)

(A)	Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfenning Schulze (Berlin) Straßmeir	Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Diller Dreßler Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gerster (Worms) Gilges Dr. Glotz Graf Großmann Haack (Extertal) Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Heistermann Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Dr. Jens Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Dr. Klejdzinski Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Lambinus Leidinger Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Münzfering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Niggemeier Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Porzner Purps Reimann Frau Renger Reschke	Reuter Rixe Roth Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Dr. Schöfberger Schreiner Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Frau Dr. Skarpelis-Sperk Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Voigt (Frankfurt) Waltemathe Walther Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Frau Weyel Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	<i>Berliner Abgeordnete</i> Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)	(C)
	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredenhorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Genscher Gries Grünbeck Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Möllemann Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgang (Göttingen) Frau Würfel Zywietz		<b>DIE GRÜNEN</b> Frau Beck-Oberdorf Frau Beer Brauer Dr. Daniels (Regensburg) Ebermann Frau Eid Frau Flinner Frau Garbe Häfner Frau Hensel Frau Hillerich Hoss Hüser Kleinert (Marburg) Dr. Knabe Kreuzeder Dr. Lippelt (Hannover) Dr. Mechttersheimer Frau Nickels Frau Rock Frau Rust Frau Saibold Frau Schilling Schily Frau Schoppe Frau Teubner Frau Unruh Frau Vennegerts Frau Dr. Vollmer Volmer Weiss (München) Wetzel Frau Wilms-Kegel Frau Wollny		
(B)			<i>Berliner Abgeordnete</i> Hoppe Lüder	(D)	
	<b>Nein</b>		<i>Berliner Abgeordnete</i> Frau Olms Sellin		
	<b>SPD</b> Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bindig Dr. Böhme (Unna) Börnßen (Ritterhude) Brandt Brück		<b>Fraktionslos</b> Wüppesahl		
		<b>Anlage 3</b> <b>Alphabetisches Namensverzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl der Bundestagspräsidentin teilgenommen haben</b>			
		Dr. Abelein Frau Dr. Adam-Schwaetzer Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Dr. Apel Austermann Bachmaier Bahr Bamberg Bauer Baum Bayha	Frau Beck-Oberdorf Dr. Becker (Frankfurt) Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Frau Beer Bernrath Dr. Biedenkopf Biehle Bindig Dr. Blens Dr. Blüm Böhm (Melsungen) Dr. Böhme (Unna) Börnßen (Bönstrup) Börnßen (Ritterhude)		

(A)	Dr. Bötsch	Gilges	Kittelmann	Nolting	(C)
	Bohl	Glos	Klein (München)	Frau Odendahl	
	Bohlsen	Dr. Glotz	Kleinert (Hannover)	Oesinghaus	
	Borchert	Dr. Göhner	Kleinert (Marburg)	Dr. Olderog	
	Brandt	Frau Dr. Götte	Dr. Klejdzinski	Frau Olms	
	Breddehorn	Dr. Götz	Klose	Oostergetelo	
	Breuer	Graf	Dr. Knabe	Opel	
	Brück	Gries	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Dr. Osswald	
	Büchler (Hof)	Gröbl	Dr. Kohl	Oswald	
	Büchner (Speyer)	Großmann	Kohn	Frau Pack	
	Bühler (Bruchsal)	Grünbeck	Kolb	Paintner	
	Dr. von Bülow	Grüner	Kolbow	Paterna	
	Frau Bulmahn	Dr. Grünewald	Koltzsch	Pauli	
	Buschbom	Grunenberg	Koschnick	Dr. Penner	
	Buschfort	Günther	Kossendey	Pesch	
	Carstens (Emstek)	Dr. Haack	Kraus	Peter (Kassel)	
	Carstensen (Nordstrand)	Haack (Extertal)	Kreuzeder	Petersen	
	Catenhusen	Dr. Häfele	Krey	Pfeffermann	
	Clemens	Häfner	Frau Krieger	Pfeifer	
	Frau Conrad	Frau Hämmerle	Kroll-Schlüter	Dr. Pfennig	
	Conradi	Frau Dr. Hamm-Brücher	Dr. Kronenberg	Pfuhl	
	Cronenberg (Arnsberg)	Harries	Kühbacher	Dr. Pinger	
	Dr. Czaja	Frau Dr. Hartenstein	Kuhlwein	Dr. Pohlmeier	
	Frau Dr. Däubler-Gmelin	Hasenfratz	Dr. Kunz (Weiden)	Porzner	
	Dr. Daniels (Bonn)	Frau Hasselfeldt	Dr.-Ing. Laermann	Dr. Probst	
	Dr. Daniels (Regensburg)	Dr. Hauchler	Lambinus	Purps	
	Daubertshäuser	Haungs	Lamers	Rappe (Hildesheim)	
	Daweke	Hauser (Esslingen)	Dr. Lammert	Rauen	
	Frau Dempwolf	Hauser (Krefeld)	Dr. Langner	Rawe	
	Deres	Dr. Haussmann	Lattmann	Reddemann	
	Diller	Hedrich	Dr. Laufs	Regenspurger	
	Dörflinger	Freiherr Heereman	Leidinger	Reimann	
	Doss	von Zuydtwyck	Lennartz	Frau Renger	
	Dr. Dregger	Heimann	Lenzer	Repnik	
	Dreßler	Heinrich	Leonhart	Reschke	
	Ebermann	Heistermann	Frau Limbach	Reuschenbach	
	Echternach	Frau Dr. Hellwig	Link (Diepholz)	Reuter	
	Egert	Helmrich	Link (Frankfurt)	Richter	
	Dr. Ehmke (Bonn)	Dr. Hennig	Linsmeier	Dr. Riedl (München)	
	Ehrbar	Frau Hensel	Lintner	Dr. Riesenhuber	
	Dr. Ehrenberg	Herkenrath	Dr. Lippelt (Hannover)	Rind	
	Frau Eid	Heyenn	Dr. Lippold (Offenbach)	Rixe	
(B)	Eigen	Hiller (Lübeck)	Lohmann (Witten)	Frau Rönsch (Wiesbaden)	(D)
	Eimer (Fürth)	Frau Hillerich	Louven	Frau Roitzsch (Quickborn)	
	Dr. Emmerlich	Hinrichs	Lowack	Ronneburger	
	Engelhard	Hinsken	Lüder	Dr. Rose	
	Engelsberger	Dr. Hirsch	Lummer	Rossmann	
	Erler	Dr. Hirschler	Lutz	Roth	
	Esters	Höffkes	Frau Luuk	Roth (Gießen)	
	Ewen	Höpfinger	Maaß	Rühe	
	Dr. Faltthäuser	Hörster	Frau Männle	Dr. Rüttgers	
	Frau Faße	Dr. Hoffacker	Magin	Ruf	
	Feilcke	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Mahlo	Frau Rust	
	Dr. Feldmann	Dr. Holtz	Marschewski	Frau Saibold	
	Dr. Fell	Hoppe	Frau Dr. Martiny-Glotz	Sauer (Stuttgart)	
	Fellner	Dr. Hornhues	Frau Matthäus-Maier	Sauter (Epfendorf)	
	Frau Fischer	Hoss	Dr. Mechtersheimer	Schäfer (Mainz)	
	Fischer (Hamburg)	Dr. Hoyer	Menzel	Schäfer (Offenburg)	
	Fischer (Homburg)	Frau Hürland-Büning	Dr. Mertens (Bottrop)	Dr. Schäuble	
	Frau Flinger	Dr. Hüscher	Dr. Meyer zu Bentrop	Schanz	
	Frau Folz-Steinacker	Hüser	Michels	Scharrenbroich	
	Francke (Hamburg)	Huonker	Mischnick	Schartz (Trier)	
	Dr. Friedmann	Graf Huyn	Dr. Mitzscherling	Dr. Scheer	
	Dr. Friedrich	Ibrügger	Möllemann	Schemken	
	Frau Fuchs (Köln)	Irmer	Dr. Möller	Scherrer	
	Frau Fuchs (Verl)	Jäger	Dr. Müller	Scheu	
	Fuchtel	Jahn (Marburg)	Müller (Düsseldorf)	Frau Schilling	
	Funk (Gutenzell)	Dr. Jahn (Münster)	Müller (Schweinfurt)	Schluckebier	
	Funke	Jaunich	Müller (Wadern)	Schmidbauer	
	Gallus	Dr. Jens	Müller (Wesseling)	Schmidt (München)	
	Frau Ganseforth	Dr. Jobst	Münzfering	Frau Schmidt (Nürnberg)	
	Gansel	Jung (Limburg)	Nagel	Schmidt (Salzgitter)	
	Ganz (St. Wendel)	Jung (Lörrach)	Nehm	Frau Schmidt-Bott	
	Frau Garbe	Kalb	Nelle	Schmitz (Baesweiler)	
	Gattermann	Kalisch	Neuhausen	Dr. Schmude	
	Dr. Gautier	Dr.-Ing. Kansy	Dr. Neuling	von Schmude	
	Frau Geiger	Dr. Kappes	Neumann (Bremen)	Dr. Schneider (Nürnberg)	
	Geis	Frau Karwatzki	Frau Nickels	Frau Schoppe	
	Dr. Geißler	Kastning	Niegel	Freiherr von Schorlemer	
	Dr. von Geldern	Kiechle	Frau Dr. Niehuis	Schreiber	
	Genscher	Kiehm	Dr. Niese	Schreiner	
	Gerstein	Kirschner	Niggemeier	Dr. Schroeder (Freiburg)	
	Gerster (Mainz)	Kißlinger	Dr. Nöbel	Schütz	

(A)	Schulhoff	Vogt (Düren)
	Dr. Schulte	Voigt (Frankfurt)
	(Schwäbisch Gmünd)	Dr. Voigt (Northeim)
	Schulze (Berlin)	Frau Dr. Vollmer
	Schwarz	Volmer
	Dr. Schwarz-Schilling	Dr. Vondran
	Dr. Schwörer	Dr. Voss
	Seehofer	Dr. Waffenschmidt
	Seesing	Dr. Waigel
	Frau Dr. Segall	Graf von Waldburg-Zeil
	Seidenthal	Waltemathe
	Frau Seiler-Albring	Walther
	Seiters	Dr. Warnke
	Sellin	Dr. Warrikoff
	Frau Seuster	Dr. von Wartenberg
	Sielaff	Wartenberg (Berlin)
	Sieler (Amberg)	Frau Dr. Wegner
	Singer	Weiermann
	Frau Dr. Skarpelis-Sperk	Frau Weiler
	Dr. Soell	Weirich
	Dr. Solms	Weiß (Kaiserslautern)
	Frau Dr. Sonntag-Wolgast	Weiss (München)
	Dr. Sperling	Weisskirchen (Wiesloch)
	Spilker	Dr. Weng (Gerlingen)
	Dr. Sprung	Werner (Ulm)
	Stahl (Kempen)	Dr. Wernitz
	Dr. Stark (Nürtingen)	Westphal
	Dr. Stavenhagen	Frau Weyel
	Steiner	Dr. Wiczorek
	Frau Steinhauer	Wiczorek (Duisburg)
	Dr. Stercken	Wiefelspütz
	Stiegler	von der Wiesche
	Dr. Stoltenberg	Frau Will-Feld
	Straßmeir	Frau Dr. Wilms
	Strube	Frau Wilms-Kegel
	Dr. Struck	Wilz
	Stücklen	Wimmer (Neuötting)
	Frau Dr. Süßmuth	Wimmer (Neuss)
	Susset	Windelen
	Frau Terborg	Frau Dr. Wisniewski
	Frau Teubner	Wissmann
	Dr. Thomae	Dr. de With
(B)	Tietjen	Wittich
	Tillmann	Dr. Wittmann
	Frau Dr. Timm	Wolfgramm (Göttingen)
	Timm	Wüppesahl
	Frau Traupe	Frau Würfel
	Dr. Uelhoff	Würtz
	Uldall	Würzbach
	Dr. Unland	Dr. Wulff
	Frau Unruh	Zander
	Urbanik	Zeitler
	Vahlberg	Zeitlmann
	Frau Vennegerts	Zierer
	Verheugen	Zink
	Frau Verhülsdonk	Zumkley
	Dr. Vogel	Zywietz
	Vogel (Ennepetal)	

#### Anlage 4

##### Erklärung

##### nach § 31 GO der Abgeordneten

**Werner (Ulm), Geis, Sauter (Epfendorf), Zierer, Dr. Uelhoff, Dr. Laufs, Dr. Friedmann, Seesing, Dr. Unland, Kroll-Schlüter, Dr. Fell, Dr. Schroeder (Freiburg), Petersen, Dr. Abelein, Jäger, Dr. Czaja, Dr. Kunz (Weiden), Hinsken, Schemken, Dr. Möller, Müller (Wadern), Weiß (Kaiserslautern), Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Dr. Jobst, Carstens (Emstek), Bayha, Dr. Schwörer, Dörflinger, Rossmann, Dr. Götz, Sauer (Stuttgart), Pfeiffermann, Böhm (Melungen), von Schmude, Roth (Gießen), Tillmann, Dr. Pohlmeier, Müller (Wesseling), Bühler (Bruchsal), Austermann**

**zur Abstimmung über das Gesundheits-Reformgesetz — GRG**

(C) Auf Veranlassung der CDU/CSU-Fraktion wurde die in den §§ 200f/g RVO geregelte Abtreibungsfinanzierung nicht in das GRG übernommen. Daher stimmen wir dem GRG zu. Nach wie vor aber besteht gemäß den §§ 200f/g RVO der Anspruch auf eine Sachleistung, in der die Tötung eines ungeborenen Kindes vorgesehen ist.

Wir halten die Praxis der Krankenkassen, die sich auf diese gesetzliche Regelung berufen und alle Indikationsfälle des § 218a Abs. 2 StGB unter §§ 200f/g RVO subsumieren, u. a. aus folgenden Gründen für verfassungswidrig:

— Nach unserer Verfassung ist das Leben das höchste Rechtsgut, dem alle anderen Rechtsgüter nachgeordnet sind. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 25. Februar 1975 bestätigt, daß das Leben der ungeborenen Kinder ebenso unter dem Schutz der Verfassung steht wie das Leben der geborenen Menschen. Deshalb verstößt die Tötung ungeborener Kinder immer gegen unsere Rechtsordnung, wenn nicht das Leben der Mutter selbst durch die Schwangerschaft gefährdet ist. Mit Ausnahme dieses auf Grund der Möglichkeiten der modernen Medizin äußerst seltenen Falles ist die Sachleistung der Abtreibung, wie sie in den §§ 200f/g RVO vorgesehen ist, immer rechtswidrig.

(D) — Hinzu kommt, daß nach dem Maßstab unserer Verfassung die Formulierung der §§ 200f/g RVO einer kritischen Prüfung nicht standhält. Wenn nämlich schon in unserem Rechtsstaat in das Menschenrecht des ungeborenen Kindes auf Leben von Gesetzes wegen eingegriffen werden kann, wie dies durch die Regelung der §§ 200f/g RVO möglich ist, dann müßte im Einzelfall auch nachprüfbar sein, wann ein solcher Schwangerschaftsabbruch als Sachleistung der Krankenkassen „nicht rechtswidrig“ ist.

— Unsere Verfassung fordert weiter, daß, wenn in ein elementares Grundrecht durch ein Gesetz eingegriffen wird, eine grundrechtsschützende Verfahrensregelung vorzusehen ist und daß das betroffene Grundrecht unter Angabe des Artikels ausdrücklich benannt wird. Diese vom Grundgesetz geforderte Voraussetzung erfüllen die §§ 200f/g RVO ebenfalls nicht.

— Zu dem Ärgernis der jetzigen Gesetzeslage kommt noch hinzu, daß die gesetzlichen Krankenkassen nicht einmal nachprüfen, ob die Voraussetzungen einer strafbefreiten Abtreibung im Sinne des § 218a StGB überhaupt vorliegen. Auf diese Weise werden jährlich über 200 000 ungeborene Kinder in voller öffentlicher Verantwortung getötet.

Aus diesen schwerwiegenden verfassungsrechtlichen Bedenken ist es geboten, auch in Zukunft alle Anstrengungen zu unternehmen, diesen andauernden, durch die §§ 200f/g hervorgerufenen Verstoß gegen unsere Verfassung zu beenden. Dies gilt um so

(A) mehr, als die bedenkenlose Abtreibungsfinanzierung, wie sie sich auf Grund der §§ 200f/g RVO herausgebildet hat, einem tiefgreifenden Wandel des Rechtsbewußtseins Vorschub leistet. Nochmals: Dem GRG stimmen wir zu!

#### Anlage 5

##### **Erklärung nach § 31 GO des Abgeordneten Lattmann zur Abstimmung über das Gesundheits- Reformgesetz – GRG**

Dem Entwurf des Gesundheits-Reformgesetzes (GRG) werde ich trotz meiner Bedenken gegen einzelne Punkte zustimmen, da nach meiner Überzeugung ohne grundlegende Reform das Gesundheitswesen in seiner Gesamtheit in Gefahr gerät.

Meine Bedenken richten sich insbesondere gegen die Bestimmungen über die häusliche Pflege. Während ich diese Leistung grundsätzlich für dringend erforderlich halte, erscheint es mir zumindest fraglich, ob sie Bestandteil des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung sein muß und ob ihre Einführung an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt nicht geeignet ist, das Ziel der Gesundheitsreform teilweise zu gefährden.

#### Anlage 6

##### **Amtliche Mitteilungen**

Die Vorsitzenden folgender Ausschüsse haben mitgeteilt, daß der Ausschuß gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht:

###### **Auswärtiger Ausschuß**

Drucksache 10/5438

Drucksache 10/6787

Drucksache 11/2752

Drucksache 11/2689

###### **Haushaltsausschuß**

Drucksache 11/2672

###### **Ausschuß für Wirtschaft**

Drucksache 11/1712

Drucksache 11/2448

###### **Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Drucksache 11/2071

Die Vorsitzenden folgender Ausschüsse haben mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen bzw. von einer Beratung abgesehen hat:

###### **Auswärtiger Ausschuß**

Drucksachen 10/4184 Nr. 4, 10/4400 (Berichtigung)

###### **Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit**

Drucksache 11/779 Nr. 2.53

Drucksache 11/2841 Nr. 9

Drucksache 11/2899 Nr. 3.27

###### **Ausschuß für Forschung und Technologie**

Drucksache 11/1895 Nr. 2.38

Drucksache 11/2266 Nr. 2.22

Drucksache 11/2580 Nr. 44

(B)

(C)

(D)



# Deutscher Bundestag

## Stenographischer Bericht

### 111. Sitzung

Bonn, Freitag, den 25. November 1988

#### Inhalt:

Endgültige Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen über in der zweiten Beratung gestellte Änderungsanträge (Nr. 1 bis 41) und gestellte Entschließungsanträge (Nr. 42 bis 47) zum Gesundheits-Reformgesetz — GRG

Erklärungen zur Schlußabstimmung über das Gesundheits-Reformgesetz (Nr. 48 und 49)

Erklärungen zu Abstimmungen bei den Haushaltsberatungen (Nr. 50 bis 54)

Berichtigungen (Nr. 55)

Nr.	Drucks.-Nr. des Änderungs-Antrags	Art., §§, Abs., Satz Stichwort	Antragsteller	Seiten
1	11/3437	Art. 1, § 38, Abs. 4, — Zuzahlung bei Krankenhausaufent- halt —	SPD	7940
2	11/3438	Art. 1, Drittes Kapitel, — Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft —	SPD	7942
3	11/3464 (neu)	Art. 1, § 2, Abs. 1, Satz 2, — Leistungen — Therapierichtungen	DIE GRÜNEN	7944
4	11/3464 (neu)	Art. 1, § 5, Abs. 1, Nr. 9, — Krankenversicherung der Studentinnen —	DIE GRÜNEN	7946
5	11/3464 (neu)	Art. 1, § 18, Abs. 1, — Leistungen — Therapierichtungen	DIE GRÜNEN	7948
6	11/3464 (neu)	Art. 1, § 21, — Verhütung von Zahnerkrankungen (Gruppenprophylaxe) —	DIE GRÜNEN	7950
7	11/3464 (neu)	Art. 1, § 22, — Verhütung von Zahnerkrankungen (Individualprophylaxe) —	DIE GRÜNEN	7952

Nr.	Drucks.-Nr. des Änderungs-Antrags	Art., §§, Abs., Satz Stichwort	Antragsteller	Seiten
8	11/3464 (neu)	Art. 1, § 23, Abs. 2, — Zuzahlung der Kassen bei offenen Badekuren —	DIE GRÜNEN	7954
9	11/3464 (neu)	Art. 1, § 23, Abs. 7, — Zuzahlung bei Kuren —	DIE GRÜNEN	7956
10	11/3464 (neu)	Art. 1, § 25, — Gesundheitsuntersuchung —	DIE GRÜNEN	7958
11	11/3464 (neu)	Art. 1, § 29, Abs. 1 und 2, — Kostenerstattung bei Kiefer- orthopädie —	DIE GRÜNEN	7960
12	11/3464 (neu)	Art. 1, § 30, — Kostenerstattung bei Zahnersatz —	DIE GRÜNEN	7962
13	11/3464 (neu)	Art. 1, § 31, — Zuzahlung bei Festbetrag von Arznei- mitteln —	DIE GRÜNEN	7964
14	11/3464 (neu)	Art. 1, § 31, Abs. 3, — Rezeptblattgebühr von Arznei- mitteln —	DIE GRÜNEN	7966
15	11/3464 (neu)	Art. 1, § 32, Abs. 1, — Zuzahlung bei Festbetrag bei Heil- mitteln —	DIE GRÜNEN	7968
16	11/3464 (neu)	Art. 1, § 32, Abs. 3, — Rezeptblattgebühr bei Arznei- mitteln —	DIE GRÜNEN	7970
17	11/3464 (neu)	Art. 1, § 33, Abs. 1, — Ausschluß bei Hilfsmitteln —	DIE GRÜNEN	7972
18	11/3464 (neu)	Art. 1, § 33, Abs. 3, — Zuzahlung bei Festbetrag bei Hilfs- mitteln —	DIE GRÜNEN	7974
19	11/3464 (neu)	Art. 1, § 33, Abs. 4, — Zuzahlung bei Kontaktlinsen, Pflege- mittel —	DIE GRÜNEN	7976
20	11/3464 (neu)	Art. 1, § 33, Abs. 5, — Neue Brillen —	DIE GRÜNEN	7978
21	11/3464 (neu)	Art. 1, § 35, — Festbeträge für Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel —	DIE GRÜNEN	7980
22	11/3464 (neu)	Art. 1, § 38, Abs. 2—4, — Krankenhäuser, Einschränkung der Wahlfreiheit und Selbstbeteiligung —	DIE GRÜNEN	7982
23	11/3464 (neu)	Art. 1, § 39, — Zuzahlung bei Rehabilitationsmaß- nahmen —	DIE GRÜNEN	7984



Nr.	Drucks.-Nr. des Änderungs-Antrags	Art., §§, Abs., Satz Stichwort	Antragsteller	Seiten
24	11/3464 (neu)	Art. 1, § 51, — Leistungsbeschränkung bei Selbstverschulden —	DIE GRÜNEN	7986
25	11/3464 (neu)	Art. 1, § 52—56, — Leistungen bei Schwerpflegebedürftigkeit —	DIE GRÜNEN	7988
26	11/3464 (neu)	Art. 1, § 57 und 58, — Sterbegeld —	DIE GRÜNEN	7990
27	11/3464 (neu)	Art. 1, § 68, Abs. 2, — Zuzahlung bei Fahrtkosten —	DIE GRÜNEN	7992
28	11/3464 (neu)	Art. 1, § 78, Abs. 1, — Berücksichtigung der Naturheilkunde — Therapierichtungen	DIE GRÜNEN	7994
29	11/3464 (neu)	Art. 1, § 80, Abs. 2, — Berücksichtigung der Naturheilkunde — Therapierichtungen	DIE GRÜNEN	7996
30	11/3464 (neu)	Art. 1, § 89, Abs. 3, Nr. 2, — Berücksichtigung der Naturheilkundekassenärztlicher Vereinigungen —	DIE GRÜNEN	7998
31	11/3464 (neu)	Art. 1, § 99 a (neu), — Ausschüsse der besonderen Therapierichtungen —	DIE GRÜNEN	8000
32	11/3464 (neu)	Art. 1, § 100, Abs. 1 u. 2, — Berücksichtigung der Naturheilkunde —	DIE GRÜNEN	8002
33	11/3464 (neu)	Art. 1, § 100, Abs. 3, — Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten —	DIE GRÜNEN	8004
34	11/3464 (neu)	Art. 1, § 115, — Beziehung zu Krankenhäusern und anderen Einrichtungen —	DIE GRÜNEN	8006
35	11/3464 (neu)	Art. 1, § 147, — Neue Heilmittel —	DIE GRÜNEN	8008
36	11/3464 (neu)	Art. 1, § 256, — Bemessung der Beiträge aus Renten der Gesetzlichen Rentenversicherung . . . —	DIE GRÜNEN	8010
37	11/3464 (neu)	Art. 1, §§ 283—291, — Medizinischer Dienst der Krankenversicherung —	DIE GRÜNEN	8012
38	11/3464 (neu)	Art. 1, §§ 292—312, — Informationsgrundlagen der Krankenversicherung —	DIE GRÜNEN	8014

Nr.	Drucks.-Nr. des Änderungs-Antrags	Art., §§, Abs., Satz Stichwort	Antragsteller	Seiten
39	11/3464 (neu)	Art. 4, Abs. 2, Nr. 1, – Zentrale Datei bei den Berufsgenossenschaften –	DIE GRÜNEN	8016
40	11/3464 (neu)	Art. 7, § 54, – Medizinischer Dienst, Versicherungs- und Leistungsdaten, Datenschutz –	DIE GRÜNEN	8018
41	11/3473	Art. 1, § 34, – Ausgeschlossene Arznei-, Heil- und Hilfsmittel –	DIE GRÜNEN	8020

Nr.	Drucks.-Nr. der Entschließungsanträge	Art., §§, Abs., Satz Stichwort	Antragsteller	Seiten
42	11/3441	Naturheilmittel, Arzneimittel – therapeutischer Pluralismus	SPD	8022
43	11/3440	Solidarbeitrag der Pharmaindustrie	SPD	8024
44	11/3443	Leistungen an Hinterbliebene verstorbener Abgeordneter, Bundesminister und Parl. Staatssekretäre	SPD	8026
45	11/3474	Strukturreform des Gesundheitswesens	DIE GRÜNEN	8028
46	11/3475	Schutz und Rechte der Patientinnen und Patienten	DIE GRÜNEN	8030
47	11/3476	Gleichbehandlung der besonderen Therapierichtungen	DIE GRÜNEN	8032

Nr.		Seiten
48	Erklärung des Abgeordneten Clemens (CDU/CSU)	8034 A
49	Erklärung des Abgeordneten Dr. Göhner (CDU/CSU)	8034 B
50	Erklärung der Abgeordneten Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	8034 B
51	Erklärung der Abgeordneten Frau Verhülsdonk (CDU/CSU)	8034 C
52	Erklärung der Abgeordneten Frau Pack (CDU/CSU)	8034 D
53	Erklärung der Abgeordneten Frau Folz-Steinacker (FDP)	8034 D
54	Erklärung des Abgeordneten Bohl (CDU/CSU)	8035 A
55	Berichtigungen	8035 C



(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 1**

Abgegebene Stimmen: 459 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 210 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 249 und 11 Berliner Abgeordnete

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Dr. Apel  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Ehrenberg  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Grunenberg  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz

Horn  
 Huonker  
 Ibrügger  
 Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nagel  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Niggemeier  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Pfuhl  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Rappe (Hildesheim)  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuschenbach  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier

Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Stahl (Kempen)  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Dr. Wernitz  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Würtz  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer

Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl

(B)

(D)

(A)	Bohlsen	Dr. Jobst	Dr. Rüttgers	<i>Berliner Abgeordnete</i>	(C)
	Borchert	Jung (Limburg)	Ruf	Buschbom	
	Breuer	Jung (Lörrach)	Sauer (Salzgitter)	Feilcke	
	Bühler (Bruchsal)	Kalb	Sauer (Stuttgart)	Kalisch	
	Carstens (Emstek)	Dr.-Ing. Kansy	Sauter (Epfendorf)	Kittelmann	
	Carstensen (Nordstrand)	Dr. Kappes	Dr. Schäuble	Lummer	
	Clemens	Frau Karwatzki	Scharrenbroich	Dr. Mahlo	
	Dr. Czaja	Kiechle	Schemken	Dr. Neuling	
	Dr. Daniels (Bonn)	Klein (München)	Scheu	Dr. Pfennig	
	Daweke	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Schmidbauer	Schulze (Berlin)	
	Frau Dempwolf	Kolb	Schmitz (Baesweiler)	Straßmeir	
	Deres	Kossendey	von Schmude		
	Dörflinger	Kraus	Freiherr von Schorlemer	<b>FDP</b>	
	Doss	Krey	Schreiber		
	Dr. Dregger	Kroll-Schlüter	Dr. Schroeder (Freiburg)	Frau Dr. Adam-Schwaetzer	
	Echternach	Dr. Kronenberg	Schulhoff	Baum	
	Eigen	Dr. Kunz (Weiden)	Dr. Schulte	Beckmann	
	Engelsberger	Lamers	(Schwäbisch Gmünd)	Bredelhorn	
	Eylmann	Dr. Lammert	Schwarz	Cronenberg (Arnsberg)	
	Dr. Falthäuser	Dr. Langner	Dr. Schwarz-Schilling	Eimer (Fürth)	
	Dr. Fell	Lattmann	Dr. Schwörer	Engelhard	
	Fellner	Dr. Laufs	Seehofer	Dr. Feldmann	
	Frau Fischer	Lenzer	Seesing	Frau Folz-Steinacker	
	Fischer (Hamburg)	Frau Limbach	Seiters	Funke	
	Francke (Hamburg)	Link (Diepholz)	Spilker	Gallus	
	Dr. Friedmann	Link (Frankfurt)	Spranger	Gattermann	
	Dr. Friedrich	Linsmeier	Dr. Sprung	Gries	
	Fuchtel	Lintner	Dr. Stark (Nürtingen)	Grüner	
	Funk (Gutenzell)	Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Stavenhagen	Frau Dr. Hamm-Brücher	
	Ganz (St. Wendel)	Louven	Dr. Stercken	Dr. Haussmann	
	Frau Geiger	Lowack	Dr. Stoltenberg	Heinrich	
	Geis	Maaß	Strube	Dr. Hirsch	
	Dr. von Geldern	Frau Männle	Susset	Dr. Hitschler	
	Gerstein	Magin	Tillmann	Dr. Hoyer	
	Gerster (Mainz)	Marschewski	Dr. Uelhoff	Irmer	
	Glos	Dr. Meyer zu Bentrup	Uldall	Kleinert (Hannover)	
	Dr. Göhner	Michels	Dr. Unland	Kohn	
	Dr. Götz	Dr. Möller	Frau Verhülsdonk	Dr.-Ing. Laermann	
	Gröbl	Dr. Müller	Vogel (Ennepetal)	Dr. Graf Lambsdorff	(D)
	Dr. Grünewald	Müller (Wadern)	Vogt (Düren)	Mischnick	
	Günther	Nelle	Dr. Voigt (Northheim)	Neuhausen	
(B)	Dr. Häfele	Neumann (Bremen)	Dr. Vondran	Nolting	
	Harries	Niegel	Dr. Voss	Paintner	
	Frau Hasselfeldt	Dr. Olderog	Dr. Waffenschmidt	Richter	
	Hauser (Esslingen)	Oswald	Dr. Waigel	Rind	
	Hauser (Krefeld)	Frau Pack	Graf von Waldburg-Zeil	Ronneburger	
	Hedrich	Pesch	Dr. Warnke	Schäfer (Mainz)	
	Freiherr Heereman von	Petersen	Dr. Warrikoff	Frau Dr. Segall	
	Zuydtwyck	Pfeffermann	Dr. von Wartenberg	Frau Seiler-Albring	
	Frau Dr. Hellwig	Pfeifer	Weiß (Kaiserslautern)	Dr. Solms	
	Helmrich	Dr. Pinger	Werner (Ulm)	Dr. Thomae	
	Dr. Hennig	Dr. Pohlmeier	Frau Will-Feld	Timm	
	Herkenrath	Dr. Probst	Frau Dr. Wilms	Dr. Weng (Gerlingen)	
	Hinrichs	Rauen	Wilz	Wolfgramm (Göttingen)	
	Hinsken	Rawe	Wimmer (Neuss)	Frau Würfel	
	Höffkes	Reddemann	Windelen	Zywiertz	
	Höpfinger	Regenspurger	Frau Dr. Wisniewski		
	Hörster	Repnik	Wissmann	<i>Berliner Abgeordnete</i>	
	Dr. Hoffacker	Dr. Riedl (München)	Dr. Wittmann		
	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Riesenhuber	Würzbach	Hoppe	
	Dr. Hornhues	Frau Rönsch (Wiesbaden)	Dr. Wulff		
	Frau Hurland-Büning	Frau Roitzsch (Quickborn)	Zeitlmann		
	Dr. Hüsich	Dr. Rose	Zierer		
	Graf Huyn	Rossmann	Dr. Zimmermann		
	Jäger	Roth (Gießen)	Zink		
	Dr. Jahn (Münster)	Rühe			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 2**

Abgegebene Stimmen: 459 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 209 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 249 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 1

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Dr. Apel  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Ehrenberg  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Grunenberg  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz

Horn  
 Huonker  
 Ibrügger  
 Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nagel  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Niggemeier  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Pfuhl  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Rappe (Hildesheim)  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuschenbach  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier

Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Stahl (Kempen)  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Wiemann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Dr. Wernitz  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Würtz  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer

Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechttersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)

(B)

(D)

(A)	Carstens (Emstek)	Dr. Kappes	Scharrenbroich	Lummer	(C)
	Carstensen (Nordstrand)	Frau Karwatzki	Schemken	Dr. Mahlo	
	Clemens	Kiechle	Scheu	Dr. Neuling	
	Dr. Czaja	Klein (München)	Schmidbauer	Dr. Pfennig	
	Dr. Daniels (Bonn)	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Schmitz (Baesweiler)	Schulze (Berlin)	
	Daweke	Kolb	von Schmude	Straßmeir	
	Frau Dempwolf	Kossendey	Freiherr von Schorlemer		
	Deres	Kraus	Schreiber		
	Dörflinger	Krey	Dr. Schroeder (Freiburg)	<b>FDP</b>	
	Doss	Kroll-Schlüter	Schulhoff		
	Dr. Dregger	Dr. Kronenberg	Dr. Schulte	Frau Dr. Adam-Schwaetzer	
	Echternach	Dr. Kunz (Weiden)	(Schwäbisch Gmünd)	Baum	
	Eigen	Lamers	Schwarz	Beckmann	
	Engelsberger	Dr. Lammert	Dr. Schwarz-Schilling	Bredenhorn	
	Eylmann	Dr. Langner	Dr. Schwörer	Cronenberg (Arnsberg)	
	Dr. Falthäuser	Lattmann	Seehofer	Eimer (Fürth)	
	Dr. Fell	Dr. Laufs	Seesing	Engelhard	
	Fellner	Lenzer	Seiters	Dr. Feldmann	
	Frau Fischer	Frau Limbach	Spilker	Frau Folz-Steinacker	
	Fischer (Hamburg)	Link (Diepholz)	Spranger	Funke	
	Francke (Hamburg)	Link (Frankfurt)	Dr. Sprung	Gallus	
	Dr. Friedmann	Linsmeier	Dr. Stark (Nürtingen)	Gattermann	
	Dr. Friedrich	Lintner	Dr. Stavenhagen	Gries	
	Fuchtel	Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Stercken	Grüner	
	Funk (Gutenzell)	Louven	Dr. Stoltenberg	Frau Dr. Hamm-Brücher	
	Ganz (St. Wendel)	Lowack	Strube	Dr. Haussmann	
	Frau Geiger	Maaß	Susset	Heinrich	
	Geis	Frau Männle	Tillmann	Dr. Hirsch	
	Dr. von Geldern	Magin	Dr. Uelhoff	Dr. Hitschler	
	Gerstein	Marschewski	Uldall	Dr. Hoyer	
	Gerster (Mainz)	Dr. Meyer zu Bentrup	Dr. Unland	Irmer	
	Glos	Michels	Frau Verhülsdonk	Kleinert (Hannover)	
	Dr. Göhner	Dr. Möller	Vogel (Ennepetal)	Kohn	
	Dr. Götz	Dr. Müller	Vogt (Düren)	Dr.-Ing. Laermann	
	Gröbl	Müller (Wadern)	Dr. Voigt (Northeim)	Dr. Graf Lambsdorff	
	Dr. Grünewald	Nelle	Dr. Vondran	Mischnick	
	Günther	Neumann (Bremen)	Dr. Voss	Neuhausen	
	Dr. Häfele	Niegel	Dr. Waffenschmidt	Nolting	
	Harries	Dr. Oldero	Dr. Waigel	Paintner	
	Frau Hasselfeldt	Oswald	Graf von Waldburg-Zeil	Richter	
	Hauser (Esslingen)	Frau Pack	Dr. Warnke	Rind	(D)
	Hauser (Krefeld)	Pesch	Dr. Warrikoff	Ronneburger	
(B)	Hedrich	Petersen	Dr. von Wartenberg	Schäfer (Mainz)	
	Freiherr Heereman von	Pfeffermann	Weiß (Kaiserslautern)	Frau Dr. Segall	
	Zuydtwyck	Pfeifer	Werner (Ulm)	Frau Seiler-Albring	
	Frau Dr. Hellwig	Dr. Pinger	Frau Will-Feld	Dr. Solms	
	Helmrich	Dr. Pohlmeier	Frau Dr. Wilms	Dr. Thoma	
	Dr. Hennig	Dr. Probst	Wilz	Timm	
	Herkenrath	Rauen	Wimmer (Neuss)	Dr. Weng (Gerlingen)	
	Hinrichs	Rawe	Windelen	Wolfgang (Göttingen)	
	Hinsken	Reddemann	Frau Dr. Wisniewski	Frau Würfel	
	Höffkes	Regenspurger	Wissmann	Zywietz	
	Höpfinger	Repnik	Dr. Wittmann		
	Hörster	Dr. Riedl (München)	Würzbach		
	Dr. Hoffacker	Dr. Riesenhuber	Dr. Wulff		
	Frau Hoffmann (Soltau)	Frau Rönsch (Wiesbaden)	Zeitmann		
	Dr. Hornhues	Frau Roitzsch (Quickborn)	Zierer		
	Frau Hürland-Büning	Dr. Rose	Dr. Zimmermann	<i>Berliner Abgeordneter</i>	
	Dr. Hüsch	Rossmann	Zink		
	Graf Huyn	Roth (Gießen)		Hoppe	
	Jäger	Rühe			
	Dr. Jahn (Münster)	Dr. Rüttgers	<i>Berliner Abgeordnete</i>		
	Dr. Jobst	Ruf		<b>Enthalten</b>	
	Jung (Limburg)	Sauer (Salzgitter)	Buschbom		
	Jung (Lörrach)	Sauer (Stuttgart)	Feilcke	<b>Die GRÜNEN</b>	
	Kalb	Sauter (Epfendorf)	Kalisch		
	Dr.-Ing. Kansy	Dr. Schäuble	Kittlmann	Frau Flinger	

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 3**

Abgegebene Stimmen: 459 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 199 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 252 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 8

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger

Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kießlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal

Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

**Berliner Abgeordnete**

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser

Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

**Berliner Abgeordnete**

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss

(B)

(D)



(A)	Dr. Dregger Echternach Eigen Engelsberger Eylmann Dr. Falthäuser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünewald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsch Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg	Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Olderog Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmann Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)	Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeill Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Imer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywiets	(C)
(B)		<i>Berliner Abgeordnete</i> Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir	<i>Berliner Abgeordnete</i> Hoppe		
		<b>SPD</b> Nagel Pfuhl Würtz	<b>Enthalten</b> <b>SPD</b> Dr. Apel Dr. Ehrenberg Grunenberg Niggemeier Rappe (Hildesheim) Reuschenbach Stahl (Kempfen) Dr. Wernitz	(D)	

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 4**

Abgegebene Stimmen: 459 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 198 und 9 Berliner Abgeordnete  
 nein: 253 und 11 Berliner Abgeordnete  
 enthalten: 8

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauß  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger

Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster

Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)

Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger

(B)

(D)

(A)	Echternach Eigen Engelsberger Eylmann Dr. Falthäuser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünewald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsch Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden)	Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Olderog Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmann Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schwarz	Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)
(B)		<i>Berliner Abgeordnete</i> Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir	<i>Berliner Abgeordneter</i> Hoppe		
		<b>SPD</b> Koltzsch Nagel Pfuhl Würtz	<b>Enthalten</b> <b>SPD</b> Dr. Apel Dr. Ehrenberg Grunenberg Niggemeier Rappe (Hildesheim) Reuschenbach Stahl (Kempen) Dr. Wernitz	(D)	

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 5**

Abgegebene Stimmen: 459 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 38 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 409 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 11

ungültig: 1

**Ja****SPD**Frau Dr. Hartenstein  
Tietjen**DIE GRÜNEN**Frau Beck-Oberdorf  
Frau Beer  
Brauer  
Dr. Daniels (Regensburg)  
Ebermann  
Frau Eid  
Frau Flinner  
Frau Garbe  
Häfner  
Frau Hensel  
Frau Hillerich  
Hoss  
Hüser  
Kleinert (Marburg)  
Dr. Knabe  
Kreuzeder  
Frau Krieger  
Dr. Lippelt (Hannover)  
Dr. Mechtersheimer  
Frau Nickels  
Frau Oesterle-Schwerin  
Frau Rust  
Frau Saibold  
Frau Schilling  
Schily  
Frau Schmidt-Bott  
Frau Schoppe  
Frau Teubner  
Frau Unruh  
Frau Vennegerts  
Volmer  
Weiss (München)  
Wetzel  
Frau Wilms-Kegel  
Frau Wollny*Berliner Abgeordnete*Frau Olms  
Sellin**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**Dr. Abelein  
AustermannBauer  
Bayha  
Dr. Becker (Frankfurt)  
Biehle  
Dr. Blens  
Dr. Blüm  
Böhm (Melsungen)  
Börnsen (Bönstrup)  
Dr. Bötsch  
Bohl  
Bohlsen  
Borchert  
Breuer  
Bühler (Bruchsal)  
Carstens (Emstek)  
Carstensen (Nordstrand)  
Clemens  
Dr. Czaja  
Dr. Daniels (Bonn)  
Daweke  
Frau Dempwolf  
Deres  
Dörflinger  
Doss  
Dr. Dregger  
Echternach  
Eigen  
Engelsberger  
Eylmann  
Dr. Faltlhauser  
Dr. Fell  
Fellner  
Frau Fischer  
Fischer (Hamburg)  
Francke (Hamburg)  
Dr. Friedmann  
Dr. Friedrich  
Fuchtel  
Funk (Gutenzell)  
Ganz (St. Wendel)  
Frau Geiger  
Geis  
Dr. von Geldern  
Gerstein  
Gerster (Mainz)  
Glos  
Dr. Göhner  
Dr. Götz  
Gröbl  
Dr. Grünewald  
Günther  
Dr. Häfele  
Harries  
Frau Hasselfeldt  
Hauser (Esslingen)  
Hauser (Krefeld)  
Hedrich  
Freiherr Heereman von  
Zuydtwyck  
Frau Dr. Hellwig  
Helmrich  
Dr. Hennig  
Herkenrath  
Hinrichs  
HinskenHöffkes  
Höpfinger  
Hörster  
Dr. Hoffacker  
Frau Hoffmann (Soltau)  
Dr. Hornhues  
Frau Hürland-Büning  
Dr. Hüsch  
Graf Huyn  
Jäger  
Dr. Jahn (Münster)  
Dr. Jobst  
Jung (Limburg)  
Jung (Lörrach)  
Kalb  
Dr.-Ing. Kansy  
Dr. Kappes  
Frau Karwatzki  
Kiechle  
Klein (München)  
Dr. Köhler (Wolfsburg)  
Kolb  
Kossendey  
Kraus  
Krey  
Kroll-Schlüter  
Dr. Kronenberg  
Dr. Kunz (Weiden)  
Lamers  
Dr. Lammert  
Dr. Langner  
Lattmann  
Dr. Laufs  
Lenzer  
Frau Limbach  
Link (Diepholz)  
Link (Frankfurt)  
Linsmeier  
Lintner  
Dr. Lippold (Offenbach)  
Louven  
Lowack  
Maaß  
Frau Männle  
Magin  
Marschewski  
Dr. Meyer zu Bentrup  
Michels  
Dr. Möller  
Dr. Müller  
Müller (Wadern)  
Nelle  
Neumann (Bremen)  
Niegel  
Dr. Olderog  
Oswald  
Frau Pack  
Pesch  
Petersen  
Pfeffermann  
Pfeifer  
Dr. Pinger  
Dr. Pohlmeier  
Dr. Probst  
RauenRawe  
Reddemann  
Regenspurger  
Replik  
Dr. Riedl (München)  
Dr. Riesenhuber  
Frau Rönsch (Wiesbaden)  
Frau Roitzsch (Quickborn)  
Dr. Rose  
Rossmanith  
Roth (Gießen)  
Rühe  
Dr. Rüttgers  
Ruf  
Sauer (Salzgitter)  
Sauer (Stuttgart)  
Sauter (Epfendorf)  
Dr. Schäuble  
Scharrenbroich  
Schemken  
Scheu  
Schmidbauer  
Schmitz (Baesweiler)  
von Schmude  
Freiherr von Schorlemer  
Schreiber  
Dr. Schroeder (Freiburg)  
Schulhoff  
Dr. Schulte  
(Schwäbisch Gmünd)  
Schwarz  
Dr. Schwarz-Schilling  
Dr. Schwörer  
Seehofer  
Seesing  
Seiters  
Spilker  
Spranger  
Dr. Sprung  
Dr. Stark (Nürtingen)  
Dr. Stavenhagen  
Dr. Stercken  
Dr. Stoltenberg  
Strube  
Susset  
Tillmann  
Dr. Uelhoff  
Uldall  
Dr. Unland  
Frau Verhülsdonk  
Vogel (Ennepetal)  
Vogt (Düren)  
Dr. Voigt (Norheim)  
Dr. Vondran  
Dr. Voss  
Dr. Waffenschmidt  
Dr. Waigel  
Graf von Waldburg-Zeil  
Dr. Warnke  
Dr. Warrkoff  
Dr. von Wartenberg  
Weiß (Kaiserslautern)  
Werner (Ulm)  
Frau Will-Feld  
Frau Dr. Wilms

(B)

(D)

(A)	<p>Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir</p> <p><b>SPD</b></p> <p>Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel</p>	<p>Dr. Gautier Gilges Dr. Glotz Frau Dr. Götte Gräf Großmann Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Schweinfurt) Münzfering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reschke Reuschenbach Reuter Rixe</p>	<p>Roth Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schrüer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempfen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)</p> <p><b>FDP</b></p> <p>Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann</p>	(C)	<p>Bredelhorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Dr. Hausmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Hoppe</p> <p><b>Enthalten</b></p> <p><b>SPD</b></p> <p>Dr. Apel Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler) Niggemeier Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel</p> <p><b>FDP</b></p> <p>Frau Dr. Hamm-Brücher</p>	(D)
-----	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 6**

Abgegebene Stimmen: 458 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 196 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 252 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 9

ungültig: 1

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger

Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff

Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Finner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder

Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstens (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach

(B)

(D)

(A)	Eigen Engelsberger Eylmann Dr. Falthäuser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünewald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höfkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsch Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert	Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrop Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Olderog Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Frau Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmanith Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer	Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredelhorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywiertz	(C)
(B)		<i>Berliner Abgeordnete</i> Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir	<i>Berliner Abgeordnete</i> Hoppe		
		<b>SPD</b> Nagel Niggemeier Pfuhl Würtz	<b>Enthalten</b> <b>SPD</b> Dr. Apel Dr. Ehrenberg Grunenberg Rappe (Hildesheim) Reuschenbach Stahl (Kempfen) Tietjen Dr. Wernitz	(D)	
			<b>FDP</b> Frau Dr. Hamm-Brücher		

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 7**

Abgegebene Stimmen: 459 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 38 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 408 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 13

<b>Ja</b>	<b>Nein</b>		
<b>SPD</b>	<b>CDU/CSU</b>	Frau Dr. Hellwig	Pfeffermann
Tietjen	Dr. Abelein	Helmrich	Pfeifer
	Austermann	Dr. Hennig	Dr. Pinger
	Bauer	Herkenrath	Dr. Pohlmeier
	Bayha	Hinrichs	Dr. Probst
<b>FDP</b>	Dr. Becker (Frankfurt)	Hinsken	Rauen
Frau Dr. Hamm-Brücher	Biehle	Höffkes	Rawe
	Dr. Blens	Höpfinger	Reddemann
	Dr. Blüm	Hörster	Regenspurger
	Böhm (Melsungen)	Dr. Hoffacker	Repnik
	Börnsen (Bönstrup)	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Riedl (München)
<b>DIE GRÜNEN</b>	Dr. Bötsch	Dr. Hornhues	Dr. Riesenhuber
Frau Beck-Oberdorf	Bohl	Frau Hürland-Büning	Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Beer	Bohlsen	Dr. Hüscher	Frau Roitzsch (Quickborn)
Brauer	Borchert	Graf Huyn	Dr. Rose
Dr. Daniels (Regensburg)	Breuer	Jäger	Rossmann
Ebermann	Bühler (Bruchsal)	Dr. Jahn (Münster)	Roth (Gießen)
Frau Eid	Carstens (Emstek)	Dr. Jobst	Rühe
Frau Flinner	Carstensen (Nordstrand)	Jung (Limburg)	Dr. Rüttgers
Frau Garbe	Clemens	Jung (Lörrach)	Ruf
(B) Häfner	Dr. Czaja	Kalb	Sauer (Salzgitter)
Frau Hensel	Dr. Daniels (Bonn)	Dr.-Ing. Kansy	Sauer (Stuttgart)
Frau Hillerich	Daweke	Dr. Kappes	Sauter (Epfendorf)
Hoss	Frau Dempwolf	Frau Karwatzki	Dr. Schäuble
Hüser	Deres	Kiechle	Scharenbroich
Kleinert (Marburg)	Dörflinger	Klein (München)	Schemken
Dr. Knabe	Doss	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Scheu
Kreuzeder	Dr. Dregger	Kolb	Schmidbauer
Frau Krieger	Echternach	Kossendey	Schmitz (Baesweiler)
Dr. Lippelt (Hannover)	Eigen	Kraus	von Schmude
Dr. Mechtersheimer	Engelsberger	Krey	Freiherr von Schorlemer
Frau Nickels	Eylmann	Kroll-Schlüter	Schreiber
Frau Oesterle-Schwerin	Dr. Falthäuser	Dr. Kronenberg	Dr. Schroeder (Freiburg)
Frau Rust	Dr. Fell	Dr. Kunz (Weiden)	Schulhoff
Frau Saibold	Fellner	Lamers	Dr. Schulte
Frau Schilling	Frau Fischer	Dr. Lammert	(Schwäbisch Gmünd)
Schily	Fischer (Hamburg)	Dr. Langner	Schwarz
Frau Schmidt-Bott	Francke (Hamburg)	Lattmann	Dr. Schwarz-Schilling
Frau Schoppe	Dr. Friedmann	Dr. Laufs	Dr. Schwörer
Frau Teubner	Dr. Friedrich	Lenzer	Seehofer
Frau Unruh	Fuchtel	Frau Limbach	Seesing
Frau Vennegerts	Funk (Guttenzell)	Link (Diepholz)	Seiters
Volmer	Ganz (St. Wendel)	Link (Frankfurt)	Spilker
Weiss (München)	Frau Geiger	Linsmeier	Spranger
Wetzel	Geis	Lintner	Dr. Sprung
Frau Wilms-Kegel	Dr. von Geldern	Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Stark (Nürtingen)
Frau Wollny	Gerstein	Louven	Dr. Stavenhagen
	Gerster (Mainz)	Lowack	Dr. Stercken
	Glos	Maaß	Dr. Stoltenberg
	Dr. Göhner	Frau Männle	Strube
	Dr. Götz	Magin	Susset
	Gröbl	Marschewski	Tillmann
<i>Berliner Abgeordnete</i>	Dr. Grünwald	Dr. Meyer zu Bentrup	Dr. Uelhoff
Frau Olms	Günther	Michels	Uldall
Sellin	Dr. Häfele	Dr. Möller	Dr. Unland
	Harries	Dr. Müller	Frau Verhülsdonk
	Frau Hasselfeldt	Müller (Wadern)	Vogel (Ennepetal)
	Hauser (Esslingen)	Nelle	Vogt (Düren)
	Hauser (Krefeld)	Neumann (Bremen)	Dr. Voigt (Northeim)
<b>Fraktionslos</b>	Hedrich	Niegel	Dr. Vondran
Wüppesahl	Freiherr Heereman von	Dr. Olderog	Dr. Voss
	Zuydtwyck	Oswald	Dr. Waffenschmidt
		Frau Pack	Dr. Waigel
		Pesch	Graf von Waldburg-Zeil
		Petersen	Dr. Warnke



(A)	<p>Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir</p> <p><b>SPD</b></p> <p>Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße</p>	<p>Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Dr. Glotz Frau Dr. Götte Graf Großmann Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim)</p>	<p>Reimann Frau Renger Reschke Reuschenbach Reuter Rixe Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)</p>	<p><b>FDP</b></p> <p>Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen)</p> <p>Frau Würfel Zywietz</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Hoppe</p> <p><b>Enthalten</b></p> <p><b>SPD</b></p> <p>Dr. Apel Büchler (Hof) Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Koschnick Müller (Pleisweiler) Niggemeier Roth Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel</p>	(C)
(B)				(D)	

(A) (C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 8**

Abgegebene Stimmen: 459 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 408 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 15

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzlar  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm

Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Falthäuser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünwald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues

Frau Hürland-Büning  
 Dr. Hüsch  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspurger  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber

Frau Rönsch (Wiesbaden)  
 Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmann  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrkoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski  
 Wissmann  
 Dr. Wittmann

(B) (D)

(A) Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Großmann Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kiblinger Klein (Dieburg) Klose	Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schróer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)	
<i>Berliner Abgeordnete</i>	Kirschner Kiblinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reschke Reuschenbach Reuter Rixe Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer	Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Dr. Glotz Frau Dr. Götte Graf	Frau Terborg Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	
<b>SPD</b>	Klose Kolbow Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reschke Reuschenbach Reuter Rixe Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer	<i>Berliner Abgeordnete</i>	<i>Berliner Abgeordneter</i>  Hoppe	(D)	
(B) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Dr. Glotz Frau Dr. Götte Graf	Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reschke Reuschenbach Reuter Rixe Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer	<i>Berliner Abgeordnete</i>  Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)	<b>Enthalten</b>  <b>SPD</b>  Dr. Apel Büchler (Hof) Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Koltzsch Koschnick Müller (Pleisweiler) Niggemeier Roth Frau Dr. Skarpelis-Sperk Tietjen Frau Weyel		
<b>FDP</b>	Reuter Rixe Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer	Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg)			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 9**

Abgegebene Stimmen: 459 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 195 und 8 Berliner Abgeordnete

nein: 254 und 12 Berliner Abgeordnete

enthalten: 10

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger  
 Jahn (Marburg)  
 Jaunich

Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kifflinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer

Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)

Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wolny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echernach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann

(B)

(D)

(A)	Dr. Faltthäuser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünewald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsch Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs	Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrop Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Olderog Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmann Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing Seiters Spilker	Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Witz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)
(B)		<i>Berliner Abgeordnete</i> Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir	<i>Berliner Abgeordneter</i> Hoppe	(D)	
		<b>SPD</b> Nagel Pfuhl Reimann Scherrer Würtz  <i>Berliner Abgeordneter</i> Heimann	<b>Enthalten</b> <b>SPD</b> Dr. Apel Bamberg Dr. Ehrenberg Grunenberg Frau Dr. Hartenstein Niggemeier Rappe (Hildesheim) Reuschenbach Stahl (Kempen) Dr. Wernitz		

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 10**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 201 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 251 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 8

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger

(B)

Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz

Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Dr. Wermitz  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich

Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstens (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)

(D)

(A)	Daweke Frau Dempwolf Deres Dörflinger Doss Dr. Dregger Echternach Eigen Engelsberger Eylmann Dr. Faltlhauser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünewald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig	Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Olderog Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmann Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff	Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitscher Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz  <i>Berliner Abgeordneter</i>  Hoppe  <b>Enthalten</b>  <b>SPD</b> Dr. Apel Dr. Ehrenberg Grunenberg Niggemeier Rappe (Hildesheim) Reuschenbach Stahl (Kempen)	(C)
(B)	Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höfkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsch Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus		<i>Berliner Abgeordnete</i> Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir	<b>FDP</b> Frau Dr. Hamm-Brücher	(D)
		<b>SPD</b> Nagel Pfuhl Würtz			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 11**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 200 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 252 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 8

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger

Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz

Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss

Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke

(B)

(D)



(A)	Frau Dempwolf Deres Dörflinger Doss Dr. Dregger Echternach Eigen Engelsberger Eyimann Dr. Falthäuser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünewald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hurland-Büning Dr. Hüsch Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus	Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Olderog Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmann Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff	Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)
(B)		<i>Berliner Abgeordnete</i> Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir	<i>Berliner Abgeordnete</i> Hoppe		
		<b>SPD</b> Nagel Pfuhl Würtz	<b>Enthalten</b> <b>SPD</b> Dr. Apel Dr. Ehrenberg Grunenberg Niggemeier Rappe (Hildesheim) Reuschenbach Stahl (Kempfen) Dr. Wernitz	(D)	

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 12**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 37 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 408 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 15

**Ja****SPD**

Frau Bulmahn

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzell  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer

Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Falthäuser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes

Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues  
 Frau Hürland-Büning  
 Dr. Hüsch  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe

Reddemann  
 Regenspurger  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber  
 Frau Rönsch (Wiesbaden)  
 Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmannith  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrikoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz

(B)

(D)

(A)	Wimmer (Neuss)	Frau Dr. Götte	Schanz	Bredelhorn	(C)
	Windelen	Graf	Dr. Scheer	Cronenberg (Arnsberg)	
	Frau Dr. Wisniewski	Großmann	Scherrer	Eimer (Fürth)	
	Wissmann	Dr. Haack	Schluckebier	Engelhard	
	Dr. Wittmann	Haack (Extertal)	Schmidt (München)	Dr. Feldmann	
	Würzbach	Frau Hämmerle	Frau Schmidt (Nürnberg)	Frau Folz-Steinacker	
	Dr. Wulff	Frau Dr. Hartenstein	Schmidt (Salzgitter)	Funke	
	Zeitlmann	Hasenfratz	Dr. Schmude	Gallus	
	Zierer	Dr. Hauchler	Schreiner	Gattermann	
	Dr. Zimmermann	Dr. Hauff	Schröder (Mülheim)	Gries	
	Zink	Heistermann	Schütz	Grüner	
		Heyenn	Seidenthal	Frau Dr. Hamm-Brücher	
		Hiller (Lübeck)	Frau Seuster	Dr. Haussmann	
	<i>Berliner Abgeordnete</i>	Dr. Holtz	Sielaff	Heinrich	
		Horn	Sieler (Amberg)	Dr. Hirsch	
	Buschbom	Huonker	Singer	Dr. Hitschler	
	Feilcke	Ibrügger	Dr. Soell	Dr. Hoyer	
	Kalisch	Jahn (Marburg)	Frau Dr. Sonntag-Wolgast	Irmer	
	Kittelmann	Jaunich	Dr. Sperling	Kleinert (Hannover)	
	Lummer	Jungmann	Stahl (Kempen)	Kohn	
	Dr. Mahlo	Kastning	Steiner	Dr.-Ing. Laermann	
	Dr. Neuling	Kiehm	Frau Steinhauer	Dr. Graf Lambsdorff	
	Dr. Pfennig	Kirschner	Stiegler	Mischnick	
	Schulze (Berlin)	Kißlinger	Dr. Struck	Neuhausen	
	Straßmeir	Klein (Dieburg)	Frau Terborg	Nolting	
		Klose	Tietjen	Paintner	
		Kolbow	Frau Dr. Timm	Richter	
	<b>SPD</b>	Koschnick	Frau Traupe	Rind	
		Kretkowski	Urbaniak	Ronneburger	
	Frau Adler	Kühbacher	Vahlberg	Schäfer (Mainz)	
	Dr. Ahrens	Kuhlwein	Verheugen	Frau Dr. Segall	
	Amling	Lambinus	Voigt (Frankfurt)	Frau Seiler-Albring	
	Andres	Leidinger	Frau Dr. Wegner	Dr. Solms	
	Antretter	Lennartz	Weiermann	Dr. Thomae	
	Bachmaier	Leonhart	Frau Weiler	Timm	
	Bahr	Lohmann (Witten)	Weisskirchen (Wiesloch)	Dr. Weng (Gerlingen)	
	Bamberg	Lutz	Dr. Wernitz	Wolfgramm (Göttingen)	
	Becker (Nienberge)	Frau Dr. Martiny-Glotz	Westphal	Frau Würfel	
	Frau Becker-Inglau	Frau Matthäus-Maier	Dr. Wieczorek	Zywietz	
	Bernrath	Menzel	Wieczorek (Duisburg)		
	Bindig	Dr. Mertens (Bottrop)	Frau Wieczorek-Zeul		
	Frau Blunck	Müller (Düsseldorf)	Wiefelspütz		(D)
(B)	Dr. Böhme (Unna)	Müller (Pleisweiler)	von der Wiesche	<i>Berliner Abgeordneter</i>	
	Börnßen (Ritterhude)	Müller (Schweinfurt)	Wimmer (Neuötting)		
	Brück	Müntefering	Dr. de With	Hoppe	
	Büchler (Hof)	Nagel	Wittich		
	Büchner (Speyer)	Nehm	Würtz		
	Dr. von Bülow	Frau Dr. Niehuis	Zander		
	Buschfort	Dr. Niese	Zeitler		
	Catenhusen	Dr. Nöbel	Zumkley		
	Frau Conrad	Frau Odendahl		<b>Enthalten</b>	
	Conradi	Oesinghaus		<b>SPD</b>	
	Frau Dr. Däubler-Gmelin	Oostergetelo	<i>Berliner Abgeordnete</i>	Dr. Apel	
	Daubertshäuser	Opel		Dr. Ehmke (Bonn)	
	Diller	Dr. Osswald	Egert	Dr. Ehrenberg	
	Dreßler	Paterna	Heimann	Gerster (Worms)	
	Duve	Pauli	Frau Luuk	Dr. Glotz	
	Dr. Emmerlich	Dr. Penner	Dr. Mitzscherling	Grunenberg	
	Erler	Peter (Kassel)	Stobbe	Dr. Jens	
	Esters	Pfuhl	Dr. Vogel	Jung (Düsseldorf)	
	Ewen	Dr. Pick	Wartenberg (Berlin)	Koltzsch	
	Frau Faße	Porzner		Niggemeier	
	Fischer (Homburg)	Purps		Reschke	
	Frau Fuchs (Köln)	Rappe (Hildesheim)	<b>FDP</b>	Reuschenbach	
	Frau Fuchs (Verl)	Reimann	Frau Dr. Adam-Schwaetzer	Roth	
	Frau Ganseforth	Frau Renger	Baum	Frau Dr. Skarpelis-Sperk	
	Gansel	Reuter	Beckmann	Frau Weyel	
	Dr. Gautier	Rixe			
	Gilges	Schäfer (Offenburg)			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 13**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 408 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 16

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechttersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzell  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

(B)

**Berliner Abgeordnete**

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm

Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Faltlhauser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues

Frau Hürland-Büning  
 Dr. Hüsch  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspurger  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber

Frau Rönsch (Wiesbaden)  
 Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmann  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warmke  
 Dr. Warrikoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski  
 Wissmann  
 Dr. Wittmann

(D)

(A)	Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Münftering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuter Rixe Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer Scherrer	Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Imer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)
	<i>Berliner Abgeordnete</i>				
	Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir				
	<b>SPD</b>				
	Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglaue Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Emmerlich Erlor Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Frau Dr. Götte Graf Großmann				
(B)			<i>Berliner Abgeordneter</i>	(D)	
			Hoppe		
			<b>Enthalten</b>		
		<i>Berliner Abgeordnete</i>	<b>SPD</b>		
		Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)	Dr. Apel Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Dr. Glotz Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Koltzsch Müller (Pleisweiler) Niggemeier Reschke Reuschenbach Roth Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel		
		<b>FDP</b>			
		Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg)			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 14**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 409 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 15

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechttersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)

Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Ernstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Falthäuser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues  
 Frau Hürland-Büning

Dr. Hüsch  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspurger  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber  
 Frau Rönsch (Wiesbaden)

Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmanith  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrikoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski  
 Wissmann  
 Dr. Wittmann  
 Würzbach

(B)

(D)

(A)	Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuter Rixe Schäfer (Offenburg) Schanz	Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wieczorek Wieczorek (Duisburg) Frau Wieczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thome Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)
	<i>Berliner Abgeordnete</i>				
	Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir				
	<b>SPD</b>				
	Frau Adler Dr. Ahrens Anling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Emmerlich Erlor Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Frau Dr. Götte Graf Großmann				
(B)					
			<i>Berliner Abgeordneter</i>	(D)	
			Hoppe		
			<b>Enthalten</b>		
			<b>SPD</b>		
			Dr. Apel Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Dr. Glotz Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler) Niggemeier Reschke Reuschenbach Roth Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel		
		<i>Berliner Abgeordnete</i>			
		<b>FDP</b>			
		Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 15**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 410 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 14

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 (B) Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm

Böhm (Melsungen)  
 Börsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Faltthäuser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues

Frau Hürland-Büning  
 Dr. Hüsich  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspurger  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber

Frau Rönsch (Wiesbaden)  
 Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmann  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrikoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski  
 Wissmann  
 Dr. Wittmann

(D)



(A)	Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuschenbach Reuter Rixe Schäfer (Offenburg) Schanz	Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wieczorek Wieczorek (Duisburg) Frau Wieczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	Bredelhorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgang (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)
	<i>Berliner Abgeordnete</i>				
	Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir				
	<b>SPD</b>				
	Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglaug Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Emmerlich Erlor Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Frau Dr. Götte Graf Großmann				
(B)				(D)	
			<i>Berliner Abgeordneter</i>		
			Hoppe		
			<b>Enthalten</b>		
		<i>Berliner Abgeordnete</i>	<b>SPD</b>		
		Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)	Dr. Apel Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Dr. Glotz Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler) Niggemeier Reschke Roth Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel		
		<b>FDP</b>			
		Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann			

(A) (C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 16**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 409 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 15

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 (B) Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm

Böhm (Melsungen)  
 Börsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Faltlhauser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues

Frau Hürland-Büning  
 Dr. Hüsch  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspurger  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber

Frau Rönsch (Wiesbaden)  
 Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmann  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrnkoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski  
 Wissmann  
 Dr. Wittmann

(D)

(A)	Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Münzfering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfohl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuschenbach Reuter Rixe Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer Scherrer	Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Imer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgang (Göttingen) Frau Würfel Zywiets	(C)
	<i>Berliner Abgeordnete</i>				
	Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfenning Schulze (Berlin) Straßmeir				
	<b>SPD</b>				
	Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Frau Dr. Götte Graf Großmann Dr. Haack				
(B)					
			<i>Berliner Abgeordnete</i>		
				(D)	
			<b>Enthalten</b>		
			<b>SPD</b>		
			Dr. Apel Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Dr. Glotz Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler) Niggemeier Reschke Roth Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel		
			<b>FDP</b>		
			Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth)		
			<b>FDP</b>		
			Frau Dr. Hamm-Brücher		

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 17**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 38 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 407 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 15

<b>Ja</b>	Bauer	Höffkes	Rawe
<b>SPD</b>	Bayha	Höpfinger	Reddemann
Büchler (Hof)	Dr. Becker (Frankfurt)	Hörster	Regenspurger
Haack (Extertal)	Biehle	Dr. Hoffacker	Repnik
	Dr. Blens	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Riedl (München)
	Dr. Blüm	Dr. Hornhues	Dr. Riesenhuber
	Böhm (Melsungen)	Frau Hürland-Büning	Frau Rönsch (Wiesbaden)
	Börnßen (Bönstrup)	Dr. Hüsch	Frau Roitzsch (Quickborn)
<b>DIE GRÜNEN</b>	Dr. Bötsch	Graf Huyn	Dr. Rose
Frau Beck-Oberdorf	Bohl	Jäger	Rossmann
Frau Beer	Bohlsen	Dr. Jahn (Münster)	Roth (Gießen)
Brauer	Borchert	Dr. Jobst	Rühe
Dr. Daniels (Regensburg)	Breuer	Jung (Limburg)	Dr. Rüttgers
Ebermann	Bühler (Bruchsal)	Jung (Lörrach)	Ruf
Frau Eid	Carstens (Emstek)	Kalb	Sauer (Salzgitter)
Frau Flinner	Carstensen (Nordstrand)	Dr.-Ing. Kansy	Sauer (Stuttgart)
Frau Garbe	Clemens	Dr. Kappes	Sauter (Epfendorf)
Häfner	Dr. Czaja	Frau Karwatzki	Dr. Schäuble
Frau Hensel	Dr. Daniels (Bonn)	Kiechle	Scharrenbroich
Frau Hillerich	Daweke	Klein (München)	Schemken
Hoss	Frau Dempwolf	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Scheu
Hüser	Deres	Kolb	Schmidbauer
Kleinert (Marburg)	Dörflinger	Kossendey	Schmitz (Baesweiler)
Dr. Knabe	Doss	Kraus	von Schmude
Kreuzeder	Dr. Dregger	Krey	Freiherr von Schorlemer
Frau Krieger	Echternach	Kroll-Schlüter	Schreiber
Dr. Lippelt (Hannover)	Eigen	Dr. Kronenberg	Dr. Schroeder (Freiburg)
Dr. Mechtersheimer	Engelsberger	Dr. Kunz (Weiden)	Schulhoff
Frau Nickels	Eylmann	Lamers	Dr. Schulte
Frau Oesterle-Schwerin	Dr. Falthäuser	Dr. Lammert	(Schwäbisch Gmünd)
Frau Rust	Dr. Fell	Dr. Langner	Schwarz
Frau Saibold	Fellner	Lattmann	Dr. Schwarz-Schilling
Frau Schilling	Frau Fischer	Dr. Laufs	Dr. Schwörer
Schily	Fischer (Hamburg)	Lenzer	Seehofer
Frau Schmidt-Bott	Francke (Hamburg)	Frau Limbach	Seesing
Frau Schoppe	Dr. Friedmann	Link (Diepholz)	Seiters
Frau Teubner	Dr. Friedrich	Link (Frankfurt)	Spilker
Frau Unruh	Fuchtel	Linsmeier	Spranger
Frau Vennegerts	Funk (Gutenzell)	Lintner	Dr. Sprung
Volmer	Ganz (St. Wendel)	Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Stark (Nürtingen)
Weiss (München)	Frau Geiger	Louven	Dr. Stavenhagen
Wetzlar	Geis	Lowack	Dr. Stercken
Frau Wilms-Kegel	Dr. von Geldern	Maaß	Dr. Stoltenberg
Frau Wollny	Gerstein	Frau Männle	Strube
	Gerster (Mainz)	Magin	Susset
	Glos	Marschewski	Tillmann
<i>Berliner Abgeordnete</i>	Dr. Göhner	Dr. Meyer zu Bentrop	Dr. Uelhoff
Frau Olms	Dr. Götz	Michels	Uldall
Sellin	Gröbl	Dr. Möller	Dr. Unland
	Dr. Grünwald	Dr. Müller	Frau Verhülsdonk
	Günther	Müller (Wadern)	Vogel (Ennepetal)
	Dr. Häfele	Nelle	Vogt (Düren)
	Harries	Neumann (Bremen)	Dr. Voigt (Northeim)
	Frau Hasselfeldt	Niegel	Dr. Vondran
<b>Fraktionslos</b>	Hauser (Esslingen)	Dr. Olderog	Dr. Voss
Wüppesahl	Hauser (Krefeld)	Oswald	Dr. Waffenschmidt
	Hedrich	Frau Pack	Dr. Waigel
	Freiherr Heereman von	Pesch	Graf von Waldburg-Zeil
	Zuydtwyck	Petersen	Dr. Warnke
<b>Nein</b>	Frau Dr. Hellwig	Pfeffermann	Dr. Warrikoff
<b>CDU/CSU</b>	Helmrich	Pfeifer	Dr. von Wartenberg
Dr. Abelein	Dr. Hennig	Dr. Pinger	Weiß (Kaiserslautern)
Austermann	Herkenrath	Dr. Pohlmeier	Werner (Ulm)
	Hinrichs	Dr. Probst	Frau Will-Feld
	Hinsken	Rauen	Frau Dr. Wilms

(D)

(A)	<p>Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir</p> <p><b>SPD</b></p> <p>Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier</p>	<p>Gilges Frau Dr. Götte Graf Großmann Dr. Haack Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hüller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuter Rixe Schäfer (Offenburg)</p>	<p>Schanz Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)</p> <p><b>FDP</b></p> <p>Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann</p>	<p>Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thome Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgang (Göttingen) Frau Würfel Zywietz</p> <p><i>Berliner Abgeordneter</i></p> <p>Hoppe</p> <p><b>Enthalten</b></p> <p><b>SPD</b></p> <p>Dr. Apel Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Dr. Glotz Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler) Niggemeier Reschke Reuschenbach Roth Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel</p>	<p>(C)</p> <p>(D)</p>
-----	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 18**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 196 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 257 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 7

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger  
 Jahn (Marburg)  
 Jaunich

Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)

Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wieczorek  
 Wieczorek (Duisburg)  
 Frau Wieczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiese  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder

Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wolny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen

(B)

(D)

(A)	Engelsberger Eylmann Dr. Falthäuser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünewald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hurland-Büning Dr. Hüsich Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert	Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Oldero Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Frau Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmann Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer	Seehofer Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Scherrer Würtz	(C)
			<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Hausmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Imer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Painter Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz		
(B)		<i>Berliner Abgeordnete</i> Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir		(D)	
		<b>SPD</b> Büchler (Hof) Haack (Extertal) Nagel Pfuhl Reimann Reuschenbach	<b>Berliner Abgeordneter</b> Hoppe		
			<b>Enthalten</b> <b>SPD</b> Dr. Apel Dr. Ehrenberg Grunenberg Niggemeier Rappe (Hildesheim) Stahl (Kempfen) Dr. Wernitz		

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 19**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 408 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 16

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzell  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

(B)

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)

Börsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Falthäuser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues  
 Frau Hürland-Büning

Dr. Hüsich  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspurger  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber  
 Frau Rönsch (Wiesbaden)

Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmänth  
 Roth (Gießen)  
 Rühe  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrikoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski  
 Wissmann  
 Dr. Wittmann  
 Würzbach

(D)



(A)	Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Haack (Extertal) Frau Hämmerle Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hüller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Münftering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuschenbach Reuter Rixe Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer	Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	Bredelhorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywiets	(C)
	<i>Berliner Abgeordnete</i>				
	Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir				
	<b>SPD</b>				
	Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow				
(B)	Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Frau Dr. Götte Graf Großmann Dr. Haack				
			<i>Berliner Abgeordnete</i>	(D)	
			Hoppe		
			<b>Enthalten</b>		
			<b>SPD</b>		
			Dr. Apel Frau Bulmahn Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Dr. Glotz Grunenberg Frau Dr. Hartenstein Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler) Niggemeier Reschke Roth Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel		
		<i>Berliner Abgeordnete</i>			
		Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)			
		<b>FDP</b>			
		Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 20**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 37 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 406 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 17

<b>Ja</b>	Bayha	Höpfinger	Reddemann
<b>SPD</b>	Dr. Becker (Frankfurt)	Hörster	Regenspurger
	Biehle	Dr. Hoffacker	Repnik
Haack (Extertal)	Dr. Blens	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Riedl (München)
	Dr. Blüm	Dr. Hornhues	Dr. Riesenhuber
<b>DIE GRÜNEN</b>	Böhm (Melsungen)	Frau Hürland-Büning	Frau Rönsch (Wiesbaden)
	Börnsen (Bönstrup)	Dr. Hüsch	Frau Roitzsch (Quickborn)
	Dr. Bötsch	Graf Huyn	Dr. Rose
	Bohl	Jäger	Rossmann
Frau Beck-Oberdorf	Bohlsen	Dr. Jahn (Münster)	Roth (Gießen)
Frau Beer	Borchert	Dr. Jobst	Rühe
Brauer	Breuer	Jung (Limburg)	Dr. Rüttgers
Dr. Daniels (Regensburg)	Bühler (Bruchsal)	Jung (Lörrach)	Ruf
Ebermann	Carstens (Emstek)	Kalb	Sauer (Salzgitter)
Frau Eid	Carstens (Nordstrand)	Dr.-Ing. Kansy	Sauer (Stuttgart)
Frau Flinner	Clemens	Dr. Kappes	Sauter (Epfendorf)
Frau Garbe	Dr. Czaja	Frau Karwatzki	Dr. Schäuble
Häfner	Dr. Daniels (Bonn)	Kiechle	Scharrenbroich
Frau Hensel	Daweke	Klein (München)	Schemken
Frau Hillerich	Frau Dempwolf	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Scheu
Hoss	Deres	Kolb	Schmidbauer
Hüser	Dörflinger	Kossendey	Schmitz (Baesweiler)
Kleinert (Marburg)	Doss	Kraus	von Schmude
Dr. Knabe	Dr. Dregger	Krey	Freiherr von Schorlemer
Kreuzeder	Echternach	Kroll-Schlüter	Schreiber
(B) Frau Krieger	Eigen	Dr. Kronenberg	Dr. Schroeder (Freiburg)
Dr. Lippelt (Hannover)	Engelsberger	Dr. Kunz (Weiden)	Schulhoff
Dr. Mechtersheimer	Eylmann	Lamers	Dr. Schulte
Frau Nickels	Dr. Faltthäuser	Dr. Lammert	(Schwäbisch Gmünd)
Frau Oesterle-Schwerin	Dr. Fell	Dr. Langner	Schwarz
Frau Rust	Fellner	Lattmann	Dr. Schwarz-Schilling
Frau Saibold	Frau Fischer	Dr. Laufs	Dr. Schwörer
Frau Schilling	Fischer (Hamburg)	Lenzer	Seehofer
Schily	Francke (Hamburg)	Frau Limbach	Seesing
Frau Schmidt-Bott	Dr. Friedmann	Link (Diepholz)	Seiters
Frau Schoppe	Dr. Friedrich	Link (Frankfurt)	Spilker
Frau Teubner	Fuchtel	Linsmeier	Spranger
Frau Unruh	Funk (Gutenzell)	Lintner	Dr. Sprung
Frau Vennegerts	Ganz (St. Wendel)	Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Stark (Nürtingen)
Volmer	Frau Geiger	Louven	Dr. Stavenhagen
Weiss (München)	Geis	Lowack	Dr. Stercken
Wetzel	Dr. von Geldern	Maaß	Dr. Stoltenberg
Frau Wilms-Kegel	Gerstein	Frau Männle	Strube
Frau Wollny	Gerster (Mainz)	Magin	Susset
	Glos	Marschewski	Tillmann
<i>Berliner Abgeordnete</i>	Dr. Göhner	Dr. Meyer zu Bentrup	Dr. Uelhoff
	Dr. Götz	Michels	Uldall
Frau Olms	Gröbl	Dr. Möller	Dr. Unland
Sellin	Dr. Grünwald	Dr. Müller	Frau Verhülsdonk
	Günther	Müller (Wadern)	Vogel (Ennepetal)
<b>Fraktionslos</b>	Dr. Häfele	Nelle	Vogt (Düren)
	Harries	Neumann (Bremen)	Dr. Voigt (Northheim)
Wüppesahl	Frau Hasselfeldt	Niegel	Dr. Vondran
	Hauser (Esslingen)	Dr. Olderog	Dr. Voss
	Hauser (Krefeld)	Oswald	Dr. Waffenschmidt
	Hedrich	Frau Pack	Dr. Waigel
	Freiherr Heereman von	Pesch	Graf von Waldburg-Zeil
	Zuydtwyck	Petersen	Dr. Warnke
<b>Nein</b>	Frau Dr. Hellwig	Pfeffermann	Dr. Warrkoff
	Helmrich	Pfeifer	Dr. von Wartenberg
<b>CDU/CSU</b>	Dr. Hennig	Dr. Pinger	Weiß (Kaiserslautern)
	Herkenrath	Dr. Pohlmeier	Werner (Ulm)
Dr. Abelein	Hinrichs	Dr. Probst	Frau Will-Feld
Austermann	Hinsken	Rauen	Frau Dr. Wilms
Bauer	Höffkes	Rawe	Wilz

(D)



(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 21**

Abgegebene Stimmen: 459 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 196 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 255 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 8

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger  
 Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens

Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)

Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinger  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder

Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wolny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen

(B)

(D)

(A)	Engelsberger Eylmann Dr. Faltlhauser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünewald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsch Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert	Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Olderog Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmann Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer	Seehofer Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredelhorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomaie Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)
(B)		<i>Berliner Abgeordnete</i> Buschbom Feilcke Kalisch Kittlmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir			
		<i>Berliner Abgeordnete</i> Hoppe			
		<b>SPD</b> Dr. Apell Dr. Ehrenberg Grunenberg Klose Niggemeier Rappe (Hildesheim) Stahl (Kempen) Dr. Wernitz		(D)	
		<b>SPD</b> Gerster (Worms) Haack (Extertal) Nagel Pfuhl Reuschenbach Würtz			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 22**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 407 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 17

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

(B)

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle

Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Falthäuser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker

Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues  
 Frau Hürland-Büning  
 Dr. Hüsch  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspurger  
 Repnik

Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber  
 Frau Rönsch (Wiesbaden)  
 Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmannith  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrikoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski

(D)

(A)	Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Graf Großmann Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuschenbach Reuter Rixe Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer	Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thoma Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgang (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)
	<i>Berliner Abgeordnete</i>				
	Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir				
	<b>SPD</b>				
	Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnßen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Frau Dr. Götte				
(B)					
			<i>Berliner Abgeordneter</i>	(D)	
			Hoppe		
			<b>Enthalten</b>		
			<b>SPD</b>		
			Dr. Apel Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Dr. Glotz Grunenberg Frau Dr. Hartenstein Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Kühbacher Müller (Pleisweiler) Niggemeier Dr. Penner Reschke Roth Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel		
		<i>Berliner Abgeordnete</i>			
		Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)			
		<b>FDP</b>			
		Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredelhorn			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 23**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 407 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 17

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzell  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

**Berliner Abgeordnete**

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm

Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Falthäuser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues

Frau Hürland-Büning  
 Dr. Hüsch  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspürger  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber

Frau Rönsch (Wiesbaden)  
 Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmannith  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrickoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski  
 Wissmann  
 Dr. Wittmann

(B)

(D)





(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 24**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 405 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 19

<b>Ja</b>	Böhm (Melsungen)	Frau Hürland-Büning	Frau Rönsch (Wiesbaden)
<b>DIE GRÜNEN</b>	Börnsen (Bönstrup)	Dr. Hüsch	Frau Roitzsch (Quickborn)
Frau Beck-Oberdorf	Dr. Bötsch	Graf Huyn	Dr. Rose
Frau Beer	Bohl	Jäger	Rossmann
Brauer	Bohlsen	Dr. Jahn (Münster)	Roth (Gießen)
Dr. Daniels (Regensburg)	Borchert	Dr. Jobst	Rühe
Ebermann	Breuer	Jung (Limburg)	Dr. Rüttgers
Frau Eid	Bühler (Bruchsal)	Jung (Lörrach)	Ruf
Frau Flinner	Carstens (Emstek)	Kalb	Sauer (Salzgitter)
Frau Garbe	Carstensen (Nordstrand)	Dr.-Ing. Kansy	Sauer (Stuttgart)
Häfner	Clemens	Dr. Kappes	Sauter (Epfendorf)
Frau Hensel	Dr. Czaja	Frau Karwatzki	Dr. Schäuble
Frau Hillerich	Dr. Daniels (Bonn)	Kiechle	Scharrenbroich
Hoss	Daweke	Klein (München)	Schemken
Hüser	Frau Dempwolf	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Scheu
Kleinert (Marburg)	Deres	Kolb	Schmidbauer
Dr. Knabe	Dörflinger	Kossendey	Schmitz (Baesweiler)
Kreuzeder	Doss	Kraus	von Schmude
Frau Krieger	Dr. Dregger	Krey	Freiherr von Schorlemer
Dr. Lippelt (Hannover)	Echternach	Kroll-Schlüter	Schreiber
Dr. Mechtersheimer	Eigen	Dr. Kronenberg	Dr. Schroeder (Freiburg)
Frau Nickels	Engelsberger	Dr. Kunz (Weiden)	Schulhoff
Frau Oesterle-Schwerin	Eylmann	Lamers	Dr. Schulte
Frau Rust	Dr. Falthäuser	Dr. Lammert	(Schwäbisch Gmünd)
Frau Saibold	Dr. Fell	Dr. Langner	Schwarz
Frau Schilling	Fellner	Lattmann	Dr. Schwarz-Schilling
Schily	Frau Fischer	Dr. Laufs	Dr. Schwörer
Frau Schmidt-Bott	Fischer (Hamburg)	Lenzer	Seehofer
Frau Schoppe	Francke (Hamburg)	Frau Limbach	Seesing
Frau Teubner	Dr. Friedmann	Link (Diepholz)	Seiters
Frau Unruh	Dr. Friedrich	Link (Frankfurt)	Spilker
Frau Vennegerts	Fuchtel	Linsmeier	Spranger
Volmer	Funk (Gutenzell)	Lintner	Dr. Sprung
Weiss (München)	Ganz (St. Wendel)	Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Stark (Nürtingen)
Wetzel	Frau Geiger	Louven	Dr. Stavenhagen
Frau Wilms-Kegel	Geis	Lowack	Dr. Stercken
Frau Wollny	Dr. von Geldern	Maaß	Dr. Stoltenberg
<i>Berliner Abgeordnete</i>	Gerstein	Frau Männle	Strube
Frau Olms	Gerster (Mainz)	Magin	Susset
Sellin	Glos	Marschewski	Tillmann
<b>Fraktionslos</b>	Dr. Göhner	Dr. Meyer zu Bentrup	Dr. Uelhoff
Wüppesahl	Dr. Götz	Michels	Uldall
<b>Nein</b>	Gröbl	Dr. Möller	Dr. Unland
<b>CDU/CSU</b>	Dr. Grünewald	Dr. Müller	Frau Verhülsdonk
Dr. Abelein	Günther	Müller (Wadern)	Vogel (Ennepetal)
Austermann	Dr. Häfele	Nelle	Vogt (Düren)
Bauer	Harries	Neumann (Bremen)	Dr. Voigt (Northeim)
Bayha	Frau Hasselfeldt	Niegel	Dr. Vondran
Dr. Becker (Frankfurt)	Hauser (Esslingen)	Dr. Olderog	Dr. Voss
Biehle	Hauser (Krefeld)	Oswald	Dr. Waffenschmidt
Dr. Blens	Hedrich	Frau Pack	Dr. Waigel
Dr. Blüm	Freiherr Heereman von	Pesch	Graf von Waldburg-Zeil
	Zuydtwyck	Petersen	Dr. Warnke
	Frau Dr. Hellwig	Pfeffermann	Dr. Warrikoff
	Helmrich	Pfeifer	Dr. von Wartenberg
	Dr. Hennig	Dr. Pinger	Weiß (Kaiserslautern)
	Herkenrath	Dr. Pohlmeier	Werner (Ulm)
	Hinrichs	Dr. Probst	Frau Will-Feld
	Hinsken	Rauen	Frau Dr. Wilms
	Höffkes	Rawe	Wilz
	Höpfinger	Reddemann	Wimmer (Neuss)
	Hörster	Regenspurger	Windelen
	Dr. Hoffacker	Repnik	Frau Dr. Wisniewski
	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Riedl (München)	Wissmann
	Dr. Hornhues	Dr. Riesenhuber	Dr. Wittmann

(D)

(A)	<p>Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir</p> <p><b>SPD</b></p> <p>Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bähr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Frau Dr. Götte Graf Großmann Dr. Haack</p>	<p>Haack (Extertal) Frau Hämmerle Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Münftefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuter Rixe Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg)</p>	<p>Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wieczorek Wieczorek (Duisburg) Frau Wieczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)</p> <p><b>FDP</b></p> <p>Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann</p>	<p>Frau Folz-Steinacker (C) Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Imer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz</p> <p><i>Berliner Abgeordneter</i></p> <p>Hoppe</p> <p>(D)</p> <p><b>Enthalten</b></p> <p><b>SPD</b></p> <p>Dr. Apel Büchler (Hof) Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Dr. Glotz Grunenberg Frau Dr. Hartenstein Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Kühbacher Müller (Pleisweiler) Niggemeier Dr. Penner Reschke Reuschenbach Roth Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel</p>
-----	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 25**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 201 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 250 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 9

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger

(B)

Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz

Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wieczorek  
 Wieczorek (Duisburg)  
 Frau Wieczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**FDP**

Dr. Hitschler

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner

Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*Frau Olms  
Sellin**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)

(D)

(A)	Carstens (Emstek)	Kossendey	Dr. Schulte	<b>FDP</b>	(C)
	Carstensen (Nordstrand)	Kraus	(Schwäbisch Gmünd)	Frau Dr. Adam-Schwaetzer	
	Clemens	Krey	Schwarz	Baum	
	Dr. Czaja	Kroll-Schlüter	Dr. Schwarz-Schilling	Beckmann	
	Dr. Daniels (Bonn)	Dr. Kronenberg	Dr. Schwörer	Bredehorn	
	Daweke	Dr. Kunz (Weiden)	Seehofer	Cronenberg (Arnsberg)	
	Frau Dempwolf	Lamers	Seesing	Eimer (Fürth)	
	Deres	Dr. Lammert	Seiters	Engelhard	
	Dörflinger	Dr. Langner	Spilker	Dr. Feldmann	
	Doss	Lattmann	Spranger	Frau Folz-Steinacker	
	Dr. Dregger	Dr. Laufs	Dr. Sprung	Funke	
	Echternach	Lenzer	Dr. Stark (Nürtingen)	Gallus	
	Eigen	Frau Limbach	Dr. Stavenhagen	Gattermann	
	Engelsberger	Link (Diepholz)	Dr. Stercken	Gries	
	Eylmann	Link (Frankfurt)	Dr. Stoltenberg	Grüner	
	Dr. Falthäuser	Linsmeier	Strube	Dr. Haussmann	
	Dr. Fell	Lintner	Susset	Heinrich	
	Fellner	Dr. Lippold (Offenbach)	Tillmann	Dr. Hirsch	
	Frau Fischer	Louven	Dr. Uelhoff	Dr. Hoyer	
	Fischer (Hamburg)	Lowack	Uldall	Irmer	
	Francke (Hamburg)	Maaß	Dr. Unland	Kleinert (Hannover)	
	Dr. Friedmann	Frau Männle	Frau Verhülsdonk	Kohn	
	Dr. Friedrich	Magin	Vogel (Ennepetal)	Dr.-Ing. Laermann	
	Fuchtel	Marschewski	Vogt (Düren)	Dr. Graf Lambsdorff	
	Funk (Gutenzell)	Dr. Meyer zu Bentrup	Dr. Voigt (Northeim)	Mischnick	
	Ganz (St. Wendel)	Michels	Dr. Vondran	Neuhausen	
	Frau Geiger	Dr. Möller	Dr. Voss	Nolting	
	Geis	Dr. Müller	Dr. Waffenschmidt	Paintner	
	Dr. von Geldern	Müller (Wadern)	Dr. Waigel	Richter	
	Gerstein	Nelle	Graf von Waldburg-Zeil	Rind	
	Gerster (Mainz)	Neumann (Bremen)	Dr. Warnke	Ronneburger	
	Glos	Niegel	Dr. Warrikoff	Schäfer (Mainz)	
	Dr. Göhner	Dr. Olderog	Dr. von Wartenberg	Frau Dr. Segall	
	Dr. Götz	Oswald	Weiß (Kaiserslautern)	Frau Seiler-Albring	
	Gröbl	Frau Pack	Werner (Ulm)	Dr. Solms	
	Dr. Grünewald	Pesch	Frau Will-Feld	Dr. Thomae	
	Günther	Petersen	Frau Dr. Wilms	Timm	
	Dr. Häfele	Pfeffermann	Wilz	Dr. Weng (Gerlingen)	
	Harries	Pfeifer	Wimmer (Neuss)	Wolfgramm (Göttingen)	
	Frau Hasselfeldt	Dr. Pinger	Windelen	Frau Würfel	
	Hauser (Esslingen)	Dr. Pohlmeier	Frau Dr. Wisniewski	Zywietz	(D)
(B)	Hauser (Krefeld)	Dr. Probst	Wissmann		
	Hedrich	Rauen	Dr. Wittmann	<i>Berliner Abgeordneter</i>	
	Freiherr Heerevan von	Rawe	Würzbach		
	Zuydtwyck	Reddemann	Dr. Wulff	Hoppe	
	Frau Dr. Hellwig	Regenspurger	Zeitlmann		
	Helmrich	Repnik	Zierer		
	Dr. Hennig	Dr. Riedl (München)	Dr. Zimmermann		
	Herkenrath	Dr. Riesenhuber	Zink		
	Hinrichs	Frau Rönsch (Wiesbaden)			
	Hinsken	Frau Roitzsch (Quickborn)	<i>Berliner Abgeordnete</i>		
	Höffkes	Dr. Rose			
	Höpfinger	Rossmann	Buschbom	<b>Enthalten</b>	
	Hörster	Roth (Gießen)	Feilcke	<b>SPD</b>	
	Dr. Hoffacker	Rühe	Kalisch	Dr. Apel	
	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Rüttgers	Kittelmann	Dr. Ehrenberg	
	Dr. Hornhues	Ruf	Lummer	Grunenberg	
	Frau Hürland-Büning	Sauer (Salzgitter)	Dr. Mahlo	Niggemeier	
	Dr. Hüsch	Sauer (Stuttgart)	Dr. Neuling	Rappe (Hildesheim)	
	Graf Huyn	Sauter (Epfendorf)	Dr. Pfennig	Reuschenbach	
	Jäger	Dr. Schäuble	Schulze (Berlin)	Stahl (Kempfen)	
	Dr. Jahn (Münster)	Scharrenbroich	Straßmeir	Dr. Wernitz	
	Dr. Jobst	Schemken			
	Jung (Limburg)	Scheu	<b>SPD</b>		
	Jung (Lörrach)	Schmidbauer	Nagel	<b>FDP</b>	
	Kalb	Schmitz (Baesweiler)	Pfuhl	Frau Dr. Hamm-Brücher	
	Dr.-Ing. Kansy	von Schmude	Würtz		
	Dr. Kappes	Freiherr von Schorlemer			
	Frau Karwatzki	Schreiber			
	Kiechle	Dr. Schroeder (Freiburg)			
	Klein (München)	Schulhoff			
	Dr. Köhler (Wolfsburg)				
	Kolb				

(A) (C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 26**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 191 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 255 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 13

ungültig: 1

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 (B) Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger  
 Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning

Kiehm  
 Kirschner  
 Kiblinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling

Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wieczorek  
 Wieczorek (Duisburg)  
 Frau Wieczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin

Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

(D)

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echemach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann

(A)	Dr. Faltlhauser	Lenzer	Spranger	Baum	(C)
	Dr. Fell	Frau Limbach	Dr. Sprung	Beckmann	
	Fellner	Link (Diepholz)	Dr. Stark (Nürtingen)	Bredehorn	
	Frau Fischer	Link (Frankfurt)	Dr. Stavenhagen	Cronenberg (Arnsberg)	
	Fischer (Hamburg)	Linsmeier	Dr. Stercken	Eimer (Fürth)	
	Francke (Hamburg)	Lintner	Dr. Stoltenberg	Engelhard	
	Dr. Friedmann	Dr. Lippold (Offenbach)	Strube	Dr. Feldmann	
	Dr. Friedrich	Louven	Susset	Frau Folz-Steinacker	
	Fuchtel	Lowack	Tillmann	Funke	
	Funk (Gutenzell)	Maaß	Dr. Uelhoff	Gallus	
	Ganz (St. Wendel)	Frau Männle	Uldall	Gattermann	
	Frau Geiger	Magin	Dr. Unland	Gries	
	Geis	Marschewski	Frau Verhülsdonk	Grüner	
	Dr. von Geldern	Dr. Meyer zu Bentrup	Vogel (Ennepetal)	Frau Dr. Hamm-Brücher	
	Gerstein	Michels	Vogt (Düren)	Dr. Haussmann	
	Gerster (Mainz)	Dr. Möller	Dr. Voigt (Northeim)	Heinrich	
	Glos	Dr. Müller	Dr. Vondran	Dr. Hirsch	
	Dr. Göhner	Müller (Wadern)	Dr. Voss	Dr. Hitschler	
	Dr. Götz	Nelle	Dr. Waffenschmidt	Dr. Hoyer	
	Gröbl	Neumann (Bremen)	Dr. Waigel	Irmer	
	Dr. Grünewald	Niegel	Graf von Waldburg-Zeil	Kleinert (Hannover)	
	Günther	Dr. Olderog	Dr. Warnke	Kohn	
	Dr. Häfele	Oswald	Dr. Warrikoff	Dr.-Ing. Laermann	
	Harries	Frau Pack	Dr. von Wartenberg	Dr. Graf Lambsdorff	
	Frau Hasselfeldt	Pesch	Weiß (Kaiserslautern)	Mischnick	
	Hauser (Esslingen)	Petersen	Werner (Ulm)	Neuhausen	
	Hauser (Krefeld)	Pfeffermann	Frau Will-Feld	Nolting	
	Hedrich	Pfeifer	Frau Dr. Wilms	Paintner	
	Freiherr Heereman von	Dr. Pinger	Wilz	Richter	
	Zuydtwyck	Dr. Pohlmeier	Wimmer (Neuss)	Rind	
	Frau Dr. Hellwig	Dr. Probst	Windelen	Ronneburger	
	Helmrich	Rauen	Frau Dr. Wisniewski	Schäfer (Mainz)	
	Dr. Hennig	Rawe	Wissmann	Frau Dr. Segall	
	Herkenrath	Reddemann	Dr. Wittmann	Frau Seiler-Albring	
	Hinrichs	Regenspurger	Würzbach	Dr. Solms	
	Hinsken	Repnik	Dr. Wulff	Dr. Thome	
	Höffkes	Dr. Riedl (München)	Zeitlmann	Timm	
	Höpfinger	Dr. Riesenhuber	Zierer	Dr. Weng (Gerlingen)	
	Hörster	Frau Rönsch (Wiesbaden)	Dr. Zimmermann	Wolfgramm (Göttingen)	
	Dr. Hoffacker	Frau Roitzsch (Quickborn)	Zink	Frau Würfel	
	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Rose		Zywietz	
	Dr. Hornhues	Rossmann			
(B)	Frau Hürland-Büning	Roth (Gießen)	<i>Berliner Abgeordnete</i>		(D)
	Dr. Hüsch	Rühe		<i>Berliner Abgeordneter</i>	
	Graf Huyn	Dr. Rüttgers	Buschbom		
	Jäger	Ruf	Feilcke		
	Dr. Jahn (Münster)	Sauer (Salzgitter)	Kalisch	Hoppe	
	Dr. Jobst	Sauer (Stuttgart)	Kittelmann		
	Jung (Limburg)	Sauter (Epfendorf)	Lummer		
	Jung (Lörrach)	Dr. Schäuble	Dr. Mahlo		
	Kalb	Scharrenbroich	Dr. Neuling		
	Dr.-Ing. Kansy	Schemken	Dr. Pfennig		
	Dr. Kappes	Scheu	Schulze (Berlin)		
	Frau Karwatzki	Schmidbauer	Straßmeir		
	Kiechle	Schmitz (Baesweiler)		<b>Enthalten</b>	
	Klein (München)	von Schmude		<b>SPD</b>	
	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Freiherr von Schorlemer	<b>SPD</b>	Dr. Ahrens	
	Kolb	Schreiber	Becker (Nienberge)	Dr. Apel	
	Kossendey	Dr. Schroeder (Freiburg)	Frau Becker-Inglau	Bernrath	
	Kraus	Schulhoff	Nagel	Dr. Ehrenberg	
	Krey	Dr. Schulte	Dr. Penner	Grunenberg	
	Kroll-Schlüter	(Schwäbisch Gmünd)	Pfuhl	Frau Hämmerle	
	Dr. Kronenberg	Schwarz	Würtz	Niggemeier	
	Dr. Kunz (Weiden)	Dr. Schwarz-Schilling		Frau Odendahl	
	Lamers	Dr. Schwörer		Rappe (Hildesheim)	
	Dr. Lammert	Seehofer	<b>FDP</b>	Frau Renger	
	Dr. Langner	Seesing	Frau Dr. Adam-Schwaetzer	Reuschenbach	
	Lattmann	Seiters		Stahl (Kempen)	
	Dr. Laufs	Spilker		Dr. Wernitz	

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 27**

Abgegebene Stimmen: 458 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 412 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 10

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzell  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

(B)

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm

Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Falthäuser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues

Frau Hürland-Büning  
 Dr. Hüsch  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspurger  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber

Frau Rönsch (Wiesbaden)  
 Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmannith  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrikoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski  
 Wissmann  
 Dr. Wittmann

(D)



(A)	Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reschke Reuschenbach Reuter Rixe Schäfer (Offenburg)	Schanz Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Frau Dr. Skarpelis-Sperk Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)
	<i>Berliner Abgeordnete</i>  Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir				
	<b>SPD</b>  Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Dr. Glotz Frau Dr. Götte Graf Großmann				
(B)				(D)	
			<i>Berliner Abgeordneter</i>  Hoppe		
			<b>Enthalten</b>  <b>SPD</b> Dr. Apel Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler) Niggemeier Roth Frau Weyel		
		<i>Berliner Abgeordnete</i>  Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 28**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 202 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 250 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 8

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglaup  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger

(B)

Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz

Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

**Berliner Abgeordnete**

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**FDP**

Dr. Feldmann  
 Frau Dr. Hamm-Brücher

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid

Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechttersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

**Berliner Abgeordnete**

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)

(D)

(A)	Carstens (Emstek)	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Dr. Schroeder (Freiburg)	<b>FDP</b>	(C)
	Carstensen (Nordstrand)	Kolb	Schulhoff	Frau Dr. Adam-Schwaetzer	
	Clemens	Kossendey	Dr. Schulte	Baum	
	Dr. Czaja	Kraus	(Schwäbisch Gmünd)	Beckmann	
	Dr. Daniels (Bonn)	Krey	Schwarz	Bredehorn	
	Daweke	Kroll-Schlüter	Dr. Schwarz-Schilling	Cronenberg (Arnsberg)	
	Frau Dempwolf	Dr. Kronenberg	Dr. Schwörer	Eimer (Fürth)	
	Deres	Dr. Kunz (Weiden)	Seehofer	Engelhard	
	Dörflinger	Lamers	Seesing	Frau Folz-Steinacker	
	Doss	Dr. Lammert	Seiters	Funke	
	Dr. Dregger	Dr. Langner	Spilker	Gallus	
	Echternach	Lattmann	Spranger	Gattermann	
	Eigen	Dr. Laufs	Dr. Sprung	Gries	
	Engelsberger	Lenzer	Dr. Stark (Nürtingen)	Grüner	
	Eylmann	Frau Limbach	Dr. Stavenhagen	Dr. Haussmann	
	Dr. Falthäuser	Link (Diepholz)	Dr. Stercken	Heinrich	
	Dr. Fell	Link (Frankfurt)	Dr. Stoltenberg	Dr. Hirsch	
	Fellner	Linsmeier	Strube	Dr. Hitschler	
	Frau Fischer	Lintner	Susset	Dr. Hoyer	
	Fischer (Hamburg)	Dr. Lippold (Offenbach)	Tillmann	Irmer	
	Francke (Hamburg)	Louven	Dr. Uelhoff	Kleinert (Hannover)	
	Dr. Friedmann	Lowack	Uldall	Kohn	
	Dr. Friedrich	Maaß	Dr. Unland	Dr.-Ing. Laermann	
	Fuchtel	Frau Männle	Frau Verhülsdonk	Dr. Graf Lambsdorff	
	Funk (Gutenzell)	Magin	Vogel (Ennepetal)	Mischnick	
	Ganz (St. Wendel)	Marschewski	Vogt (Düren)	Neuhausen	
	Frau Geiger	Dr. Meyer zu Bentrup	Dr. Voigt (Northeim)	Nolting	
	Geis	Michels	Dr. Vondran	Paintner	
	Dr. von Geldern	Dr. Möller	Dr. Voss	Richter	
	Gerstein	Dr. Müller	Dr. Waffenschmidt	Rind	
	Gerster (Mainz)	Müller (Wadern)	Dr. Waigel	Ronneburger	
	Glos	Nelle	Graf von Waldburg-Zeil	Schäfer (Mainz)	
	Dr. Göhner	Neumann (Bremen)	Dr. Warnke	Frau Dr. Segall	
	Dr. Götz	Niegel	Dr. Warrikoff	Frau Seiler-Albring	
	Gröbl	Dr. Olderog	Dr. von Wartenberg	Dr. Solms	
	Dr. Grünewald	Oswald	Weiß (Kaiserslautern)	Dr. Thoma	(D)
	Günther	Frau Pack	Werner (Ulm)	Timm	
	Dr. Häfele	Pesch	Frau Will-Feld	Dr. Weng (Gerlingen)	
	Harries	Petersen	Frau Dr. Wilms	Wolfgramm (Göttingen)	
	Frau Hasselfeldt	Pfeffermann	Wilz	Frau Würfel	
(B)	Hauser (Esslingen)	Pfeifer	Wimmer (Neuss)	Zywietz	
	Hauser (Krefeld)	Dr. Pinger	Windelen		
	Hedrich	Dr. Pohlmeier	Frau Dr. Wisniewski		
	Freiherr Heereman von	Dr. Probst	Wissmann		
	Zuydtwyck	Rauen	Dr. Wittmann		
	Frau Dr. Hellwig	Rawe	Würzbach		
	Helmrich	Reddemann	Dr. Wulff		
	Dr. Hennig	Regenspurger	Zeitmann		
	Herkenrath	Repnik	Zierer		
	Hinrichs	Dr. Riedl (München)	Dr. Zimmermann		
	Hinsken	Dr. Riesenhuber	Zink		
	Höffkes	Frau Rönsch (Wiesbaden)			
	Höpfinger	Frau Roitzsch (Quickborn)	<i>Berliner Abgeordnete</i>		
	Hörster	Dr. Rose	<i>Berliner Abgeordnete</i>	Hoppe	
	Dr. Hoffacker	Rossmann	Buschbom		
	Frau Hoffmann (Soltau)	Roth (Gießen)	Feilcke		
	Dr. Hornhues	Rühe	Kalisch		
	Frau Hürland-Büning	Dr. Rüttgers	Kittlmann		
	Dr. Hüsch	Ruf	Lummer		
	Graf Huyn	Sauer (Salzgitter)	Dr. Mahlo	<b>Enthalten</b>	
	Jäger	Sauer (Stuttgart)	Dr. Neuling	<b>SPD</b>	
	Dr. Jahn (Münster)	Sauter (Epfendorf)	Dr. Pfennig	Dr. Apel	
	Dr. Jobst	Dr. Schäuble	Schulze (Berlin)	Dr. Ehrenberg	
	Jung (Limburg)	Scharrenbroich	Straßmeir	Grunenberg	
	Jung (Lörrach)	Schemken		Niggemeier	
	Kalb	Scheu		Rappe (Hildesheim)	
	Dr.-Ing. Kansy	Schmidbauer	<b>SPD</b>	Reuschenbach	
	Dr. Kappes	Schmitz (Baesweiler)	Nagel	Stahl (Kempen)	
	Frau Karwatzki	von Schmude	Pfuhl	Dr. Wernitz	
	Kiechle	Freiherr von Schorlemer	Würtz		
	Klein (München)	Schreiber			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 29**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 202 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 250 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 8

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Ingla  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger

Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kießlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz

Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wieczorek  
 Wieczorek (Duisburg)  
 Frau Wieczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**FDP**

Dr. Feldmann  
 Frau Dr. Hamm-Brücher

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid

Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)

(B)

(D)

(A)	Carstens (Emstek)	Klein (München)	Freiherr von Schorlemer	<b>SPD</b>	(C)
	Carstensen (Nordstrand)	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Schreiber	Nagel	
	Clemens	Kolb	Dr. Schroeder (Freiburg)	Pfuhl	
	Dr. Czaja	Kossendey	Schulhoff	Würtz	
	Dr. Daniels (Bonn)	Kraus	Dr. Schulte		
	Daweke	Krey	(Schwäbisch Gmünd)	<b>FDP</b>	
	Frau Dempwolf	Kroll-Schlüter	Schwarz	Frau Dr. Adam-Schwaetzer	
	Deres	Dr. Kronenberg	Dr. Schwarz-Schilling	Baum	
	Dörflinger	Dr. Kunz (Weiden)	Dr. Schwörer	Beckmann	
	Doss	Lamers	Seehofer	Bredelhorn	
	Dr. Dregger	Dr. Lammert	Seesing	Cronenberg (Arnsberg)	
	Echternach	Dr. Langner	Seiters	Eimer (Fürth)	
	Eigen	Lattmann	Spilker	Engelhard	
	Engelsberger	Dr. Laufs	Spranger	Frau Folz-Steinacker	
	Eylmann	Lenzer	Dr. Sprung	Funke	
	Dr. Faltlhauser	Frau Limbach	Dr. Stark (Nürtingen)	Gallus	
	Dr. Fell	Link (Diepholz)	Dr. Stavenhagen	Gattermann	
	Fellner	Link (Frankfurt)	Dr. Stercken	Gries	
	Frau Fischer	Linsmeier	Dr. Stoltenberg	Grüner	
	Fischer (Hamburg)	Lintner	Strube	Dr. Haussmann	
	Francke (Hamburg)	Dr. Lippold (Offenbach)	Susset	Heinrich	
	Dr. Friedmann	Louven	Tillmann	Dr. Hirsch	
	Dr. Friedrich	Lowack	Dr. Uelhoff	Dr. Hitschler	
	Fuchtel	Maaß	Uldall	Dr. Hoyer	
	Funk (Gutenzell)	Frau Männle	Dr. Unland	Irmer	
	Ganz (St. Wendel)	Magin	Frau Verhülsdonk	Kleinert (Hannover)	
	Frau Geiger	Marschewski	Vogel (Ennepetal)	Kohn	
	Geis	Dr. Meyer zu Bentrup	Vogt (Düren)	Dr.-Ing. Laermann	
	Dr. von Geldern	Michels	Dr. Voigt (Northeim)	Dr. Graf Lambsdorff	
	Gerstein	Dr. Möller	Dr. Vondran	Mischnick	
	Gerster (Mainz)	Dr. Müller	Dr. Voss	Neuhausen	
	Glos	Müller (Wadern)	Dr. Waffenschmidt	Nolting	
	Dr. Göhner	Nelle	Dr. Waigel	Paintner	
	Dr. Götz	Neumann (Bremen)	Graf von Waldburg-Zeil	Richter	
	Gröbl	Niegel	Dr. Warnke	Rind	
	Dr. Grünewald	Dr. Olderog	Dr. Warrikoff	Ronneburger	
	Günther	Oswald	Dr. von Wartenberg	Schäfer (Mainz)	
	Dr. Häfele	Frau Pack	Weiß (Kaiserslautern)	Frau Dr. Segall	
	Harries	Pesch	Werner (Ulm)	Frau Seiler-Albring	(D)
	Frau Hasselfeldt	Petersen	Frau Will-Feld	Dr. Solms	
	Hauser (Esslingen)	Pfeffermann	Frau Dr. Wilms	Dr. Thome	
(B)	Hauser (Krefeld)	Pfeifer	Wilz	Timm	
	Hedrich	Dr. Pinger	Wimmer (Neuss)	Dr. Weng (Gerlingen)	
	Freiherr Heereman von	Dr. Pohlmeier	Windelen	Wolfgramm (Göttingen)	
	Zuydtwyck	Dr. Probst	Frau Dr. Wisniewski	Frau Würfel	
	Frau Dr. Hellwig	Rauen	Wissmann	Zywietz	
	Helmrich	Rawe	Dr. Wittmann		
	Dr. Hennig	Reddemann	Würzbach		
	Herkenrath	Regenspurger	Dr. Wulff		
	Hinrichs	Repnik	Zeitlmann		
	Hinsken	Dr. Riedl (München)	Zierer		
	Höffkes	Dr. Riesenhuber	Dr. Zimmermann		
	Höpfinger	Frau Rönsch (Wiesbaden)	Zink		
	Hörster	Frau Roitzsch (Quickborn)		<i>Berliner Abgeordneter</i>	
	Dr. Hoffacker	Dr. Rose		Hoppe	
	Frau Hoffmann (Soltau)	Rossmann			
	Dr. Hornhues	Roth (Gießen)			
	Frau Hürland-Büning	Rühe	<i>Berliner Abgeordnete</i>		
	Dr. Hüsch	Dr. Rüttgers		<b>Enthalten</b>	
	Graf Huyn	Ruf		<b>SPD</b>	
	Jäger	Sauer (Salzgitter)	Buschbom	Dr. Apel	
	Dr. Jahn (Münster)	Sauer (Stuttgart)	Feilcke	Dr. Ehrenberg	
	Dr. Jobst	Sauter (Epfendorf)	Kalisch	Grunenberg	
	Jung (Limburg)	Dr. Schäuble	Kittelmann	Niggemeier	
	Jung (Lörrach)	Scharrenbroich	Lummer	Rappe (Hildesheim)	
	Kalb	Schemken	Dr. Mahlo	Reuschenbach	
	Dr.-Ing. Kansy	Scheu	Dr. Neuling	Stahl (Kempen)	
	Dr. Kappes	Schmidbauer	Dr. Pfennig	Dr. Wernitz	
	Frau Karwatzki	Schmitz (Baesweiler)	Schulze (Berlin)		
	Kiechle	von Schmude	Straßmeir		

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 30**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 38 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 404 und 18 Berliner Abgeordnete

enthaltene: 18

**Ja****FDP**Dr. Feldmann  
Frau Dr. Hamm-Brücher**DIE GRÜNEN**Frau Beck-Oberdorf  
Frau Beer  
Braucher  
Dr. Daniels (Regensburg)  
Ebermann  
Frau Eid  
Frau Flinner  
Frau Garbe  
Häfner  
Frau Hensel  
Frau Hillerich  
Hoss  
Hüser  
Kleinert (Marburg)  
Dr. Knabe  
Kreuzeder  
Frau Krieger  
Dr. Lippelt (Hannover)  
Dr. Mechtersheimer  
Frau Nickels  
Frau Oesterle-Schwerin  
Frau Rust  
Frau Saibold  
Frau Schilling  
Schily  
Frau Schmidt-Bott  
Frau Schoppe  
Frau Teubner  
Frau Unruh  
Frau Vennegerts  
Volmer  
Weiss (München)  
Wetzel  
Frau Wilms-Kegel  
Frau Wollny*Berliner Abgeordnete*Frau Olms  
Sellin**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**Dr. Abelein  
AustermannBauer  
Bayha  
Dr. Becker (Frankfurt)  
Biehle  
Dr. Blens  
Dr. Blüm  
Böhm (Melsungen)  
Börnsen (Bönstrup)  
Dr. Bötsch  
Bohl  
Bohlsen  
Borchert  
Breuer  
Bühler (Bruchsal)  
Carstens (Emstek)  
Carstensen (Nordstrand)  
Clemens  
Dr. Czaja  
Dr. Daniels (Bonn)  
Daweke  
Frau Dempwolf  
Deres  
Dörflinger  
Doss  
Dr. Dregger  
Echternach  
Eigen  
Engelsberger  
Eylmann  
Dr. Faltthäuser  
Dr. Fell  
Fellner  
Frau Fischer  
Fischer (Hamburg)  
Francke (Hamburg)  
Dr. Friedmann  
Dr. Friedrich  
Fuchtel  
Funk (Gutenzell)  
Ganz (St. Wendel)  
Frau Geiger  
Geis  
Dr. von Geldern  
Gerstein  
Gerster (Mainz)  
Glos  
Dr. Göhner  
Dr. Götz  
Gröbl  
Dr. Grünewald  
Günther  
Dr. Häfele  
Harries  
Frau Hasselfeldt  
Hauser (Esslingen)  
Hauser (Krefeld)  
Hedrich  
Freiherr Heereman von  
Zuydtwyck  
Frau Dr. Hellwig  
Helmrich  
Dr. Hennig  
Herkenrath  
Hinrichs  
HinskenHöffkes  
Höpfinger  
Hörster  
Dr. Hoffacker  
Frau Hoffmann (Soltau)  
Dr. Hornhues  
Frau Hürland-Büning  
Dr. Hüschen  
Graf Huyn  
Jäger  
Dr. Jahn (Münster)  
Dr. Jobst  
Jung (Limburg)  
Jung (Lörrach)  
Kalb  
Dr.-Ing. Kansy  
Dr. Kappes  
Frau Karwatzki  
Kiechle  
Klein (München)  
Dr. Köhler (Wolfsburg)  
Kolb  
Kossendey  
Kraus  
Krey  
Kroll-Schlüter  
Dr. Kronenberg  
Dr. Kunz (Weiden)  
Lamers  
Dr. Lammert  
Dr. Langner  
Lattmann  
Dr. Laufs  
Lenzer  
Frau Limbach  
Link (Diepholz)  
Link (Frankfurt)  
Linsmeier  
Lintner  
Dr. Lippold (Offenbach)  
Louven  
Lowack  
Maaß  
Frau Männle  
Magin  
Marschewski  
Dr. Meyer zu Bentrup  
Michels  
Dr. Möller  
Dr. Müller  
Müller (Wadern)  
Nelle  
Neumann (Bremen)  
Niegel  
Dr. Olderog  
Oswald  
Frau Pack  
Pesch  
Petersen  
Pfeffermann  
Pfeifer  
Dr. Pinger  
Dr. Pohlmeier  
Dr. Probst  
RauenRawe  
Reddemann  
Regenspurger  
Repnik  
Dr. Riedl (München)  
Dr. Riesenhuber  
Frau Rönsch (Wiesbaden)  
Frau Roitzsch (Quickborn)  
Dr. Rose  
Rossmann  
Roth (Gießen)  
Rühe  
Dr. Rüttgers  
Ruf  
Sauer (Salzgitter)  
Sauer (Stuttgart)  
Sauter (Epfendorf)  
Dr. Schäuble  
Scharrenbroich  
Schemken  
Scheu  
Schmidbauer  
Schmitz (Baesweiler)  
von Schmude  
Freiherr von Schorlemer  
Schreiber  
Dr. Schroeder (Freiburg)  
Schulhoff  
Dr. Schulte  
(Schwäbisch Gmünd)  
Schwarz  
Dr. Schwarz-Schilling  
Dr. Schwörer  
Seehofer  
Seesing  
Seiters  
Spilker  
Spranger  
Dr. Sprung  
Dr. Stark (Nürtingen)  
Dr. Stavenhagen  
Dr. Stercken  
Dr. Stoltenberg  
Strube  
Susset  
Tillmann  
Dr. Uelhoff  
Uldall  
Dr. Unland  
Frau Verhülsdonk  
Vogel (Ennepetal)  
Vogt (Düren)  
Dr. Voigt (Northeim)  
Dr. Vondran  
Dr. Voss  
Dr. Waffenschmidt  
Dr. Waigel  
Graf von Waldburg-Zeil  
Dr. Warnke  
Dr. Warrickoff  
Dr. von Wartenberg  
Weiß (Kaiserslautern)  
Werner (Ulm)  
Frau Will-Feld  
Frau Dr. Wilms

(B)

(D)

(A)	Wilz	Dr. Gautier	Dr. Scheer	Cronenberg (Arnsberg)	(C)
	Wimmer (Neuss)	Gilges	Scherrer	Eimer (Fürth)	
	Windelen	Graf	Schluckebier	Engelhard	
	Frau Dr. Wisniewski	Großmann	Schmidt (München)	Frau Folz-Steinacker	
	Wissmann	Dr. Haack	Frau Schmidt (Nürnberg)	Funke	
	Dr. Wittmann	Haack (Extertal)	Schmidt (Salzgitter)	Gallus	
	Würzbach	Frau Hämmerle	Dr. Schmude	Gattermann	
	Dr. Wulff	Hasenfratz	Schreiner	Gries	
	Zeitlmann	Dr. Hauchler	Schröer (Mülheim)	Grüner	
	Zierer	Dr. Hauff	Schütz	Dr. Haussmann	
	Dr. Zimmermann	Heistermann	Seidenthal	Heinrich	
	Zink	Heyenn	Frau Seuster	Dr. Hirsch	
		Hiller (Lübeck)	Sielaff	Dr. Hitschler	
	<i>Berliner Abgeordnete</i>	Dr. Holtz	Sieler (Amberg)	Dr. Hoyer	
		Horn	Singer	Irmer	
	Buschbom	Huonker	Dr. Soell	Kleinert (Hannover)	
	Feilcke	Ibrügger	Frau Dr. Sonntag-Wolgast	Kohn	
	Kalisch	Jahn (Marburg)	Dr. Sperling	Dr.-Ing. Laermann	
	Kittlmann	Jaunich	Stahl (Kempen)	Dr. Graf Lambsdorff	
	Lummer	Jungmann	Steiner	Mischnick	
	Dr. Mahlo	Kastning	Frau Steinhauer	Neuhausen	
	Dr. Neuling	Kiehm	Stiegler	Nolting	
	Dr. Pfennig	Kirschner	Dr. Struck	Paintner	
	Schulze (Berlin)	Kißlinger	Frau Terborg	Richter	
	Straßmeir	Klein (Dieburg)	Tietjen	Rind	
		Kolbow	Frau Dr. Timm	Ronneburger	
		Koltzsch	Frau Traupe	Schäfer (Mainz)	
		Koschnick	Urbanik	Frau Dr. Segall	
	<b>SPD</b>	Kretkowski	Vahlberg	Frau Seiler-Albring	
		Kühbacher	Verheugen	Dr. Solms	
	Frau Adler	Kuhlwein	Voigt (Frankfurt)	Dr. Thomae	
	Dr. Ahrens	Lambinus	Frau Dr. Wegner	Timm	
	Amling	Leidinger	Weiermann	Dr. Weng (Gerlingen)	
	Andres	Lennartz	Frau Weiler	Wolfgramm (Göttingen)	
	Antretter	Leonhart	Weisskirchen (Wiesloch)	Frau Würfel	
	Bachmaier	Lohmann (Witten)	Dr. Wernitz	Zywietz	
	Bahr	Lutz	Westphal		
	Bamberg	Frau Dr. Martiny-Glotz	Dr. Wiczorek		
	Becker (Nienberge)	Frau Matthäus-Maier	Wiczorek (Duisburg)		
	Frau Becker-Inglau	Menzel	Frau Wiczorek-Zeul	<i>Berliner Abgeordneter</i>	
	Bernrath	Dr. Mertens (Bottrop)	Wiefelspütz		
	Bindig	Müller (Düsseldorf)	von der Wiesche	Hoppe	(D)
(B)	Frau Blunck	Müller (Schweinfurt)	Wimmer (Neuötting)		
	Dr. Böhme (Unna)	Müntefering	Dr. de With		
	Börnsen (Ritterhude)	Nagel	Wittich		
	Brück	Nehm	Würtz		
	Büchler (Hof)	Frau Dr. Niehuis	Zander	<b>Enthalten</b>	
	Büchner (Speyer)	Dr. Niese	Zeitler		
	Dr. von Bülow	Dr. Nöbel	Zumkley		
	Frau Bulmahn	Frau Odendahl			
	Buschfort	Oesinghaus	<i>Berliner Abgeordnete</i>		
	Catenhusen	Oostergetelo			
	Frau Conrad	Opel	Egert	Dr. Apel	
	Conradi	Dr. Osswald	Heimann	Dr. Ehmke (Bonn)	
	Frau Dr. Däubler-Gmelin	Paterna	Frau Luuk	Dr. Ehrenberg	
	Daubertshäuser	Pauli	Dr. Mitzscherling	Gerster (Worms)	
	Diller	Dr. Penner	Stobbe	Dr. Glotz	
	Dreßler	Peter (Kassel)	Dr. Vogel	Frau Dr. Götte	
	Duve	Pfuhl	Wartenberg (Berlin)	Grunenberg	
	Dr. Emmerlich	Dr. Pick		Frau Dr. Hartenstein	
	Erler	Porzner		Dr. Jens	
	Esters	Purps		Jung (Düsseldorf)	
	Ewen	Rappe (Hildesheim)		Klose	
	Frau Faße	Reimann	<b>FDP</b>	Müller (Pleisweiler)	
	Fischer (Homburg)	Frau Renger	Frau Dr. Adam-Schwaetzer	Niggemeier	
	Frau Fuchs (Köln)	Reuschenbach	Baum	Reschke	
	Frau Fuchs (Verl)	Reuter	Beckmann	Röth	
	Frau Ganseforth	Rixe	Bredelhorn	Schäfer (Offenburg)	
	Gansel	Schanz		Frau Dr. Skarpelis-Sperk	
				Frau Weyel	

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 31**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 39 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 407 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 14

<b>Ja</b>	<b>Nein</b>		
<b>SPD</b>	<b>CDU/CSU</b>	Frau Dr. Hellwig	Pfeffermann
Frau Dr. Hartenstein	Dr. Abelein	Helmrich	Pfeifer
	Austermann	Dr. Hennig	Dr. Pinger
<b>FDP</b>	Bauer	Herkenrath	Dr. Pohlmeier
Dr. Feldmann	Bayha	Hinrichs	Dr. Probst
Frau Dr. Hamm-Brücher	Dr. Becker (Frankfurt)	Hinsken	Rauen
	Biehle	Höffkes	Rawe
	Dr. Blens	Höpfinger	Reddemann
	Dr. Blüm	Hörster	Regenspurger
<b>DIE GRÜNEN</b>	Böhm (Melsungen)	Dr. Hoffacker	Repnik
Frau Beck-Oberdorf	Börnßen (Bönstrup)	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Riedl (München)
Frau Beer	Dr. Bötsch	Dr. Hornhues	Dr. Riesenhuber
Brauer	Bohl	Frau Hurland-Büning	Frau Rönsch (Wiesbaden)
Dr. Daniels (Regensburg)	Bohlsen	Dr. Hüsch	Frau Roitzsch (Quickborn)
Ebermann	Borchert	Graf Huyn	Dr. Rose
Frau Eid	Breuer	Jäger	Rossmann
Frau Flinner	Bühler (Bruchsal)	Dr. Jahn (Münster)	Roth (Gießen)
Frau Garbe	Carstens (Emstek)	Dr. Jobst	Rühe
(B) Häfner	Carstensen (Nordstrand)	Jung (Limburg)	Dr. Rüttgers
Frau Hensel	Clemens	Jung (Lörrach)	Ruf
Frau Hillerich	Dr. Czaja	Kalb	Sauer (Salzgitter)
Hoss	Dr. Daniels (Bonn)	Dr.-Ing. Kansy	Sauer (Stuttgart)
Hüser	Daweke	Dr. Kappes	Sauter (Epfendorf)
Kleinert (Marburg)	Frau Dempwolf	Frau Karwatzki	Dr. Schäuble
Dr. Knabe	Deres	Kiechle	Scharrenbroich
Kreuzeder	Dörflinger	Klein (München)	Schemken
Frau Krieger	Doss	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Scheu
Dr. Lippelt (Hannover)	Dr. Dregger	Kolb	Schmidbauer
Dr. Mechtersheimer	Echternach	Kossendey	Schmitz (Baesweiler)
Frau Nickels	Eigen	Kraus	von Schmude
Frau Oesterle-Schwerin	Engelsberger	Krey	Freiherr von Schorlemer
Frau Rust	Eylmann	Kroll-Schlüter	Schreiber
Frau Saibold	Dr. Falthäuser	Dr. Kronenberg	Dr. Schroeder (Freiburg)
Frau Schilling	Dr. Fell	Dr. Kunz (Weiden)	Schulhoff
Schily	Fellner	Lamers	Dr. Schulte
Frau Schmidt-Bott	Frau Fischer	Dr. Lammert	(Schwäbisch Gmünd)
Frau Schoppe	Fischer (Hamburg)	Dr. Langner	Schwarz
Frau Teubner	Francke (Hamburg)	Lattmann	Dr. Schwarz-Schilling
Frau Unruh	Dr. Friedmann	Dr. Laufs	Dr. Schwörer
Frau Vennegerts	Dr. Friedrich	Lenzer	Seehofer
Volmer	Fuchtel	Frau Limbach	Seesing
Weiss (München)	Funk (Gutenzell)	Link (Diepholz)	Seiters
Wetzel	Ganz (St. Wendel)	Link (Frankfurt)	Spilker
Frau Wilms-Kegel	Frau Geiger	Linsmeier	Spranger
Frau Wollny	Geis	Lintner	Dr. Sprung
	Dr. von Geldern	Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Stark (Nürtingen)
<i>Berliner Abgeordnete</i>	Gerstein	Louven	Dr. Stavenhagen
Frau Olms	Gerster (Mainz)	Lowack	Dr. Stercken
Sellin	Glos	Maaß	Dr. Stoltenberg
	Dr. Göhner	Frau Männle	Strube
<b>Fraktionslos</b>	Dr. Götz	Magin	Susset
Wüppesahl	Gröbl	Marschewski	Tillmann
	Dr. Grünwald	Dr. Meyer zu Bentrop	Dr. Uelhoff
	Günther	Michels	Uldall
	Dr. Häfele	Dr. Möller	Dr. Unland
	Harries	Dr. Müller	Frau Verhülsdonk
	Frau Hasselfeldt	Müller (Wadern)	Vogel (Ennepetal)
	Hauser (Esslingen)	Nelle	Vogt (Düren)
	Hauser (Krefeld)	Neumann (Bremen)	Dr. Voigt (Northeim)
	Hedrich	Niegel	Dr. Vondran
	Freiherr Heereman von	Dr. Olderog	Dr. Voss
	Zuydtwyck	Oswald	Dr. Waffenschmidt
		Frau Pack	Dr. Waigel
		Pesch	Graf von Waldburg-Zeil
		Petersen	Dr. Warnke

(D)



(A)	Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Dr. Glotz Graf Großmann Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nägel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps	Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuschenbach Reuter Rixe Schanz Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempfen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)
	<i>Berliner Abgeordnete</i>  Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir				
	<b>SPD</b>  Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglaup Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erlor Esters Ewen				
(B)				(D)	
			<i>Berliner Abgeordnete</i>  Hoppe		
			<b>Enthalten</b>  <b>SPD</b>  Dr. Apel Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Frau Dr. Götte Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler) Niggemeier Reschke Roth Schäfer (Offenburg) Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel		
		<i>Berliner Abgeordnete</i>  Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 32**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 199 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 253 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 8

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmann  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger  
 Jahn (Marburg)

Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehlm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster

Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**FDP**

Frau Dr. Hamm-Brücher

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner

Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens

(B)

(D)

(A)	Dr. Czaja Dr. Daniels (Bonn) Daweke Frau Dempwolf Deres Dörflinger Doss Dr. Dregger Echternach Eigen Engelsberger Eylmann Dr. Faltlhauser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünewald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsch Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey	Kraus Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Olderog Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmanith Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)	Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywiets	(C)
(B)		<i>Berliner Abgeordnete</i> Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir	<i>Berliner Abgeordneter</i> Hoppe		
		<b>SPD</b> Gansel Müller (Düsseldorf) Nagel Pfuhl Würtz	<b>Enthalten</b> <b>SPD</b> Dr. Apel Dr. Ehrenberg Grunenberg Niggemeier Rappe (Hildesheim) Reuschenbach Stahl (Kempfen) Dr. Wernitz	(D)	

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 33**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 38 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 406 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 16

<b>Ja</b>	Bauer	Höffkes	Rawe
<b>SPD</b>	Bayha	Höpfinger	Reddemann
Gansel	Dr. Becker (Frankfurt)	Hörster	Regenspurger
Müller (Düsseldorf)	Biehle	Dr. Hoffacker	Repnik
<b>DIE GRÜNEN</b>	Dr. Blens	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Riedl (München)
Frau Beck-Oberdorf	Dr. Blüm	Dr. Hornhues	Dr. Riesenhuber
Frau Beer	Böhm (Melsungen)	Frau Hürland-Büning	Frau Rönsch (Wiesbaden)
Brauer	Börnsen (Bönstrup)	Dr. Hüsch	Frau Roitzsch (Quickborn)
Dr. Daniels (Regensburg)	Dr. Bötsch	Graf Huyn	Dr. Rose
Ebermann	Bohl	Jäger	Rossmannith
Frau Eid	Bohlsen	Dr. Jahn (Münster)	Roth (Gießen)
Frau Flinner	Borchert	Dr. Jobst	Rühe
Frau Garbe	Breuer	Jung (Limburg)	Dr. Rüttgers
Häfner	Bühler (Bruchsal)	Jung (Lörrach)	Ruf
Frau Hensel	Carstens (Emstek)	Kalb	Sauer (Salzgitter)
Frau Hillerich	Carstensen (Nordstrand)	Dr.-Ing. Kansy	Sauer (Stuttgart)
Hoss	Clemens	Dr. Kappes	Sauter (Epfendorf)
Hüser	Dr. Czaja	Frau Karwatzki	Dr. Schäuble
Kleinert (Marburg)	Dr. Daniels (Bonn)	Kiechle	Scharrenbroich
Dr. Knabe	Daweke	Klein (München)	Schemken
Kreuzeder	Frau Dempwolf	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Scheu
Frau Krieger	Deres	Kolb	Schmidbauer
Dr. Lippelt (Hannover)	Dörflinger	Kossendey	Schmitz (Baesweiler)
Dr. Mechtersheimer	Doss	Kraus	von Schmude
Frau Nickels	Dr. Dregger	Krey	Freiherr von Schorlemer
Frau Oesterle-Schwerin	Echternach	Kroll-Schlüter	Schreiber
Frau Rust	Eigen	Dr. Kronenberg	Dr. Schroeder (Freiburg)
Frau Saibold	Engelsberger	Dr. Kunz (Weiden)	Schulhoff
Frau Schilling	Eylmann	Lamers	Dr. Schulte
Schily	Dr. Faltthäuser	Dr. Lammert	(Schwäbisch Gmünd)
Frau Schmidt-Bott	Dr. Fell	Dr. Langner	Schwarz
Frau Schoppe	Fellner	Lattmann	Dr. Schwarz-Schilling
Frau Teubner	Frau Fischer	Dr. Laufs	Dr. Schwörer
Frau Unruh	Fischer (Hamburg)	Lenzer	Seehofer
Frau Vennegerts	Francke (Hamburg)	Frau Limbach	Seesing
Volmer	Dr. Friedmann	Link (Diepholz)	Seiters
Weiss (München)	Dr. Friedrich	Link (Frankfurt)	Spilker
Wetzell	Fuchtel	Linsmeier	Spranger
Frau Wilms-Kegel	Funk (Gutenzell)	Lintner	Dr. Sprung
Frau Wollny	Ganz (St. Wendel)	Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Stark (Nürtingen)
<i>Berliner Abgeordnete</i>	Frau Geiger	Louven	Dr. Stavenhagen
Frau Olms	Geis	Lowack	Dr. Stercken
Sellin	Dr. von Geldern	Maaß	Dr. Stoltenberg
<b>Fraktionslos</b>	Gerstein	Frau Männle	Strube
Wüppesahl	Gerster (Mainz)	Magin	Susset
<b>Nein</b>	Glos	Marschewski	Tillmann
<b>CDU/CSU</b>	Dr. Göhner	Dr. Meyer zu Bentrup	Dr. Uelhoff
Dr. Abelein	Dr. Götz	Michels	Uldall
Austermann	Gröbl	Dr. Möller	Dr. Unland
	Dr. Grünewald	Dr. Müller	Frau Verhülsdonk
	Günther	Müller (Wadern)	Vogel (Ennepetal)
	Dr. Häfele	Nelle	Vogt (Düren)
	Harries	Neumann (Bremen)	Dr. Voigt (Northeim)
	Frau Hasselfeldt	Niegel	Dr. Vondran
	Hauser (Esslingen)	Dr. Olderog	Dr. Voss
	Hauser (Krefeld)	Oswald	Dr. Waffenschmidt
	Hedrich	Frau Pack	Dr. Waigel
	Freiherr Heereman von	Pesch	Graf von Waldburg-Zeil
	Zuydtwyck	Petersen	Dr. Warnke
	Frau Dr. Hellwig	Pfeffermann	Dr. Warrikoff
	Helmrich	Pfeifer	Dr. von Wartenberg
	Dr. Hennig	Dr. Pinger	Weiß (Kaiserslautern)
	Herkenrath	Dr. Pohlmeier	Werner (Ulm)
	Hinrichs	Dr. Probst	Frau Will-Feld
	Hinsken	Rauen	Frau Dr. Wilms

(D)

(A)	<p>Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir</p> <p><b>SPD</b></p> <p>Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglaup Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Dr. Gautier</p>	<p>Gilges Dr. Glotz Graf Großmann Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuschenbach Reuter Rixe Schanz Dr. Scheer</p>	<p>Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schroer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wieczorek Wieczorek (Duisburg) Frau Wieczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)</p> <p><b>FDP</b></p> <p>Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Breddehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth)</p>	<p>(C)</p> <p>Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Immer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz</p> <p><i>Berliner Abgeordneter</i></p> <p>Hoppe</p> <p>(D)</p> <p><b>Enthalten</b></p> <p><b>SPD</b></p> <p>Dr. Apel Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Frau Dr. Götte Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Klose Müller (Pleisweiler) Niggemeier Reschke Roth Schäfer (Offenburg) Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel</p> <p><b>FDP</b></p> <p>Frau Dr. Hamm-Brücher</p>
-----	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 34**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 410 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 14

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzell  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wolny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm

Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Faltthäuser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues

Frau Hürland-Büning  
 Dr. Hüsch  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeiffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspurger  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber

Frau Rönsch (Wiesbaden)  
 Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmannith  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrkoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski  
 Wissmann  
 Dr. Wittmann

(B)

(D)

(A)	Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Großmann Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hüller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kühlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuschenbach Reuter Rixe Schanz	Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wieczorek Wieczorek (Duisburg) Frau Wieczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	Bredelhorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywiertz	(C)
	<i>Berliner Abgeordnete</i>				
	Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir				
	<b>SPD</b>				
	Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Dr. Glotz Graf				
(B)				<i>Berliner Abgeordneter</i>	
				Hoppe	
				(D)	
				<b>Enthalten</b>	
				<b>SPD</b>	
				Dr. Apel Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Frau Dr. Götte Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler-Oberhofen) Niggemeier Reschke Roth Schäfer (Offenburg) Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel	
		<i>Berliner Abgeordnete</i>			
		Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)			
		<b>FDP</b>			
		Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 35**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 408 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 16

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinger  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzell  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

(B)

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm

Böhm (Melsungen)  
 Börsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Falthäuser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues

Frau Hürland-Büning  
 Dr. Hüsck  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspurg  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber

Frau Rönsch (Wiesbaden)  
 Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmanith  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Nörtheim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrikoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski  
 Wissmann  
 Dr. Wittmann

(D)



(A)	<p>Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir</p> <p><b>SPD</b></p> <p>Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglaup Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erlor Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Dr. Glotz Graf Großmann</p>	<p>Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hüller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Münztefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuschenbach Reuter Rixe Schanz Dr. Scheer Scherrer Schluckebier</p>	<p>Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wieczorek Wieczorek (Duisburg) Frau Wieczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)</p> <p><b>FDP</b></p> <p>Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard</p>	(C)	<p>Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz</p> <p><i>Berliner Abgeordneter</i></p> <p>Hoppe</p> <p><b>Enthalten</b></p> <p><b>SPD</b></p> <p>Dr. Apel Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Frau Dr. Götte Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Klose Müller (Pleisweiler) Niggemeier Reschke Roth Schäfer (Offenburg) Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel</p> <p><b>FDP</b></p> <p>Frau Dr. Hamm-Brücher</p>	(D)
-----	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 36**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 36 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 410 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 14

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

(B)

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm

Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Faltlhauser  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues

Frau Hürland-Büning  
 Dr. Hüsch  
 Graf Huyn  
 Jäger  
 Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Dr. Müller  
 Müller (Wadern)  
 Nelle  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Dr. Olderog  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspurger  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)  
 Dr. Riesenhuber

Frau Rönsch (Wiesbaden)  
 Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Dr. Rose  
 Rossmannith  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrikoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski  
 Wissmann  
 Dr. Wittmann

(D)

(A)	<p>Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir</p> <p><b>SPD</b></p> <p>Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnßen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gilges Dr. Glotz Graf</p>	<p>Großmann Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kühlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Münztefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuschenbach Reuter Rixe Schanz</p>	<p>Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbanik Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)</p> <p><b>FDP</b></p> <p>Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann</p>	<p>Bredel Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thome Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz</p> <p><i>Berliner Abgeordnete</i></p> <p>Hoppe</p> <p><b>Enthalten</b></p> <p><b>SPD</b></p> <p>Dr. Apel Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Frau Dr. Götte Grunenberg Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler) Niggemeier Reschke Roth Schäfer (Offenburg) Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel</p>	(C)
(B)			(D)		

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 37**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 199 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 251 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 10

<b>Ja</b>	Jaunich	Frau Seuster	Kleinert (Marburg)
	Dr. Jens	Sielaff	Dr. Knabe
<b>SPD</b>	Jung (Düsseldorf)	Sieler (Amberg)	Kreuzeder
	Jungmann	Singer	Frau Krieger
Frau Adler	Kastning	Frau Dr. Skarpelis-Sperk	Dr. Lippelt (Hannover)
Dr. Ahrens	Kiehm	Dr. Soell	Dr. Mechtersheimer
Amling	Kirschner	Frau Dr. Sonntag-Wolgast	Frau Nickels
Andres	Kißlinger	Dr. Sperling	Frau Oesterle-Schwerin
Antretter	Klein (Dieburg)	Steiner	Frau Rust
Bachmaier	Klose	Frau Steinhauer	Frau Saibold
Bahr	Kolbow	Stiegler	Frau Schilling
Bamberg	Koltzsch	Dr. Struck	Schily
Becker (Nienberge)	Koschnick	Frau Terborg	Frau Schmidt-Bott
Frau Becker-Inglau	Kretkowski	Tietjen	Frau Schoppe
Bernrath	Kühbacher	Frau Dr. Timm	Frau Teubner
Bindig	Kühlwein	Frau Traupe	Frau Unruh
Frau Blunck	Lambinus	Urbaniak	Frau Vennegerts
Dr. Böhme (Unna)	Leidinger	Vahlberg	Volmer
Börnsen (Ritterhude)	Lennartz	Verheugen	Weiss (München)
Brück	Leonhart	Voigt (Frankfurt)	Wetzel
Büchler (Hof)	Lohmann (Witten)	Frau Dr. Wegner	Frau Wilms-Kegel
Büchner (Speyer)	Lutz	Weiermann	Frau Wollny
Dr. von Bülow	Frau Dr. Martiny-Glotz	Frau Weiler	
Frau Bulmahn	Frau Matthäus-Maier	Weisskirchen (Wiesloch)	<i>Berliner Abgeordnete</i>
Buschfort	Menzel	Westphal	
(B) Catenhusen	Dr. Mertens (Bottrop)	Frau Weyel	
Frau Conrad	Müller (Düsseldorf)	Dr. Wiczorek	Frau Olms
Conradi	Müller (Pleisweiler)	Wiczorek (Duisburg)	Sellin
Frau Dr. Däubler-Gmelin	Müller (Schweinfurt)	Frau Wiczorek-Zeul	
Daubertshäuser	Müntefering	Wiefelspütz	<b>Fraktionslos</b>
Diller	Nehm	von der Wiesche	
Dreßler	Frau Dr. Niehuis	Wimmer (Neuötting)	Wüppesahl
Duve	Dr. Niese	Dr. de With	
Dr. Ehmke (Bonn)	Dr. Nöbel	Wittich	
Dr. Emmerlich	Frau Odendahl	Zander	
Erlar	Oesinghaus	Zeitler	
Esters	Oostergetelo	Zumkley	
Ewen	Opel		
Frau Faße	Dr. Osswald	<i>Berliner Abgeordnete</i>	<b>Nein</b>
Fischer (Homburg)	Paterna		<b>CDU/CSU</b>
Frau Fuchs (Köln)	Pauli	Egert	
Frau Fuchs (Verl)	Dr. Penner	Heimann	Dr. Abelein
Frau Ganseforth	Peter (Kassel)	Frau Luuk	Austermann
Gansel	Dr. Pick	Dr. Mitzscherling	Bauer
Dr. Gautier	Porzner	Stobbe	Bayha
Gerster (Worms)	Purps	Dr. Vogel	Dr. Becker (Frankfurt)
Gilges	Reimann	Wartenberg (Berlin)	Biehle
Dr. Glotz	Frau Renger		Dr. Blens
Frau Dr. Götte	Reschke	<b>DIE GRÜNEN</b>	Dr. Blüm
Graf	Reuter	Frau Beck-Oberdorf	Böhm (Melsungen)
Großmann	Rixe	Frau Beer	Börnsen (Bönstrup)
Dr. Haack	Roth	Brauer	Dr. Bötsch
Haack (Extertal)	Schäfer (Offenburg)	Dr. Daniels (Regensburg)	Bohl
Frau Hämmerle	Schanz	Ebermann	Bohlsen
Hasenfratz	Dr. Scheer	Frau Eid	Borchert
Dr. Hauchler	Scherrer	Frau Flinner	Breuer
Dr. Hauff	Schluckebier	Frau Garbe	Bühler (Bruchsal)
Heistermann	Schmidt (München)	Häfner	Carstens (Emstek)
Heyenn	Frau Schmidt (Nürnberg)	Frau Hensel	Carstens (Nordstrand)
Hiller (Lübeck)	Schmidt (Salzgitter)	Frau Hillerich	Clemens
Dr. Holtz	Dr. Schmude	Hoss	Dr. Czaja
Horn	Schreiner	Hüser	Dr. Daniels (Bonn)
Huonker	Schröer (Mülheim)		Daweke
Ibrügger	Schütz		
Jahn (Marburg)	Seidenthal		

(A)	Frau Dempwolf Deres Dörflinger Doss Dr. Dregger Echternach Eigen Engelsberger Eylmann Dr. Faltthäuser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünwald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig (B) Herkenrath Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsch Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Krey	Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Olderog Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmann Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)	Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesinger Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz  <i>Berliner Abgeordneter</i>  Hoppe	(C)
		<i>Berliner Abgeordnete</i>  Buschbom Feilcke Kalisch Kittlmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir	<b>Enthalten</b>  <b>SPD</b> Dr. Apel Dr. Ehrenberg Grunenberg Frau Dr. Hartenstein Nagel Niggemeier Rappe (Hildesheim) Reuschenbach Stahl (Kempen) Dr. Wernitz	(D)	
		<b>SPD</b> Pfuhl Würtz			

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 38**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 200 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 252 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 8

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglauf  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger

Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz

Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss

Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke

(B)

(D)

(A)	Frau Dempwolf Deres Dörflinger Doss Dr. Dregger Echternach Eigen Engelsberger Eylmann Dr. Falthäuser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünwald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich	Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Olderog Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmanith Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)	Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waiffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrkoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Witz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywiertz	(C)	
(B)	Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsch Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Krey			<i>Berliner Abgeordnete</i>  <i>Berliner Abgeordnete</i> Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir	<b>Enthalten</b> <b>SPD</b> Dr. Apel Dr. Ehrenberg Grunenberg Niggemeier Rappe (Hildesheim) Reuschenbach Stahl (Kempfen) Dr. Wernitz	(D)

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 39**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 200 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 252 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 8

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Conradi  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger

Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz

Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinker  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss

Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wolny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke

(B)

(D)



(A)	Frau Dempwolf Deres Dörflinger Doss Dr. Dregger Echternach Eigen Engelsberger Eylmann Dr. Falthäuser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünewald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich	Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Olderog Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmanith Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff	Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	<b>FDP</b> Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hirschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz  <i>Berliner Abgeordneter</i>  Hoppe  <b>Enthalten</b>  <b>SPD</b> Dr. Apel Dr. Ehrenberg Grunenberg Niggemeier Rappe (Hildesheim) Reuschenbach Stahl (Kempfen) Dr. Wernitz	(C)
(B)	Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hurland-Büning Dr. Hüscher Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus				(D)
			<i>Berliner Abgeordnete</i>  Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir  <b>SPD</b> Nagel Pfuhl Würtz		

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 40**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 197 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 251 und 11 Berliner Abgeordnete

enthalten: 12

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglaup  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Büchner (Speyer)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Dr. Hauff  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker  
 Ibrügger  
 Jahn (Marburg)  
 Jaunich

Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Lennartz  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schäfer (Offenburg)  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sielaff

Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

*Berliner Abgeordnete*

Egert  
 Heimann  
 Frau Luuk  
 Dr. Mitzscherling  
 Stobbe  
 Dr. Vogel  
 Wartenberg (Berlin)

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinger  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe

Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

*Berliner Abgeordnete*

Frau Olms  
 Sellin

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger

(B)

(D)

(A)	Doss Dr. Dregger Echternach Eigen Engelsberger Eylmann Dr. Faltlhauser Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünewald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsck Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers	Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Möller Dr. Müller Müller (Wadern) Nelle Neumann (Bremen) Niegel Dr. Olderog Oswald Frau Pack Pesch Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmann Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing	Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrickoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Painter Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thoma Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolffgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)
(B)	Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsck Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers	Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Dr. Rose Rossmann Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing	Berliner Abgeordnete  Berliner Abgeordnete  Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir  SPD  Conradi Nagel Pfuhl Würtz  FDP  Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann	Berliner Abgeordneter  Hoppe  <b>Enthalten</b>  <b>SPD</b>  Dr. Apel Bamberg Dr. Ehrenberg Grunenberg Koschnick Niggemeier Rappe (Hildesheim) Reuschenbach Stahl (Kempen) Dr. Wernitz  <b>FDP</b>  Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Hirsch	(D)

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 41**

Abgegebene Stimmen: 460 und 20 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 37 und 2 Berliner Abgeordnete

nein: 410 und 18 Berliner Abgeordnete

enthalten: 13

<b>Ja</b>	Bayha	Höpfinger	Reddemann
<b>SPD</b>	Dr. Becker (Frankfurt)	Hörster	Regenspurger
	Biehle	Dr. Hoffacker	Repnik
<b>Gilges</b>	Dr. Blens	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Riedl (München)
	Dr. Blüm	Dr. Hornhues	Dr. Riesenhuber
<b>DIE GRÜNEN</b>	Böhm (Melsungen)	Frau Hürland-Büning	Frau Rönsch (Wiesbaden)
	Börnsen (Bönstrup)	Dr. Hüscher	Frau Roitzsch (Quickborn)
	Dr. Bötsch	Graf Huyn	Dr. Rose
	Bohl	Jäger	Rossmann
Frau Beck-Oberdorf	Bohlsen	Dr. Jahn (Münster)	Roth (Gießen)
Frau Beer	Borchert	Dr. Jobst	Rühe
Brauer	Breuer	Jung (Limburg)	Dr. Rüttgers
Dr. Daniels (Regensburg)	Bühler (Bruchsal)	Jung (Lörrach)	Ruf
Ebermann	Carstens (Emstek)	Kalb	Sauer (Salzgitter)
Frau Eid	Carstensen (Nordstrand)	Dr.-Ing. Kansy	Sauer (Stuttgart)
Frau Flinner	Clemens	Dr. Kappes	Sauter (Epfendorf)
Frau Garbe	Dr. Czaja	Frau Karwatzki	Dr. Schäuble
Häfner	Dr. Daniels (Bonn)	Kiechle	Scharrenbroich
Frau Hensel	Daweke	Klein (München)	Schemken
Frau Hillerich	Frau Dempwolf	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Scheu
Hoss	Deres	Kolb	Schmidbauer
Hüser	Dörflinger	Kossendey	Schmitz (Baesweiler)
Kleinert (Marburg)	Doss	Kraus	von Schmude
Dr. Knabe	Dr. Dregger	Krey	Freiherr von Schorlemer
Kreuzeder	Echternach	Kroll-Schlüter	Schreiber
(B) Frau Krieger	Eigen	Dr. Kronenberg	Dr. Schroeder (Freiburg)
Dr. Lippelt (Hannover)	Engelsberger	Dr. Kunz (Weiden)	Schulhoff
Dr. Mechtersheimer	Eylmann	Lamers	Dr. Schulte
Frau Nickels	Dr. Falthäuser	Dr. Lammert	(Schwäbisch Gmünd)
Frau Oesterle-Schwerin	Dr. Fell	Dr. Langner	Schwarz
Frau Rust	Fellner	Lattmann	Dr. Schwarz-Schilling
Frau Saibold	Frau Fischer	Dr. Laufs	Dr. Schwörer
Frau Schilling	Fischer (Hamburg)	Lenzer	Seehofer
Schily	Francke (Hamburg)	Frau Limbach	Seesing
Frau Schmidt-Bott	Dr. Friedmann	Link (Diepholz)	Seiters
Frau Schoppe	Dr. Friedrich	Link (Frankfurt)	Spilker
Frau Teubner	Fuchtel	Linsmeier	Spranger
Frau Unruh	Funk (Gutenzell)	Lintner	Dr. Sprung
Frau Vennegerts	Ganz (St. Wendel)	Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Stark (Nürtingen)
Volmer	Frau Geiger	Louven	Dr. Stavenhagen
Weiss (München)	Geis	Lowack	Dr. Stercken
Wetzlar	Dr. von Geldern	Maaß	Dr. Stoltenberg
Frau Wilms-Kegel	Gerstein	Frau Männle	Strube
Frau Wolny	Gerster (Mainz)	Magin	Susset
	Glos	Marschewski	Tillmann
<i>Berliner Abgeordnete</i>	Dr. Göhner	Dr. Meyer zu Bentrup	Dr. Uelhoff
	Dr. Götz	Michels	Uldall
	Gröbl	Dr. Möller	Dr. Unland
Frau Olms	Dr. Grünewald	Dr. Müller	Frau Verhülsdonk
Sellin	Günther	Müller (Wadern)	Vogel (Ennepetal)
	Dr. Häfele	Nelle	Vogt (Düren)
<b>Fraktionslos</b>	Harries	Neumann (Bremen)	Dr. Voigt (Northeim)
	Frau Hasselfeldt	Niegel	Dr. Vondran
	Hauser (Esslingen)	Dr. Olderog	Dr. Voss
Wüppesahl	Hauser (Krefeld)	Oswald	Dr. Waffenschmidt
	Hedrich	Frau Pack	Dr. Waigel
	Freiherr Heereman von	Pesch	Graf von Waldburg-Zeil
	Zuydtwyck	Petersen	Dr. Warnke
<b>Nein</b>	Frau Dr. Hellwig	Pfeffermann	Dr. Warnikoff
	Helmrich	Pfeifer	Dr. von Wartenberg
<b>CDU/CSU</b>	Dr. Hennig	Dr. Pinger	Weiß (Kaiserslautern)
	Herkenrath	Dr. Pohlmeier	Werner (Ulm)
Dr. Abelein	Hinrichs	Dr. Probst	Frau Will-Feld
Austermann	Hinsken	Rauen	Frau Dr. Wilms
Bauer	Höffkes	Rawe	Wilz

(D)

(A)	Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Graf Großmann Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Jung (Düsseldorf) Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Lennartz Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Müller (Düsseldorf) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reuschenbach Reuter Rixe Roth	Schäfer (Offenburg) Schanz Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schróer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Sieler (Amberg) Singer Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Dr. Wieczorek Wieczorek (Duisburg) Frau Wieczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	Bredenhorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(C)
	<i>Berliner Abgeordnete</i>				
	Buschbom Feilcke Kalisch Kittelmann Lummer Dr. Mahlo Dr. Neuling Dr. Pfennig Schulze (Berlin) Straßmeir				
	<b>SPD</b>				
	Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Büchner (Speyer) Dr. von Bülow Frau Bulmalin Buschfort Catenhusen Frau Conrad Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Dr. Glotz				
(B)					
			<i>Berliner Abgeordneter</i>	(D)	
			Hoppe		
			<b>Enthalten</b>		
			<b>SPD</b>		
			Dr. Apel Conradi Dr. Ehrenberg Gerster (Worms) Frau Dr. Götte Grunenberg Dr. Jens Müller (Pleisweiler-Oberhofen) Niggemeier Reschke Frau Dr. Skarpelis-Sperk Frau Weyel		
		<i>Berliner Abgeordnete</i>			
		Egert Heimann Frau Luuk Dr. Mitzscherling Stobbe Dr. Vogel Wartenberg (Berlin)			
		<b>FDP</b>	<b>FDP</b>		
		Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann	Dr. Haussmann		

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 42**

Abgegebene Stimmen: 471; davon

ja: 232

nein: 230

enthalten: 9

<b>Ja</b>	Dr. Hauchler	Reuter	Funke
	Heimann	Rixe	Gattermann
	Heistermann	Roth	Gries
<b>CDU/CSU</b>	Heyenn	Schanz	Frau Dr. Hamm-Brücher
	Hiller (Lübeck)	Dr. Scheer	Dr. Hirsch
<b>Biehle</b>	Dr. Holtz	Scherrer	Dr. Hietschler
	Horn	Schluckebier	Irmer
	Huonker	Schmidt (München)	Kohn
	Ibrügger	Frau Schmidt (Nürnberg)	Rind
<b>SPD</b>	Jahn (Marburg)	Schmidt (Salzgitter)	Schäfer (Mainz)
	Jaunich	Dr. Schmude	Frau Dr. Segall
	Dr. Jens	Schreiner	Timm
Frau Adler	Jung (Düsseldorf)	Schröer (Mülheim)	Frau Würfel
Dr. Ahrens	Jungmann	Schütz	Wywietz
Amling	Kastning	Seidenthal	
Andres	Kiehm	Frau Seuster	
Antretter	Kirschner	Sieler (Amberg)	
Dr. Apel	Kißlinger	Singer	
Bachmaier	Klein (Dieburg)	Frau Dr. Skarpelis-Sperk	<b>DIE GRÜNEN</b>
Bahr	Klose	Dr. Soell	Frau Beck-Oberdorf
Bamberg	Kolbow	Frau Dr. Sonntag-Wolgast	Frau Beer
Becker (Nienberge)	Koltzsch	Dr. Sperling	Brauer
Frau Becker-Inglau	Koschnick	Stahl (Kempen)	Dr. Daniels (Regensburg)
Bernrath	Kretkowski	Steiner	Ebermann
Bindig	Kühbacher	Frau Steinhauer	Frau Eid
(B) Frau Blunck	Kuhlwein	Stiegler	Frau Flinker
Dr. Böhme (Unna)	Lambinus	Stobbe	Frau Garbe
Börnsen (Ritterhude)	Leidinger	Dr. Struck	Häfner
Brück	Leonhart	Frau Terborg	Frau Hensel
Büchler (Hof)	Lohmann (Witten)	Tietjen	Frau Hillerich
Dr. von Bülow	Lutz	Frau Dr. Timm	Hoss
Frau Bulmahn	Frau Luuk	Frau Traupe	Hüser
Buschfort	Frau Dr. Martiny-Glotz	Urbaniak	Kleinert (Marburg)
Catenhusen	Frau Matthäus-Maier	Vahlberg	Dr. Knabe
Frau Conrad	Menzel	Verheugen	Kreuzeder
Frau Dr. Däubler-Gmelin	Dr. Mertens (Bottrop)	Voigt (Frankfurt)	Frau Krieger
Daubertshäuser	Dr. Mitzscherling	Wartenberg (Berlin)	Dr. Lippelt (Hannover)
Diller	Müller (Düsseldorf)	Frau Dr. Wegner	Dr. Mechttersheimer
Dreßler	Müller (Pleisweiler)	Weiermann	Frau Nickels
Duve	Müller (Schweinfurt)	Frau Weiler	Frau Oesterle-Schwerin
Egert	Müntefering	Weisskirchen (Wiesloch)	Frau Olms
Dr. Ehmke (Bonn)	Nagel	Dr. Wernitz	Frau Rust
Dr. Ehrenberg	Nehm	Westphal	Frau Saibold
Dr. Emmerlich	Frau Dr. Niehuis	Frau Weyel	Frau Schilling
Erler	Dr. Niese	Dr. Wieczorek	Schily
Esters	Niggemeier	Frau Wieczorek-Zeul	Frau Schmidt-Bott
Ewen	Dr. Nöbel	Wiefelspütz	Frau Schoppe
Frau Faße	Frau Odendahl	Wimmer (Neuötting)	Sellin
Fischer (Homburg)	Oesinghaus	Dr. de With	Frau Teubner
Frau Fuchs (Köln)	Oostergetelo	Wittich	Frau Unruh
Frau Fuchs (Verl)	Opel	Würtz	Frau Vennegerts
Frau Ganseforth	Dr. Osswald	Zander	Volmer
Gansel	Paterna	Zeitler	Weiss (München)
Dr. Gautier	Pauli	Zumkley	Wetzel
Gerster (Worms)	Dr. Penner		Frau Wilms-Kegel
Gilges	Peter (Kassel)		Frau Wollny
Dr. Glotz	Pfuhl		
Frau Dr. Götte	Dr. Pick		
Graf	Porzner		
Großmann	Purps	<b>FDP</b>	
Grunenberg	Rappe (Hildesheim)	Breddehorn	
Dr. Haack	Reimann	Eimer (Fürth)	<b>Fraktionslos</b>
Haack (Extertal)	Frau Renger	Dr. Feldmann	
Frau Hämmerle	Reschke	Frau Folz-Steinacker	Wüppesahl
Frau Dr. Hartenstein	Reuschenbach		
Hasenfratz			

(D)

(A) <b>Nein</b>	Herkenrath	Petersen	Werner (Ulm)	(C)
<b>CDU/CSU</b>	Hinrichs	Pfeffermann	Frau Will-Feld	
Dr. Abelein	Hinsken	Dr. Pfennig	Frau Dr. Wilms	
Austermann	Höffkes	Dr. Pinger	Wilz	
Bauer	Höpfinger	Dr. Pohlmeier	Wimmer (Neuss)	
Bayha	Hörster	Dr. Probst	Windelen	
Dr. Becker (Frankfurt)	Dr. Hoffacker	Rauen	Frau Dr. Wisniewski	
Dr. Blens	Frau Hoffmann (Soltau)	Rawe	Wissmann	
Dr. Blüm	Dr. Hornhues	Reddemann	Dr. Wittmann	
Böhm (Melsungen)	Frau Hürland-Büning	Regenspurger	Würzbach	
Börnsen (Bönstrup)	Graf Huyn	Repnik	Dr. Wulff	
Dr. Bötsch	Dr. Hüscher	Dr. Riedl (München)	Zeitlmann	
Bohl	Jäger	Dr. Riesenhuber	Zierer	
Bohlsen	Dr. Jahn (Münster)	Frau Rönsch (Wiesbaden)	Dr. Zimmermann	
Borchert	Dr. Jobst	Frau Roitzsch (Quickborn)	Zink	
Breuer	Jung (Limburg)	Rossmann		
Bühler (Bruchsal)	Jung (Lörrach)	Roth (Gießen)		
Buschbom	Kalb	Rühe	<b>FDP</b>	
Carstens (Emstek)	Kalisch	Dr. Rüttgers	Frau Dr. Adam-Schwaetzer	
Carstensen (Nordstrand)	Dr.-Ing. Kansy	Ruf	Baum	
Clemens	Dr. Kappes	Sauer (Salzgitter)	Beckmann	
Dr. Czaja	Frau Karwatzki	Sauer (Stuttgart)	Cronenberg (Arnsberg)	
Dr. Daniels (Bonn)	Kiechle	Sauter (Epfendorf)	Engelhard	
Daweke	Kittelmann	Dr. Schäuble	Gallus	
Frau Dempwolf	Klein (München)	Scheu	Grüner	
Deres	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Schmidbauer	Heinrich	
Dörflinger	Kolb	Schmitz (Baesweiler)	Hoppe	
Doss	Kraus	von Schmude	Dr. Hoyer	
Dr. Dregger	Krey	Freiherr von Schorlemer	Kleinert (Hannover)	
Echternach	Kroll-Schlüter	Schreiber	Dr.-Ing. Laermann	
Eigen	Dr. Kronenberg	Dr. Schroeder (Freiburg)	Dr. Graf Lambsdorff	
Engelsberger	Dr. Kunz (Weiden)	Schulhoff	Mischnick	
Eylmann	Lamers	Dr. Schulte	Nolting	
Dr. Falthäuser	Dr. Lammert	(Schwäbisch Gmünd)	Paintner	
Feilcke	Dr. Langner	Schulze (Berlin)	Richter	
Dr. Fell	Lattmann	Schwarz	Ronneburger	
Fellner	Dr. Laufs	Dr. Schwarz-Schilling	Frau Seiler-Albring	
Fischer (Hamburg)	Lenzer	Dr. Schwörer	Dr. Solms	
Francke (Hamburg)	Frau Limbach	Seehofer	Dr. Thomae	
Dr. Friedmann	Link (Diepholz)	Seesing	Dr. Weng (Gerlingen)	(D)
Dr. Friedrich	Link (Frankfurt)	Seiters	Wolfgramm (Göttingen)	
Fuchtel	Linsmeier	Spilker		
Funk (Gutenzell)	Lintner	Spranger		
Ganz (St. Wendel)	Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Sprung		
Frau Geiger	Louven	Dr. Stark (Nürtingen)		
Geis	Lowack	Dr. Stavenhagen		
Dr. von Geldern	Lummer	Dr. Stercken		
Gerstein	Maaß	Straßmeir		
Gerster (Mainz)	Frau Männle	Strube	<b>Enthalten</b>	
Glos	Magin	Tillmann	<b>CDU/CSU</b>	
Dr. Göhner	Dr. Mahlo	Dr. Uelhoff	Frau Fischer	
Dr. Götz	Marschewski	Uldall	Hedrich	
Gröbl	Dr. Meyer zu Bentrup	Dr. Unland	Frau Dr. Hellwig	
Dr. Grünewald	Michels	Frau Verhülsdonk	Kossendey	
Günther	Dr. Möller	Vogel (Ennepetal)	Pfeifer	
Dr. Häfele	Dr. Müller	Vogt (Düren)	Scharrenbroich	
Harries	Müller (Wadern)	Dr. Voigt (Northeim)	Schemken	
Frau Hasselfeldt	Müller (Wesseling)	Dr. Vondran	Dr. Stoltenberg	
Hauser (Esslingen)	Nelle	Dr. Voss		
Hauser (Krefeld)	Dr. Neuling	Dr. Waffenschmidt		
Freiherr Heereman von	Neumann (Bremen)	Dr. Waigel		
Zuydtwyck	Niegel	Graf von Waldburg-Zeil		
Helmrich	Dr. Olderog	Dr. Warnke		
Dr. Hennig	Oswald	Dr. Warrikoff	<b>FDP</b>	
	Frau Pack	Dr. von Wartenberg	Neuhausen	
	Pesch	Weiß (Kaiserslautern)		

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 43**

Abgegebene Stimmen: 471; davon

ja: 211

nein: 258

enthalten: 2

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Dr. Apel  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Büchler (Hof)  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Egert  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Ehrenberg  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Grunenberg  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Heimann  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn

Huonker  
 Ibrügger  
 Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Luuk  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Dr. Mitzscherling  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Niggemeier  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Pfuhl  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuschenbach  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)

Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Stahl (Kempen)  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Stobbe  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Wartenberg (Berlin)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Dr. Wernitz  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Würtz  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)

Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Olms  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Sellin  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Buschbom  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger

(B)

(D)



(A)	Echternach	Klein (München)	Ruf	Zeitmann	(C)
	Eigen	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Sauer (Salzgitter)	Zierer	
	Engelsberger	Kolb	Sauer (Stuttgart)	Dr. Zimmermann	
	Eylmann	Kossendey	Sauter (Epfendorf)	Zink	
	Dr. Faltlhauser	Kraus	Dr. Schäuble		
	Feilcke	Krey	Scharrenbroich	<b>FDP</b>	
	Dr. Fell	Kroll-Schlüter	Schemken		
	Fellner	Dr. Kronenberg	Scheu		
	Frau Fischer	Dr. Kunz (Weiden)	Schmidbauer	Frau Dr. Adam-Schwaetzer	
	Fischer (Hamburg)	Lamers	Schmitz (Baesweiler)	Baum	
	Francke (Hamburg)	Dr. Lammert	von Schmude	Beckmann	
	Dr. Friedmann	Dr. Langner	Freiherr von Schorlemer	Bredenhorn	
	Dr. Friedrich	Lattmann	Schreiber	Cronenberg (Arnsberg)	
	Fuchtel	Dr. Laufs	Dr. Schroeder (Freiburg)	Eimer (Fürth)	
	Funk (Gutenzell)	Lenzer	Schulhoff	Engelhard	
	Ganz (St. Wendel)	Frau Limbach	Dr. Schulte	Dr. Feldmann	
	Frau Geiger	Link (Diepholz)	(Schwäbisch Gmünd)	Frau Folz-Steinacker	
	Geis	Link (Frankfurt)	Schulze (Berlin)	Funke	
	Dr. von Geldern	Linsmeier	Schwarz	Gallus	
	Gerstein	Lintner	Dr. Schwarz-Schilling	Gattermann	
	Gerster (Mainz)	Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Schwörer	Gries	
	Glos	Louven	Seehofer	Grüner	
	Dr. Göhner	Lowack	Seesing	Frau Dr. Hamm-Brücher	
	Dr. Götz	Lummer	Seiters	Dr. Haussmann	
	Gröbl	Maaß	Spilker	Heinrich	
	Dr. Grünewald	Frau Männle	Spranger	Dr. Hirsch	
	Günther	Magin	Dr. Sprung	Dr. Hitschler	
	Dr. Häfele	Dr. Mahlo	Dr. Stark (Nürtingen)	Hoppe	
	Harries	Marschewski	Dr. Stavenhagen	Dr. Hoyer	
	Frau Hasselfeldt	Dr. Meyer zu Bentrup	Dr. Stercken	Irmer	
	Hauser (Esslingen)	Michels	Dr. Stoltenberg	Kleinert (Hannover)	
	Hauser (Krefeld)	Dr. Müller	Straßmeir	Kohn	
	Hedrich	Müller (Wadern)	Strube	Dr.-Ing. Laermann	
	Freiherr Heereman von	Müller (Wesseling)	Susset	Dr. Graf Lambsdorff	
	Zuydtwyck	Nelle	Tillmann	Neuhausen	
	Frau Dr. Hellwig	Dr. Neuling	Dr. Uelhoff	Nolting	
	Helmrich	Neumann (Bremen)	Uldall	Painter	
	Dr. Hennig	Niegel	Dr. Unland	Richter	
	Herkenrath	Dr. Olderog	Frau Verhülsdonk	Rind	
	Hinrichs	Oswald	Vogel (Ennepetal)	Ronneburger	
	Hinsken	Frau Pack	Vogt (Düren)	Schäfer (Mainz)	
	Höffkes	Pesch	Dr. Voigt (Northeim)	Frau Dr. Segall	(D)
(B)	Höpfinger	Petersen	Dr. Vondran	Frau Seiler-Albring	
	Hörster	Pfeffermann	Dr. Voss	Dr. Solms	
	Dr. Hoffacker	Pfeifer	Dr. Waffenschmidt	Dr. Thomae	
	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Pfennig	Dr. Waigel	Timm	
	Dr. Hornhues	Dr. Pinger	Graf von Waldburg-Zeil	Dr. Weng (Gerlingen)	
	Frau Hürland-Büning	Dr. Pohlmeier	Dr. Warnke	Wolfgramm (Göttingen)	
	Graf Huyn	Dr. Probst	Dr. Warrikoff	Frau Würfel	
	Dr. Hüsch	Rauen	Dr. von Wartenberg	Zywietz	
	Jäger	Rawe	Weiß (Kaiserslautern)		
	Dr. Jahn (Münster)	Reddemann	Werner (Ulm)		
	Dr. Jobst	Regenspurger	Frau Will-Feld		
	Jung (Limburg)	Repnik	Frau Dr. Wilms		
	Jung (Lörrach)	Dr. Riedl (München)	Wilz		
	Kalb	Dr. Riesenhuber	Wimmer (Neuss)		
	Kalisch	Frau Rönsch (Wiesbaden)	Windelen	<b>Enthalten</b>	
	Dr.-Ing. Kansy	Frau Roitzsch (Quickborn)	Frau Dr. Wisniewski		
	Dr. Kappes	Rossmann	Wissmann	<b>SPD</b>	
	Frau Karwatzki	Roth (Gießen)	Dr. Wittmann		
	Kiechle	Rühe	Würzbach	Nagel	
	Kittlmann	Dr. Rüttgers	Dr. Wulff	Rappe (Hildesheim)	

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 44**

Abgegebene Stimmen: 468; davon

ja: 174

nein: 257

enthalten: 37

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Dr. Apel  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglaup  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Egert  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Ehrenberg  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glötz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Grunenberg  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Heimann  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker

Ibrügger  
 Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Lunk  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Dr. Mitzscherling  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nagel  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Niggemeier  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Pfuhl  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Rappe (Hildesheim)  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuschenbach  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)

Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude  
 Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Dr. Sperling  
 Stahl (Kempen)  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Stobbe  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Wartenberg (Berlin)  
 Frau Dr. Wegner  
 Weiermann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Dr. Wernitz  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Würtz  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

**DIE GRÜNEN**

Schily

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens

Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Buschbom  
 Carstens (Ernstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echnernach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Falthäuser  
 Feilcke  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünwald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker

(B)

(D)

(A)	Frau Hoffmann (Soltau)	Dr. Pfennig	Dr. Waffenschmidt	Frau Seiler-Albring	(C)
	Dr. Hornhues	Dr. Pinger	Dr. Waigel	Dr. Solms	
	Frau Hürland-Büning	Dr. Pohlmeier	Graf von Waldburg-Zeil	Dr. Thomae	
	Dr. Hüsch	Dr. Probst	Dr. Warnke	Timm	
	Graf Huyn	Rauen	Dr. Warrikoff	Dr. Weng (Gerlingen)	
	Jäger	Rawe	Dr. von Wartenberg	Wolfgramm (Göttingen)	
	Dr. Jahn (Münster)	Reddemann	Weiß (Kaiserslautern)	Frau Würfel	
	Dr. Jobst	Regenspurger	Werner (Ulm)	Zywietz	
	Jung (Limburg)	Repnik	Frau Will-Feld		
	Jung (Lörrach)	Dr. Riedl (München)	Frau Dr. Wilms		
	Kalb	Dr. Riesenhuber	Wilz		
	Kalisch	Frau Rönsch (Wiesbaden)	Wimmer (Neuss)		
	Dr.-Ing. Kansy	Frau Roitzsch (Quickborn)	Windelen		
	Dr. Kappes	Rossmann	Frau Dr. Wisniewski		
	Frau Karwatzki	Roth (Gießen)	Wissmann		
	Kiechle	Rühe	Dr. Wittmann		
	Kittelmann	Dr. Rüttgers	Würzbach		
	Klein (München)	Ruf	Dr. Wulff		
	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Sauer (Salzgitter)	Zeitlmann		
	Kolb	Sauer (Stuttgart)	Zierer		
	Kossendey	Sauter (Epfendorf)	Dr. Zimmermann		
	Kraus	Dr. Schäuble	Zink		
	Krey	Scharrenbroich			
	Kroll-Schlüter	Schemken			
	Dr. Kronenberg	Scheu			
	Dr. Kunz (Weiden)	Schmidbauer	<b>FDP</b>		
	Lamers	Schmitz (Baesweiler)	Frau Dr. Adam-Schwaetzer		
	Dr. Lammert	von Schmude	Baum		
	Dr. Langner	Freiherr von Schorlemer	Beckmann		
	Lattmann	Schreiber	Breddehorn		
	Dr. Laufs	Dr. Schroeder (Freiburg)	Cronenberg (Arnsberg)		
	Lenzer	Schulhoff	Eimer (Fürth)		
	Frau Limbach	Dr. Schulte	Engelhard		
	Link (Diepholz)	(Schwäbisch Gmünd)	Dr. Feldmann		
	Link (Frankfurt)	Schulze (Berlin)	Frau Folz-Steinacker		
	Linsmeier	Schwarz	Funke		
	Lintner	Dr. Schwarz-Schilling	Gallus		
	Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Schwörer	Gattermann		
	Louven	Seehofer	Gries		
	Lowack	Seesing	Grüner		
	Lummer	Seiters	Frau Dr. Hamm-Brücher		
	Maaß	Spilker	Dr. Haussmann		
(B)	Frau Männle	Spranger	Heinrich		
	Magin	Dr. Sprung	Dr. Hirsch		
	Dr. Mahlo	Dr. Stark (Nürtingen)	Dr. Hitschler		
	Marschewski	Dr. Stavenhagen	Hoppe		
	Dr. Meyer zu Bentrup	Dr. Stercken	Dr. Hoyer		
	Michels	Dr. Stoltenberg	Irmer		
	Dr. Möller	Straßmeir	Kleinert (Hannover)		
	Müller (Wadern)	Strube	Kohn		
	Müller (Wesseling)	Susset	Dr.-Ing. Laermann		
	Nelle	Tillmann	Dr. Graf Lambsdorff		
	Dr. Neuling	Dr. Uelhoff	Mischnick		
	Neumann (Bremen)	Uldall	Neuhausen		
	Niegel	Dr. Unland	Nolting		
	Oswald	Frau Verhülsdonk	Paintner		
	Frau Pack	Vogel (Ennepetal)	Richter		
	Pesch	Vogt (Düren)	Rind		
	Petersen	Dr. Voigt (Northeim)	Ronneburger		
	Pfeffermann	Dr. Vondran	Schäfer (Mainz)		
	Pfeifer	Dr. Voss	Frau Dr. Segall		
				<b>Enthalten</b>	
				<b>DIE GRÜNEN</b>	
				Frau Beck-Oberdorf	
				Frau Beer	
				Brauer	
				Dr. Daniels (Regensburg)	
				Ebermann	
				Frau Eid	
				Frau Flinger	
				Frau Garbe	
				Häfner	
				Frau Hensel	
				Frau Hillerich	
				Hoss	
				Hüser	
				Kleinert (Marburg)	
				Dr. Knabe	
				Kreuzeder	
				Frau Krieger	
				Dr. Lippelt (Hannover)	
				Dr. Mechttersheimer	
				Frau Nickels	
				Frau Oesterle-Schwerin	
				Frau Olms	
				Frau Rust	
				Frau Saibold	(D)
				Frau Schilling	
				Frau Schmidt-Bott	
				Frau Schoppe	
				Sellin	
				Frau Teubner	
				Frau Unruh	
				Frau Vennegerts	
				Volmer	
				Weiss (München)	
				Wetzel	
				Frau Wilms-Kegel	
				Frau Wollny	
				<b>Fraktionslos</b>	
				Wüppesahl	

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 45**

Abgegebene Stimmen: 468; davon

ja: 36

nein: 432

**Ja****DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Frau Beer  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechtersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Olms  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Sellin  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Volmer  
 Weiss (München)  
 Wetzell  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

(B)

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert

Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Buschbom  
 Carstens (Emstek)  
 Carstensen (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echternach  
 Eigen  
 Engelsberger  
 Eylmann  
 Dr. Faltlhauser  
 Feilcke  
 Dr. Fell  
 Fellner  
 Frau Fischer  
 Fischer (Hamburg)  
 Francke (Hamburg)  
 Dr. Friedmann  
 Dr. Friedrich  
 Fuchtel  
 Funk (Gutenzell)  
 Ganz (St. Wendel)  
 Frau Geiger  
 Geis  
 Dr. von Geldern  
 Gerstein  
 Gerster (Mainz)  
 Glos  
 Dr. Göhner  
 Dr. Götz  
 Gröbl  
 Dr. Grünewald  
 Günther  
 Dr. Häfele  
 Harries  
 Frau Hasselfeldt  
 Hauser (Esslingen)  
 Hauser (Krefeld)  
 Hedrich  
 Freiherr Heereman von  
 Zuydtwyck  
 Frau Dr. Hellwig  
 Helmrich  
 Dr. Hennig  
 Herkenrath  
 Hinrichs  
 Hinsken  
 Höffkes  
 Höpfinger  
 Hörster  
 Dr. Hoffacker  
 Frau Hoffmann (Soltau)  
 Dr. Hornhues  
 Frau Hürland-Büning  
 Graf Huyn  
 Dr. Hüsch  
 Jäger

Dr. Jahn (Münster)  
 Dr. Jobst  
 Jung (Limburg)  
 Jung (Lörrach)  
 Kalb  
 Kalisch  
 Dr.-Ing. Kansy  
 Dr. Kappes  
 Frau Karwatzki  
 Kiechle  
 Kittelmann  
 Klein (München)  
 Dr. Köhler (Wolfsburg)  
 Kolb  
 Kossendey  
 Kraus  
 Krey  
 Kroll-Schlüter  
 Dr. Kronenberg  
 Dr. Kunz (Weiden)  
 Lamers  
 Dr. Lammert  
 Dr. Langner  
 Lattmann  
 Dr. Laufs  
 Lenzer  
 Frau Limbach  
 Link (Diepholz)  
 Link (Frankfurt)  
 Linsmeier  
 Lintner  
 Dr. Lippold (Offenbach)  
 Louven  
 Lowack  
 Lummer  
 Maaß  
 Frau Männle  
 Magin  
 Dr. Mahlo  
 Marschewski  
 Dr. Meyer zu Bentrup  
 Michels  
 Dr. Möller  
 Müller (Wadern)  
 Müller (Wesseling)  
 Nelle  
 Dr. Neuling  
 Neumann (Bremen)  
 Niegel  
 Oswald  
 Frau Pack  
 Pesch  
 Petersen  
 Pfeffermann  
 Pfeifer  
 Dr. Pfennig  
 Dr. Pinger  
 Dr. Pohlmeier  
 Dr. Probst  
 Rauen  
 Rawe  
 Reddemann  
 Regenspurg  
 Repnik  
 Dr. Riedl (München)

Dr. Riesenhuber  
 Frau Rönsch (Wiesbaden)  
 Frau Roitzsch (Quickborn)  
 Rossmann  
 Roth (Gießen)  
 Rühle  
 Dr. Rüttgers  
 Ruf  
 Sauer (Salzgitter)  
 Sauer (Stuttgart)  
 Sauter (Epfendorf)  
 Dr. Schäuble  
 Scharrenbroich  
 Schemken  
 Scheu  
 Schmidbauer  
 Schmitz (Baesweiler)  
 von Schmude  
 Freiherr von Schorlemer  
 Schreiber  
 Dr. Schroeder (Freiburg)  
 Schulhoff  
 Dr. Schulte  
 (Schwäbisch Gmünd)  
 Schulze (Berlin)  
 Schwarz  
 Dr. Schwarz-Schilling  
 Dr. Schwörer  
 Seehofer  
 Seesing  
 Seiters  
 Spilker  
 Spranger  
 Dr. Sprung  
 Dr. Stark (Nürtingen)  
 Dr. Stavenhagen  
 Dr. Stercken  
 Dr. Stoltenberg  
 Straßmeir  
 Strube  
 Susset  
 Tillmann  
 Dr. Uelhoff  
 Uldall  
 Dr. Unland  
 Frau Verhülsdonk  
 Vogel (Ennepetal)  
 Vogt (Düren)  
 Dr. Voigt (Northeim)  
 Dr. Vondran  
 Dr. Voss  
 Dr. Waffenschmidt  
 Dr. Waigel  
 Graf von Waldburg-Zeil  
 Dr. Warnke  
 Dr. Warrikoff  
 Dr. von Wartenberg  
 Weiß (Kaiserslautern)  
 Werner (Ulm)  
 Frau Will-Feld  
 Frau Dr. Wilms  
 Wilz  
 Wimmer (Neuss)  
 Windelen  
 Frau Dr. Wisniewski

(D)

(A)	Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Grunenberg Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Frau Dr. Hartenstein Hasenfratz Dr. Hauchler Heimann Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Luuk Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Dr. Mitzscherling Müller (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Niggemeier Dr. Nöbel Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna	Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reschke Reuschenbach Reuter Rixe Roth Schanz Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schröer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sieler (Amberg) Singer Frau Dr. Skarpelis-Sperk Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Stobbe Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Wartenberg (Berlin) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Frau Weyel Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul	Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	(C)
	<b>SPD</b>		<b>FDP</b>		
	Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Dr. Apel Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglau Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Dr. von Bülow Frau Bulmahn Buschfort Catenhusen Frau Conrad Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Egert Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Ehrenberg Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gerster (Worms) Gilges Dr. Glotz Frau Dr. Götte Graf Großmann		Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Hoppe Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thoma Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(D)	

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 46**

Abgegebene Stimmen: 468; davon

ja: 208

nein: 259

enthalten: 1

**Ja****SPD**

Frau Adler  
 Dr. Ahrens  
 Amling  
 Andres  
 Antretter  
 Dr. Apel  
 Bachmaier  
 Bahr  
 Bamberg  
 Becker (Nienberge)  
 Frau Becker-Inglau  
 Bernrath  
 Bindig  
 Frau Blunck  
 Dr. Böhme (Unna)  
 Börmnsen (Ritterhude)  
 Brück  
 Dr. von Bülow  
 Frau Bulmahn  
 Buschfort  
 Catenhusen  
 Frau Conrad  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 Daubertshäuser  
 Diller  
 Dreßler  
 Duve  
 Egert  
 Dr. Ehmke (Bonn)  
 Dr. Ehrenberg  
 Dr. Emmerlich  
 Erler  
 Esters  
 Ewen  
 Frau Faße  
 Fischer (Homburg)  
 Frau Fuchs (Köln)  
 Frau Fuchs (Verl)  
 Frau Ganseforth  
 Gansel  
 Dr. Gautier  
 Gerster (Worms)  
 Gilges  
 Dr. Glotz  
 Frau Dr. Götte  
 Graf  
 Großmann  
 Grunenberg  
 Dr. Haack  
 Haack (Extertal)  
 Frau Hämmerle  
 Frau Dr. Hartenstein  
 Hasenfratz  
 Dr. Hauchler  
 Heimann  
 Heistermann  
 Heyenn  
 Hiller (Lübeck)  
 Dr. Holtz  
 Horn  
 Huonker

Ibrügger  
 Jahn (Marburg)  
 Jaunich  
 Dr. Jens  
 Jung (Düsseldorf)  
 Jungmann  
 Kastning  
 Kiehm  
 Kirschner  
 Kißlinger  
 Klein (Dieburg)  
 Klose  
 Kolbow  
 Koltzsch  
 Koschnick  
 Kretkowski  
 Kühbacher  
 Kuhlwein  
 Lambinus  
 Leidinger  
 Leonhart  
 Lohmann (Witten)  
 Lutz  
 Frau Luuk  
 Frau Dr. Martiny-Glotz  
 Frau Matthäus-Maier  
 Menzel  
 Dr. Mertens (Bottrop)  
 Dr. Mitzscherling  
 Müller (Düsseldorf)  
 Müller (Pleisweiler)  
 Müller (Schweinfurt)  
 Müntefering  
 Nehm  
 Frau Dr. Niehuis  
 Dr. Niese  
 Dr. Nöbel  
 Frau Odendahl  
 Oesinghaus  
 Oostergetelo  
 Opel  
 Dr. Osswald  
 Paterna  
 Pauli  
 Dr. Penner  
 Peter (Kassel)  
 Dr. Pick  
 Porzner  
 Purps  
 Rappe (Hildesheim)  
 Reimann  
 Frau Renger  
 Reschke  
 Reuschenbach  
 Reuter  
 Rixe  
 Roth  
 Schanz  
 Dr. Scheer  
 Scherrer  
 Schluckebier  
 Schmidt (München)  
 Frau Schmidt (Nürnberg)  
 Schmidt (Salzgitter)  
 Dr. Schmude

Schreiner  
 Schröer (Mülheim)  
 Schütz  
 Seidenthal  
 Frau Seuster  
 Sieler (Amberg)  
 Singer  
 Frau Dr. Skarpelis-Sperk  
 Dr. Soell  
 Frau Dr. Sonntag-Wolgast  
 Dr. Sperling  
 Stahl (Kempen)  
 Steiner  
 Frau Steinhauer  
 Stiegler  
 Stobbe  
 Dr. Struck  
 Frau Terborg  
 Tietjen  
 Frau Dr. Timm  
 Frau Traupe  
 Urbaniak  
 Vahlberg  
 Verheugen  
 Voigt (Frankfurt)  
 Wartenberg (Berlin)  
 Frau Dr. Wegner  
 Wiemann  
 Frau Weiler  
 Weisskirchen (Wiesloch)  
 Dr. Wernitz  
 Westphal  
 Frau Weyel  
 Dr. Wiczorek  
 Wiczorek (Duisburg)  
 Frau Wiczorek-Zeul  
 Wiefelspütz  
 von der Wiesche  
 Wimmer (Neuötting)  
 Dr. de With  
 Wittich  
 Würtz  
 Zander  
 Zeitler  
 Zumkley

**DIE GRÜNEN**

Frau Beck-Oberdorf  
 Brauer  
 Dr. Daniels (Regensburg)  
 Ebermann  
 Frau Eid  
 Frau Flinner  
 Frau Garbe  
 Häfner  
 Frau Hensel  
 Frau Hillerich  
 Hoss  
 Hüser  
 Kleinert (Marburg)  
 Dr. Knabe  
 Kreuzeder  
 Frau Krieger

Dr. Lippelt (Hannover)  
 Dr. Mechttersheimer  
 Frau Nickels  
 Frau Oesterle-Schwerin  
 Frau Olms  
 Frau Rust  
 Frau Saibold  
 Frau Schilling  
 Schily  
 Frau Schmidt-Bott  
 Frau Schoppe  
 Sellin  
 Frau Teubner  
 Frau Unruh  
 Frau Vennegerts  
 Frau Dr. Vollmer  
 Weiss (München)  
 Wetzel  
 Frau Wilms-Kegel  
 Frau Wollny

**Fraktionslos**

Wüppesahl

**Nein****CDU/CSU**

Dr. Abelein  
 Austermann  
 Bauer  
 Bayha  
 Dr. Becker (Frankfurt)  
 Biehle  
 Dr. Blens  
 Dr. Blüm  
 Böhm (Melsungen)  
 Börmnsen (Bönstrup)  
 Dr. Bötsch  
 Bohl  
 Bohlsen  
 Borchert  
 Breuer  
 Bühler (Bruchsal)  
 Buschbom  
 Carstens (Emstek)  
 Carstens (Nordstrand)  
 Clemens  
 Dr. Czaja  
 Dr. Daniels (Bonn)  
 Daweke  
 Frau Dempwolf  
 Deres  
 Dörflinger  
 Doss  
 Dr. Dregger  
 Echnernach  
 Eigen  
 Engelsberger

(B)

(D)

(A)	Eylmann Dr. Faltlhauser Feilcke Dr. Fell Fellner Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Funk (Gutenzell) Ganz (St. Wendel) Frau Geiger Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Glos Dr. Göhner Dr. Götz Gröbl Dr. Grünewald Günther Dr. Häfele Harries Frau Hasselfeldt Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höffkes Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsch Graf Huyn Jäger Dr. Jahn (Münster) Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Kalisch Dr.-Ing. Kansy Dr. Kappes Frau Karwatzki Kiechle Kittelmann Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey	Kraus Krey Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Louven Lowack Lummer Maaß Frau Männle Magin Dr. Mahlo Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Möller Müller (Wadern) Müller (Wesseling) Nelle Dr. Neuling Neumann (Bremen) Niegel Oswald Frau Pack Pesch Pfeffermann Pfeifer Dr. Pfennig Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Regenspurger Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Rossmann Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Dr. Schäuble Scharrenbroich Schemken	Scheu Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) von Schmude Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schulze (Berlin) Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stercken Dr. Stoltenberg Straßmeier Strube Susset Tillmann Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Vondran Dr. Voss Dr. Waffenschmidt Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitlmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	<b>SPD</b>  Nagel Pfuhl  <b>FDP</b>  Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredelhorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Hoppe Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thoma Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolffgramm (Göttingen) Frau Würfel Zywietz  <b>Enthalten</b>  <b>SPD</b>  Niggemeier	(C)	(D)
-----	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----	-----

(A)

(C)

**Endgültiges Ergebnis Nr. 47**

Abgegebene Stimmen: 468; davon

ja: 41

nein: 427

<b>Ja</b>	Austermann	Hinrichs	Pfeffermann
	Bauer	Hinsken	Pfeifer
<b>SPD</b>	Bayha	Höffkes	Dr. Pfennig
Frau Dr. Hartenstein	Dr. Becker (Frankfurt)	Höpfinger	Dr. Pinger
Stobbe	Biehle	Hörster	Dr. Pohlmeier
	Dr. Blens	Dr. Hoffacker	Dr. Probst
	Böhm (Melsungen)	Frau Hoffmann (Soltau)	Rauen
	Börnsen (Bönstrup)	Dr. Hornhues	Rawe
<b>FDP</b>	Dr. Bötsch	Frau Hurland-Büning	Reddemann
Dr. Feldmann	Bohl	Graf Huyn	Regenspürger
	Bohlsen	Dr. Hüscher	Repnik
	Borchert	Jäger	Dr. Riedl (München)
	Breuer	Dr. Jahn (Münster)	Dr. Riesenhuber
<b>DIE GRÜNEN</b>	Bühler (Bruchsal)	Dr. Jobst	Frau Rönsch (Wiesbaden)
	Buschbom	Jung (Limburg)	Frau Roitzsch (Quickborn)
Frau Beck-Oberdorf	Carstens (Emstek)	Jung (Lörrach)	Rossmann
Frau Beer	Carstensen (Nordstrand)	Kalb	Roth (Gießen)
Brauer	Clemens	Kalisch	Rühe
Dr. Daniels (Regensburg)	Dr. Czaja	Dr.-Ing. Kansy	Dr. Rüttgers
Ebermann	Dr. Daniels (Bonn)	Dr. Kappes	Ruf
Frau Eid	Daweke	Frau Karwatzki	Sauer (Salzgitter)
Frau Flinner	Frau Dempwolf	Kiechle	Sauer (Stuttgart)
Frau Garbe	Deres	Kittelmann	Sauter (Epfendorf)
Häfner	Dörflinger	Klein (München)	Dr. Schäuble
(B) Frau Hensel	Doss	Dr. Köhler (Wolfsburg)	Scharrenbroich
Frau Hillerich	Dr. Dregger	Kolb	Schemken
Hoss	Echternach	Kossendey	Scheu
Hüser	Eigen	Kraus	Schmidbauer
Kleinert (Marburg)	Engelsberger	Krey	Schmitz (Baesweiler)
Dr. Knabe	Eylmann	Kroll-Schlüter	von Schmude
Kreuzeder	Dr. Faltlhauser	Dr. Kronenberg	Freiherr von Schorlemer
Frau Krieger	Feilcke	Dr. Kunz (Weiden)	Schreiber
Dr. Lippelt (Hannover)	Dr. Fell	Lamers	Dr. Schroeder (Freiburg)
Dr. Mechtersheimer	Fellner	Dr. Lammert	Schulhoff
Frau Nickels	Frau Fischer	Dr. Langner	Dr. Schulte
Frau Oesterle-Schwerin	Fischer (Hamburg)	Lattmann	(Schwäbisch Gmünd)
Frau Olms	Francke (Hamburg)	Dr. Laufs	Schwarz
Frau Rust	Dr. Friedmann	Lenzer	Dr. Schwarz-Schilling
Frau Saibold	Dr. Friedrich	Frau Limbach	Dr. Schwörer
Frau Schilling	Fuchtel	Link (Diepholz)	Seehofer
Schily	Funk (Gutenzell)	Link (Frankfurt)	Seesing
Frau Schmidt-Bott	Ganz (St. Wendel)	Linsmeier	Seiters
Frau Schoppe	Frau Geiger	Lintner	Spilker
Sellin	Geis	Dr. Lippold (Offenbach)	Spranger
Frau Teubner	Dr. von Geldern	Louven	Dr. Sprung
Frau Unruh	Gerstein	Lowack	Dr. Stark (Nürtingen)
Frau Vennegerts	Gerster (Mainz)	Lummer	Dr. Stavenhagen
Frau Dr. Vollmer	Glos	Maaß	Dr. Stercken
Weiss (München)	Dr. Göhner	Frau Männle	Dr. Stoltenberg
Wetzel	Dr. Götz	Magin	Straßmeir
Frau Wilms-Kegel	Gröbl	Dr. Mahlo	Strube
Frau Wollny	Dr. Grünewald	Marschewski	Susset
	Günther	Dr. Meyer zu Bentrup	Tillmann
	Dr. Häfele	Michels	Dr. Uelhoff
<b>Fraktionslos</b>	Harries	Dr. Möller	Uldall
Wüppesahl	Frau Hasselfeldt	Müller (Wadern)	Dr. Unland
	Hauser (Esslingen)	Müller (Wesseling)	Frau Verhülsdonk
	Hauser (Krefeld)	Nelle	Vogel (Ennepetal)
	Hedrich	Dr. Neuling	Vogt (Düren)
	Freiherr Heereman von	Neumann (Bremen)	Dr. Voigt (Northeim)
	Zuydtwyck	Niegel	Dr. Vondran
<b>Nein</b>	Frau Dr. Hellwig	Oswald	Dr. Voss
<b>CDU/CSU</b>	Helmrich	Frau Pack	Dr. Waffenschmidt
Dr. Abelein	Dr. Hennig	Pesch	Dr. Waigel
	Herkenrath	Petersen	Graf von Waldburg-Zeil

(D)



(A)	Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weiß (Kaiserslautern) Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Windelen Frau Dr. Wisniewski Wissmann Dr. Wittmann Würzbach Dr. Wulff Zeitmann Zierer Dr. Zimmermann Zink	Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gerster (Worms) Gilges Dr. Glotz Frau Dr. Götte Graf Großmann Grunenberg Dr. Haack Haack (Extertal) Frau Hämmerle Hasenfratz Dr. Hauchler Heimann Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Horn Huonker Ibrügger Jahn (Marburg) Jaunich Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Jungmann Kastning Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Klose Kolbow Koltzsch Koschnick Kretkowski Kühbacher Kuhlwein Lambinus Leidinger Leonhart Lohmann (Witten) Lutz Frau Luuk Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mertens (Bottrop) Dr. Mitzscherling Müller (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler) Müller (Schweinfurt) Müntefering Nagel Nehm Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Niggemeier Dr. Nöbel	Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Opel Dr. Osswald Paterna Pauli Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Dr. Pick Porzner Purps Rappe (Hildesheim) Reimann Frau Renger Reschke Reuschenbach Reuter Rixe Roth Schanz Dr. Scheer Scherrer Schluckebier Schmidt (München) Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Schreiner Schróer (Mülheim) Schütz Seidenthal Frau Seuster Sieler (Amberg) Singer Frau Dr. Skarpelis-Sperk Dr. Soell Frau Dr. Sonntag-Wolgast Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stiegler Dr. Struck Frau Terborg Tietjen Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbanjak Vahlberg Verheugen Voigt (Frankfurt) Wartenberg (Berlin) Frau Dr. Wegner Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Frau Weyel	Dr. Wiczorek Wiczorek (Duisburg) Frau Wiczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Würtz Zander Zeitler Zumkley	(C)
	<b>SPD</b>		<b>FDP</b>		
	Frau Adler Dr. Ahrens Amling Andres Antretter Dr. Apel Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglauf Bernrath Bindig Frau Blunck Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Dr. von Bülow Frau Bulmahn (B) Buschfort Catenhusen Frau Conrad Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Duve Egert Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Ehrenberg Dr. Emmerlich Erler Esters Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl)		Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Grüner Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch Dr. Hitschler Hoppe Dr. Hoyer Irmer Kleinert (Hannover) Kohn Dr.-Ing. Laermann Dr. Graf Lambsdorff Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall Frau Seiler-Albring Dr. Solms Dr. Thomae Timm Dr. Weng (Gerlingen) Wolfgang (Göttingen) Frau Würfel Zywietz	(D)	

(A)

**Nr. 48****Erklärung nach § 31 GO  
des Abgeordneten Clemens (CDU/CSU)  
zur Abstimmung über das  
Gesundheits-Reformgesetz — GRG —**

Dem Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen kann ich nur mit großen Bedenken zustimmen.

Ich sehe die Notwendigkeit ein, daß der Gesetzgeber auf Grund der Kostenexplosion im Gesundheitswesen unbedingt handeln muß.

So enthält die Gesundheitsreform sicherlich richtige Ansätze. Die Selbstbeteiligung mit sozialer Abfederung durch Sozial- und Überforderungsklausel ist ein solcher positiver Ansatz, der leider nicht überall gilt. Positiv ist auch die Kostenerstattung zu bewerten, die aber leider nicht zum Prinzip erhoben, sondern nur als Modellversuch im Gesetz erwähnt wird.

Diese positiven Ansätze werden aber durch die unsinnige Festbetragsregelung wieder konterkariert. Diese dirigistische Regelung entspricht in keinsten Weise marktwirtschaftlichen Grundsätzen. Sie ist unpraktikabel und führt zu mehr Verwaltungsaufwand, wie überhaupt zu befürchten ist, daß das ganze Vorhaben ein erhebliches Mehr an Bürokratie bringen wird.

Mein entscheidendes Bedenken liegt darin, daß durch das Gesundheits-Reformgesetz weder die angestrebte Kostendämpfung, noch eine Kostenstabilisierung erreicht wird. Es ist nicht tragbar, das Sterbegeld aus der Kostenerstattungspflicht heraus-, dafür die Schwerstbehindertenpflege hinauszunehmen. Die häusliche Pflege ist eine soziale Wohltat, die aber nicht von der gesetzlichen Krankenkasse zu leisten ist. Sie wird zu zusätzlichen Ausgaben in Milliardenhöhe führen.

(B)

**Nr. 49****Erklärung des Abgeordneten Dr. Göhner  
(CDU/CSU)**

Ich versichere, daß ich an der Schlußabstimmung zum Gesundheits-Reformgesetz teilgenommen und mit Ja gestimmt habe.

Mir ist nicht erklärlich, warum meine Abstimmungskarte nicht auffindbar ist.

**Nr. 50****Erklärung der Abgeordneten Frau Dr. Martiny-Glotz  
(SPD)**

Wie ich erfahren habe, werde ich in der Liste der an der namentlichen Abstimmung zum Haushalt des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes teilgenommen habenden Abgeordneten nicht aufgeführt. Die Abstimmung war am Dienstag, 22. 11. 1988, gegen 15.00 Uhr.

Ich erkläre hiermit, daß ich aber an der Abstimmung teilgenommen und mit einer roten „Nein“-Stimmkarte abgestimmt habe.

(C)

Ich kann mir nicht erklären, wieso meine Stimmkarte bei der Auszählung nicht berücksichtigt worden ist. Allerdings bemerkte ich bei den nachfolgenden namentlichen Abstimmungen am Abend eine Stimmkarte der Kollegin Matthäus-Meier in meinem Fach, die ich zurückgab. Ich habe eventuell nicht genau genug am Nachmittag darauf geachtet, daß meine Stimmkarte auch wirklich meinen Namen trägt.

**Nr. 51****Erklärung der Abgeordneten Frau Verhülsdonk  
(CDU/CSU)**

Ich versichere, daß ich an der namentlichen Abstimmung über Einzelplan 04 — Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes — in der 108. Sitzung am 22. November 1988 teilgenommen und mit Ja gestimmt habe.

Mir ist nicht erklärlich, aus welchen Gründen meine Abstimmungskarte unauffindbar ist.

**Nr. 52****Erklärung der Abgeordneten Frau Pack  
(CDU/CSU)**

Ich versichere, daß ich an der vierten namentlichen Abstimmung (zu Drucks. 11/3417) in der 109. Sitzung am 23. November 1988 teilgenommen und mit Nein gestimmt habe.

Mir ist unerklärlich, warum meine Abstimmungskarte nicht auffindbar ist.

(D)

**Nr. 53****Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Frau Folz-Steinacker (FDP)**

Hiermit erkläre ich, daß ich entgegen dem Stimmenthalten meiner Fraktion gegen das eingebrachte Verbrauchsteuer-Änderungsgesetz stimme (109. Sitzung am 23. November 1988).

Als Vertreterin niedersächsischer Interessen im Deutschen Bundestag kann ich bei der geplanten Einführung der Erdgassteuer keine Kompromisse eingehen. Im gesamten Nordwesten der Bundesrepublik ist die Situation für die privaten Haushalte und die Betriebe eine gänzlich andere als im übrigen Bundesgebiet. Heizen im Bundesgebiet nur 27 % der Unternehmen und Gewerbebetriebe und nur 28 % der privaten Haushalte mit Erdgas, so sind es im Versor-

(A) gungsbereich der Energieversorgung Weser-Ems (EWE) 61 % der Betriebe bzw. 60 % der Haushalte, die mit dem umweltfreundlichen Brennstoff Erdgas heizen. Allein in meinem Wahlkreis heizen 70 % der privaten Haushalte mit Erdgas.

Auch aus umweltpolitischen Erwägungen kann ich die Einführung der Erdgassteuer nicht befürworten, zumal vor Jahren viele mittelständische Firmen (bundesweit) umweltbewußt ihre Heiz- und Produktionsanlagen mit einem beträchtlichen Kostenaufwand auf Erdgas umgestellt haben. Diese Firmen würden jetzt durch eine Erdgassteuer unverhältnismäßig hart getroffen.

Mir ist es wegen der besonderen Bedeutung, die eine Erdgassteuer für das Land Niedersachsen hätte, nicht möglich, über ein „Verbrauchssteuerpaket“, das diese Steuer enthielte, positiv abzustimmen.

#### Nr. 54

#### Erklärung des Abgeordneten Bohl (CDU/CSU)

Ich versichere, daß ich an der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion

DIE GRÜNEN — Drucksache 11/3361 — zum Einzelplan 14 in der 110. Sitzung am 24. November 1988 teilgenommen und mit Nein gestimmt habe.

Mir ist nicht erklärlich, warum meine Abstimmungskarte nicht auffindbar ist.

#### Nr. 55

#### Berichtigungen

111. Sitzung, Seite 7926 A: Im ‚Endgültigen Ergebnis‘ ist bei den abgegebenen Stimmen statt „449“ „450“ und bei „Ja“ statt „240“ „241“ zu lesen.

In der Namensliste, dritte Spalte, ist der Name „Frau Verhülsdonk“ einzufügen.

109. Sitzung, Seite 7639: In der zweiten Spalte ist statt „Singer“ „Seuster“ zu lesen.

Auf Seite 7656 ist in der vierten Spalte statt „Singer“ „Seuster“ zu lesen.

Auf Seite 7673 ist in der vierten Spalte statt „Singer“ „Seuster“ zu lesen.

Auf Seite 7674 ist in der dritten Spalte statt „Singer“ „Seuster“ zu lesen.

(B)

(D)

